

Ein Schandstück deutscher Politik

An diesem Montag stellt der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl sein Buch „Aus Sorge um Europa“ vor. Wesentliche Prinzipien der Wettbewerbsfähigkeit seien bei der Euro-Einführung verletzt worden, schreibt Kohl.

03.11.2014, von HELMUT KOHL



© PICTURE-ALLIANCE Beschlissen und verkündet: Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU, von links) am 2. Mai 1998 in Brüssel, wo sie die Einigung auf die Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 bekanntgaben

Es ist wahr: Europa ist in keinem guten Zustand. Europa als Gemeinschaft steht vor großen Herausforderungen, Europa hat Probleme, einzelne Staaten haben Probleme. Aber wahr ist eben auch: Das Fundament, auf dem wir stehen und auf dem aufgebaut werden kann, ist trotz allem immer noch großartig. Die Herausforderungen und Probleme sind lösbar. Man muss sie nur beherzt angehen, und das aber muss man auch tun.

Und, man kann es nicht oft genug sagen: Nicht das geeinte Europa und der Euro sind die Ursache für manches Problem und manche Fehlentwicklung, wie heute auch immer wieder zu hören ist, sondern Europa und der Euro sind für uns schicksalsentscheidend und mithin Teil der Lösung. Nicht das Zurück zum Nationalstaat oder regionale Alleingänge sind die Lösung, sondern, im Gegenteil, das wäre ein Problem.

Das alles gilt umso mehr, weil sich die Welt seit 1990, seit dem Ende des Kalten Krieges und der bipolaren Welt, dramatisch verändert hat. Die Welt ist weniger überschaubar und insoweit komplexer geworden. Entsprechend haben sich auch die Herausforderungen für einzelne Staaten und Regionen noch einmal dramatisch gewandelt und gilt mehr denn je in der multipolaren Welt: Europa braucht Europa. Die Fehler, die auf dem Weg des geeinten Europas gemacht wurden und die zu gravierenden Fehlentwicklungen geführt haben, liegen darin, dass der europäische Einigungsprozess nach 1998 nur noch halbherzig und nicht mehr mit der notwendigen Gradlinigkeit und Zielstrebigkeit weitergegangen wurde und dass nach der Einführung des Euro seine Stabilität mehr als leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurde.

Verfrühte Aufnahme Griechenlands

Ich will zwei zentrale Punkte oder Bereiche nennen, anhand derer die Gesamtsituation in Europa deutlich wird und die zu den wesentlichen Ursachen der erheblichen Fehlentwicklungen und Verunsicherungen gehören, denen wir heute in Europa gegenüberstehen.

Erster Punkt: Griechenland. Griechenland wurde 2001 in den Euroraum aufgenommen, ohne dass es die Eingangskriterien zur Einführung des Euro bereits erfüllt gehabt hätte. Mit der verfrühten Aufnahme wurde der bewährte Grundsatz „Reformkurs ist Beitrittskurs“ aufgegeben, heißt: erst die Reformen und dann der Beitritt. Das gilt für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU wie in den Euroraum, und das galt gerade auch mit Blick auf die Einführung des Euro Anfang 1999.

Ich denke nur an die erheblichen Konvergenzfortschritte, die innerhalb der EU in den 1990er Jahren durch große Konsolidierungsanstrengungen in den EU-Mitgliedstaaten erreicht wurden – auch von uns in Deutschland, und dies trotz der Erblasten der früheren DDR und also der zusätzlichen Finanzierungslasten im Zuge der deutschen Einheit –, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und sich für die Euro-Einführung zu qualifizieren. Griechenland war es nicht gelungen.

Keine Aufnahme ohne entsprechende Reife

Das Prinzip hat einen einfachen Grund: Die EU und der Euroraum bleiben einerseits offen für neue Mitglieder, aber andererseits wird die Gemeinschaft vor einer Zerreißprobe oder Fehlentwicklung bewahrt, indem keine Staaten Mitglied der EU oder des Euroraums werden, ohne die entsprechende Reife zu haben. Der Aufnahme Griechenlands in den Euroraum hätte in der damals konkreten Situation – die jedem, der genauer hinsah, nicht verborgen geblieben sein konnte, und an Warnungen hat es auch nicht gefehlt – also nicht zugestimmt werden dürfen. Es hätte weiterhin zunächst auf notwendigen durchgreifenden strukturellen Veränderungen im Land bestanden werden müssen.

Dass es in solchen Situationen nicht einfach ist, dem Druck eines Landes zu widerstehen, ist mir bewusst. Gleichwohl hätte es mit mir als Bundeskanzler die Zustimmung Deutschlands in dieser wichtigen Frage nicht gegeben und hätte ich auch auf Brüssel und meine europäischen Kollegen entsprechend eingewirkt.

Ich weiß, wovon ich rede, ich sage dies aus eigenem Erleben. In den Verhandlungen zur Einführung des Euro in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre habe ich den Griechen, die auch auf uns damals schon gewaltigen Druck ausübten, um von Beginn an im Euroraum dabei zu sein, meine ablehnenden Gründe immer deutlich gemacht und auf die Notwendigkeit von Veränderungen im eigenen Land verwiesen. Ich habe daran bis zuletzt gemeinsam mit dem deutschen Finanzminister Theo Waigel festgehalten.

Eine teure Fehlentscheidung

Mit dem Regierungswechsel 1998 wurde die in der Sache begründete harte Position Deutschlands aufgekündigt. Das hat sowohl in Europa und dem Euroraum und darüber hinaus als auch in Griechenland zu erheblichen Turbulenzen geführt.

Für alle Seiten war es eine teure Fehlentscheidung. Neben den Verwerfungen beim Euro wäre es auch für Griechenland selbst - statt der dann folgenden harten Maßnahmen und Einschnitte - einfacher und für die Menschen im Land sozial verträglicher gewesen, mit dem Ziel des Beitritts zum Euroraum vor Augen die notwendigen Veränderungen langsam, aber stetig auf den Weg zu bringen und am Ende mit der nötigen Euro-Reife dem Euroraum beizutreten.

Wahr ist auch: Die Fehler mit der frühzeitigen Aufnahme Griechenlands in den Euroraum wurden gemacht, das ist eine Entscheidung der Vergangenheit. Als Konsequenz kann es keine Frage sein, dass wir – wie es geschieht – solidarisch zu Griechenland stehen und Unterstützung im Sinne von „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten. Seine Hausaufgaben muss Griechenland natürlich selber machen, und das ist, wenn man die Situation nur ein wenig kennt, schwer genug...

Zweiter Punkt: Der Euro, die Maastricht-Kriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der Stabilitätspakt zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin in den Euro-Mitgliedstaaten hätte nach der Einführung des Euro nicht in Frage gestellt, gebrochen und schließlich aufgeweicht werden dürfen.

Verrat an der deutsch-französischen Zusammenarbeit

Es ist für mich bis heute nur schwer nachzuvollziehen, dass dies mit Deutschland als einstigem Stabilitätsanker beziehungsweise mit Deutschland und Frankreich als langjährigem und eigentlichem Motor der europäischen Integration an der Spitze geschehen ist. Was hier passiert ist, ist wirklich ein Schandstück deutscher Politik und zugleich ein Verrat an der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit, die sich - wie hier geschehen - niemals gegen den Stabilitätspakt hätte wenden dürfen.

Auch hier muss ich, und zwar noch deutlicher als zu Griechenland, ganz klar sagen: Mit mir als Bundeskanzler wäre das niemals geschehen. Dass Deutschland als Vorbild für und Hüter der Stabilität den Euro-Stabilitätspakt - den wir selbst, und zwar nicht zur Freude der anderen Mitgliedstaaten, in den 1990er Jahren durchgesetzt hatten - in der Umsetzung dann selbst nicht ernst nahm, die Kriterien verletzte, ohne Sanktionen zu akzeptieren, ihn also brach und schließlich die Aufweichung des Stabilitätspaktes betrieb, war an die anderen Mitgliedstaaten natürlich auch ein – nun umgekehrtes – Signal.

Es war ein Rechts- und ein Vertrauensbruch und wirkte zugleich wie ein Dammbbruch, geradezu wie eine Aufforderung zum Schuldenmachen. Auch wenn hier manches zusammengekommen ist, darf nicht übersehen werden: Die ganze Situation mit der Schuldenproblematik im Euroraum und den Fragen rund um die Stabilität des Euro und Europas wäre ohne diese unglückselige Entwicklung heute eine andere, ganz einfach, weil auch andere Mitgliedstaaten den Pakt dann ernster hätten nehmen müssen...

Erfolgsgeschichte des Euro wird weitergehen

Ich war und bin davon überzeugt, dass die Erfolgsgeschichte der stabilen D-Mark mit einer Erfolgsgeschichte des Euro weitergeht und dass die Vorzüge, die wir Deutschen mit der D-Mark erarbeitet hatten und die wir bis heute mit der D-Mark verbinden, nicht verlorengegangen sind, sondern dass wir sie zum Vorteil Deutschlands und Europas in ein größeres Ganzes eingebaut haben. Ich sage dies im Bewusstsein mancher Fehlentwicklungen, die aber ganz andere, und zwar hausgemachte Gründe haben. Diese sind korrigierbar und müssen korrigiert werden.

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass das Zeitfenster für den Euro in den 1990er Jahren einmalig war. Wenn wir damals den Schritt nicht gegangen wären, wenn wir als Bedingung für die Einführung des Euro über die erzielten Absicherungen und Fortschritte hinaus zudem noch auf der völligen Vollendung der Politischen Union bestanden hätten, hätten wir den Euro damals nicht und auch danach nicht bekommen. Wir hätten ihn heute noch nicht, und wenn ich mich umsehe in Europa, dann habe ich Zweifel, ob so bald noch einmal eine günstige Stunde für die Euro-Einführung kommen würde.

Allen Skeptikern und Kritikern möchte ich auch entgegenhalten: Was wäre in der Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre in Europa geschehen, wo stünden wir heute, wenn es den Euro als feste Klammer nicht gegeben hätte und nicht geben würde? Neben allen ökonomischen Verwerfungen und Währungsturbulenzen, die es mit einer Vielzahl nationaler Währungen gegeben hätte, bin ich mir keineswegs sicher, ob Europa darüber nicht auseinandergebrochen wäre.

Und ich füge an: Wenn ich auch die aktuelle Diskussion in Europa betrachte, dann bin ich einmal mehr froh, den Euro als feste Klammer für Europa zu haben. Allerdings gilt auch: Die mit dem Euro verbundenen positiven Erwartungen und Hoffnungen für den europäischen Integrationsprozess werden sich nur erfüllen, wenn wir beim Euro Schritt für Schritt, aber schnellstmöglich wieder zu einer Gemeinschaft der Stabilität und der Rechtstreue zurückkehren.

Insgesamt muss ich gestehen, dass ich mir bei meinem Ausscheiden aus dem Amt nicht habe vorstellen können, dass die Entwicklung in Europa und darüber hinaus, gerade auch unser Verhältnis zu Amerika, einmal ohne Not derart hinter das im 20. Jahrhundert Erreichte zurückfallen könnte. Und ich tue mich sehr schwer damit, dass für diesen Rückschritt mit all seinen gravierenden Folgen ausgerechnet Deutschland und Frankreich, die eine zentrale Bedeutung und Vorbildfunktion für Europa haben und die der eigentliche Motor Europas sein müssen, ganz wesentlich verantwortlich sind.

Ganz Europa hat Schaden genommen

Damit will ich weder die Herausforderungen und Aufgaben noch die Bedeutung der Versäumnisse und Verstöße gegen den Stabilitätspakt anderer Mitgliedstaaten kleinreden, aber die Realität muss man schon zur Kenntnis nehmen und benennen. Auch hier hilft ein Blick zurück in die Geschichte: Die Erfolge in Europa waren möglich, weil und wenn Deutschland und Frankreich ihre Verantwortung kannten und wahrgenommen haben.

Mit den beiden politischen Fehlentscheidungen – die verfrühte Aufnahme Griechenlands in den Euroraum und das Brechen und anschließende Aufweichen des Euro-Stabilitätspakts – wurde nicht nur die Stabilität des Euro nachhaltig beeinträchtigt. Ganz Europa hat Schaden genommen. So, wie der Euro mehr ist als ein bloßes Zahlungsmittel und vor allem auch eine Voraussetzung für die politische Einigung, so hat das alles Folgen gehabt, die weit über den Tag hinausreichen und über die eigentlichen Währungsfragen und materiellen Problemstellungen hinausgehen. Beide Entscheidungen gehören zu den wesentlichen Ursachen für die Fehlentwicklungen, die wir in der EU, im Euroraum, in einzelnen Mitgliedstaaten und darüber hinaus insgesamt erleben müssen und zu Recht beklagen. Die Fehlentwicklungen an den Finanzmärkten haben die Folgen dieser ursprünglichen Fehlentscheidungen noch verstärkt und wären wiederum weniger folgenreich gewesen, wenn Europa eine stabile Währungssituation mit gesunden Staatsfinanzen gehabt hätte.

Beide Entscheidungen sind auf deutscher Seite – das gehört zur Wahrheit dazu – von einer rot-grünen Bundesregierung getroffen worden und zu verantworten. Und zur Wahrheit gehört auch, dass diese Entscheidungen – wie man leicht erkennen kann, wenn man die Fakten wägt – nicht einmal etwas mit vermeintlichen Zwängen der Realpolitik oder nationaler Reformprogramme zu tun hatten, die als Begründung jedenfalls mit Blick auf die Nicht-Einhaltung und das anschließende Aufweichen des Stabilitätspaktes gerne angeführt werden. Es ging tatsächlich weder um deutsche noch europäische, sondern schlicht um parteipolitische Interessen und hatte wahltaktische Gründe. Es ging darum, über die Versäumnisse der eigenen Politik hinwegzutäuschen und vor dem deutschen Volk nicht als Finanz- und Währungssünder dazustehen.

Es fehlte an Redlichkeit und Rechtstreue

So wurden nach der Regierungsübernahme ab Ende Oktober 1998 von der neuen rot-grünen Bundesregierung wichtige Reformen und Konsolidierungsmaßnahmen für unser Land schlicht aufgeschoben. Einerseits wurden Reformen zurückgenommen, und andererseits wurden Reformen erst gar nicht mehr auf den Weg gebracht. Das betraf auch jene Bereiche, in denen in meiner letzten Amtsperiode von 1994 bis 1998 meine Regierung bereits Vorschläge eingebracht hatte, die dann aber im rot-grün dominierten Bundesrat wider besseres Wissen um ihre Notwendigkeit aus rein taktischen Gründen blockiert worden waren. Ich denke nur an unsere Rentenreform und große Steuerreform. Zum Ende seiner Amtszeit hat mein Nachfolger die Versäumnisse auch selbst erkannt und innenpolitisch einen Kurswechsel vollzogen.

Mit anderen Worten: Nicht die von mancher Seite gerne beschworenen, vermeintlichen „Konstruktionsfehler“ beim Euro oder beim Bau des Hauses Europa sind Ursache der aktuellen Fehlentwicklungen und „Katerstimmung“ in Europa – also nicht eine unzureichende Rechtslage, auch nicht ein unzureichender Souveränitätsverzicht auf nationaler Ebene in bestimmten Bereichen zugunsten der europäischen Ebene etwa im Rahmen der noch nicht vollendeten politischen Einigung.

Sondern: Es hat schlicht an Redlichkeit und Rechtstreue zu den bestehenden europäischen Verträgen und Vereinbarungen gefehlt, und es hat an Verantwortung und Ernsthaftigkeit und wohl auch Einsicht und Verständnis gemangelt, was Europa für uns alle bedeutet, wie es funktioniert und was wir –zumal vor dem Hintergrund des im 20. Jahrhundert Erreichten – Gefahr laufen zu verlieren.

Auszug aus dem Buch „Aus Sorge um Europa. Ein Appell“, das am 5. November im Droemer Verlag erscheint.

Quelle: F.A.S.

World News -- Europe File: Italy Is Big Test for Success of Bolder Bond Buying

Simon Nixon

By Simon Nixon

791 mots

3 novembre 2014

The Wall Street Journal

J

A10

Anglais

(Copyright (c) 2014, Dow Jones & Company, Inc.)

As the Federal Reserve ends its quantitative-easing program, the calls for the European Central Bank to embark on its own full-scale government-bond-buying program to invigorate the eurozone's economy grow louder.

Many economists concur with former Fed Chairman Ben Bernanke's judgment that, in the U.S., QE worked in practice but not in theory. In Japan, the world's most aggressive QE program seems to have worked in neither theory nor practice, leading the Bank of Japan to decide last week that perhaps it wasn't aggressive enough. Would a eurozone easing program prove any more successful?

Italy is the crucial test. The eurozone's third-largest economy is suffering from a toxic combination of sluggish growth and government debt of 135% of gross domestic product. It grew by less than 1% a year on average in the years prior to the crisis and now looks likely to slide back into a third recession in six years. Credit conditions continue to deteriorate.

If QE can't rescue Italy, then it can't rescue the eurozone.

Yet it is hard to see what QE can do for Italy. To understand why, consider the Italian banking system. This is the main channel through which any monetary stimulus must work, given that Italy is one of the most bank-dependent economies in the eurozone. Bank lending is equivalent to 53% of GDP in Italy, higher than in France or Germany. Bank loans represent 40% of total financial liabilities (equity as well as debt), compared with 15% in the U.S. and 23% in France, according to the Bank of Italy.

Unfortunately, the ECB's recent comprehensive assessment of the eurozone's largest banks confirmed what the market suspected: The Italian banking system is the weakest in the eurozone.

The ECB concluded that Italian banks had understated their bad-debt charges by 12 billion euros (\$15.02 billion). Nine out of the 15 Italian banks examined by the ECB had a capital shortfall at the end of December 2013, and four still have a combined shortfall of 3.1 billion euros today.

This conclusion was a particular embarrassment for the Bank of Italy. The central bank had insisted that it was a highly conservative supervisor that didn't need external experts to tell it how to do its job. In fact, what the stress tests showed was that Italy's banking system was, at least until recently, badly under-capitalized and therefore constrained in its ability to supply credit to the economy.

But bank capital is just one part of the problem. Pressure on banks to shrink their balance sheets is also coming from the funding side.

At the start of the crisis, Italian banks relied on wholesale markets for 850 billion euros of funding; after six years of effort, they have only managed to cut this to 550 billion euros, much of this financed by the ECB.

No bank wants to rely on the central bank to fund its core activities, no matter how cheap the facilities. The ECB's new asset-backed securities-buying program may remove some assets from balance sheets, but the only long-term solution to the funding problem is to rid the

banking system of its 320 billion euro mountain of bad debts, an eye-watering 16% of outstanding loans.

But this requires two things, neither of which currently exists in Italy.

The first is a robust insolvency regime that allows the debts of viable companies to be quickly restructured so that they can start investing and growing again, while allowing failed companies to be wound down.

Banks say it takes on average seven years to enforce contracts through the courts, reducing the incentive for troubled borrowers to keep servicing their debts.

The second requirement is a supply of equity finance, both to inject fresh capital into viable but overindebted businesses and to buy restructured assets off bank balance sheets. Yet many Italian companies are wary of raising equity from outside investors, and many investors are wary of exposure to Italy.

Private equity is equivalent to just 0.2% of GDP in Italy, half the level in France and a fifth of that in the U.K., according to the Bank of Italy.

Indeed, this is Italy's real problem. Its economy is dominated by small, highly leveraged family-owned businesses, many of which are too indebted to support more borrowing.

What it really lacks isn't so much bank capital as corporate capital. But this isn't a problem that QE can solve. It requires a cultural revolution.

http://www.nytimes.com/2014/11/03/arts/richard-fords-hero-returns-in-let-me-be-frank-with-you.html?hpw&rref=books&action=click&pgtype=Homepage&module=well-region®ion=bottom-well&WT.nav=bottom-well&_r=0

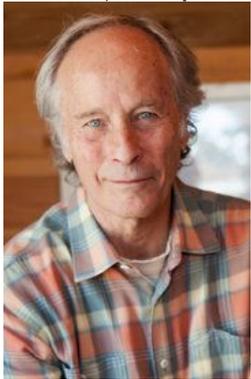
108,6

BOOKS

The Guys Who Just Watch

Richard Ford's Hero Returns in 'Let Me Be Frank With You'

NOV. 2, 2014



Richard Ford CreditGreta Rybus

It's been almost three decades since we first met Frank Bascombe in Richard Ford's milestone 1986 novel "[The Sportswriter](#)." In the years since, Frank has become his creator's Everyman, as much a representative of middle-class American life and its discontents as John Updike's Harry Angstrom was for another generation in the "Rabbit" novels.

Now, with his latest book — saddled with a perfectly awful title, "Let Me Be Frank With You" — Mr. Ford has returned to his best-known hero's story, giving us four overlapping tales that come together to create a portrait of Frank at 68.

"Let Me" plays more or less the same role in Mr. Ford's quartet as "[Rabbit at Rest](#)" did in Updike's series: It's a portrait of a man in the closing chapters of his life, looking back at the receding vistas of his life and tut-tutting about the future. Though this book may lack the depth of emotion and almost photographic clarity of "The Sportswriter" and "[Independence Day](#)" (1995), it's a way more persuasive performance than the bloated, formulaic third volume, "[The Lay of the Land](#)" (2006). It also serves as an apt vitrine for Mr. Ford's talents: his journalistic eye for the revealing detail, his knack for tracing the connections between the public and the personal, his gift for capturing the precariousness of daily life — at least as it's lived in a pleasant (fictional) New Jersey suburb that doesn't seem all that far removed, at least in terms of comfort, from Tony Soprano's hometown.

Like Rabbit, Frank thinks and acts a lot older than his age. He has retired from the real estate business (which he stumbled into decades ago, after quitting his sportswriting job), describes himself as an "old man" and thinks a lot about his aches and pains and the dangers of falling and breaking something. He doesn't own a smartphone, though it's 2012. And he's always thinking about death and evanescence: He describes life as "a matter of gradual subtraction," and talks about "trying to jettison as many friends as I can." While his current wife, Sally, "views life as one thing leading naturally, intriguingly on to another," he looks at it "in terms of failures survived, leaving the horizon gratifyingly — but briefly — clear of obstructions."

Readers of earlier installments of Frank's story always knew him as an emotionally cautious fellow: guarded, self-conscious, willfully detached. As recounted in "The Sportswriter," the sudden death of his 9-year-old son, Ralph, from Reye's syndrome left him convinced that he was too damaged to risk further pain, and he's insulated himself from more hurt by becoming a full-time observer — a man with orchestra seats to his own life. He tries not to care too much about anything and tries to keep his expectations low, lest he find himself hoping for something that might slip out of reach. His nickname is Ole Basset Hound.

Now, in what he calls "the Default Period of life," Frank has increasingly come to inhabit his Default Self — a carefully assembled impersonation of "a better, solider person," which allows him "to *try* not to seem the cynical Joe" his ex-wife, Ann, believes him to be.

There has always been something vaguely passive about Frank, and in these stories, things — or people — happen to him. The stories take place in the wake of Hurricane Sandy, in the days leading up to Christmas, much the way "Independence Day" took place around the Fourth of July holiday and "The Lay of the Land" took place around Thanksgiving.

In each of the stories here, Frank is confronted by someone who wants something from him or wants him to bear witness to their own pain and loss. In "I'm Here," Arnie Urquhart, a man who bought Frank's house on the shore (a house that was trashed and upended by the hurricane) insists that Frank come out to visit the wreckage, an experience that heightens his sense of the randomness of the world and the absence of all safety.

In “The New Normal,” Ann, who’s received a diagnosis of Parkinson’s disease and now lives in a tastefully appointed “high-end old folks’ home,” asks him to bring her a special pillow — it’s a “yoga-approved, form-fitted, densely foamed and molded orthopedic pillow” — and during his visit, makes him contemplate, once again, the failure of their marriage.

In “Deaths of Others,” an old acquaintance of Frank’s named Eddie, who is on his deathbed, asks him to come visit, in order, it turns out, to make an unsettling confession about something that happened many, many years ago. And in “Everything Could Be Worse,” a well-dressed, middle-aged black woman shows up on Frank’s doorstep and tells him that she grew up in his house; after she has a look around, she tells him a horrifying story about her family — and what happened in the house when she was 16.

This story raises the question of race in Frank’s neighborhood, where only “a few vestigial Negroes have managed to hold on” and Frank’s own prejudices. He still refers to African-Americans as “Negroes” and talks about how President Obama “was getting his little black booty spanked by Romney about fiscal stewardship.” He also describes a Pakistani doctor he dislikes as laughing “like a chimp.”

It’s hard to know what Mr. Ford intends with this. Is it because Frank was born in Mississippi almost seven decades ago and hasn’t shed certain childhood biases, even though he’s put an Obama bumper sticker on his car and risked climbing on the roof of his former house to install a “Democrat-donkey weather vane” in 1999?

At other times, Frank almost seems like a parody of a professorial liberal, who talks about buying Aaron Copland’s “whole oeuvre” online. Which brings us to another problem with Mr. Ford’s depiction of Frank in these pages, a problem Updike also had, at times, in depicting Rabbit: that is, a tendency to ascribe dialogue or thoughts to their middle-class, Everyman characters that are hard to imagine being evinced by anyone but the most literary minded of individuals. Would Frank — retired real estate agent and former sportswriter — really describe a remark he’s just made as his “best go-to Roethke line”? Or think: “The suburbs are supposedly where nothing happens, like Auden said about what poetry doesn’t do; an over-inhabited faux terrain dozing in inertia, occasionally disrupted by ‘a Columbine’ or ‘an Oklahoma City’ or a hurricane to remind us what’s really real”?

This dynamic was less noticeable in the first two Bascombe novels, and the fact that “Let Me” works as well as it does is a testament to Mr. Ford’s strengths as a writer and his ability to turn his hero’s contradictions and discontinuities into something more like the genuine complexities of a real human being.

LET ME BE FRANK WITH YOU

By Richard Ford

240 pages. Ecco. \$27.99.

108,8

Economists' roundtable on the euro zone

The ECB should stop fearing the Germans

Nov 3rd 2014, 9:42 BY PAUL DE GRAUWE | LONDON SCHOOL OF ECONOMICS

We are hosting a round-table discussion on what the European Central Bank can do to stave off deflation and boost growth in the euro zone. First up is Paul de Grauwe of the London School of Economics.



THE CONTRAST between the monetary policies pursued in America and the euro zone since 2012 could not be greater. Since 2012 the Fed has continued to expand its balance sheet dramatically. From 2012 to 2014 the Fed added \$1 trillion to its balance sheet. In doing so, it increased the American money base (liquidity) by approximately the same amount.

Exactly the opposite occurred in the euro zone. After having expanded its balance sheet during the period 2008-11, pretty much as the Fed had done, the ECB started a period of dramatic contraction in its balance sheet (and thus in the euro money base) from 2012 onwards. As a result, in 2014 the ECB had reduced the money base by €1 trillion. This was the period during which the Fed added \$1 trillion to the money base, an increase of 25%.

There can be little doubt that the decision of the ECB to reduce the money base by 30% at a time when the euro zone had not recovered from the sovereign-debt crisis contributed to pushing the euro zone into a deflationary dynamic, out of which it still tries to extricate itself.

Why is it that monetary policies in America and the euro zone diverged so strongly? My answer is that it had much to do with a different diagnosis of the nature of the economic and financial crisis that hit the industrial world and the role of the central bank in dealing with such a crisis.

The American monetary authorities, correctly, understood that the crisis had led to a balance-sheet recession, i.e. an attempt by private agents to deleverage. Private agents did this by reducing spending. It was the view of the American monetary authorities that this reduction in aggregate demand had to be countered by monetary expansion.

The ECB, on the other hand, was caught in a narrative that the problem came from the supply side. There were too many rigidities on the supply side. If these were fixed by structural reforms output would increase by itself. Demand would adjust automatically to the supply.

For too long the ECB believed in this narrative, lecturing governments to do their part by introducing structural reforms. In this view, monetary policies were powerless to move the economy.

Only by the beginning of 2014, the ECB started to recognise that this narrative did not fit the facts. Deflationary dynamics were not stopped despite the fact that quite a number of euro-zone governments introduced structural reforms. As a result the ECB announced its desire to do some quantitative easing, i.e. to stop reducing its balance sheet.

However, in the face of the fierce opposition of German economists and media the ECB was caught in a double bind. German opposition made it impossible for the ECB to use the technically easiest way to increase the money base, i.e. buying government bonds. Government-bond purchases, which in nations like America, Britain and Sweden are considered to be technical operations, are resisted with religious zeal in Germany and paralyse the ECB. As a result, the ECB was forced to resort to schemes that are technically difficult to implement because of a lack of liquid markets for those assets, e.g. buying repackaged loans of small- and medium-sized companies.

Thus, the ECB announced QE but found itself in a quandary: the easy instruments were forbidden for quasi-religious reasons. The instruments that the ECB was allowed to use are technically demanding and will not make possible a big increase in the money base.

The question that arises now is what the ECB should do.

At a minimum it should take its responsibility of keeping inflation close to 2% seriously. For two years it has failed to reach this objective. The only way to reach it is to increase the money base and the only practical instrument that can be used to achieve this goal is a purchase of government bonds. This is standard economics. The ECB should recognise this and should not be distracted by non-scientific objections to the use of that instrument.

Some fear that an increase of central-bank liquidity will only lead to asset inflation. This fear is unfounded. Asset inflation is the mechanism that can pull the euro zone out of its deflationary dynamics. It should be tried.

Failure to do so will keep the euro zone at a low-growth and high-unemployment "equilibrium", which risks turning away millions of people from a union that instead of bringing them economic welfare leads them into economic misery. By not acting forcefully today the ECB risks unleashing the rejection of the monetary union. This is a much higher risk than the risk of German ire against the use of an instrument, the purchase of government bonds that in the rest of the world is considered to be standard practice.

Deep Divisions Emerge over ECB Quantitative Easing Plans

By *Anne Seith*

To prevent dangerous deflation, the ECB is discussing a massive program to purchase government bonds. Monetary watchdogs are divided over the measure, with some alleging that central bankers are being held hostage by politicians.

At first glance, there's little evidence of the sensitive deals being hammered out in the Market Operations department of Germany's central bank, the Bundesbank. The open-plan office on the fifth floor of its headquarters building, where about a dozen employees are staring at their computer screens, is reminiscent of the simple set for the TV series "The Office". There are white file cabinets and desks with wooden edges, there is a poster on the wall of football team Bayern Munich, and some prankster has attached a pink rubber pig to the ceiling by its feet.

The only hint that these employees are sometimes moving billions of euros with the click of a mouse is the security door that restricts access to the room. They trade in foreign currencies and bonds, an activity they used to perform primarily for the German government or public pension funds. Now they also often do it for the European Central Bank (ECB) and its so-called "unconventional measures."

Those measures seem to be coming on an almost monthly basis these days. First, there were the ultra low-interest rates, followed by new four-year loans for banks and the ECB's buying program for bonds and asset backed securities -- measures that are intended to make it easier for banks to lend money. As one Bundesbank trader puts it, they now have "a lot more to do."

A Heated Dispute

Ironically, his boss, Bundesbank President Jens Weidmann, is opposed to most of these costly programs. They're the reason he and ECB President Mario Draghi are now completely at odds. Even with the latest approved measures not even implemented in full yet, experts at the ECB headquarters a few kilometers away are already devising the next monetary policy experiment: a large-scale bond buying program known among central bankers as quantitative easing.

The aim of the program is to push up the rate of inflation, which, at 0.4 percent, is currently well below the target rate of close to 2 percent. Central bankers will discuss the problem again this week.

It is a fundamental dispute that is becoming increasingly heated. Some view bond purchases as unavoidable, as the euro zone could otherwise slide into dangerous deflation, in which prices steadily decline and both households and businesses cut back their spending. Others warn against a violation of the ECB principle, which prohibits funding government debt by printing money.

Is it important that the ECB adhere to tried-and-true principles in the crisis, as Weidmann argues? Or can it resort to unusual measures in an emergency situation, as Draghi is demanding?

A Mixed Record in Japan and the US

The key issues are the wording of the European treaties, the deep divide in the ECB Governing Council and, not least, the question of what monetary policy can achieve in a crisis. Is a massive bond-buying program the right tool to inject new vitality into the economy? Or does it turn central bankers into the accomplices of politicians unwilling to institute reforms?

The question has been on the minds of monetary watchdogs and politicians since the 1990s, when a German economist working in Tokyo invented the term "quantitative easing." Its purpose was to help former economic miracle Japan pull itself out of crisis after a market crash.

The core idea behind the concept is still the same today: When a central bank has used up its classic toolbox and has reduced the prime rate to almost zero, it has to resort to other methods to stimulate the economy. To inject more money into the economy, it can buy debt from banks or bonds from companies and the government.

The Bank of Japan finally began to implement the concept, between 2001 and 2006, but the country sank into years of deflation nonetheless. After the financial crisis erupted, central bankers in Tokyo tried a second time to acquire government bonds on a large scale, in the hope that earlier programs had simply not been sufficiently forceful. Between 2011 and 2012, the central bank launched emergency bond-buying programs worth €900 billion (\$1.125 trillion). Finally, in 2013, the new prime minister, Shinzo Abe, opened up the money supply completely when he had the central bank announce a virtually unlimited bond buying program.

A Higher Debt-to-GDP Ratio than Greece

But the strategy, known as "Abenomics," worked only briefly. After a high in 2013, in which Abe proudly proclaimed that Japan was "back," industrial production declined once again. With a debt-to-GDP ratio of 240 percent, much higher than that of Greece, investments declined again, despite the flood of money released under Abenomics.

Businesses and private households were simply too far in debt to borrow even more, no matter how cheap the monetary watchdogs had made it. The banks, for their part, still failed to purge all bad loans from their books, because the central bank was keeping them artificially afloat. "For decades, the Japanese government did not institute the necessary structural reforms," says Michael Heise, chief economist at German insurance giant Allianz.

Ben Bernanke, the former chairman of the US Federal Reserve, demonstrated that under different circumstances quantitative easing could indeed work. After the collapse of investment bank Lehman Brothers, Bernanke, a monetary theorist, spent close to \$1.5 trillion to buy up mortgage loans, corporate bonds and US Treasury bonds.

A second program was launched in 2010, followed by a third in 2012. This time the Fed decided that the program would continue until unemployment had declined to 7 percent. Bernanke's successor, Janet Yellen, only put an end to the latest round of quantitative easing last week.

During this period, the Fed, through its emergency measures, has inflated its balance sheet by about \$1 trillion to \$4.5 trillion, and the economy is now falling into step once again. Unemployment has dropped from 10 to 6 percent, and the annualized growth rate in the third quarter was 3.5 percent. Many observers believe that this alone proves that Bernanke's mega-experiment was a success.

Relatively strong consensus only exists over the fact that the Fed, with its massive intervention, quickly returned many credit markets to normality after the crisis erupted by buying up securities that suddenly no one else wanted. But have the quantitative easing programs also stimulated the economy in the long term?

In a study, the Fed itself concludes that its programs reduced the unemployment rate by 1.5 percent in 2012. Other studies found that long-term interest rates on government and corporate bonds declined significantly as a result of the Fed's buying spree. Still others question the efficacy of the programs, especially more recently.

So who's right? "It's nearly impossible to measure that," says Clemens Fuest, president of the Center for European Economic Research, "if only because we don't know what would have happened without the programs."

Strong Side Effects

The lack of certainty has led many economists to believe that the effects of the bond buying programs were not all positive. On the contrary, the longer the central bank pumps up the markets with its injections of liquidity, they warn, the stronger the policy's side effects get. Because yields on many investments declined along with borrowing rates, more and more market players ignored the risks associated with many halfway lucrative business opportunities.

In Europe, for example, bond traders and other investors began buying up Greek, Spanish and Italian government bonds after the debt crisis had subsided, so that some of the former crisis-ridden countries are now paying even lower interest rates on new borrowing than before. Meanwhile, in the United States, corporate debt securities known as junk bonds became the latest trendy investment.

Junk bonds come with an enormous risk of default, but they are also considered very high-yield investments. The market blossomed, at least until recently. But what this means for the US economy may not become apparent for several years. More than \$700 billion in junk bonds will mature by 2018, and "a large number of companies will suddenly have great trouble finding follow-up financing," warns Allianz economist Heise.

On the global exchanges, the mood among investors was long delirious. In June, the Bank for International Settlements, an international organization of central banks, noted a "puzzling disconnect" between the boom and actual economic developments. Because debt has also been growing worldwide, the financial system is, in a certain sense, even more fragile than before the crisis, said Jaime Caruana, the bank's general manager.

Whether this is true could become apparent in the next few weeks. Once the Fed has stopped its ongoing injection of liquidity into the economy, many observers fear severe withdrawal symptoms in markets and exchanges.

Growing Pressure for ECB President to Act

Nevertheless, ECB President Draghi is coming under growing pressure to hazard the risky experiment in the euro zone. The region's [economy is stagnating](#) and inflation continues to decline. "If the central bank did nothing to counteract the threat of deflation, it would be like withholding treatment from a patient with pneumonia because of the potential side effects," argues Joachim Fels, chief economist with investment bank Morgan Stanley.

The only problem is that the recipe for cheap money is no longer showing much effect in Europe today. In September, ECB President Draghi offered banks four-year loans at ultra-low interest rates, under the condition that the institutions would pass on the funds to the economy through lending. But the amount of borrowing that ensued -- €82.6 billion -- was significantly less than anticipated.

The demand for credit is simply too low in many places. The economy is ailing as a result of a lack of investment and low consumption rates, because households and businesses in a number of countries are still in too much debt. Countries like Italy and France are also dragging their feet with important reforms that could make their industries competitive once again.

A 'Largely Pointless Exercise'

If the ECB does launch a buying program for government bonds, another problem arises. To avoid coming under the suspicion of trying to provide funding primarily to crisis-ridden nations, it will probably have to acquire the bonds of all euro-zone countries. For the ECB itself, the most likely approach is to simply base its bond-buying program on each country's initial contribution to the ECB, known as the capital key.

But then the central bankers would also have to buy large numbers of German bonds, which would be a "largely pointless exercise," as Willem Buiter, the chief economist at US bank Citigroup, puts it. Interest rates on some German government bonds are already in the negative range.

Buiter can readily be described as a proponent of active monetary policy, and yet he too believes that this approach only works if accompanied by structural reforms. Monetary policy alone isn't enough to combat persistent stagnation, he says, "which is what the euro zone is heading for."

It's no surprise that the ranks of skeptics are also growing within the ECB. Bundesbank President Weidmann has long warned that the central bank cannot be allowed to become a "sweeper" for policymakers. Now German ECB Supervisory Board member Sabine Lautenschläger is coming to his defense, saying that the purchase of government bonds could only be a "last resort" in the event of a deflationary spiral, essentially the final ammunition of monetary policy. The critics of further quantitative easing measures also include the Executive Board members from Luxembourg, Austria, the Netherlands and Estonia.

It was US economist Melvyn Krauss who proposed a compromise in the German financial newspaper *Handelsblatt* last week that many central bankers read with interest. According to Krauss, the ECB could exclude from a bond purchasing program countries that Brussels had admonished for deficit violations. In this way, quantitative easing would become an "enticement" for politicians to institute reforms.

Will Krauss's proposal produce a consensus? Europe's central bankers remain skeptical. "I don't see the south accepting this," one of them said, referencing to Southern European countries.

Die neue Machtfülle der EZB

Die Europäische Zentralbank befindet sich in einem heiklen Spagat: Sie muss sich um die Geldpolitik kümmern und ab heute auch die größten Geldhäuser der Währungsunion beaufsichtigen. Geht das gut?

04.11.2014, von PHILIP PLICKERT



© EILMES, WOLFGANG Blick aus dem EZB-Neubau auf das Frankfurter Bankenviertel: In Kürze ziehen die meisten Zentralbanker in den neuen Turm im Ostend, die Bankenaufseher wechseln 2015 in den alten Euro-Tower.

Die EZB befindet sich auf einer Reise ins Ungewisse. In der Krise ist sie zu einer der mächtigsten, vielleicht sogar zur mächtigsten Institution der Eurozone überhaupt aufgestiegen. Doch zugleich wirkt sie machtlos gegen die Gewalt der Euro-Krise, die auch im siebten Jahr der Finanzkrise die Realwirtschaft lähmt. In der EZB hat sich dieser Tage dennoch eine gelöste Stimmung breitgemacht. Auf die Erschöpfung folgte die Erleichterung. „Der Stress mit dem Stresstest ist erst mal vorbei“, heißt es. Die Zeugnisse an die 130 Großbanken sind verschickt, jetzt müssen die „durchgefallenen“ zwölf Banken erklären, wie sie ihre Kapitallücken schließen wollen.



Autor: Philip Plickert, Jahrgang 1979. Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Es sind aber überschaubare Lücken von nur wenigen Milliarden Euro. Für einige Banken, vor allem in Italien, wird es eng. Kritiker finden aber, der Test sei trotzdem insgesamt nicht übermäßig hart gewesen. „Ich hatte erwartet, dass noch mehr auf den Tisch kommt“, sagt Clemens Fuest, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Es wurde zwar einiges an notleidenden Krediten aufgedeckt, zusätzliche faule Posten für zusätzliche 136 Milliarden Euro. „Aber das Stressszenario war doch eher milde“, findet Fuest. „Ein Befreiungsschlag war das insgesamt nicht.“

Bankenaufsicht im „Japan Center“

Auch in der EZB weiß man, dass der Bilanz- und Stresstest nur der Anfang eines langen Prozesses ist, um den europäischen Finanzsektor auf eine solidere Basis zu stellen. „Die Geschichte ist nicht vorbei – auch nicht für die Banken, die den Test bestanden haben“, sagt Andrea Enria, Chef der Bankenaufsichtsbehörde EBA in London. Mit seiner Bemerkung hat er den Bank-Aktienkursen einen Dämpfer verpasst. Kritiker wie der Bonner Ökonom Martin Hellwig finden, dass es zu viele Banken ohne funktionierendes Geschäftsmodell in Europa gibt. Die EZB halte durch billige Kredite Zombiebanken am Leben, kritisiert Hellwig.

An diesem Dienstag, übernimmt die EZB die Verantwortung für die direkte Aufsicht über die 120 Großbanken des Euroraums. „Single Supervisory Mechanism“ (SSM) nennt sich die Aufsicht in der Zentralbank. Sie soll ein einheitliches Spielfeld für die Banken schaffen. Der Andrang zum SSM war gewaltig. Mehr als 20000 Bewerbungen flogen der EZB ins Haus. Viele kamen von nationalen Aufsichtsbehörden, dazu einige Wirtschaftsprüfer oder Banker. Der Aufbau der neuen Superbehörde mit der Französin Danièle Nouy an der Spitze wurde dann im Eiltempo vollzogen.

Inzwischen arbeiten gut 900 SSM-Mitarbeiter im „Japan Center“, einem rötlichen Hochhaus zwei Blocks vom Euro-Tower der EZB in Frankfurt entfernt. Hinter Stahldrehtüren liegen ihre schlichten Büros. Hier durchleuchten sie die Bücher der Banken, hier fließen die Daten über Hunderttausende Kreditakten zusammen. Bilanzposten über 3,7 Billionen Euro haben sie stichprobenartig durchgesehen, insgesamt stehen die geprüften 130 Großbanken für 22 Billionen Euro Bilanzsumme – etwa vier Fünftel des gesamten europäischen Bankensektors.

Es herrscht Aufbruchstimmung

Sachlich und nüchtern ist die Atmosphäre im Japan Center. Über die Flure hasten Aufseher mit Aktenbündeln unterm Arm. Die gemeinsamen Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams), die meist ein Dutzend Mitarbeiter von EZB und nationalen Aufsichtsbehörden umfassen – in Deutschland sind das Bundesbank und Bafin –, graben sich immer tiefer in die Bücher „ihrer“ Bank ein. Es herrscht Aufbruchstimmung.

Der Name „Japan Center“ für das Bankenaufsicht-Hauptquartier weckt allerdings ungute Assoziationen: In Japan hielt eine verschleppte Bankenkrise die einstige Wirtschaftssupermacht zwei Jahrzehnte in quälender Stagnation gefangen. Japan steht außerdem für das Gespenst der Deflation. Beides möchte die EZB mit aller Macht verhindern.

Aber kann sie beides gleichzeitig, eine rigorose Bankenaufsicht, die nicht lebensfähigen Banken den Gnadenstoß versetzt, und eine auf Preisstabilität gerichtete Geldpolitik? Es gibt große Bedenken, dass dieser Spagat gelingt. Zwischen Bankaufsicht und Geldpolitik kann es in kritischen Situationen zur Interessenkollision kommen. „Natürlich gibt es einen potentiellen Konflikt“, sagte die Chefin der deutschen Finanzaufsichtsbehörde Bafin, Elke König, jüngst in Berlin auf einem Finanzkongress. „Man sollte nicht versuchen, das zu ignorieren.“ Der Finne Jukka Vesala, der eine der vier Generaldirektionen der EZB-Aufsicht leitet, hielt dagegen: „Das lässt sich aber regeln.“

Geregelt ist, dass die Bankenaufsicht organisatorisch getrennt ist von der Geldpolitik. Operative Chefin der Aufsicht ist die Französin Nouy, ihre Stellvertreterin ist Sabine Lautenschläger aus dem EZB-Direktorium. Die Letztverantwortung für Aufsichtsentscheidungen liegt aber beim EZB-Rat – der zugleich über die Geldpolitik bestimmt, also Zinssenkungen oder neue Geldspritzen. Die Doppelrolle der EZB könnte zu einer

Vermischung beider Themen führen. Kein Problem, sagt die EZB: Der Rat halte separate Sitzungen zu beiden Themen. Das überzeugt nicht jeden. Eine solche gespaltene Persönlichkeit – hier Aufseher, da Geldpolitiker – sei doch schizophran, wurde am Finanzplatz Frankfurt dazu schon kommentiert.

Vor allem in schlechten Zeiten, wenn sowohl die Konjunktur als auch die Banken schwächeln, kann es zu Interessenkonflikten kommen, warnt der Bonner Ökonom Hellwig. Die Zentralbank könne die Banken zu mehr Kreditvergabe drängen, wogegen die Aufseher zur Zurückhaltung und Vorsicht mahnen müssten, damit die Banken nicht zu viel Risiken eingehen. Denkbar ist auch der Fall, dass die EZB als Aufseherin eine Bankenschieflage sieht, aber versucht ist, diese durch billige Notkredite zu mildern. Tatsächlich passiert dies mit den ELA-Notkrediten: Eigentlich nur als vorübergehende Liquiditätshilfe gedacht, sind sie aber zur Dauersubvention verkommen.

Nach Ansicht der Kritiker hat die EZB schon viel zu viele Kompetenzen an sich gezogen. Mit Krisenmaßnahmen wie Staatsanleihekäufe gegen Reformauflagen habe sie ihr Mandat überschritten. Die EZB sei eine „eierlegende Wollmilchsau“ geworden, stichelte Ex-Bundesbankpräsident Axel Weber, der aus Protest zurücktrat. Durch ihre Krisenpolitik greift sie auch in die Finanz- und Wirtschaftspolitik ein, wozu ihr die demokratische Legitimation fehlt. In Deutschland sehen das viele Ökonomen und Politiker kritisch.

Keine „Schrottpapiere“ kaufen

Im Frankfurter Euro-Tower wird aufmerksam registriert, wie heftig CDU-Vertreter die EZB zuletzt wegen der umstrittenen Käufe von Kreditverbriefungen (ABS-Papiere) attackierten. Die Zentralbank dürfe keine „Schrottpapiere“ kaufen. EZB-Präsident Mario Draghi reagierte dünnhäutig. Auf der Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds in Washington beschwerte er sich in einem Hintergrundgespräch über die Kritik an ihm von deutschen Politikern und Medien. Die Unionspolitiker sind freilich auch besorgt, dass der Kurs der EZB die Euroskepsis der Deutschen verstärke. Das ist Wasser auf die Mühlen der AfD.

In Südeuropa, von Italien bis Spanien und auch in Frankreich, fordern Politiker hingegen eine noch expansivere Politik der EZB. Auch vom Finanzplatz London sind Rufe nach einer viel größeren Geldschwemme zu hören. **„Was Europa braucht, ist ein voll entfaltetes QE“ – also eine „Quantitative Lockerung“ durch massenhaften Kauf von Staatsanleihen, fordern Leitartikel der „Financial Times“ und Bankanalysten. Je länger die Inflationsrate so niedrig bleibt – aktuell bei 0,4 Prozent –, desto lauter werden die Rufe.**

Kommt die nächste Geldbombe?

In Italien und Frankreich kommen die Reformen und die Haushaltskonsolidierung nur schleppend voran – umso mehr richten sich die Augen auf die EZB. Und die Konjunktur bleibt blutleer. Im dritten und vierten Quartal könnte die Wirtschaftsleistung des Euroraums beinahe stagniert sein. Nur minimales Wachstum sei zu erwarten, sagte EZB-Chefvolkswirt Peter Praet jüngst. „Das ist ziemlich beunruhigend.“ Ein neuer Schock könne die Inflation in negatives Territorium drücken. Die Deflationsgefahr sei aber begrenzt, versicherte Praet.

Noch haben viele im EZB-Rat Skrupel, ob sie QE – das Zauberwort für die ganz große Geldbombe – wagen sollen. Durch QE würden die Anleihezinsen noch stärker gedrückt, die Märkte würden mit frischem Geld überschwemmt. Bundesbank-Chef Jens Weidmann hält dagegen. Er sieht Gefahren für die Finanzstabilität durch eine Verzerrung der Märkte – das müsste die Bankaufseher auf den Plan rufen. Außerdem wären Staatsanleihekäufe für Hunderte Milliarden eine verbotene monetäre Staatsfinanzierung. Auch einflussreiche Direktoriumsmitglieder wie der Luxemburger Yves Mersch und Praet sowie mehrere nationale Notenbankchefs haben Bedenken. Draghi hat indes – eigenmächtig, ohne vorherigen Beschluss im Rat – als Zielwert eine Bilanzausweitung der EZB um eine Billion Euro ausgegeben. Allein mit Pfandbrief- und ABS-Käufen wird das schwer zu erreichen sein. „Dafür sind die Märkte viel zu eng“, heißt es in der Notenbank. Also wird nach neuen Kauffeldern Ausschau gehalten. Zunächst könnten das Unternehmensanleihen sein. Wenn die Inflationserwartungen stärker sinken sollten, werde der Druck zu QE übermächtig, erwarten viele Banker. Die Uhr für die nächste große Geldbombe tickt.

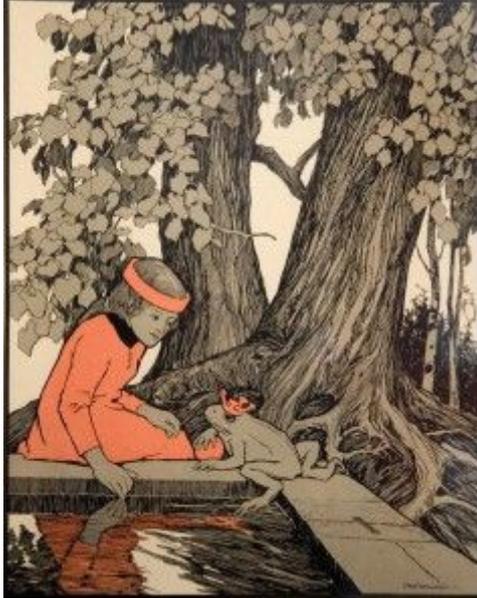
108,15

Grimms Märchen als Frauenliteratur

03.11.2014, 07:50 Uhr · Sie waren Gelehrte und sie konnten – untypisch für ihre Profession – einfachen Leuten zuhören. Warum die Märchen der Brüder Grimm Frauenliteratur sind.

Von [RUTH KLÜGER](#)

Über die Brüder Grimm lässt sich so viel Gutes sagen wie kaum über andere deutsche Philologen, über ihren Charakter und ihre politische Standhaftigkeit wie auch über ihre wissenschaftliche Leistung. Ich bin daher besonders dankbar, dass ich als Germanistin einen [Preis](#) in Empfang nehmen darf, der im Namen dieser großen Vorbilder meines Berufs gestiftet wurde.



© RAINER WOHLFAHRT Lithographie zum "Froschkönig" von Otto Ubbelohde

Weltberühmt sind sie natürlich durch das geworden, was sich nüchtern als Ethnographie oder Volkskunde legitimierte und dann im Handumdrehen eins der großen Werke der Weltliteratur wurde, die "Kinder und Hausmärchen", ein Klassiker in allen Sprachen. Amerikanische Kinder kennen dessen Feen und Hexen, Stiefmütter und die Prinzessinnen so gut wie deutsche Kinder sie kennen (na, nicht ganz so gut, und doch, dank der Disney-Filme, hie und da sogar etwas besser).

Die Vorbedingung dieses Erfolgs war eine der bewundernswerten Eigenschaften der Brüder, nämlich dass sie zuhören konnten. Das ist nicht so selbstverständlich, wie es klingt; denn sie waren Professoren, die von Beruf aus Zuhörer hatten, nicht Zuhörer waren. Und nun schon gar, Frauen ernst genug zu nehmen, um das, was diese erzählten, fleißig aufzuschreiben! Die Erzählerinnen, die den Grimms diesen Reichtum an Phantasie und Witz und Tradition lieferten, waren ja vor allem Frauen – allen voran die unvergleichliche Dorothea Viehmann –, und sie waren den Zuhörern Jacob und Wilhelm an Bildung und Status selbstverständlich weit unterlegen, wenngleich auch eine hochbegabte Ausnahme, Jenny von Droste zu Hülshoff, Schwester der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff, mitgemischt hat. Männer wie die Grimms wurden von Jugend an nicht erzogen, Frauen der Mittel- und unteren Schichten oder sogar der oberen, mit gespitztem Bleistift zuzuhören, und dann noch ziemlich genau, und vermutlich mit viel Klugheit und Freude, denn das strahlen die Märchen aus, und das geht gar nicht ohne Achtung und Respekt vor den Quellen. Da waren die gelehrten Grimms in der Rolle des Zöllners, eines einfachen, bescheidenen Beamten, der Laotse seine Weisheit „abverlangte“, in der Sage, die Brecht in seinem Gedicht „Über die Entstehung des Buchs Tao Te King“ festhielt, das mein verehrter Laudator Heinrich Detering seinerseits ausführlich und anregend neu gedeutet hat. Hier wie dort: Sprecher und Schreiber, der Augenblick des Übergangs von der mündlichen zur schriftlichen Tradition.

Geschichten für Buben, Geschichten für Mädchen

Damit steuere ich schon auf mein eigentliches Anliegen hin, nämlich, dass viele dieser von Frauen erzählten und von Männern gesammelten Märchen geschlechtsspezifisch sind, das heißt: dass die Zielgruppe manchmal Mädchen, manchmal Buben, manchmal beide sind. Das ist wichtig; denn bis vor kurzem gab es nur wenige Werke in der Weltliteratur, in denen Frauen und Mädchen so selbstständig handeln, so viele Abenteuer erleben, sich derartig im Wald und in der Welt herumtreiben wie in den Grimmschen Märchen. Dann kommen wieder welche, die nur von männlichem Mut und Draufgängertum handeln. Ich folgere, dass die Erzählerinnen den Buben andere Geschichten erzählten als den Mädeln, dass sie sich einfach auf den Geschmack ihres Publikums einstellten. Ich behaupte also nicht, dass die Grimmschen Märchen nur auf

weibliche Aktivitäten und Befindlichkeiten eingestellt wären oder nur Mädchen zum Mittelpunkt hätten, ich werde von solchen sprechen, in denen das der Fall ist.



© F.A.Z. RAINER WOHLFAHRT Das Märchen als Musical: "Dornröschen" bei den Brüder-Grimm-Festspielen in Hanau 2009

In den Mädchenmärchen, wie ich sie nennen möchte, wird zum Beispiel die Pubertät immer wieder durchgespielt. Auffallend, wie oft den Mädchen im Alter von dreizehn bis fünfzehn Lebensjahren etwas Außerordentliches und Bedrohliches zustößt, also im Alter der Menarche, der ersten Regelblutung, noch ein paar Jahre vor dem Alter der Heiratsfähigkeit in unserer Kultur. Das Musterbeispiel dafür ist „Dornröschen“, wo die Heldin an ihrem 15. Geburtstag tatsächlich zu bluten beginnt (dank einer verwunschenen Spindel) und in einen Scheintod fällt, der Jahre andauert. Nun ist Dornröschen aber von Geburt an verflucht, in diesem Alter Blut zu vergießen, denn bei ihrer Geburtsfeier waren zwölf weise Frauen eingeladen, aber eine dreizehnte nicht, weil es witzigerweise im Königsschloss nicht genug Teller für alle dreizehn gab. Diese zurückgesetzte und daher gereizte und verärgerte Zauberin hatte der armen Neugeborenen einen Fluch statt einer guten Gabe mitgegeben, nämlich: „Sie soll sich in ihrem fünfzehnten Jahr an einer Spindel stechen und tot hinfallen.“

Spinnen war die weibliche Beschäftigung par excellence. Im Märchen wird sofortiges Spindelverbot im Schloss ausgerufen, das aber nicht eingehalten werden kann. Nun sind ja alle Mädchen „verurteilt“, in ihrem 15. (oder 14.) Jahr zu bluten, ein allgemeiner Grund für Sorge und kindliche Unsicherheit im präpubertären Alter. Im Märchen gewinnt dieser unvermeidliche Zustand eine hinreißende Einmaligkeit. Ich kann mir schlecht vorstellen, dass dieses Blutvergießen in der Näh- und Spinnkammer einem Jungen besonders aufregend vorkommt, während sie einem weiblichen Kinderpublikum explosiv unheimlich und bedeutungsschwer scheinen kann. – Wie zu erwarten, stirbt Dornröschen so wenig wie wir alle an dieser ersten Blutung, die für sie, wie für andere junge Frauen, zum Eingang in ein postpubertäres Leben wird, wenn es auch in ihrem Falle Jahre bis zur Erlösung und zur nächsten Lebensphase braucht.

Gegen den Aberglauben

Nun aber zu dieser dreizehnten Fee oder „weisen Frau“, wie sie genannt wird. Die anderen zwölf sind gütig, sie ist es nicht. Sie ist aber auch keine Hexe, sie ist ein Mittelding, eine gefährliche Zauberin. Damit sind wir bei den bösen Frauen angelangt, von denen die Märchen, in Gestalt von Hexen und Stiefmüttern, nur so strotzen, und hier wird's kompliziert und interessant. Denn sowohl Gut wie Böse sind in den Mädchenmärchen weiblich, in einem eigentümlichen Matriarchat der Mächte, wo die Väter schwache, manipulierbare Menschen sind oder irrationale Egoisten. Auf diese eingeschränkte Männerrolle komme ich noch zurück.

Die Hexe ist manchmal eine Erweiterung der bösen Stiefmutter, aber sicher ist sie auch ein Konstrukt der Frauenfeindlichkeit und des Teufelwahns, der noch bis ins achtzehnte Jahrhundert reichte und in Amerika im letzten Jahrzehnt des siebzehnten zu wahnwitzigen Hinrichtungen führte. Darum ist es von Bedeutung, dass manche Märchen gegen diesen Aberglauben ansteuern. Besonders Frauen, die allein lebten wurden der Hexerei verdächtigt, doch in den Märchen sind gerade sie oft auch wohlthätige weise Frauen, wie zum Beispiel die „Gänsehirtin am Brunnen“ ein „steinaltetes Mütterchen, das mit dem Kopfe wackelt“ und vor der sich die Kinder fürchten, weil man ihnen gesagt hat, sie sei eine Hexe. (Dieses Symptom von Osteoporose [der wackelnde Kopf] ist leider in der Fiktion oft ein Signal für weibliche Bösartigkeit!) Das Märchen zeigt jedoch, dass der Schein trügt, weil die Gänsehirtin in Wirklichkeit eine gute und vor allem auch eine mächtige Zauberin ist, die eine arme Hütte in einen Palast verwandeln kann.

Eine präpubertäre Phantasie

Der wichtigste Typus der bösen Frau ist aber nicht die Hexe, sondern die immer wiederkehrende Stiefmutter, wobei die beiden wohl miteinander verwandt sind, die Hexen und die Stiefmütter. Man hört öfter, die große Anzahl von Stiefmüttern im Märchen habe soziologische Gründe, nämlich, dass so viele Frauen in jungem Alter starben und fremde Frauen den Haushalt übernehmen mussten. Doch diese Begründung scheint mir nicht nur langweilig, sondern auch nicht stichhaltig. „An verwaister Stätte schalten / Wird die Fremde, liebeleer“ heißt es in Schillers „Lied von der Glocke“ über den Tod einer jungen Mutter. Das hat Schiller wahrscheinlich als Kind von einer Märchenerzählerin übernommen. Warum sollen denn diese zweiten Ehefrauen so fürchterlich und so kinderfeindlich gewesen sein? Stiefmütter waren noch nie ein Problem von sozialem Ausmaß, nur im Märchen sind sie's. Ich meine eher, die Märchenstiefmütter sind allesamt Mutterfiguren, verkörpern die Schattenseite der Mutter-Kind-Beziehung. Sie wären somit eher psychologischen Ursprungs, gründeten in der Angst, von den Eltern allein gelassen zu werden: Die Mutter geht aus, vielleicht kommt sie nicht wieder. Außerdem bin ich vielleicht gar nicht ihr Kind, sondern ein Findling, und meine wirkliche Mutter ist tot. Und dann bevorzugt sie noch meine Geschwister, und ich bin vielleicht nur das Stiefkind. Das Gefühl, dass ich nicht so viel geschenkt bekomme wie meine Schwester, obwohl ich hübscher und besser bin als sie, wird im Märchen verklärt

und ausgemalt. Es ist die Situation von Aschenputtel und manchen anderen, deren Schwestern so viel besser gekleidet sind als die Heldin. Die Väter sind so gut wie nicht vorhanden. Es ist die Mutter, auf die es ankommt, vor der man sich hüten muss, denn wer weiß, was sie mit uns vorhat. Tatsächlich verjagt in „Hänsel und Gretel“ die Mutter, nicht die Stiefmutter, wie's in geglätteten Versionen heißt, die beiden Kinder. Da sich diese tiefste Angst der frühen Kindheit mit gesellschaftlichen Normen nicht vereinbaren lässt, da man sie nicht aussprechen darf, wird aus der Mutter die Stiefmutter.



© DIETER RÜCHEL "Schneewittchen" bei den Hanauer Märchenfestspielen 2010

Ein beliebtes Motiv in dieser Konstellation ist die Rivalität zwischen Mutter und heranwachsender Tochter, dem wir eines der berühmtesten Märchen verdanken, nämlich „Schneewittchen“. Dass die plötzlich erwachsene und bildhübsch gewordene Tochter als Teenager die alternde Mutter verunsichern kann, ist ja eine bekannte Tatsache, belegt von der Erfahrung vieler Töchter wie auch vieler Psychologen. Nirgends ist sie eindringlicher symbolisiert als in der Königin vor dem Spiegel. Der Spiegel erteilt ihr nicht die gewünschte Auskunft, sondern zeigt nur ihr vermutlich gealtertes Gesicht und sagt ihr dreimal, dass die Tochter, sprich Stieftochter, den Vorzug genießt, die Schönste im Land zu sein. Wie in anderen „Mädchenmärchen“ hat der Vater nichts zu sagen, obwohl er König ist. Es folgen verschiedene Mordversuche von mütterlicher, oder stiefmütterlicher, Seite. Alle misslingen, die Jugend ist nicht umzubringen, Schneewittchen entkommt, und es gelingt ihr, einen ordentlichen Job zu ergattern und so ihren eigenen Unterhalt zu verdienen, bei den sieben Zwergen, die im Bergwerk arbeiten – das ist nun mal das Handwerk von mythischen kleinen Männern –, die aber keine richtigen Männer sind, so dass Schneewittchen die Unabhängigkeit des Ehelebens (im Vergleich zur Abhängigkeit im Elternhaus) ohne dessen Verpflichtungen erleben kann. Die Männlichkeit ist auf die harmlosen sieben Männchen reduziert, deren Haushalt das junge Mädchen getrost führen kann, ohne den Anforderungen der Ehe ausgesetzt zu sein, also eine präpubertäre Phantasie.

Alle Stadien eines Heldendaseins

In den Mädchenmärchen wird die allgemein gültige gesellschaftliche Vorherrschaft des männlichen Geschlechts und die Bevorzugung von Söhnen vor Töchtern oft in Frage gestellt. In absurder Umkehr aller Traditionen und Vorurteile, besteht ein königlicher Vater in dem Märchen „Die zwölf Brüder“ darauf, seine zwölf Söhne allesamt ermorden zu lassen, damit die einzige Tochter das Königreich erbt. Den Söhnen gelingt es zwar zu fliehen, als ihre Särge schon gezimmert sind, aber sie schwören verständlicherweise, sie werden alle Mädchen, die ihnen unterkommen, aus Rache töten. Wie zu erwarten, klopft dann nach vielen Jahren das liebe Schwesterchen selbst an die Tür, und Versöhnung findet rechtzeitig statt. Trotz des Happy Ends sind die Voraussetzungen des Ganzen so unerwartet („alle Jungen müssen sterben, damit ein Mädchen reich wird?“), dass es wie absichtlich eingesetzte Ironie wirkt und zum Lachen reizt, auf jeden Fall zum Nachdenken über Geschlechterrollen. – Man kann leicht den feinen, oft unterschwelligsten Humor in Grimms Märchen unterschätzen.

Brüder sind im Märchen oft abhängig von Schwestern, auch das eine Phantasie, die die untergeordnete Rolle der Mädchen im realen Haushalt zurechtrückt oder herausfordert. In „Die zertanzten Schuhe“ versucht ein Dutzend Prinzessinnen ihre verwunschenen Prinzen durch nächtelangen Tanz zu entzaubern, obwohl ja hergebrachter Weise die jungen Männer die Befreier sein sollten und die jungen Mädchen die hilflosen Opfer. In „Die sechs Schwäne“, befreit die Schwester ihre in Vögel verwandelten Brüder, die sonst gar keine Chance haben, je wieder Menschen zu werden. Die Schwester durchläuft alle Stadien eines Heldendaseins, sie muss einsam leben, darf nicht sprechen, wird Opfer eines Justizfehlers, der ihr fast das Leben kostet, während die Brüder nur herumflattern und auf ihre erhoffte Entzauberung warten.

Im totalen Matriarchat

In „Brüderchen und Schwesterchen“ ist es zunächst der Junge, der die Schwester veranlasst, mit ihm das bedrückende Elternhaus zu verlassen. Aber bald verliert er seine Dominanz, denn sie ist es, die ihn umsorgen muss, nachdem er sich trotz ihrer Warnungen nicht beherrschen konnte und das von der Stiefmutter vergiftete Wasser trank, das ihn in ein Reh verwandelt, und später unbedingt bei der Jagd dabei sein will. (Dies ist übrigens ein weiteres Beispiel der verblüffenden Ironie mancher Märchen, dass das gejagte Tier dem Hifthorn nicht widerstehen kann, vermutlich weil er im Grunde seiner männlichen Seele ein Jäger statt ein Reh sein will.) Schwesterchen ist der vernünftige, verantwortungsvolle Partner, oder vielmehr die Partnerin, die Heldin, die letztlich alles zum Guten wendet.



© RAINER WOHLFAHRT „Brüderchen und Schwesterchen“ bei den Brüder-Grimm-Märchenfestspielen 2007

Ähnlich in „Hänsel und Gretel“, das ich nur halb zu den Mädchenmärchen rechne. Gretel, die am Anfang ganz brav und passiv dem vermutlich größeren Bruder folgt, wird im Laufe der Erzählung immer selbständiger. Sie ist es, die die Hexe in den Ofen stößt und damit Hänsel befreit und die dann das Entlein ruft, das die Geschwister nach Hause bringt. Hänsel kann nur Brotkrümel streuen, wie er es anfänglich tut, die die Vögel dann auffressen, eine betäublich nutzlose Handlung.

Manche der Mädchenmärchen sind in einem totalen Matriarchat verankert, das die Männer gänzlich ausklammert. In „Frau Holle“ ebenso wie in „Schneeweißchen und Rosenrot“ ist das Familienoberhaupt wie wir heute sagen würden eine alleinerziehende Mutter, eine Witwe mit je zwei Töchtern. „Frau Holle“ (oder „Goldmarie und Pechmarie“) spielt nur unter Frauen, vier Frauen, zwei davon Töchter, zwei Mutterfiguren, die eine gerecht, die andere ungerecht. Hier ist die leibliche Mutter die ungerechte Frau. Sie ist keine böse, aber auch keine gute Mutter, denn sie irrt sich, wenn sie die hässliche, faule Tochter mehr liebt als die schöne fleißige. „Frau Holle“ gehört zu den Geschichten, in denen die Mädchen allein ausziehen, um sich zu behaupten oder um reich zu werden, und dabei Abenteuer erleben, die denen ähneln, die sonst jungen Männern vorbehalten sind. In diesem Märchen laufen sie keiner Hexe in die Arme; denn die ausgeglichene Gegenspielerin der Mutter wohnt zwar wie eine Hexe allein, ist aber das Gegenteil von einer Hexe, sie ist eine weise Frau, die die Gute belohnt und die Böse bestraft. — Und überdies und andeutungsweise ist sie eine Wintergöttin, die den Schneefall durchs Aufschütteln von Federbetten beherrscht.

Unbrauchbar bis gemeingefährlich

„Schneeweißchen und Rosenrot“ ist das Gegenstück von „Frau Holle“, denn diese Schwestern vertragen sich ausgezeichnet, sind aufeinander eingestellt, lieben einander innig und sind immer unterwegs in Wald und Wiese, mit Bären und Zwergen, gewiss keine kleinen Hausmütterchen, die spinnen und fegen müssen, obwohl sie auch putzen und kochen können, wenn's drauf ankommt und der Mutter Arbeit erspart. Ein ideales Schwesternpaar, ohne Eifersüchteleien und ohne Stiefmutter. Manchmal übernachteten sie im Wald und die Mutter macht sich ausdrücklich keine Sorgen, weil man sich ja auf Schutzengel verlassen kann. (Wer bräuchte da männlichen Schutz?) Es ist eine ideale Familie, ganz ohne Vater. Wie in „Schneewittchen“ ist die Männlichkeit auf Zwerge reduziert, aber diesmal sind die Zwerge nicht harmlos, sondern boshaft und tragen lange Bärte, deren phallische Bedeutung unübersehbar ist. Dieser „Manneschmuck“, wie das Wort Bart in alten Kreuzworträtseln definiert wurde, erweist sich als gelegentlich unpraktisch. Einmal bleibt so ein Bart ungeschickterweise in einer Baumspalte stecken, ein zweites Mal verheddert er sich in einer Angelschnur, so dass der Fisch den kleinen Fischer ins Wasser zieht. Beide Male befreien die Mädchen den Zwerg, indem sie ihm mit einer Schere ein Stück Bart abschneiden. Aber statt ihnen dankbar zu sein, wird dieser nur immer böser, weil er glaubt, ein Stück seiner Identität verloren zu haben. Der Zwerg schimpft auf die Mädchen, nennt sie „alberne, glatte Milchgesichter, wahnsinnige Schafsköpfe“ und jammert seinem „stolzen Barte“ nach. „Ich darf mich vor den Meinigen gar nicht sehen lassen“, lamentiert er. Gerade in diesem letzten Satz wird die phallische Beschämung des Bartabschneidens deutlich, der Zwerg ist symbolisch von Mädchenhänden kastriert worden. Kein Wunder, dass er schimpft und schimpft. Haare sind ja erotisch geladen und als Symbole erfreulich verwendbar für Frauen wie für Männer. So ist bei „Rapunzel“ ihr verlockend langes Haar die Leiter für den Liebhaber und die Schwangerschaft.



© RAINER WOHLFAHRT „Rapunzel“ bei den Brüder-Grimm-Märchenfestspielen im Schloss Philippsruhe in Hanau 2006

Während die meisten Väter nur unbrauchbar sind, weil sie sich nicht für ihre gefährdeten Kinder einsetzen, gibt es doch auch solche, die aus Egoismus gemeingefährlich werden. Der bekannteste Typ des egoistischen Vaters in der Literatur ist der König, der darauf besteht, dass seine

drei Töchter ihm sagen, wie sehr sie ihn lieben und der dann die ehrlichste und treueste der drei verstößt, weil sie die richtigen Worte nicht findet. Es ist die Basis von Shakespeares „König Lear“. Eine Variante ist auch bei den Grimms zu finden. Doch während bei Shakespeare der Vater die Hauptrolle bestreitet, fällt bei den Grimms das Augenmerk vor allem auf die benachteiligte Tochter.

Entmachtung und Ermächtigung

Angst vor der Sexualität flackert auf in der Geschichte von Allerleirauh, deren leiblicher Vater in aller Unschuld glaubt, er dürfe seine Tochter heiraten, weil er keine hübschere Ehepartnerin finden kann. Die Tochter denkt sich phantasievolle Ausflüchte aus, mit vielen Kleidern, darunter eins aus den verschiedensten Tierfellen, dem sie später ihren Namen Allerleirauh verdankt. Doch der Vater besteht auf seinem sündigen Verlangen, und um seinen Inzestgelüsten zu entgehen, muss sie schließlich lange in der Wildnis herumirren und anderswo Küchendienste leisten, bevor ein König sie heiratet, irrationalerweise, wie die Männer so sind, weil sie bessere Suppe kocht als der Küchenchef.



© DIETER RÜCHEL „Der Froschkönig“ im Schloss Philippsruhe 2011

Und schließlich eines der heitersten Märchen über jungfräulichen Ekel und sexuelle Innuendos, das Märchen vom Froschkönig. Da hat eine noch sehr kindische Prinzessin leichtfertig versprochen, einen Frosch zu ihrem Gesellen und Gefährten zu machen, weil er ihr verlorenes Spielzeug vom Grunde des Brunnens heraufgeholt hat; nun bereut sie ihr Versprechen als sie Tisch und Bett mit ihm teilen soll. Der Widerwille gegen eine erzwungene Heirat wird transparent, wenn auch nicht angesprochen, sondern nur angedeutet. „Die Königstochter fing an zu weinen und fürchtete sich vor dem kalten Frosch, den sie sich nicht anzurühren getraute und der nun in ihrem schönen, reinen Bettlein schlafen sollte“. Oder man liest's umgekehrt als den Wunschtraum eines kleinen Mädchen, der in Erfüllung geht, dass sie nämlich mit einem „garstigen“ Frosch schlafen geht und mit einem schicken Königssohn aufwacht.

Zusammenfassend: Die Volksmärchen gehen die Ängste und Wünsche der Kinder mit einer Direktheit an, die sich oft über die die landläufige Moral und Pädagogik hinwegsetzt, dann aber nach Umwegen sucht, lustige, traurige, oft gruselige Umwege, um die angedeuteten Konflikte verdaulich zu machen in einem für das kindliche Verstehen beschränkten Raum. Denn es gibt Grenzen dessen, was man Kindern zumuten kann, und gleichzeitig wollen und sollen sie wissen, was auf sie zukommt. In den Mädchenmärchen gehört dazu öfters die spielerische Entmachtung des männlichen und Ermächtigung des weiblichen Geschlechts. Den Märchen gelingt es, uralte mythische Konstellationen mit dem Alltag zu verbinden und beides, Alltag und Mythos, so zu veranschaulichen und zu verharmlosen, dass sie für Kinder zugänglich werden.



© DPADas Denkmal der Brüder Grimm in Kassel

Wilhelm und Jacob Grimm haben, mit Hilfe von Dorothea Viehmann und Kohorten, das Blei der Philologie in das Gold der Dichtung verwandelt und sind somit die Alchemisten der Germanistik geworden. – Wissenschaftler und Zauberer waren sie.

Und da sie nie gestorben sind, so leben sie noch heute.

[Wer's nicht glaubt, bezahlt einen Thaler.]

(Preisrede anlässlich der Verleihung des Brüder-Grimm-Preises 2014)

108,20

Gabriel in der Linksfalle

Die Intervention des Bundespräsidenten in Sachen Rot-rot-grün kommt Sigmar Gabriel sehr ungelegen. Die Regierungsbildung in Erfurt wird zur Staatsangelegenheit. Das hätte der SPD-Chef ahnen können.

04.11.2014, von MAJID SATTAR, BERLIN



© DDP  Steinmeier, Gauck, Gabriel (Archivbild): 2010 war der ehemalige DDR-Bürgerrechtler rot-grüner Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl

Sigmar Gabriel wusste, was er tat, als er Joachim Gauck gewissermaßen den Schlüssel zu Schloss Bellevue überreichte. Anfang 2012, nach dessen zweiter Nominierung für das Amt des Staatsoberhauptes, charakterisierte Gabriel ihn als einen „eigenwilligen Kopf“, mit dem seine Partei sicher noch einige Kontroversen führen werde. Da war aus dem rot-grünen Kandidaten zunächst ein rot-grün-gelber und dann sogar ein rot-grün-gelb-schwarzer geworden. Nur die Linkspartei stand beleidigt abseits.



Autor: Majid Sattar, Jahrgang 1970, politischer Korrespondent in Berlin. Folgen:

2010, bei der ersten Nominierung des ehemaligen DDR-Bürgerrechtlers zum Präsidentschaftskandidaten, war die Haltung der Linkspartei gegenüber Gauck sogar Teil des Kalküls Gabriels: Der rot-grüne Gegenkandidat Christian Wulffs, der auch, wenn nicht sogar vor allem in liberal-konservativen Kreisen respektiert wurde, sollte nicht nur Angela Merkel einen nervenaufreibenden Tag in der Bundesversammlung bereiten, sondern auch eine drohende Debatte über ein „Linksbündnis“ in dem Wahlgremium im Keim ersticken.

Die Unverträglichkeit Gaucks mit dem dunkelroten Rand des deutschen Parteienspektrums wurde von Gabriel nicht nur in Kauf genommen, sondern sie war eine Bedingung für dessen erste Kandidatur. Der SPD-Vorsitzende dürfte sich also nicht über Gaucks Frage gewundert haben, ob die Linkspartei tatsächlich schon so weit weg sei von den Vorstellungen, welche die SED einst bei der Unterdrückung der Menschen gehabt habe. Allein der Zeitpunkt könnte Gabriel überrascht haben – nämlich während der SPD-Mitgliederbefragung über die Aufnahme von Verhandlungen zur Bildung eines dunkelrot-geführten Linksbündnisses in Thüringen.

Gauck macht Thüringen zur Staatsangelegenheit

Gabriel hatte Gauck einst zur eigenen Immunisierung gegen die Linkspartei instrumentalisiert. Der lässt sich aber nicht dauerhaft instrumentalisieren. Das machte der Präsident, dessen freundliche Augen nicht etwa Arglosigkeit ausdrücken, deutlich, als er nach der Aufzeichnung des Interviews im ARD-Fernsehen Bedenken seiner Mitarbeiter gegen die Ausstrahlung zurückwies. Die Erfurter Regierungsbildung war zwar schon vorher ein bundespolitisches Thema – doch nur als Kleinklein der Generalsekretäre der Koalition. Durch die Frage des Präsidenten wurde sie gleichsam zur Staatsangelegenheit.

Genau das wollte der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler vermeiden. Nicht nur wegen des ungewissen Ausgangs einer möglichen Ministerpräsidentenwahl im Erfurter Landtag. Sondern auch, weil Gabriel generell keine Debatte führen wollte über ein von Thüringen ausgehendes Signal für den Bund. Frühzeitig ließ der Parteivorsitzende deshalb seine Generalsekretärin verkünden, die Angelegenheit sei „Ländersache“, was dem ein Jahr alten Leipziger Öffnungsbeschluss entsprach. Zudem fügte Yasmin Fahimi hinzu, die Situation im Bund sei eine ganz andere.

Am Montag in den Gremiensitzungen wollte man an dieser Strategie festhalten: Im Parteipräsidium wurde die Losung ausgegeben, man möge mit der Angelegenheit „gelassen umgehen“. Im folgenden Parteivorstand wurde das Thema gar nicht angesprochen. Alle hatten die Botschaft verstanden. Später ließen sich manche dahingehend vernehmen, sie teilten Gaucks Bedenken nicht, wollten aber die Debatte nicht mit öffentlichen Wortmeldungen befeuern. Andere hielten Gaucks Intervention für völlig unproblematisch und mutmaßten, die Mehrheit des Vorstands würde Gaucks Sorgen wohl teilen.

Gaucks zweite Amtszeit von Merkels Gnaden

Fahimi bemühte sich nach den Sitzungen, die Angelegenheit herunterzuspielen: Sie habe „höchsten Respekt“ für Gauck und auch Verständnis für dessen Äußerungen – „insbesondere mit Blick auf seine Biografie“. Sie wolle aber darauf hinweisen, dass die mögliche Regierungsbildung in Thüringen eine demokratisch hoch legitimierte sei und mit Bodo Ramelow niemand „mit SED-Vergangenheit“ in die Staatskanzlei einzöge.

Wie sehr Sozialdemokraten den aus Hessen stammenden Gewerkschafter inzwischen vereinnahmen, machte Fahimis Bemerkung deutlich, inhaltlich werde es sich in Thüringen „in erster Linie um eine sozialdemokratische Regierung“ handeln. Erst auf Nachfrage ließ sie die Worte entlocken, sie könne nicht wirklich bemessen, ob Gauck sich einen Gefallen tue, „wenn er sich so klar äußert, mitten in einem Mitgliederentscheid“.

Aus Sicht der SPD-Führung sieht das beste Szenario für Thüringen und den Bund nun so aus: deutliches Mitgliedervotum zur Stützung des Kurses, unfallfreie Wahl des Ministerpräsidenten und dann ein möglichst geräuschloses Regieren mindestens bis zur Bundestagswahl. Für 2017 hätte die Partei dann eine theoretische Machtoption, mithin einen Kanzlerkandidaten und nicht einen Vizekanzlerkandidaten. Nur mit einer rot-rot-grünen Bundesregierung rechnet kaum einer. Die Situation im Bund ist tatsächlich eine ganz andere. Wenn der Bundespräsident wollte, könnte Merkel übrigens 2017 den Spieß umdrehen – und Gauck eine zweite Amtszeit anbieten.

108,22

Jeunes de France, votre salut est ailleurs : barrez-vous !

FÉLIX MARQUARDT FONDATEUR DES DÎNERS DE L'ATLANTIQUE ET DES SUBMERGING TIMES DINNERS , MOKLESS RAPPEUR, AUTEUR INTERPRÈTE, MEMBRE DU GROUPE SCRED CONNEXION ET MOULOUD ACHOUR JOURNALISTE

3 SEPTEMBRE 2012 À 19:17

Jeunes de France, ceci n'est pas une incitation à l'évasion fiscale mais à l'évasion tout court. Comme on dit au Maghreb et dans les quartiers les plus défavorisés de France, vos aînés vous prennent pour des ânes sans oreilles («*khmar bla ouinedine*»). Leurs beaux discours dissimulent de plus en plus maladroitement une vérité bien embarrassante : vous vivez dans une gérontocratie, ultracentralisée et sclérosée, qui chaque jour s'affaisse un peu plus.

Comment qualifier autrement, en 2012, une société où une élite de quelques milliers de personnes, dont la moyenne d'âge oscille autour de 60 ans, décide d'à peu près tout ?

Comment qualifier autrement un système qui, depuis maintenant plus de trente ans, s'accommode du fait qu'un jeune sur quatre, quasiment, se trouve au chômage (dans bon nombre des quartiers évoqués plus avant, c'est même plutôt un sur deux) et dans lequel, de manière générale, on renâcle encore à confier des responsabilités d'encadrement à qui que ce soit de moins de 40 ans, voire de 50 ans ? Sachez-le. Une société qui traite sa jeunesse de pareille manière est une société en déclin. Droite ou gauche, politique de rigueur ou de relance, le seul enjeu de nos jours est de savoir si l'an prochain nous connaissons une croissance du PIB de 0,5% ou de 1% et si le taux de chômage sera en deçà ou bien au-dessus de 10% - et ces chiffres, déjà affligeants, s'aggraveront dans les années qui viennent, soyez-en sûrs.

Le roi est nu et la triste réalité est là : pour la première fois depuis bien longtemps dans cette partie du monde, une génération au moins - la vôtre - vivra, vous le pressentez d'ailleurs, moins bien que la précédente. N'en déplaise à certains, cette donnée fondamentale n'est pas le fruit d'un complot ourdi par les riches et les puissants de la planète, en proie qu'ils sont à des luttes de pouvoirs et d'ego qui les occupent bien assez entre eux.

Par-delà les chocs qui font tanguer le navire planétaire, un grand rééquilibrage est à l'œuvre : pour la première fois depuis cinq cents ans, des hommes blancs d'un certain âge, issus d'Europe de l'Ouest et d'Amérique du Nord, ne président plus seuls - ce sera de moins en moins le cas - aux destinées du monde. Il suffit de passer quelques jours, voire quelques minutes, à Istanbul, Djakarta, Mumbai ou São Paulo pour en prendre conscience. Et quelques minutes de plus pour réaliser que ce n'est que justice. Et que, trop souvent, ceux qui prétendent défendre les intérêts des classes populaires en France le font sans une pensée pour les 3 milliards d'êtres humains qui vivent avec 2 dollars par jour ou moins... Ce qui, si le progressisme est encore un humanisme, est au mieux illogique, au pire rien de moins qu'immoral.

Grandissant dans la France des Trente Glorieuses, vos aînés ont connu un âge d'or. Aujourd'hui c'est au tour des Brésiliens, des Chinois, des Sénégalais et des Colombiens, chacun avec leurs problèmes et défis, bien évidemment, mais unis par cette foi en l'avenir qui caractérise les puissances en devenir.

Jeunes de France, barrez-vous, sinon pour vous du moins pour vos enfants . Votre salut est, littéralement, ailleurs. Non pas dans la fuite, en quittant un pays dont les perspectives économiques sont moroses, mais en vue de vous désaltérer et de vous réinventer pour revenir riches d'expériences

nouvelles, imprégnés de la créativité et de l'enthousiasme qui fleurissent aujourd'hui aux quatre coins du monde, ayant fait les rencontres qui vous changeront avant que vous n'en fassiez profiter la France.

N'hésitez plus, choisissez une destination où le monde est en train de se faire, là, tout de suite, que ce soit Tbilissi - où la ministre de l'Economie, la patronne de la police nationale et le seul conseiller du Président sont tout juste trentenaires - Le Caire, Shanghai, Mexico ou Santiago... Barrez-vous parce que rien ne vaut l'ivresse qui vient avec la conscience du monde et de l'autre du voyageur : partir, c'est découvrir qu'on ne pense pas, ne travaille pas, ne communique pas de la même manière à Paris, à Guangzhou ou au Cap.

Barrez-vous, plus prosaïquement, pour améliorer votre niveau de vie. Car si vous ne gagnerez pas automatiquement plus d'argent en (re)démarrant votre carrière à l'étranger, la probabilité que votre niveau de vie s'accroisse sensiblement au bout de quelques années le cas échéant est statistiquement bien meilleure que si vous restez embourbé en France (ceci vaut d'ailleurs tant pour les apprentis restaurateurs, coiffeurs, chauffeurs que pour les banquiers).

Partez, revenez, repartez encore, revenez de nouveau. Une vertu centrale de vos pérégrinations sera d'enfin réconcilier la France, forte de vos lumières, avec la réalité du monde qui nous entoure. Trop souvent encore, notre pays fonctionne en effet en vase clos, la topographie du débat public y relevant d'une curieuse forme de schizophrénie où les grands bouleversements planétaires ne donnent lieu qu'à de petits débats gaulois. Le gouffre de plus en plus béant entre la situation réelle de la France et les propositions de ses dirigeants ne sera pas comblé par d'autres que vous, qui, à force de voyages, de rencontres et de découvertes, pourrez sortir ce pays de l'abrutissement engendré par l'autarcie intellectuelle qui est la sienne depuis une trentaine d'années au bas mot.

Jeunes de l'Hexagone, ce n'est pas uniquement votre pays de naissance qui est vôtre mais le monde tout entier. Faites-vous violence si nécessaire mais emparez-vous-en. Il y va de votre avenir. Et de celui de la France.

108,24

OPINION

The Best Hope for France's Young? Get Out



Mathieu Willcocks for The New York Times French youths lounging on the Champs-Élysées.

By **FELIX MARQUARDT** Published: **June 29, 2013**

THE French aren't used to the idea that their country, like so many others in Europe, might be one of emigration — that people might actually want to leave. To many French people, it's a completely foreign notion that, around the world and throughout history, voting with one's feet has been the most widely available means to vote at all.

Leave that kind of voting to others, they think, to the Portuguese, the Italians, the Spaniards and the Africans — to all those waves of immigrants who came to [France](#) over the course of the last century. France has always been a land to which people dream of coming. Not leaving.

When the journalist [Mouloud Achour](#), the rapper [Mokless](#) and I published [a column in the French daily Libération](#) last September, arguing that France was a decrepit, overcentralized gerontocracy and that French youths should pack their bags and go find better opportunities elsewhere in the world, it caused an uproar.

Jean-Marie Le Pen, the patriarch of the French far right, reacted as one would expect: “Mouloud is encouraging French youths to leave so his cousins can come in their place.” (Mr. Achour is of North African origin.)

But beyond Mr. Le Pen, whose extremist National Front party is now run by his daughter, Marine, the split didn't break down along ideological lines. The former Trotskyite leader Olivier Besancenot and the current head of the right-wing party Union for a Popular Movement, Jean-François Copé, publicly voiced support for our argument. Nor was the division generational.

It was a divide between those who have found their place in the system and believe fervently in defending the status quo, and those who are aware that a country that has tolerated a youth unemployment rate of 25 percent for nearly 30 years isn't a place where the rising generations can expect to rise to much of anything. The only glaring silence on the issue came from the highest institution of all — until recently.

On June 16, President [François Hollande](#) was interviewed on [M6](#), a network that aimed at 20-somethings. He listened to a story about Catherine, a recent graduate of the Institut d'Études Politiques (known as Sciences Po), who is moving to Australia because she can't find a job despite having attended one of France's top universities. Mr. Hollande then faced a blunt question. “What would you say,” the interviewer asked him, “if you had a youth in front of you who isn't able to find a job and who's losing hope?”

Mr. Hollande's answer was flaccid at best, a denial of reality at worst. "I'd tell this young person that France is your country. This country loves you," he replied, as if reiterating the dated conviction that France has more to offer would be enough to make it come true.

He repeated a refrain from his campaign over a year ago, claiming that he would make youth and employment priorities. "My duty is to tell this young woman, it's here in France that you must succeed." But duty has nothing to do with creating opportunity and innovation.

Just a few days earlier, the German chancellor, Angela Merkel, in a BBC interview, proposed a different solution to the same problem: she explicitly told the 3.6 million young unemployed people in the euro zone to be ready to move around to find work as the European Union allowed them to and the whole European project encouraged them to.

Ms. Merkel seems to realize that presidential indignation at the idea of young citizens' leaving behind a country that can't offer them the opportunities they deserve won't address the real problem of disenfranchised youth.

The dramatic cultural and economic changes currently shaking the globe are still often met in France with parochial, irrelevant conversations, a symptom of the insular intellectual bubble in which the country has been trapped for far too long.

Meanwhile, a major paradigm shift is occurring, whereby white men from Western Europe and North America are no longer calling all the shots. In many ways, what used to be seen as the periphery is swiftly becoming the center, as the countries we still clumsily call "emerging" — China, India, Brazil, Turkey, Indonesia and others — are doing much more than that.

Young French people need to go abroad, to work, to travel, to see how things can work differently in cultures and countries that don't play by the same old rules — and then come back to France, and reinject some of the energy and enthusiasm they've absorbed to help reconcile the broader population with the global reality that France has shunned for far too long.

Though it may be anathema to French pride that anyone would want to leave (and that evidently Ms. Merkel, France's No. 1 partner and rival, agrees), young people voting with their feet and coming back with a new worldview could be the best thing to happen to France in 30 years.

It might also prove to be a salutary jolt for the country's leaders. Whether progressive or conservative, French politicians can't go on taking their youth for granted. If they do, the ranks of the Le Pens' extremist party will continue to swell, as will the number of talented young people who decide to leave — this time for good.

Felix Marquardt is the [founder](#) of [Atlantic Dinners](#) and the chief executive of a public-relations company.



108,27

Croissance, déficit : le scénario noir de Bruxelles pour la France

Publiée 04/11/2014 à 11:30

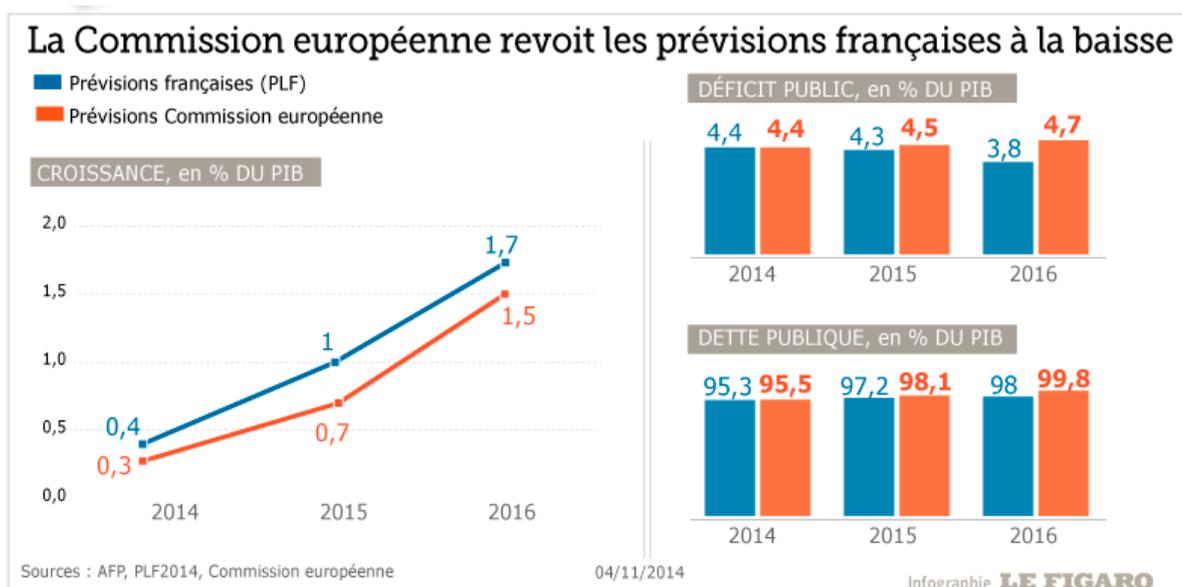


INFOGRAPHIE - A politique inchangée, la Commission européenne, estime que la France pourrait devenir le plus mauvais élève sur le front du déficit public -qui attendrait 4,7% en 2016.

Dans la matinée, le ministre des Finances, [Michel Sapin](#) avait préparé les esprits: «les nouvelles prévisions de la Commission européenne justifient la politique en faveur de la croissance qui doit être menée». De fait, le scénario présenté par Jyrki Katainen et [Pierre Moscovici](#) -qui prenait ses fonctions de commissaire européen aux Affaires économiques et inaugurait son discours hier par un «ça commence fort!»- est loin d'être rose. Bruxelles prévoit en effet une croissance de 0,3% en 2014 et 0,7% en 2015. Le gouvernement français, lui, a construit son scénario budgétaire sur des prévisions de respectivement 0,5% et 1%.

Prévisions à politique inchangée

Les prévisions de finances publiques de Bruxelles divergent donc inévitablement: la Commission table sur un déficit public à 4,5% du PIB en 2015, chiffre qui va encore s'aggraver en 2016 à 4,7%. Bruxelles estime que le déficit public va devenir le plus important de la zone euro en 2016! Autant dire qu'elle enterre en bonne et due forme la perspective d'un retour sous la barre des 3% du PIB...



«Attention, ces chiffres sont à politique inchangée et ne tiennent pas comptes des derniers ajustements présentés par la France!», nuance-t-on à Paris. La semaine dernière, Bercy a présenté une série de mesures permettant notamment de réduire de 3,6 milliards le déficit public en 2015 -soit près de 0,2 point de PIB.

SPD-Basis in Thüringen stimmt für Rot-Rot-Grün

Die SPD-Mitglieder in Thüringen haben sich für Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei und den Grünen ausgesprochen. Die Verhandlungen könnten zur Wahl des bundesweit ersten Ministerpräsidenten der Linkspartei führen.

04.11.2014, von **CLAUS PETER MÜLLER**, ERFURT



© DPA  2195 Thüringer Genossen votierten für Rot-Rot-Grün

Die Thüringer SPD-Mitglieder haben mit einer Mehrheit von 69,93 Prozent der Stimmen für Koalitionsverhandlungen mit der Linken und den Grünen gestimmt. Die Verhandlungen sollen bis zum 19. November geführt werden. Die Wahl des Linken-Spitzenkandidaten Bodo Ramelow zum ersten Ministerpräsidenten dieser Partei in Deutschland ist für die erste Dezhemberhälfte geplant.



Autor: Claus Peter Müller, Jahrgang 1960, politischer Korrespondent für Nordhessen und Thüringen mit Sitz in Kassel. Folgen:

Thüringens SPD-Vorsitzender, Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein, sagte in Erfurt: „Wir runden mal freundlich. Das sind die 70 Prozent, die ich mir gewünscht habe.“ Die Beteiligung an dem Mitgliederentscheid gab die SPD mit 77,53 Prozent an. Von den lediglich 4311 SPD-Mitgliedern in Thüringen stimmten 2195 für die Koalitionsverhandlungen mit Linken und Grünen sowie 944 dagegen. Bausewein sagte, nun sei eine Entscheidung gefallen und es gehöre zur Demokratie, dass Mehrheiten entscheiden.

Auf die Frage, ob die Äußerungen des Bundespräsidenten Joachim Gauck zum Faktum, dass ein Linker zum Ministerpräsidenten gewählt werden könnte, eine Rolle gespielt habe, antwortete Bausewein, er sei kein Hellseher. Aber Gaucks Äußerungen seien nicht hilfreich gewesen. Gauck sei ein sehr politischer Bundespräsident, er habe seine eigene Geschichte und natürlich dürfe auch er sich äußern. Aber der Zeitpunkt der Äußerung 48 bis 36 Stunden vor dem Ende des Mitgliederentscheids, habe ihn irritiert, sagte Bausewein. Er sei nicht der Anwalt der Linken, aber die Linke regiere seit 16 Jahren mit in den Bundesländern, wenn auch noch nicht als Seniorpartner.

Bausewein zeigte sich zuversichtlich, dass bei der Wahl des Ministerpräsidenten im Landtag alle zwölf SPD-Abgeordneten Ramelow wählen werden. Es sei mit allen gesprochen worden. Er „appellierte“ abermals an alle Abgeordneten. Eine Probeabstimmung lehnte Bausewein ab. Wer es ernst meine mit seiner Ablehnung, „den kriegen Sie auch mit der Probeabstimmung nicht“. Eine mögliche Koalition von Linken, SPD und Grünen hätte mit 46 Abgeordneten nur eine Mehrheit von einer Stimme im Landtag.

Die Vorstände der Linken und der Grünen haben schon einstimmig für den Start des rot-rot-grünen Regierungsprojekts votiert. Zum Koalitionsvertrag wollen sowohl Linke als auch Grüne dann noch ihre Mitglieder befragen. Mit der Wahl des Ministerpräsidenten im Erfurter Landtag wird nicht vor Dezember gerechnet.

Quelle: FAZ.NET/dpa/Reuters

108,29

Economists' roundtable on the euro zone

Lessons from America

Nov 4th 2014, 9:02

BY ANDREA FERRERO | UNIVERSITY OF OXFORD

Andrea Ferrero, of Oxford University, continues our roundtable discussion of how the ECB can help the euro zone. So far we have heard from [Paul de Grauwe](#), who argued that the ECB should stop fearing German opposition to QE.



LAST WEDNESDAY the Federal Reserve announced the end of open-ended asset purchases. While the Fed's balance sheet will remain large due to the reinvestment of the principal payments from asset holdings, the expansionary phase is now over.

Together with the previous installations, the latest round of purchases has taken the overall asset side of the Fed's balance sheet near \$4.5 trillion, about a quarter of American GDP. What would the effect of a similar program be on the euro-zone economy if the ECB were to follow in the Fed's footsteps?

Even abstracting from various EMU-specific feasibility aspects, whether political or technical, assessing the potential economic impact of such a programme is far from easy. In spite of the widespread use of QE programs by several central banks, there is little agreement on how asset purchases affect the real economy.

Clearly, by buying long-term government securities in exchange for either reserves or short-term securities (which I will consider here as close—in fact, perfect—substitutes), central banks bid up their price. These operations, however, occur for a given composition of the private-sector portfolio. Presumably, such composition reflects the private sector's preferences over the menu of tradable assets. Some theories supporting real effects of QE therefore postulate frictions in financial markets such that the private sector cannot completely undo central-bank interventions. In such an environment, the quantity of assets in the hands of the private sector affects the return (typically by lowering the term premium) and some forms of market segmentation induce changes in consumption and investment behavior.

The direct evidence in support of QE is mixed, and the estimated magnitudes of its effects rather uncertain. The main problem is that we cannot simply look at market yields and realized macroeconomic outcomes. **In the absence of a counterfactual (“what would have happened if the Fed had not adopted QE?”), it is hard to come up with precise numbers.**

Empirical and theoretical studies should help overcome these problems. Roughly speaking, available estimates suggest that long-term interest rates fell by somewhere between 3 and 15 basis points per \$100 billion of purchases, with the variation being driven by the type of assets involved in the specific program. If we lump together agency debt, mortgage-backed securities, and long-term Treasuries, the Fed currently holds a little

over \$3.8 trillion in long-term assets, up from pretty much zero at the beginning of 2009. Therefore, a rather conservative estimate of the effects of asset purchases on long-term rates (say, 5 basis points per \$100 billion purchases) would suggest that QE has lowered long-term rates in America by a total of just below 2 percentage points over about five years.

Obviously, the next big question is how much lower long-term rates affected real economic activity and inflation. The range of estimates here is even wider. In a study on QE2 with Han Chen and Vasco Cúrdia (summarised [here](#)), we find that \$600 billion of Treasury purchases increased GDP growth by 0.13 percentage points and inflation by 0.03 percentage points. These numbers may seem tiny. However, our results are at the lower end of the spectrum in the literature. Additionally, once cumulated to account for the full expansion of the balance sheet, the effects of QE, especially on GDP growth, would not look so dismal.

One point that our research stresses is that the interaction of different unconventional policy tools is very important. **Central banks typically engage in QE operations when the traditional monetary policy instrument—the short-term nominal interest rate—is at its lower bound.** In such circumstances, a commitment to keep short-term interest rates low in the future (“forward guidance”) magnifies the effects of asset purchases. The reason is that, while its effects may be small, **QE is likely to be stimulatory both on real activity and inflation.** The central bank will then tend to tighten its policy sooner rather than later. To prevent self-defeating expectations of higher rates due to current policy, the monetary authority can use both levers (QE and forward guidance) to maximize the expansionary effects of its unconventional actions.

What can Europe learn from the American experience? The latest numbers put euro-zone GDP at about \$13 trillion. If the ECB were to run a QE program of comparable size to what the Fed did in America, it would have to purchase about \$3 trillion in long-term securities, split between sovereign bonds, mortgage-backed securities and possibly other type of assets. **Using American estimates as a benchmark, we could expect that long-term rates would fall by about 1.5 percentage points, GDP growth to increase between a half and a full percentage point, and inflation to increase by about a quarter of a percentage point.**

A crucial part of such a program would be a commitment to keep nominal rates low for the duration of the balance-sheet expansion phase. In this respect, while the impact on rates would probably be front-loaded, macroeconomic variables would probably benefit from a gradual pace of purchases.

QE would hardly be the solution to all problems in the euro zone. But in the current situation, an aggressive program of asset purchases, coupled with appropriate forward guidance, **would most likely provide some relief to a stagnant economy in the short term, and buy some time for the necessary in-depth reforms to take full effect.**

MrR.Fox Nov 4th, 11:59

Well, it tries to be more fact-based than yesterday's fluffy installment in this series; that effort - coupled with the obscurantist syntax of the professional academic (obvious these guys have never had to argue a case to a jury, isn't it?) - creates a certain superficial veneer of propriety to the advice tendered, but it's only superficial -

This piece is more candid than the last one in admitting that the academics don't actually know what the impact of their adventures in QE has been, let alone what the long-term implications will actually prove to be. **The best they can say is - 'it might help'. It might hurt too ...**

We do have the factual record of history to inform us that QE can do dreadful things to a society; as it did in **Argentina, Zimbabwe, Weimar ... and dozens of other examples of states trying to print their ways to prosperity.** **That's probably why the EZ's organic treaties prohibit the very kind of QE-remedy both of the quests have proposed.** Still, ...

If the authors and others can make a persuasive enough case to convince the many states to agree (unanimously) to change the language of the relevant treaties, then what they propose could be given a try without constituting an unethical violation of law. Until such changes are made, the kind of QE they recommend can only be done in disregard of law - but when did that ever trouble academics? Come to think of it, when did giving advice that proved to be flat wrong ever trouble them?

Paul Singer Slams The Fake World: "Fake Growth, Fake Money, Fake Jobs, Fake Stability, Fake Inflation Numbers"

Submitted by [Tyler Durden](#) on 11/04/2014 11:52 -0500

<http://www.zerohedge.com/news/2014-11-04/paul-singer-slams-fake-world-fake-growth-fake-money-fake-jobs-fake-stability-fake-in>

108,32

Excerpted from *Elliott Management's Paul Singer letter to investors*,

FAKING IT

Nobody knows when reality will overtake the rhetoric, lies, phony statistics, wishful thinking, fake prices and tiresome poseurs pretending to be world leaders. The situation is universal, a consequence of incompetent leaders and careless (or ignorant) citizenry. Global problems are continuing to mount, along with the risk that the consequences of years of bad policies and inept leadership compound (as sometimes happens) in a short window of time. Let us start by unpacking some current examples of fakery, and then try to explore the consequences.

Monetary policy.

Either out of ideology or incompetence, all major developed governments have given up (did they ever really try?) attempting to use solid, fundamental policies to create sustainable, strong growth in output, incomes, innovation, entrepreneurship and good jobs. The policies that are needed (in the areas of tax, regulatory, labor, education and training, energy, rule of law, and trade) are not unknown, nor are they too complicated for even the most simple-minded politician to understand. But in most developed countries, there is and has been complete policy paralysis on the growth-generation side, as elected officials have delegated the entirety of the task to central bankers.

For their part, the central bankers are proud and delighted to be providing the primary support for the global economy. Their training for this role took place in the decades before the 2008 financial crisis, when central bankers (led by "The Maestro," Alan Greenspan) "deftly" headed off crisis after crisis. These policy responses "worked," we were told, and they promised a new era of fine-tuning, moderation in markets and complete control of the economy by central bankers. The words in quotes are meant to be ironic, of course, because in fact, the Federal Reserve Board's moves disguised hidden – but serious and real – future costs, which came due in 2008. The ensuing crisis introduced the term "moral hazard" (not meant to be ironic) into the mainstream, meaning that risks were taken by financial institutions and others seeking private reward, while the costs of the risks were borne primarily by the taxpayers. **Central bank manipulation of prices and risk taking has become the norm over the last six years, because it is so hard for investors to see the downside. QE and ZIRP have been "free," as far as most people are concerned, in terms of stability, asset price and economic growth, and economic recovery. "Free" in this context means devoid of future countervailing negative consequences.** Unfortunately, this particular magic bullet is illusory – the negative consequences are in the early stages of revealing themselves.

Among **the worst consequences of the delegation of responsibility from political leaders to central bankers has been the increasing arrogance of the latter group and their inability to understand the rapidly evolving nature of the world's major financial institutions.** Prior to the crisis, central bankers were unable to understand the risks that were building up in the global financial system and the economy. They did not see the 2008 collapse coming, nor did they perceive how fragile the system had become, or that the major financial institutions had become the largest and most leveraged hedge funds on earth.

This lapse was a catastrophic error, not just of execution but also of theory and structure. During the 2008 crisis, the central bankers (rightly) applied standard (more or less) responses to financial collapse (flooding the system with liquidity and reducing interest rates), which of course truncated the crisis and stabilized the system. But their inability to understand the financial system, or to take responsibility for their massive failures in causing/allowing the crisis to occur, has resulted in a seriously deficient economic recovery phase. **Central bankers do not understand that it was their tinkering, manipulation, bailouts and false confidence that encouraged and enabled the insanity that led to the fragility and collapse.** Partially as a result of that misunderstanding, the developed world has doubled down on the same policies, feeding the central bankers' supreme self-confidence. Political leaders have been content to stand aside and watch the central bankers do their seemingly magical and magnificent work.

The believers in the wisdom of this central-banker-centric economic world have been crowing and gloating that those (like us) who have raised concerns about the risks posed by the post-crisis, monetary-dominated policy mix (inflation, distortions, growing inequality, lower growth) are just "wrong" and should apologize for a "massive error." This, shall we say, **"Krugmanization" of a substantial portion of the economics profession and punditocracy is in its triumphalist phase, and whether its smug non-stop "victory lap" ultimately represents an embarrassing high-water mark is for subsequent events to reveal.**

However, let us look at the policies that have been implemented post-crisis (in the absence of the kind of solid pro-growth policies that we and others have been advocating) and compare them to the policies that were in place during the run-up to the 2008 crisis.

Pre-crisis, the Fed funds rate was 1% for 2-1/2 years. There was no asset buying by the central bank (QE), but the persistently low Fed funds rate fueled bubbles in leverage, real estate and structured products. The balance sheets and derivatives books of financial institutions went from crazy to colossally insane.

Following the crisis, the Fed funds rate has been effectively zero for six years, and QE has put several trillion dollars of government and mortgage debt on the books of the world's major central banks. Indeed, a substantial portion of government spending in the past six years has been "financed" by QE. If the gibberish that passes for explanations of why this is not just money printing makes sense to you, then please give us a call so we can be educated. The explanation makes no sense to us.

ZIRP has allowed insolvent corporations to issue debt at almost no premium to government bond rates. **Companies that should be shuttered or taken over and chopped up are instead able to pursue projects that should never have seen the light of day, and to create fake demand that essentially borrows growth (and jobs) from the future.**

A good deal of the economic and jobs growth post-crisis is false growth, with little chance of being sustainable and self-reinforcing. It is based on fake money conjured by the Fed to buy assets at fake prices. What happens when interest rates are normalized and QE stops (and

reverses) globally is a question that nobody wants to contemplate. **The financial system is fragile, still ultra-leveraged and reliant upon a continuation of superlow interest rates. Thus, the appearance of stability and low volatility is also illusory.**

Government economic data.

Some of the most important government data is unreliable, starting with inflation. Reported real GDP growth has been in the 2% annualized range for the last few years. The 4% annualized real growth rate reported for the second quarter of 2014 only reversed the terrible first quarter numbers, so year-over-year growth was still only in the 2% range for the twelve months ended June 30, 2014. Only if third and fourth quarter real GDP growth reaches 3% or higher, and only if that rate persists next year, will it be fair to say that the U.S. economy has finally recovered from the crisis (six tough years later).

But regardless of the purported results for the rest of 2014 and into 2015, all of the reported growth numbers are too high, because the official inflation number is too low. **Over a long period of time, these figures have become politicized, always in the direction of under-reporting inflation.** Constant repetition has resulted in most policymakers and economists now just accepting the adjustments and tricks that have become part of the reporting culture. From the notion that there is "core" and "non-core" inflation; to ignoring house prices and using "rental equivalence"; to "hedonic adjustments" according to which, if your computer is "better" than last year's, then you should subtract an amount from the actual price every year to reflect that improvement, even though it is subjective and not really quantifiable; to a handful of other nonsensical adjustments, inflation is understated. **Inflation is also distorted by the increasing gap between the spending basket of the well-off and that of the middle class** (check out London, Manhattan, Aspen and East Hampton real estate prices, as well as high-end art prices, to see what the leading edge of hyperinflation could look like).

Said differently, inflation is the degradation of the value of money. Money has no meaning beyond the value of the real things for which it can be exchanged. The inventions and tools of modern finance have made things look really complicated, but stripping inflation to its essence is critical to understanding what is real and what is false. The inflation that has infected asset prices is not to be ignored just because the middleclass spending bucket is not rising in price at the same rates as high-end real estate, stocks, bonds, art and other things that benefit from QE and ZIRP. **Money is losing value in those areas. This is inflation, plain and simple. If and when the situation gets to be Argentina-like, with generalized increases across the entire spending spectrum, it will be clear to everyone.** In the meantime, sadly, policymakers do not recognize the reality of the peculiar and sectoral inflation, in some cases massive and growing, that has been caused by money printing and bad policy.

Even apart from rising prices in high-end goods, all of this suggests that **CPI inflation is being understated by some unknowable amount, which we estimate is between 1/2% and 1% per year.** This is a big difference in a 2% or 2-1/2% per year reported real GDP growth environment. Middle class citizens who are paying more at the supermarket and for college tuition and for many other goods and services feel that inflation is higher than reported, but they lack access to reliable data. The well-off think that it is their exquisite good choices that enable them to sell their overpriced \$10 million co-op apartment and buy a \$20 million overpriced Hamptons beach home. Neither group is coming to grips with the insidious and tricky nature of modern inflation, and the government just uses its tone of complete confidence to ignore what citizens see with their own eyes.

Unemployment figures are also a source of faulty or misleading data. The headline currently reported unemployment rate of 5.9% is deeply misleading. A 35-year low in the workforce participation rate, a policy-driven transition from full-time to part-time jobs, and the transition from high-paying jobs to relatively low-paying service jobs, all combine to make the headline rate a poor measure of employment health. Support for our statement is provided by the data on real wages, which have been stagnant during the entire post-crisis period. **These figures for trends in real wages avoid the distortions we have described above, and are consonant with the polling numbers which show that Americans believe their country is on the wrong track and that the future prospects for themselves and their children are poor.**

Deleveraging.

The 16th Geneva Report on the World Economy (published in September of this year by the Centre for Economic Policy Research) says that the total burden of global non-financial debt, private and public, has risen from 60% of national income in 2001 to almost 200% after the crisis in 2009 and to 215% in 2013. **Contrary to widely held beliefs, the world's leading governments and financial institutions have not yet begun to de-lever, and the global debt-to-GDP ratio is still growing to record highs, even before taking into account entitlement programs.**

* * *

Nobody can predict how long governments can get away with fake growth, fake money, fake financial stability, fake jobs, fake inflation numbers and fake income growth. Our feeling is that confidence, especially when it is unjustified, is quite a thin veneer. When confidence is lost, that loss can be severe, sudden and simultaneous across a number of markets and sectors.

108,33

Economists' roundtable on the euro zone

Rashomon in euro land

Nov 5th 2014, 8:15 BY UGO PANIZZA | THE GRADUATE INSTITUTE, GENEVA

Continuing our economists' roundtable on the euro zone is Ugo Panizza, of the Graduate Institute, Geneva. Other contributions to the roundtable can be found [here](#) and [here](#).



SCHUMAN and Monnet's dream is becoming a nightmare and European policymakers are stuck with contradictory and self-serving explanations for the ongoing tragedy. Berlin accuses the unruly southern Europeans. Rome points its finger to northern intransigence. And the anti-euro camp, in its northern and southern varieties, blames the common currency.

Will full-blown QE save the euro zone? Maybe, but not for the reason you may think. QE will do some good in terms of delivering much-needed [aggressive monetary policy](#), but its effect will be limited. With depressed demand and overleveraged firms, QE is unlikely to be very effective (see Deutsche Bank's [discussion](#) on QE in Europe and the US).

Expansionary monetary policy is better than nothing, but a more stable euro zone requires expansionary *fiscal* policy now. Peripheral countries also need structural reforms and a credible strategy for delivering debt reduction in the long run. But the belief that fiscal austerity with structural reforms will eventually deliver growth discounts the fact that growth may not happen before prime minister Beppe Grillo goes back to the lira.

The problem is that northern countries [do not want](#) to implement expansionary fiscal policy. They do not seem to have any intention to bridge the [north-south divide](#). Peripheral countries, instead, would like to run larger deficits, but they face a different problem. Public debt is riskier in countries that cannot print their own currency (see [De Grauwe's](#) and [my work](#) with Salvatore Dell'Erba and Ricardo Hausmann), and the fiscally fragile periphery cannot implement expansionary policy without a backstop that can rule out debt runs. The only institution that can play this role is the European Central Bank.

Policymakers in Germany appear to have a different economic model. Besides opposing expansionary policies in Germany, they are also against the ECB's "whatever it takes" approach. Statements by the German finance minister, Wolfgang Schäuble, and the Bundesbank president, Jens Weidmann, seem to imply that all problems would be solved if the periphery decided to become more like Germany.

But what does it mean to become more like Germany? Respecting the rules of the game? German professors did not go to Karlsruhe when, in 2003, Germany violated the Stability and Growth Pact. Or, perhaps, southern European countries should run large current-account surpluses. This is reasonable, but who would run the corresponding deficits? The euro zone is too large to rely on export-led growth, and if all European countries tried to run a current-account surplus, the euro would appreciate, negating the effort.

It is hard to run a current-account surplus without a real depreciation. In a large currency union, a real depreciation requires below-average inflation. However, if peripheral countries undershoot ECB's "close, but below 2%" inflation target, somebody needs to overshoot it. If Germany wants peripheral countries to become more like Germany, Germans may need to become more like southern Europeans. Maybe being more like Germany means running budget surpluses. This would explain the ambitious and unrealistic primary surpluses required by the fiscal compact (see [Eichengreen and Panizza](#)). But countries in southern Europe do suffer from lack of aggregate demand, and for the past 60 years we have been teaching that demand shortfalls should be dealt with expansionary macroeconomic policies.

The euro zone is flirting with deflation and yet there are members of the ECB board who oppose a more aggressive policy stance. It would be good to know what economic model they have in mind. Charles Wyplosz [asked](#); Mr Weidmann did not answer.

Italy is the euro zone's weakest link ([this paper](#) discusses public-debt risks in Italy). Italian policymakers seem to understand the nature of the problem. However, frustrated by the political gridlock that prevents him from reforming the Italian economy, the Italian prime minister, Matteo Renzi, decided that dialogue was less politically expedient than attacking Germany and the European Commission. Closed-door dialogue among adults is being replaced by 140-character snippets.

It is normal for those in position of strength to blame the weaker counterparty. It happened in Versailles and at Bretton Woods, when the Americans rejected a system in which the burden of adjustment had to be shared by surplus and deficit countries. Europe was supposed to be about coordination and solidarity. It was supposed to be different, but we are seeing the replay of an old movie. As Orphanides correctly points out, [domination of politics over economics has led to crisis mismanagement](#).

In the middle of this mess, the true contribution of full-blown QE will be to show that the ECB can still make good on its promise to do whatever it takes to save the euro. Like the woodcutter in Kurosawa's masterpiece, Mario Draghi is the only one who is willing and able to take care of the baby. However, he can gain time but cannot avoid the unavoidable. Without growth, the euro is doomed. Let's hope for a happy ending.

Economists' roundtable on the euro zone

QE is no silver bullet

Nov 6th 2014, 9:28 BY DEMOSTHENES TAMBAKIS | UNIVERSITY OF CAMBRIDGE

Continuing our discussion of QE and the euro zone is Demosthenes Tambakis of the University of Cambridge. The other contributions to the roundtable are [here](#), [here](#) and [here](#).



One could list several reasons why full-blown quantitative easing (QE) cannot save the euro.

Below I outline three, each working at different timeframes.

First, in the short term falling oil prices are likely to cause a further round of deflationary pressure. That is because favorable supply shocks tend to be recessionary when constrained by the zero lower bound of nominal interest rates, just as adverse ones are likely to be expansionary. Falling input prices results in lower expected inflation, driving up short-term real interest rates as the policy rate cannot adjust. Hence, the ECB's timing occurs at the wrong point in the global oil and commodity cycle: adopting full-blown QE now may amplify deflationary tendencies.

Second, in the medium term the euro-zone banking system remains very fragile compared to America's, and no amount of QE can fix that. If a contagious banking crisis is to be avoided, the 5% leverage ratio being implemented in America will soon have to be adopted by systemically important European banks whose ratios stand closer to 3%. In that respect, the recent bank "stress tests" amount to mere window-dressing because, unlike the Fed/FDIC regulatory framework, the ECB is only empowered to supervise financial institutions, not to resolve failed banks. Markets understand this to mean that the clean-up costs of a banking crisis will inevitably land on euro-zone taxpayers. In turn, this amplifies deflation/recession dynamics.

Third, in the long term a fiscal transfer union is a necessary condition for the euro zone to survive—as argued by countless analysts since before the single currency's launch, monetary and currency union alone are insufficient. Moreover, there is currently even less appetite for a fiscal union as the core member states (Germany and France) cope with their own slowdowns. There may also be a vicious circle at work, whereby the alarming increase in votes for far-right parties—deeply anti-Europe and anti-immigration—coupled with entrenched high unemployment fuel anti-euro resentment.

Against a lacklustre GDP growth record since 2002 and a dismal one since 2008, I thus consider it highly improbable that QE can turn the tide. Even faced with a counterfactual such as "euro-zone austerity is expansionary" (on which there is scant empirical or theoretical support, particularly at the zero bound), **it is hard to see how the euro will not weaken dramatically at some point before unravelling or shrinking to a core euro zone of 5-6 countries.**

Worse, removing that day of reckoning now requires addressing dangerous centrifugal politics as well as procrastinating economics. No wonder that investor confidence in the euro is so fickle.

The Lost Children

France Takes Stock of Growing Jihadist Problem

More than 1,000 young people from France have joined extremist groups in Syria and Iraq, more than from any other European country. The recruits are no longer just coming from the margins of society.

Sometimes Séverine Mehault climbs the stairs to the second floor for no reason at all. She walks along the hallway, past her son's room and into her daughter's bedroom. Then the 40-year-old lies down on the bed, next to a white stuffed bunny, and closes her eyes for a moment, trying to understand why only one of her two daughters, 15-year-old Kenza, is still there -- and why Sahra has abandoned her.

Not much of Sahra is left in the room: her stuffed rabbit, a Koran in translation, a prayer book and a guide to the correct methods of bathing for Islamic women. The guide is a worn, pink brochure with small illustrations. Chapter 3 is titled: Instructions for Cleaning Your Ears.

There's a dish containing red nail polish, mascara and lip gloss, but Sahra hasn't worn makeup in almost two years. After turning 15 at the time, she converted to Islam.

She left France on March 11, 2014 to join the jihadists in Syria. The family doesn't know where she is exactly, or which terrorist group she has joined.

Her father drove her to the train station in Narbonne on that March day, as he did every day, when she would take the train to school in the nearby city of Carcassonne in southwestern France. A surveillance camera image shows Sahra, 17, standing on the platform in Narbonne, at 7:44 a.m. She is wearing white jeans, white sneakers and a black headscarf, and she is carrying two shoulder bags. The last image of Sahra on French soil, also taken with a surveillance camera, shows her at the airport in Marseille. She took an afternoon flight to Istanbul, and the next day she continued to Antakya on the Turkish-Syrian border.

Séverine Mehault has spread out photocopies of the surveillance camera images on the dining room table, next to the last photo she took of Sahra. It depicts her daughter dressed entirely in black, in a jilbab, a floor-length robe with baggy sleeves, and a hijab, or headscarf. She is smiling, with a soft, roundish face.

A Faraway Country

"Before she left, I didn't even know what was happening in Syria. It was a faraway country for me," says Mehault, running her fingers across the photo. Her fingernails gnawed to the quick. These days, she anxiously follows the news, trying to discern where exactly the group known as the Islamic State is fighting and where the West is bombing the terrorists. The TV set in the living room is constantly switched on. Sometimes she even leaves the radio on at night.

On that Tuesday in March, Sahra didn't come home in the evening. The family called the police. When officers came to the house the next day, they brought along the surveillance photos and retraced the route Sahra had taken. They asked a few questions, and when they left they took along the family's computer and tablet device.

Séverine Mehault received a call on her mobile phone two days later, with an unknown number appearing on the screen. She was so excited that she passed the phone to her eldest son, Jonathan. It was Sahra. She was calling to tell her parents not to worry, and that she was doing well. "I married Farid, a fighter," she told them. "He's 25 and comes from Tunisia."

"Where are you?" Jonathan asked.

"In Syria," his sister replied.

She also said that she would protect her family, even though they were all infidels. Then she hung up.

Her mother describes herself as an atheist, while her father, Kamal Mehenni, is a Muslim. He was born in France, the son of a French woman and an Algerian man.

But Mehenni never goes to the mosque, and he doesn't strictly abide by Ramadan fasting rules. Sitting next to his wife at the table, he says: "We raised our children without any religion. Togetherness was important to us, not faith."

'We Should Have Noticed Something'

Sahra's father is a tall, gentle man with powerful hands. In a region with high unemployment, he has been supporting his family with odd jobs for the last few years. "We should have noticed something," says Mehenni. His wife repeatedly says the same thing.

Mehault and Mehenni live with their children in a yellow, two-story house, in a town of 8,000 inhabitants near Narbonne, which we will not name, surrounded by the vineyards of the Languedoc region. Wild grapevines are entwined around the front door, and there is a plastic pool in the yard. There are many framed family photos on the walls.

There is nothing to suggest a reason for a 17-year-old girl to run away from this life. Nevertheless, Sahra spent a long time preparing her escape, as she gradually became radicalized, in full view of her family.

Extremism is infecting young French people like a slow but steadily progressing disease. And like a disease, its course varies slightly among individuals, and yet in each case it passes through similar stages.

Targeting French Youth

There are believed to be about 1,000 French citizens in Iraq and Syria, or en route to those countries, more than from any other European nation. Entire families have joined jihadist movements, including about 100 young French women. Many have already been married off to fighters in the Turkish-Syrian border region. Once a girl is married and pregnant, it becomes more difficult for her to flee. The terrorist groups that are targeting France in their recruitment efforts include Islamic State and Syria's Al-Nusra Front.

"Young people are being deliberately targeted, boys and girls, each for different purposes," says Dounia Bouzar, who has been studying the radicalization of French youth for 15 years. Bouzar, 50, an anthropologist specializing in religion, had already analyzed the phenomenon of self-proclaimed holy warriors when officials at the French Interior Ministry were still dealing with isolated cases. She wrote a book on the subject in 2006, a sort of guide for parents. Bouzar says that she saw this wave of radicalization of French youth coming, but that she would have preferred to be wrong.

On a sunny fall day, Bouzar is sitting in a Paris brasserie, ignoring a constant stream of calls on her mobile phone. Today she is part of a small team of advisers to the interior minister. In the spring, when cases of minors who had secretly left the country were mounting, Bouzar set up a hotline for family members seeking advice. About five new families call the hotline every week. But Bouzar also receives calls from young girls wanting to know what to do about female friends who have stopped wearing makeup and no longer want to go to the movies. Instead, they say, the girls are now covering their entire bodies with loose-fitting robes.

Radicalization

Sahra's radicalization began the same way. Then she converted to Islam. When she told her parents about it, Mehault thought that her daughter was simply becoming interested in her father's religion. Then Sahra began praying regularly, first twice and eventually five times a day. She traded her jeans for long dresses, wouldn't leave the house without a headscarf, and stopped plucking her eyebrows. One day, when Mehault caught her daughter trying on a face veil, she said: "Sahra, religion is something you carry in your heart. You don't have to show it to everyone."

Sahra told her mother that she was an "infidel," that she was "impure," and that she had no right to judge what her daughter was doing.

Arguments became more frequent, and there were long discussions over meals. The parents, afraid that Islamophobes might attack their daughter, forbade her from leaving the house in a full veil. Instead, she stayed at home and spent hours in front of the computer.

"We should have stopped it," her mother says.

"We didn't notice how bad things were with her," says her father.

Kenza, who is two years younger than her sister, once eavesdropped on Sahra when she was Skyping with one of her "sisters" while looking at a series of images of dead children. "You shouldn't see this," said Sahra, quickly closing the window on the screen.

'Almost All Are Middle Class'

The number of young people who have become radicalized and have disappeared is rising rapidly. More than 140 families have contacted Bouzar since January 2014.

Radicalization used to be limited to the poor and the uneducated, says Bouzar. Immigrants from Muslim backgrounds were usually the ones who joined jihadist groups. But the situation has changed today, she explains. "Now three-quarters of them come from atheist families." They include Christians and Jews, and almost all are from the middle class, with some coming from upper-class families, the children of teachers, civil servants and doctors. Bouzar is even familiar with a case involving an elite female university student. It also appears that more and more girls and young women are fantasizing about jihad.

Indoctrination

The Internet and social networks make it easy to indoctrinate young people. In her research, Bouzar discovered that the French-speaking unit of the Al-Nusra Front actually employs headhunters to recruit young women and men.

The process of brainwashing usually follows the same principles, not unlike the approach taken by sects. First the victim, be it a boy or a girl, is isolated from his or her surroundings. The young people are pressured to sever all ties to family and friends. Then the indoctrination begins, through videos about genetically engineered food or alleged conspiracies. The goal is to make the victims believe that the world is evil and that only they have been chosen to make it a better place.

As a result of this brainwashing, the young women and men gradually lose their connection to everyday life and their old identities. Once a new identity has been created, they often see themselves as members of a chosen group of fighters for a better world.

Bouzar has found that the radicalized young women have a common trait: They are all interested in careers in social work or humanitarian aid. Sahra, for example, wanted to become a kindergarten teacher. As soon as these aspirations become apparent, through such channels as a Facebook profile, the Islamists begin casting their nets. They masquerade as "sisters in spirit" and become friends with the young women. During this initial phase, the conversations do not revolve around religious issues, but around an emotional world that is being created. The recruiters foster feelings of dismay, using images of children gassed by the Syrian regime, for example. Only when the victims have become sufficiently unsettled, and when they begin to question their current world and way of life, does Islam come into play.

Devious Methods

"Of course, it isn't Islam that is being communicated to them," says Bouzar, herself a Muslim. The extremists use the religion to lead their victims to believe in a higher, "godly" objective, she explains. And girls like Sahra, confused and disgusted by the supposed decadence of the West, believe what they hear. Bouzar and her associates have set up Facebook profiles, which they use to reconstruct the terrorists' devious methods.

In the end Sahra, an insecure and naïve girl, and an introverted and helpful person, became so indoctrinated that she left home.

Sometimes she sends a text message or a Facebook message to her parents or her brother. She writes that she is doing well. Although her mother calls the number every day, Sahra never answers.

Sahra's parents have written letters to the French president and the interior minister. They want the French government, which they accuse of allowing their underage daughter to simply leave the country, to get her back -- or at least to tell them where she is. They have only received one response, a letter from the Elysée Palace, from the office of President François Hollande, dated May 2. "You should know that the President of the Republic emphasizes with you in your distress," the letter reads. They have heard nothing else since then.

Dividing Families

Dominique Bons, 60, is sitting in a brightly lit café in a suburb of Toulouse, a two-and-a-half-hour drive from the family's home. She, more than anyone, can emphasize with the anguish Sahra's parents are feeling. Bons, a retired civil servant, is a gaunt, petite woman with a striking face. She too is an atheist.

Bons lost her son Nicolas, 30, to the Islamic State extremists. All she has left of him is a text message, sent to her mobile phone on Jan. 2, 2014. It reads: "Your son committed a suicide bombing in a village near Homs that was occupied by the enemy. May he be accepted by God as a martyr."

That was on Dec. 22, 2013. Nicolas had left France nine months earlier, in March 2013, together with his half-brother Jean-Daniel, 22, his father's son from a second marriage. Jean-Daniel also died in the fighting in Syria.

Nicolas told his mother that he was going to spend two weeks in Thailand with friends. When she didn't hear from him, she called one of her son's friends.

"Thailand? We were never in Thailand," he said.

After that, Bons spoke with her son on the phone regularly.

"Why are you doing this?" she would ask.

"My place is here, fighting against (Syrian President) Bashar Assad," Nicolas replied.

A Son Becomes an Extremist

Bons describes Nicolas as an affectionate, insecure person who was often ridiculed for his gullibility, even by his friends. His parents divorced when he was three. He converted to Islam at 27, even though no one in his family was a Muslim. At first, Bons thought it was one of his quirks. She was pleased when he stopped smoking hashish and drinking. She thought that if religion gave her son a sense of security, it must be a good thing. The only thing she didn't like was the beard he grew.

"You shouldn't walk around like that," she told him. When he started wearing a loose-fitting floor-length coat and a prayer cap, she forbade him from visiting her dressed like that. "I'm a Frenchwoman, and I'm a committed secularist. It was too much," says Bons.

When Nicolas's views became more and more extreme, they began arguing frequently. He criticized his sister for wearing a short-sleeved T-shirt on a summer day. His mother was outraged. "That's enough now, Nicolas," she told him. He replied that they would probably never meet in paradise. By now, Nicolas often said how disgusted he was by life in France. "There are no true Muslims here," he would say.

His mother suggested he find a job. "At least a regular income makes people a little happier," she said. Her son's attempts to convert people annoyed her. Nicolas was now spending a lot of time reading the Koran.

He appeared in an IS propaganda video in July 2013, with the black IS flag waving in the background. He was wearing a Keffiyeh and called himself Abu Abd al-Rahman. His speech sounded stilted, as if he had been programmed. "I am a Frenchman. My mother is a Frenchwoman, and my father is a Frenchman. My parents are atheists. They have no faith. Al-hamdu lillah, All Praise and Thanks be to Allah that I converted to Islam almost three years ago."

In the video, he called upon his "French brothers" and his "European brothers" to emulate him, and to come to the blessed land of Sham -- Syria -- to fight. "Jihad is obligatory," he said, and repeated the same phrase again, like a broken record. In the end, he called upon François Hollande to withdraw France's troops from Mali and convert to Islam, because that would be the only way to save himself "from the flames of hell."

'I Will Never Get My Child Back'

Extremism expert Bouzar has found that boys and men who join the jihadists do it for different reasons than girls and women. They too often fit the profile of the humanitarian and starry-eyed idealist, but it is less pronounced than the belief that they are "knights" with a mission. Many men become fighters to satisfy their fantasies of omnipotence.

"It's a question of playing God, of being in control of life and death," says Bouzar. Mohamed Merah, the man who killed several people at a Jewish school in Toulouse, fit the same profile.

Others are simply motivated by a desire to belong, to be part of a group, a clique. This could also apply to Nicolas Bons.

His mother unlocks the door of her Renault Clio car. She has just finished smoking a hand-rolled cigarette. It was Nicolas who taught her how to roll them.

Her son died 10 months ago, in a foreign country and as a person who had become a stranger to her. He was a man who appeared on camera dressed in a combat uniform and carrying a Kalashnikov, someone who treated the mujahedeen in Afghanistan as his role models.

"I will never get my child back, but I can help other parents," she says. She established an organization to help others in similar positions, and within a week three couples that had lost their sons in Syria contacted her. Together, they now try to arrange counseling for returnees in prison.

The government sees everything in black and white and treats anyone who travels to Syria as a terrorist, says Bons. For her, as a mother, things aren't quite as clear. "Mostly they're just confused children, victims," she says.

Kenza Mehenni recently had a tantrum and sent her older sister Sahra a Facebook message filled with invective. "Sahra, you are incredibly mean," she wrote. "How can you abandon us like this, how can you do such a thing to Mama and Papa, all for this shit, for this war, someplace far away."

Twenty-five years on

The fall of the Berlin Wall closed the question of communism. But it reopened the question of Germany

Nov 8th 2014 | BERLIN | [From the print edition](#)



SINCE 1789 pieces of the Bastille have been sought-after decorations on mantelpieces in France. Two centuries later, bits of the Berlin Wall have travelled all around the globe. It is “the only monument that exists on all continents,” except possibly Antarctica, says Axel Klausmeier, the boss of a Berlin foundation for its remembrance. That says a lot about what Germans call their “peaceful revolution”, which climaxed with the breaching of the wall on November 9th 1989. This weekend Germans will mark its 25th anniversary with a celebratory bash.

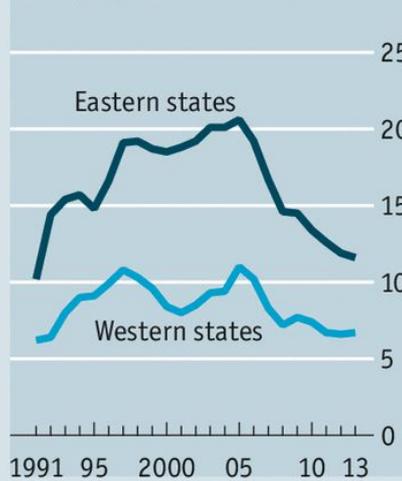
As the first successful liberal revolution in German history, 1989 ranks in importance with 1789, says Rainer Eppelmann, head of a foundation studying the East German dictatorship. Even better, unlike that French revolution 200 years earlier, the German one was non-violent. Because the Berlin Wall divided not just a city but also a country, a continent and the world, its fall implied a global promise of liberty. In geopolitics the “end of history” seemed possible, though it later gave way to a “clash of civilisations”, as duelling book titles put it in the 1990s.

German expectations were highest. “Now what belongs together will grow together,” predicted Willy Brandt, a former chancellor and mayor of divided Berlin, the day after the wall fell. Contemplating the environmental and economic dereliction of 45 years of communist rule, Helmut Kohl, then chancellor, envisaged “blooming landscapes” in the east.

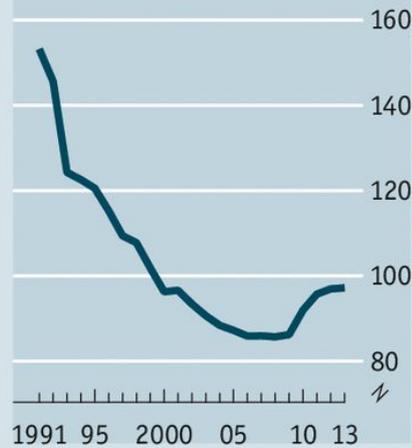
A generation on, Germans still debate whether they have grown together and to what extent the east has bloomed. In terms of motorways and other infrastructure, the east sparkles today. In certain social indicators, such as women’s participation in the workforce or the enrolment of toddlers in crèches, it even leads the west. But overall, according to polls, eastern Germans are still less content than westerners.

Slow convergence

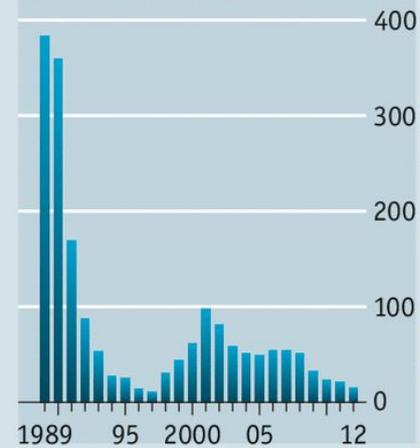
Unemployment rate*, %



Eastern Germany unit labour costs
Western Germany=100



Net migration from eastern Germany to western Germany†, '000



Sources: DIW Berlin; Federal Statistical Office

†Not including West Berlin to 2000, not including Berlin from 2001

After years of net migration from east to west (which only recently abated), parts of the east are depopulated, especially in rural areas. Eastern Germany's GDP per head is still only 67% of that in western Germany. Its productivity is 76% of the western figure and the number of patents filed just 29%. Its unemployment rate is 9.7% to the west's 5.9%. Apart from a few industrial clusters, the east has hardly any large companies (see [article](#)).

Yet a closer look reveals that the differences within eastern and western Germany are now greater than those between them. Saxony in the east, especially around Dresden and Leipzig, is comparable to Bavaria and Baden-Württemberg, two vibrant regions in western Germany. Parts of Lower Saxony and Westphalia, in the west, are as downtrodden as Brandenburg or Mecklenburg, in the east.

The striations thus no longer run neatly along the former border between the two Germanies, but between various distinct regions. The remaining east-west divide is no more pronounced than the socio-economic fault lines that cross Belgium, Italy or Spain. When Helmut Schmidt, another former chancellor, described eastern Germany in 2005 as "*mezzogiorno* without the mafia", he was actually describing European normality. This is why the "solidarity pact", a package of German subsidies for the east due to expire in 2019, will probably be replaced by aid to struggling regions on whichever side of the former wall they happen to be.

This must count as success, argues Karl-Heinz Paqué, a former finance minister of the eastern region of Saxony-Anhalt: "The results are better than commonly understood, but worse than expected in the early 1990s." The Koreans should be so lucky, if they ever get their chance.

Less clear are the pan-European implications of the wall's fall. Unification, which followed less than a year later, raised anew the old "German question" in European history: Would a united Germany dominate the continent? At the time, Britain and France feared it would. Today, in the fifth year of the euro crisis, many in the southern euro zone subject to austerity feel it already does.

Others, notably America, want Germany to do more. "Germany is no Switzerland, although some Germans would like to pretend that it were," says Robert Zoellick, a former American diplomat who helped negotiate reunification. The Germans themselves are as divided as anyone. Most, according to polls, still cling to the post-war era's radical pacifism and diplomatic restraint. But the elite has grasped that Germany should accept more responsibility. History did not end in 1989. As the crisis in Ukraine shows, today's Europe needs Germany to lead.

Der elende Rest

Der Frontalunterricht Wolf Biermanns für die Linksfraktion war großartig. Besser kann man Erinnerung und Gegenwart der friedlichen Revolution von 1989 nicht lebendig werden lassen. Ein Kommentar.

07.11.2014, von JASPER VON ALTENBOCKUM

Auf den **preußischen Ikarus** ist Verlass: Es war wohl der härteste, weil ins Schwarze treffende Vorwurf, den Wolf Biermann den Abgeordneten der Linksfraktion während der Feierstunde im Bundestag zur Deutschen Einheit machen konnte, dass sie nämlich gar nicht Linke seien, sondern Reaktionäre. Denn sie seien „der elende Rest dessen, was zum Glück überwunden wurde“, der Rest der „Drachenbrut“ der DDR. Der kurze Disput zwischen Biermann und der Linksfraktion - inklusive das halb ironische, halb ernste Scharmützel mit dem Parlamentspräsidenten über das Rede- und Singrecht im Deutschen Bundestag - sagte alles, was über das Verhältnis der Linkspartei zur deutschen Demokratie zu sagen ist.

Zu den Paradoxien der 25 Jahre, die nach der friedlichen Revolution von 1989 ins Land gegangen sind, gehört es jedoch, dass ebendiese reaktionären Linken das Lied, das Biermann anschließend sang, die „**Ermutigung**“, auf sich selbst bezogen haben dürften: „Lass dich nicht verhärten in dieser harten Zeit.“ Denn es war schon immer eine Kunst der real existierenden Linkspartei, sich als Opfer zu verkaufen, das Widerstand leistet, und nicht als Täter, der Verantwortung zu übernehmen und Konsequenzen zu ziehen hat.

Was Gregor Gysi anschließend zur deutschen Revolution, zur Wiedervereinigung und zu deren Nachgeschichte zu sagen hatte, bestätigte das auf eindrucksvolle Weise. Gysi hielt an seiner DDR fest, als ginge es darum, die Ehre des Volkes zu retten (und seine eigene). Dabei war es gerade dieses Volk, das weder die Gründung der DDR wollte noch deren Fortbestand (das ist der Unterschied zu Gysi). Kein Politiker der Linken ist außerdem so virtuos wie Gysi darin, alles Negative dem Einfluss aus dem Westen, alles Positive dem Einfluss aus dem Osten zuzurechnen.

Was davon zu halten ist, dass in Umfragen die Bundesrepublik gegenüber der DDR in etlichen Punkten schlechter abschneidet, Punkte, die Gysi genüsslich zitierte, stellte der CDU-Redner Arnold Vaatz anschließend klar: Viele Bedürfnisse, auf die der Mensch besonderen Wert legt, können auch im Gefängnis sehr gut bedient werden.

Die Gegenrede zu Gysi und die rhetorische Ergänzung zur „Ermutigung“ Biermanns aber hielten die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring Eckardt und die Thüringer SPD-Angeordnete Iris Gleicke. Natürlich sei die DDR ein Unrechtsstaat gewesen, sagten sie, und Gleicke wünschte sich für eine Augenblick die Begeisterung zurück, die in den Tagen des Mauerfalls ganz Deutschland erfasst hatte. Da sprachen sie vielen aus dem Herzen - die meisten davon dürften dieser Tage allerdings in ihrer bald rot-rot-grünen Heimat, in Thüringen zu finden sein.

108,42 La vraie situation économique de la France en sept graphiques

Publié le 07/11/2014 à 08:12

INFOGRAPHIES - Chômage galopant, croissance nulle, déficit et dette publiques qui se creusent, la situation économique de la France est critique. *Le Figaro* fait le point en sept graphiques.

• Chômage

Le nombre de chômeurs inscrits en catégorie A à Pôle emploi a dépassé le demi-million de personnes à la fin du mois de septembre: +508.600 exactement, en 29 mois de mandat. Durant cette période, il n'a baissé que trois mois, non consécutivement ([bug SFR d'août 2013 compris](#)). Cette progression importante représente à mi-mandat 80% de la hausse enregistrée sur cinq ans lors du quinquennat de Nicolas Sarkozy, où le nombre de chômeurs avait bondi de 600.000 entre mai 2007 et avril 2012.

Si l'on en croit les prévisions plutôt fiables de l'Unedic, l'inversion de la courbe du nombre de chômeurs inscrits en catégorie A ne devrait pas intervenir avant la fin 2015. Le régime d'assurance chômage anticipe en effet 96.000 chômeurs de plus en catégorie A l'année prochaine, après une hausse de 150.000 attendus cette année.

• Chômage des jeunes

Pour tenter de réduire le chômage des jeunes, une des promesses de François Hollande, [le gouvernement a mis en place les emplois d'avenir](#), des contrats aidés dédiés aux décrocheurs. A ce jour, plus de 150.000 jeunes sont entrés dans ce dispositif, et 75.000 entrées sont prévues pour 2015. L'exécutif a également créé la garantie-jeune, qui offre à des 18-25 ans en grande difficulté une allocation équivalente au RSA en échange d'un engagement d'insertion. Le nombre de bénéficiaires passera de 10.000 en 2014 à 50.000 en 2015 et 100.000 en 2017. Las, malgré cette politique, le chômage des jeunes (en incluant ceux effectuant des petits boulots) a augmenté de 1% entre septembre 2013 et septembre 2014.

• Chômage des seniors

Le chômage des seniors a explosé depuis l'arrivée de François Hollande à l'Élysée. Il y avait fin septembre en France métropolitaine quelque 802.400 demandeurs d'emploi de plus de 50 ans sans aucune activité (en catégorie A), contre 594.000 en janvier 2012. Et toutes catégories confondues, ce chiffre atteignait 1,14 million de personnes. La France figure parmi les mauvais élèves en Europe en termes d'emploi des seniors, avec un taux de 46% en 2013, alors que l'objectif dans l'Union européenne est à 50%. Le chômage de longue durée est un fléau pour les seniors, avec des durées d'inscription à Pôle emploi supérieures à 534 jours. [Fin juin, le plan Rebsamen a prévu de doubler les aides aux entreprises qui embaucheront un senior d'au moins 55 ans et un jeune de moins de 26 ans dans le cadre des contrats de génération](#). Mais ce dispositif phare de François Hollande ne décolle pas. En 18 mois, seules quelque 40.000 demandes d'aides ont été adressées à l'administration.

• Pouvoir d'achat

En 2012, le pouvoir d'achat du revenu disponible brut a reculé de 0,9%. L'an dernier, il n'a pas progressé. Certains trimestres, sous le coup de la mauvaise situation de l'emploi et des hausses d'impôts, il a même reculé. L'année 2014 pourrait finir sous de meilleurs auspices, en hausse de 0,8%, en raison d'une baisse de l'inflation plus forte qu'attendue. Et parce que les impôts et cotisations, bien que toujours en hausse, seraient «moins dynamiques» (+2,7%, après +4,2% en 2013).

• Croissance

La progression du PIB ne devrait pas dépasser 0,5 % cette année. L'Insee anticipe une toute petite progression de l'activité de 0,1 % aux troisième et quatrième trimestres, après la stagnation de la première moitié de l'année. Ni l'investissement, ni la consommation ne repartent. Au mieux, la croissance atteindrait 1% l'an prochain. Les prévisions de campagne de François Hollande ne se sont jamais réalisées. Elles prévoyaient en effet 2% de croissance cette année, puis 2 à 2,25% à partir de l'an prochain et jusqu'à la fin du quinquennat.

• Déficit public

La France se débat avec un déficit en hausse par rapport à l'an dernier, à 4,4 % du PIB. Il sera à peine amélioré l'an prochain, à 4,3%. Paris, qui avait été obligé de négocier une première fois avec Bruxelles le report de son engagement en 2015, va être obligé de réitérer sa démarche. [La Commission européenne doit rendre son verdict à la fin du mois sur la trajectoire pluriannuel de finances publiques de la France](#), qui ne prévoit plus le retour sous la barre des fameux 3% qu'en 2017. «Je ramènerai les finances publiques à l'équilibre, en respectant l'engagement de 3% de déficit par rapport au PIB en 2013», promettait François Hollande lors de la campagne présidentielle.

• Dette

La dette publique a précisément augmenté de 605,4 milliards lors du quinquennat de Nicolas Sarkozy. Selon la Cour des comptes, les deux tiers sont dus à des raisons conjoncturelles (la crise, et notamment au plan de relance de 2009 qui avait porté le déficit à 150 milliards cette année-là) et un tiers à des causes structurelles (essentiellement le financement des dépenses courantes). Depuis l'élection de François Hollande, la dette a encore enflé de 158,9 milliards (donnée au 30 juin 2014). Selon le rythme actuel de progression, la hausse pourrait avoisiner les 400 milliards sur l'ensemble du quinquennat, soit le même montant que celui enregistré sous les cinq années du second mandat de Jacques Chirac. L'héritage Hollande serait donc équivalent aux deux tiers de celui de Nicolas Sarkozy, la crise de 2008/2009 en moins (la France a notamment connu une forte récession en 2009 avec un PIB en repli de plus de 3% cette année-là)...

• Défaillances d'entreprises

Selon le spécialiste de l'assurance-crédit, Euler Hermes, il devrait encore y avoir quelque 62.000 faillites de sociétés en 2014. Seul point positif, les défaillances des entreprises qui réalisent plus de 15 millions d'euros de chiffre d'affaires pourraient amorcer un repli de l'ordre de 10% cette année. Le coût des défaillances s'élève à 4,7 milliards sur un an, ce qui représente 0,25 point de PIB et quelque 181.000 emplois menacés. Les secteurs les plus touchés sont la construction, le commerce et la réparation automobile ou encore l'hébergement et la restauration. Depuis le début de la crise, deux années ont été particulièrement noires en termes de faillite pour l'économie française: 2009, avec le record historique de 63.204 défaillances et 269.000 emplois menacés. Et 2013, avec 63.100 faillites (dont plus de 42.700 dans des structures de moins de 2 personnes).

• Fiscalité

Le début du quinquennat de François Hollande restera marqué par l'expression «ras-le-bol fiscal», utilisée par Pierre Moscovici, l'ex-ministre de l'économie, avant que Manuel Valls n'évoque récemment le «haut-le-cœur fiscal». L'actuel exécutif a massivement augmenté les impôts, alors que le seuil d'exaspération était déjà atteint. Les mesures nouvelles ont représenté 18 milliards en 2011, 22 en 2012 et 29 en 2013. Soit 69 milliards de hausses d'impôts en 3 ans! En 2014, l'augmentation des prélèvements obligatoires est certes limitée, mais la baisse pour les entreprises est compensée par un alourdissement pour des millions de ménages. L'an prochain, le gouvernement a prévu d'alléger de 12 milliards encore les charges et la fiscalité des entreprises. La baisse doit atteindre 41 milliards entre 2014 et 2017. Quant aux ménages, 9 millions de foyers fiscaux bénéficieront en 2015 de la suppression de la première tranche de l'impôt sur le revenu. Le taux de prélèvements obligatoires, lui, ne devrait que stagner l'an prochain, aux alentours de 44,7% du PIB.

• Impôt sur le revenu

Les mesures décidées en 2013 et en 2014 ont entraîné cette année une hausse de près de 8 milliards d'euros de l'impôt sur le revenu, dont près de 6 milliards est supportée par 20% des Français, les plus aisés. Et près de 5 milliards par les 10% de hauts revenus. Parallèlement, 4,2 millions de foyers modestes bénéficient cette année d'un coup de pouce fiscal de 1,3 milliard d'euros. Parmi eux, 2,1 millions sont devenus non imposables ou ont évité d'entrer dans l'impôt. Conséquence, moins d'un foyer fiscal sur deux (48,5%) paie cette année l'impôt sur le revenu. Le geste fiscal de 2014 et la suppression de la première tranche de l'impôt sur le revenu prévue pour l'an prochain devraient bénéficier à 9 millions de personnes, dont 3 millions échapperont à l'impôt.

"Das ist nicht teuer, das bezahlt der Staat"

Frankreichs Präsident Hollande hatte auf einen Befreiungsschlag per TV-Interview gehofft. Doch der Auftritt misslang ihm völlig. Beim Thema Arbeitslosigkeit überraschte er mit einer verqueren Logik.

Von [Gesche Wüpper](#), ParisWirtschaftskorrespondentin



Foto: REUTERSHollande beim Interview im TF1-Fernsehstudio in Aubervilliers bei Paris

Es sollte ein Befreiungsschlag werden, der Versuch, aus dem Umfragetief herauszukommen und gleichzeitig die eigene Autorität unter Beweis zu stellen. Mit einem fast zwei Stunden langem Fernsehauftritt versuchte Frankreichs Präsident François Hollande, pünktlich zur Halbzeit seines Mandats die Herzen seiner Landsleute zurückzuerobern.

Die Übung dürfte jedoch gründlich missraten sein. Denn Hollande wirkte sichtlich verkrampft und angespannt. "Seit zweieinhalb Jahren klammere ich mich fest", sagte er denn auch relativ am Anfang seines ersten großen Fernsehinterviews seit März vergangenen Jahres.

Auch ansonsten wirkte Hollande in weiten Teilen seines Auftritts in die Defensive gedrängt. Dabei hatten seine Kommunikationsberater alles bis ins kleinste Detail vorbereitet und die beste Sendezeit bei Frankreichs größtem Fernsehsender TF1 reserviert.

Solche Fernsehauftritte, die man eher von einem totalitären Staat erwarten könnte, sind bei französischen Staatsoberhäuptern traditionell beliebt. Um die Volksnähe Hollandes unter Beweis zu stellen, hatte der Fernsehsender vier Bürger ausgewählt, die dem sozialistischen Politiker Fragen stellen durften.

Doch bevor es dazu kam, versuchte einer der drei Moderatoren, Hollande zu Aussagen zu seinem Privatleben zu bewegen – vergeblich. Denn der 60-Jährige versteckte sich hinter seinem Amt. "Ich bin ein Präsident, ich muss eine Form von Zurückhaltung wahren", wehrte er ab.

Man müsse das Privatleben respektieren. Als Hollande nach dem Bekanntwerden seiner Affäre mit der Schauspielerin Julie Gayet zu Beginn des Jahres einfach mit seiner Lebensgefährtin Valérie Trierweiler Schluss gemacht hatte, hatten das viele Franzosen als kaltherzig empfunden. Doch der Politiker weicht seitdem alle Fragen nach seinem Privatleben aus.

"Normaler Mensch mit Herz"

"Ich verlange nicht, dass man mich für das schlechte Verhalten anderer beurteilt", sagte er jetzt lediglich in Anspielung auf die Paparazzis-Fotos, durch die die Affäre publik geworden war. "Ich bin ein normaler Mensch mit einem Herz", beteuerte Hollande. Natürlich seien ihm Komplimente lieber als Pöbeleien.

"Ich akzeptiere jede Form von Kritik, ich akzeptiere auch Verrat. Aber was ich niemals akzeptieren werde, ist, diese systematische Verunglimpfung Frankreichs." Denn Frankreich sei ein großes Land und werde überall im Ausland bewundert. Jedes Mal, wenn es irgendwo Probleme gebe, wende man sich an Frankreich.

Allerdings schien Hollande dabei zu vergessen, dass sein Land wegen seines hohen Defizits bei vielen europäischen Nachbarn in die Kritik geraten ist. Denn die Defizitgrenze von drei Prozent wird Frankreich erst 2017 erreichen - also vier Jahre später als ursprünglich versprochen.

Die EU-Kommission warnte sogar unlängst, dass das Defizit der zweitgrößten Volkswirtschaft der Eurozone 2016 bei unveränderte Politik auf 4,7 Prozent steigen dürfte. Hollande versprach dennoch, dass Frankreich in zehn Jahren die Nummer Eins sein werde. "Mein Kurs ist, Frankreich stärker und besser zu machen", erklärte er. "Ich werde in den zweieinhalb Jahren, die mir bleiben, mein Land bis zum Ende reformieren."

Dabei ist der ganz große Wurf bisher ausgeblieben. Denn Hollande scheut die Auseinandersetzung mit dem linken Flügel seiner sozialistischen Regierungspartei, der Defizitbekämpfung und Strukturreformen ablehnt. Deshalb hat er seit seinem Amtsantritt im Mai 2012 zwar mit dem Wettbewerbs- und dem Verantwortungspakt ein paar Schritte in die richtige Richtung getan. Doch nach Ansicht von Experten sind weitere, tiefgreifendere Reformen nötig, um Frankreich wieder flott zu machen.

Arbeitslosigkeit steigt und steigt

Um das Land ist es derzeit nicht gerade gut bestellt. Das Wachstum lahmt, die Stimmung ist trüb und die Arbeitslosigkeit steigt und steigt. Das liegt auch daran, dass Hollande in seinem Optimismus die wirtschaftliche Realität Frankreichs völlig verkannt hat, als er im Mai 2012 sein Amt antrat. Er

vertraute auf die Theorie der Konjunkturzyklen und dachte, dass der wirtschaftliche Aufschwung nicht lange auf sich warten ließe und ihm dann bei der Bekämpfung der Probleme helfen würde.

Dabei unterschätzte er jedoch, wie schlimm es um Frankreich tatsächlich bestellt ist. Statt die viel zu hohen staatlichen Ausgaben radikal zu kürzen, erhöhte er Steuern und Abgaben und würgte so erst recht das schwache Wachstum ab.

Hollande gestand zwar jetzt ein, dass er sich irrte, als er versprach, den Anstieg der Arbeitslosigkeit bis Ende 2013 zu stoppen. Sie lag zuletzt bei 10,2 Prozent inklusive der Übersee-Départements. Er sei aber weder blind noch zu optimistisch gewesen, erklärte Hollande jetzt.

Hinter seiner Aussage habe vielmehr der Wille gesteckt, die Arbeitslosigkeit zu senken. Sollte es ihm nicht gelingen, die Arbeitslosigkeit zu senken, werde er nicht als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2017 antreten, deutete er zunächst an.

Zu fortgeschrittener Stunde der Sendung allerdings wehrte er konkrete Fragen, ob er Kandidat sei, ab: "Die Leute sind für alles Kandidaten. Ich, ich bin Präsident."

Gegenüber den vier Bürgern, die ihm Fragen stellen durften, zeigte sich Hollande allerdings in anderer Rolle. So wirkte er im Gespräch mit Joëlle Mediavilla, einer 60-jährigen Arbeitslosen, wie ein Mitarbeiter vom Arbeitsamt.

"Was haben Sie denn vorher gemacht? Wie lange haben Sie gearbeitet? Hat Ihnen das Arbeitsamt Jobs angeboten?", fragte er. Dann versuchte er, zu trösten – auf reichlich unbeholfene Art. "Sie sind nicht allein", sagte er in Anspielung auf die mehr als 800.000 französischen Senioren, die wie Mediavilla arbeitslos sind.

Kaum Arbeit für Ältere

Mit einer Beschäftigungsrate von gerade mal 46 Prozent bei den über 55-Jährigen ist Frankreich eines der Schlusslichter Europas. Wirkliche Rezepte, wie die Senioren-Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll, konnte Hollande jedoch auch jetzt nicht bieten.

Er schlug lediglich vor, im kommenden Jahr einen staatlich unterstützten Arbeitsvertrag für Senioren einzuführen. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die in Frankreich zuletzt bei 22,8 Prozent lag, versprach er ebenfalls die Schaffung von 15.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Den Einwand eines Journalisten, all das sei doch sehr teuer, wischte Hollande einfach mit der Bemerkung weg: "Das ist nicht teuer, das bezahlt der Staat."

Nicht nur in diesem Moment dürften die Zuschauer Mühe gehabt haben, der Logik Hollandes zu folgen. Denn später erklärte er beispielsweise, dass Merkel kürzlich gesagt habe, Deutschland werde durch die Überalterung der Bevölkerung fünf Millionen Arbeitsplätze verlieren.

Frankreichs Bevölkerung dagegen wachse, so dass es in den kommenden Jahren zum bevölkerungsreichstem Land Europas werde, versicherte Hollande. Das hörte sich fast so an, als würden dadurch neue Arbeitsplätze entstehen. Das allerdings dürfte ein Wunschtraum bleiben.

108,46

France and Germany: a moment of truth

- To break out of the current economic impasse, a bold, coordinated Franco-German strategy is needed

by Agnès Bénassy-Quéré and Guntram B. Wolff on 6th November 2014

France and Germany, which together account for half of euro-area GDP, are rightly considered the key to the euro area's exit from the current impasse of low growth, falling inflation and increasingly dangerous debt trajectories. But more importantly, the German-French couple is a clear example of the need for a coordinated strategy. Their unit labour costs have diverged by some 20% since the introduction of the single currency. This would not necessarily be worrying, but the world market share of French exports has fallen by more than twice that of Germany, and the current account gap has increased by more than 8% of GDP. France has not compensated for its rising costs by higher non-price competitiveness, while the German low-cost strategy has made the country more and more dependent on foreign markets.

The steady decline in inflation and the increase in the euro area's current-account surplus are an indication that aggregate demand is too low in the euro area and in France and Germany. The stagnation of total factor productivity since the mid-2000s in several euro-area countries (including France) is an indication that deep reforms are needed for long-term growth to restart, and therefore for the sustainability of social systems.

To break out of the current economic impasse, a bold, coordinated Franco-German strategy is needed. It requires simultaneous implementation of measures in both countries.

Currently, there is no political consensus in France for far-reaching reforms that would encompass structural spending cuts and changes to some services market regulations, and would also improving the functioning of the labour market. This could be done, for example, by reconsidering the labour contract in order to incentivise long-term hiring, or averaging working time across the year, rather than week by week, which would be a smooth way of reducing unit labour costs. There is also, so far, no consensus in France on the need for education system reform. Such reforms would boost French productivity growth, stimulate innovation and also help to narrow the unit labour cost gap with Germany.

Germany should gear its efforts to boosting its own economic activity. Boosting domestic demand is part of the answer

Before the full gain from productivity can be reaped, wages and other costs such as housing will need to grow more slowly in France than in Germany, so that the former can regain competitiveness and the latter can alleviate its excess dependence on external demand.

Germany should gear its efforts to boosting its own economic activity. Boosting domestic demand is part of the answer and could be quickly achieved through lower taxes on low-income households and a credible strategy for public investment. For this, accepting that the "black-zero" balanced budget must be given up is essential. But structural reform to develop the non-traded goods sectors, for example IT services, is also essential. The introduction of a minimum wage next year increases the need to focus on such high value-added sectors. The education system should support a shift to the new growth sectors of the 21st century, where Germany is lagging behind. This renewed economic dynamism needs eventually to lead to an inflation rate of above 2 percent, which is required to support the rebalancing.

With the prospect of an increase in inflation in Germany, France would have more leeway to cut social contributions and social spending

With the prospect of an increase in demand and inflation in Germany, the French government would have more leeway to cut social contributions and social spending, and to implement far-reaching structural reforms. The French government's recent announcements of reforms to protected sectors, although going in the right direction, will not be sufficient. Aggregate demand is not only a question of fiscal stance. France needs to reduce the uncertainty surrounding future policies, which is currently a powerful drag on private investment. Clarifying the future path of tax rates and energy and carbon prices is one issue. Agreeing on a number of medium-term fundamental objectives covering

issues such as vocational training, tertiary education, lifetime working hours, the health system and housing subsidies, are needed to anchor expectations. Credibility, through political agreement on medium-term objectives is needed to trigger private investments.

The success of such a joint strategy will of course depend on what happens at euro-area level

The success of such a joint strategy will of course depend on what happens at euro-area level: on the ability to finance European Commission president Jean-Claude Juncker's €300 billion investment project with fresh money, on the willingness of the European Central Bank to do what it considers necessary to meet its target of an inflation rate "below but close to 2 percent", and on the ability of the European Commission and the European Council to enforce the fiscal rules without suffocating the economy. France and Germany have a major responsibility as shareholders in the European Investment Bank and as direct participants in the European Council. But, equally importantly, they have a responsibility to reduce the structural divergence between them by introducing coordinated deep economic reforms at national level.

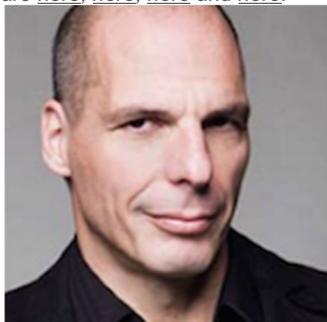
108,48

Economists' roundtable on the euro zone

A QE proposal for Europe's crisis

Nov 7th 2014, 9:33 BY YANIS VAROUFAKIS | UNIVERSITY OF ATHENS

Up next on our economists' roundtable is Yanis Varoufakis, of the University of Athens. The other contributions to the roundtable are [here](#), [here](#), [here](#) and [here](#).



MARIO DRAGHI understands that to stave off deflation, the ECB must not only reverse the steady diminution of its balance sheet, but boost it by something in the order of €1 trillion over the next few years. On the other hand, Mr Draghi is politically constrained regarding the class, and volume, of assets he can purchase without testing the limits of his influence over Berlin.

In the absence of eurobonds, the ECB is bound to step into a political quagmire if it were to purchase government bonds. The current pre-occupation with engendering a new ABS market so as to buy its, currently, non-existent wares smacks of desperation.

While the ECB's board is seeking ways to overcome this operational problem, opponents of QE throw another spanner in the works. They argue, not without justification, that the experience of Britain and America has demonstrated that QE is ineffective in fostering real investment but effective at inflating asset bubbles.

Thus, caught between its operational problem and macroprudential concerns, the ECB seems confined to the role of a spectator of unimpeded deflationary forces. It is easy to resign ourselves to this paralysis. But it is wrong and unnecessary. Here is something that the ECB could do that overcomes its twin problems (the operational constraint and macroprudential concerns regarding QE) while spearheading investment-led recovery without new government debts and without violating any treaties (including the ECB's own charter).

The proposal is for QE to focus exclusively on European Investment Bank (EIB) bonds.* The idea is simple:

Europe desperately needs large-scale, growth-inducing investment.

Europe is replete with idle cash which people are scared to invest into productive activities, fearing lack of aggregate demand once the goods roll off the production line.

The ECB wants to buy high-quality paper assets in order to stem the deflationary expectations that are the result of the above.

The ECB does *not* want to have to buy German, Italian or Spanish assets lest it be accused of favouring one of those countries.

So what should Europe do?

The European Investment Bank (and its smaller offshoot, the European Investment Fund) should embark upon a pan-euro-zone investment-led recovery programme worth 8% of euro-zone GDP. The EIB would concentrate

on large-scale infrastructural projects and the EIF on start-ups, SMEs, technologically innovative firms, green-energy research etc.

The EIB/EIF has been issuing bonds for decades to fund investments, covering 50% of the projects' funding costs. They should now issue bonds to cover the funding of the pan-euro-zone investment-led recovery programme *in its totality*; that is, by waving the convention that 50% of the funds come from national sources.

To ensure that the EIB/EIF bonds do not suffer rising yields, as a result of these large issues, the ECB can step in the secondary market and purchase as many of these EIB/EIF bonds as are necessary to keep the EIB/EIF bond yields at their present, low levels. To stay consistent with its current assessment, the level of this type of QE could be set to €1 trillion over the next few years.

In this scenario, the ECB enacts QE by purchasing solid eurobonds. The bonds issued by the EIB/EIF are issued on behalf of all EU states. In this manner, the operational concern about which nation's bonds to buy is alleviated. Moreover, this form of QE backs productive investments directly, as opposed to inflating risky financial instruments, and has no implications in terms of European fiscal rules (as EIB funding need not count against member states' deficits or debt).

By purchasing large quantities of EIB bonds, the ECB can, in partnership with the EIB, help shift idle savings (that currently depress yields on all investments) into productive activities. This would be tantamount to a European New Deal.

One might counter that the EIB may simply be unable or unwilling to conjure up 'shovel-ready' projects to the tune of €300 billion annually, both because it is worried about its creditworthiness and due to a lack of potentially profitable projects. My retort is twofold.

The ECB's QE support of EIB bonds will guarantee that the EIB yields will remain ultra-low for a long while, alleviating any pressure from credit-rating agencies.

Europe desperately needs investment in energy (where its competitiveness is currently declining at a worrying pace), transport, and basic infrastructure (even Hamburg's port is crumbling). In the short run, the EIB-ECB partnership can take over projects that fiscally stricken governments have mothballed. Gradually, new projects promising to deal with Europe's burgeoning energy crisis will come on stream with great potential for profitable investment, 'crowding in' private investment in the process.

* This proposal was first presented in [this post](#) and at the Economist's [Bellweather Europe Summit Conference](#), London, 15th May 2014.

The Truth About Germany's Post-Reform Deficits

By Otmar Issing and Ludger Schuknecht

6 novembre 2014

[The Wall Street Journal Europe](#)

If there is one issue on which European leaders seem to fully agree, it's that economic reforms are badly needed. However, where they disagree is on how those reforms should be implemented. What should the fiscal consequences be? France and Italy, in particular, argue that in order for reforms to be acceptable and successful, a temporarily higher public deficit -- or at least a break in fiscal tightening -- is necessary to compensate for the initial drag on growth and employment. Advocates of this approach inevitably point to Germany in 2003-04 as the leading example of a country that combined reforms with a higher deficit.

This marks a new style of complaint about the Stability and Growth Pact, the agreement that dates back to the euro's founding and is supposed to limit the budget deficits of member countries. In earlier episodes of fiscal distress, critics attacked the SGP for its rigidity and stupidity. Now the more subtle line is that it's anti-reform and antigrowth.

Misguided austerity supposedly prevents the necessary reforms, especially in labor and product markets. This is said to be why employment and growth have performed below expectations. Germany is thus portrayed as now being unreasonably demanding of others that they be fiscally disciplined, while Berlin itself increased its deficit during its own "Agenda 2010" reform program.

Nothing could be further from the truth. Germany's reforms went hand in hand with fiscal consolidation. This combination laid the foundation for the return of sound public finances, high employment and growth. Many other countries have done the same before and after Germany. In this regard, France and Italy could succeed as well if they pursued a similar strategy.

Germany started a major reform process in 2003. Labor-market flexibility was increased, especially for temporary contracts and the long-term unemployed; restrictions on layoffs were relaxed; a large number of crafts were liberalized; and government administration was streamlined. Social reforms included shortening eligibility for unemployment benefits and lowering social benefits, which meant people would be willing to take up employment at a lower wage level. The civil service was downsized by several hundred thousand employees. The welfare system was modernized, with cuts in health-care spending, lower benefit levels for pensioners and an extension of the age of retirement to 67.

Contrary to the conventional wisdom on the relationship between reform and national treasuries, all of these measures saved money rather than required extra spending. The savings also far outweighed the loss of government revenues from income- and corporate-tax reform. More money could thus be allocated to education, child care and investment.

These supply-side reforms brought Germany's public finances back in order. Cuts to the civil service, to benefits and to social-welfare payments allowed Germany to have public-expenditure growth (excluding interest) of less than 1% per year in nominal terms between 2002 and 2007. This helped bring down the deficit, even if it wasn't enough to comply with the Stability and Growth Pact initially. But the violation of the Pact wasn't due to a trade-off between fiscal consolidation and economic reforms. The deficit would have been larger without the reforms.

Berlin isn't alone. Many countries that have wanted to bring their public finances in order and reignite growth have followed this same comprehensive strategy: cutting the size of the civil service and eliminating excess benefits; privatizing loss-making enterprises; streamlining social benefits so that incentives to work, and to work longer, improve; and relaxing labor- and product-market regulations so that firms, workers and consumers can benefit from new opportunities. This is a road to success.

And this formula would work for France and Italy, too. Before the 2008 crisis, public spending excluding interest payments in both countries increased by more than 4% per year, financed by savings from lower interest rates in the European monetary union. The financial crisis exposed the vulnerability of these countries' fiscal positions.

Public expenditure as a percentage of gross domestic product is also a problem in both countries. The private sector is hemmed in by high taxes as well as excessive and inefficient regulation.

Italy undertook important consolidation, notably in 2010-12. But Rome didn't follow through with the economic reforms needed to improve market expectations and thus revitalize confidence and growth. French public spending, by contrast, continued to grow almost unabated at near 2.5% per year. Government spending as a share of output reached 57% in 2013, compared with about 45% of GDP in Germany and the U.K. or less than 40% in the U.S.

The recipe for those European countries with urgent consolidation and reform needs is clear. Follow the example of your friends. Don't blame the European rules. Confidence comes from growth-friendly fiscal consolidation and structural reforms. This is the lesson of the German experience. Pro-growth reforms don't require higher public deficits.

Mr. Issing is a former member of the Executive Board of the European Central Bank. Mr. Schuknecht is director-general and chief economist of the German Ministry of Finance.

License this article

108,52

Monde

Joschka Fischer : "Les Français sont très têtus"

Pilier de l'Agenda 2010 mené par l'Allemagne au côté de Gerhard Schröder, Joschka Fischer invite la France à faire preuve de courage.

Le Point : Vous vous faites du souci pour l'Europe. La construction européenne peut-elle échouer ?

Joschka Fischer : En l'état actuel des choses, cela ne me paraît plus improbable. Vous m'auriez posé la même question avant 2009, je vous aurais répondu que c'était un scénario absurde. Mais la crise de la zone euro est en train de désagréger la solidarité européenne et de renforcer les courants nationalistes. La renationalisation est un grand danger, alors que justement la zone euro traverse une grave crise économique et qu'il y a de grands enjeux géopolitiques au Proche et au Moyen-Orient et en Europe de l'Est.

Vous dénoncez une erreur de construction dans l'Union européenne.

L'union monétaire n'a pas été accompagnée d'une véritable union politique. Voilà le défaut de fabrication fatal de cette construction. Les deux pays qui seraient capables d'y remédier - la France et l'Allemagne - ne le font pas. Les Allemands ne veulent pas renoncer davantage à leur souveraineté en matière monétaire, et pour les Français, c'est l'abandon d'une partie de leur souveraineté politique au profit des instances européennes qui pose problème. Voilà pourquoi le moteur franco-allemand est en panne. La relation entre nos deux pays n'est pas bonne en ce moment. Je ne me souviens pas d'avoir jamais assisté en Allemagne à une discussion comme celle qui a eu lieu autour de la candidature de Pierre Moscovici. D'autant que le personnel politique proposé par les Allemands ne se distinguait pas vraiment par sa capacité à décrocher le prix Nobel. La France a de gros problèmes, elle devra les régler, et cela indépendamment de ce que veulent ses partenaires européens, dans son propre intérêt. Les Allemands doivent cesser de juger les difficultés françaises avec arrogance. Sans la France et sans l'Allemagne, rien ne bougera au sein de l'Union.

Lequel de nos deux pays aura le plus de mal à renoncer à certaines prérogatives de leur souveraineté ?

Je crois que ce sera plus difficile pour la France. Pour ce qui est de mon pays, je ne me fais pas de souci pour l'instant. Pourquoi cette différence ? Notre histoire dans la première moitié du XXe siècle fut plus tragique que celle de la France. Regardez les ravages qu'a faits le nationalisme chez nous. Une débâcle sans fin ! Deux guerres mondiales ! Et ensuite, regardez la période entre 1950 et 2000. L'Allemagne divisée, la RFA intégrée au sein de la Communauté européenne et finalement la chute du Mur et l'unification. C'est l'histoire d'un incroyable succès. Tout s'est déroulé dans la paix. Les Allemands ont profondément conscience des bienfaits que leur a apportés l'Europe. Pour eux, l'Europe n'est pas uniquement une question rationnelle, c'est une affaire émotionnelle. Il est donc plus facile pour les Allemands de renoncer à une partie de leur souveraineté au profit d'une union politique européenne. La majorité des Allemands savent parfaitement ce qu'ils doivent à l'Europe. Ils savent qu'ils seraient les grands perdants d'une renationalisation. Côté français, la réaction est tout autre. Je m'en suis rendu compte en faisant une conférence à Lyon : quand je parle des eurobonds, de la répartition commune des dettes..., tout va bien ! Tout le monde est d'accord. Mais quand je dis : "Stop ! Nous ne sortirons de la crise que si nous développons une souveraineté européenne commune, et cela signifie que la France doit être prête à renoncer à une partie de sa souveraineté politique au profit des institutions européennes", alors les Français murmurent : "Très, très, difficile."

Vous disiez récemment que vous aviez l'impression que le gouvernement allemand regarde François Hollande en train de se noyer.

Il est absurde d'exiger de la France qu'elle équilibre son budget et dans le même temps qu'elle mette en place des réformes structurelles. Les deux à la fois ne sont pas possibles. Quand la coalition rouge-verte à laquelle j'appartenais a introduit les réformes Hartz IV en 2003, nous étions parfaitement conscients que nous serions incapables de respecter les critères de Maastricht. Nous avions besoin d'un ballon d'oxygène monétaire pour pouvoir lancer notre programme de réformes. Tout le monde est d'accord aujourd'hui pour dire que ce fut une bonne décision.

Vous dénoncez la "marotte" de Wolfgang Schäuble, le ministre allemand des Finances, pour le "zéro noir", l'équilibre budgétaire.

C'est son boulot de réduire le déficit budgétaire. Mais cette fixation ridicule des Allemands sur l'épargne ! Justement alors que l'argent est si bon marché. Au lieu d'en profiter pour investir dans le renouvellement de notre infrastructure et pour regonfler aussi les salaires. Pour faire enfin avancer les choses. Mais non : on se cramponne à la rigueur budgétaire. Personne à l'étranger ne nous comprend. L'élite allemande ne semble pas avoir compris qu'à cause de la force de notre économie nous sommes responsables de l'espace économique de l'ensemble du continent européen, et pas seulement de notre petite Bundesrepublik.

Vous qui avez, au côté de Gerhard Schröder, introduit l'Agenda 2010, comment expliquez-vous cette difficulté des présidents français à faire des réformes structurelles ?

Je crois que les Français sont très têtus. Bien sûr qu'il est difficile de convaincre les gens que des changements sont nécessaires. Nous avons eu ce problème avec les réformes Hartz IV. Helmut Kohl n'a fait aucune réforme parce qu'il avait peur de perdre les élections. Au début de son mandat, notre coalition rouge-verte a fait la même erreur. Mais le chômage empirait d'année en année. Notre économie perdait de sa compétitivité. Et de plus l'Allemagne connaît un gros problème démographique. Nous avons réalisé que nous devions à tout prix nous sortir de cette ornière. En France, Nicolas Sarkozy a laissé passer une grande chance. J'ai l'impression qu'au début de son mandat les Français étaient prêts pour les réformes. Et qu'est-ce que Sarkozy leur a servi ? Du bling-bling pendant un an. C'est vrai, Schröder a en partie perdu les élections à cause des réformes. Mais enfin, quel est le risque pour Hollande ? Perdre la présidence ? Une autre chose me perturbe en France : la gauche comme la droite se sont longtemps laissé bercer par l'illusion que la mondialisation était un complot de Wall Street et de la City de Londres. Jusqu'à ce que les Français réalisent que les constructeurs automobiles asiatiques étaient sur le pas de leur porte. L'essor de la Chine n'a rien à voir avec une conjuration. Les Français l'ont compris très tard.

Comment le gouvernement allemand devrait-il agir pour aider la France ?

Arrêter de faire pression sur la France. Il semble que l'on soit en train de trouver une solution à Bruxelles. Nos destins sont profondément liés pour des raisons tout à fait égoïstes. Rien ne va l'un sans l'autre. Nous sommes depuis si longtemps dans cette crise et nous devons élaborer une vision commune pour en sortir enfin. Et il ne suffit pas de répartir : qui paie pour qui. Nous devons avoir un projet politique capable de consolider la zone euro. L'euro ne survivra pas si ce déficit politique n'est pas comblé. ***Nous devons réaliser une véritable union politique... ou renationaliser, et ce serait une catastrophe.***

La presse allemande et une partie de la classe politique sont très dures vis-à-vis de la France. Cela ne contribue pas à la popularité des Allemands.

Nous, les Allemands, pouvons être très arrogants. Cela m'agace. Il est dans notre intérêt de sortir de ce rôle de donneurs de leçons pour ne pas laisser penser que le sauvetage de l'euro est un projet uniquement allemand. J'étais récemment invité à parler devant quatre cents notables milanais. Tout le monde se plaignait. "La Merkel ! La Merkel !" Je n'entendais que cela. Au bout d'un moment, j'en ai eu assez. "Non, ai-je dit, ça n'est pas juste !" Je n'ai pas voté pour elle. Mais nous ne pouvons pas, ici à Milan, parler de la crise de l'euro et en rejeter l'entière responsabilité sur la chancelière. Elle a certes commis des erreurs, mais

elle n'est pas la seule coupable. Pas une seule fois je n'ai entendu prononcer le nom de Silvio Berlusconi. Et j'estime qu'il est autrement responsable qu'Angela Merkel de la crise que traverse l'Italie. Même chose en France. Ce n'est pas l'Allemagne qui a eu l'idée de la semaine de 35 heures. Ce n'est pas non plus l'Allemagne qui n'a pas compris que la mondialisation n'est pas un complot.

Vous critiquez Angela Merkel pour sa politique des petits pas.

Chaque marathon est composé de milliers de petits pas effectués les uns après les autres. Mais il faut savoir où sont les lignes de départ et d'arrivée. En France tout comme en Allemagne, l'Europe n'a pas été un thème des dernières campagnes électorales pour la présidence et pour la chancellerie. Seule Marine Le Pen a parlé de l'Europe. En long et en large. Il n'y a que les eurosceptiques qui parlent de l'Europe. Et le silence des pro-européens est une erreur funeste.

Propos recueillis par Pascale Hugues, à Berlin

108,55

Christine Lagarde encourage la BCE à acheter des dettes d'État

Publiée 07/11/2014 à 19:24



La directrice du FMI a soutenu la politique de Mario Draghi lors d'un colloque de banquiers centraux à Paris.

Même absent, il occupe le centre des conversations. [Mario Draghi](#), le président de la Banque centrale européenne ([BCE](#)), était l'un des rares banquiers centraux de la planète à ne pas être présents au colloque organisé à Paris par la Banque de France. Mais son action à la tête de l'institution a été largement commentée, saluée et encouragée. La directrice du Fonds monétaire internationale, [Christine Lagarde](#), juge «légitimes» et «appropriées» les annonces de Mario Draghi, qui a demandé aux services de la BCE de plancher sur de «nouvelles mesures» de soutien monétaire, à mettre en œuvre si nécessaire, afin d'augmenter le bilan de la BCE de 1000 milliards d'euros.

Ces «nouvelles mesures» de politique monétaire consisteraient pour la BCE à acheter des titres de dettes publiques de la zone euro sur les marchés, pour aider la croissance. Cette forme «d'assouplissement quantitatif» à l'américaine (QE) n'a jamais été effectuée en zone euro. Elle reste très polémique, car elle pourrait s'apparenter à un financement des gouvernements par la BCE, ce qui est strictement interdit par les traités.

Réticence allemande

Les marchés poussent l'institution de Francfort à franchir cette étape clé pour éviter la déflation en [zone euro](#). «Les annonces faites par la BCE, jeudi, relèvent de ce qui est nécessaire», abonde Christine Lagarde.

Au sein de l'assistance, composée essentiellement de «colombes» - partisans d'une politique monétaire souple -, il n'y avait guère que Jens Weidmann, le président de la très stricte Bundesbank, pour manifester sa réticence à l'idée d'acheter de la dette d'État. Il est vrai que tous les autres banquiers centraux sont déjà passés à l'acte, qu'il s'agisse de [Janet Yellen](#), présidente de la Fed américaine, de Mark Carney, gouverneur de la Banque d'Angleterre, ou de [Haruhiko Kuroda](#), patron de la Banque du Japon (BoJ). Ce dernier a annoncé la semaine dernière une nouvelle vague d'assouplissement quantitatif, la plus agressive des pays de l'OCDE, visant à augmenter le bilan de la BoJ de 80 %.

[Christian Nover](#), le gouverneur de la Banque de France, estime que l'achat de dettes publiques est justifié «dans des circonstances extrêmes pour atténuer les effets de choc de confiance» sur les dettes d'État. Son homologue belge, Luc Coene, considère même qu'il est temps de «commencer à acheter des obligations d'État» en zone euro, «vu les perspectives d'inflation et de croissance». Le gouverneur belge est le premier à tenir un discours aussi ouvertement favorable à l'achat de dette d'État. Il admet toutefois que cette option est loin de faire l'unanimité au sein du conseil des gouverneurs de la BCE...

108,56

Die süße Ruhe im Wahnsinn: über ein spätes Gedicht von Friedrich Hölderlin

08.11.2014, 10:30 Uhr · Die letzten sechsdreißig Jahre seines Lebens verbrachte Friedrich Hölderlin in einer unaufhebbaren Welt von Wahnsinn und Distanz. Warum berühren uns plötzlich seine einfachen Gedichte aus jener Zeit?

Von [HANS ULRICH GUMBRECHT](#)

Im Dezember 1801 war der einunddreißigjährige Friedrich Hölderlin von seiner schwäbischen Vaterstadt Nürtingen zu Fuß nach Bordeaux aufgebrochen, wo man ihm – zum wiederholten Mal in seinem Leben – eine “Hofmeisterstelle” angeboten hatte, eine Anstellung als Erzieher, diesmal bei der Familie des begüterten Weinhändlers und Konsuls Daniel Christoph Meyer aus Hamburg. Hölderlin hatte seine bedeutendsten Gedichte in den drei vorausgehenden Jahren geschrieben, inmitten einer Konzentration, die häufig von Unruhe und ebenso jähren wie rätselhaften Abreisen aufgehoben wurde. Diese existentielle Anspannung, welche zugleich Folge und Bedingung seiner Hoffnung war, eine alle Gegensätze vereinende, absolute Sprache und mit ihr einen Ort im Kosmos zu finden, hat sich seinen Texten in immer schrofferen Brüchen und immer monumentaler bewegten Versen eingeschrieben, deren Crescendo eine eigentlich kurze Zeit intensiver Produktivität im Rückblick wie den Bogen einer langfristigen Entwicklung aussehen lässt.

Auch in Bordeaux hielt es Hölderlin nicht lange aus, obwohl er zunächst sehr emphatisch der Begrüßung des Konsuls zugestimmt hatte, dass er “dort glücklich” sein werde. Am 28. Januar angekommen, beantragte er schon Mitte Mai wieder ein Visum und beendete abrupt seine Hofmeistertätigkeit, um sich auf den Rückweg über Paris in seine Heimat zu machen, ohne dass es – wie bei früheren Stellen – zu einem Zerwürfnis oder auch nur zu Problemen mit dem Konsul und seiner Familie gekommen war. “Andenken,” eines seiner stolzesten Gedichte, beschwört im Moment des Abschieds die Welt des südwestlichen Frankreich herauf:

[...]

Noch denket das mir wohl und wie
Die breiten Gipfel neiget
Der Ulmwald, über die Mühl',
Im Hofe aber wächst ein Feigenbaum.
An Feiertagen gehen
Die braunen Frauen daselbst
Auf seidnen Boden,
Zur Märzzeit,
Wenn gleich ist Nacht und Tag,
Und über langsamen Stegen,
Von goldenen Träumen schwer,
Einwiegende Lüfte ziehen.

[...]

Den Hölderlin aber, der vier Wochen später zuhause ankam, erlebten die Freunde – mit Schrecken, doch ohne Überraschung – als einen nicht nur geistig Zerrütteten: “Er war leichenbleich, abgemagert, von hohlem wildem Auge, langem Haar und Bart, und gekleidet wie ein Bettler,” notierte Friedrich Matthison, ein Dichterfreund aus gemeinsamen Jahren im Tübinger Stift. Dann habe sich ihm “das schrecklich Bild genähert und mit dunkler, geisterhafter Stimme gemurmelt: Hölderlin.” In jenen Tagen der Heimkehr erfuhr Hölderlin auch, dass seine wahre Liebe, Susette Gontard, die junge Frau eines früheren Arbeitgebers aus dem Frankfurter Großbürgertum, am 22. Juni an Röteln gestorben war.

Hölderlin hatte nach jenem frühen Sommer noch einundvierzig Jahre zu leben, doch die dunkle und lange zweite Hälfte seiner Existenz hatte bereits begonnen. Zunächst kam er wieder, wie schon vor dem Aufbruch nach Bordeaux, bei seinem revolutionär gesinnten, aber auch mit dem Adel wohl verbundenen Freund Isaak von Sinclair in Bad Homburg unter, wo er – wohl eher pro forma – als Bibliothekar eingestellt wurde, bis Sinclair dann im Juli 1805, im Ton eines Beamten fast, an Hölderlins Mutter schrieb: “Es ist nicht mehr möglich, dass mein unglücklicher Freund, dessen Wahnsinn eine sehr hohe Stufe erreicht hat, länger eine Besoldung beziehe und hier in Homburg bleibe.” Sinclair selbst war eben aus der Haft entlassen worden, zu der man ihn wegen seiner revolutionären Kontakte verurteilt hatte, weshalb nicht auszuschließen ist, dass die Betonung von Hölderlins nun permanenter Verwirrung eine vorbeugende Schutzmaßnahme sein sollte. Jedenfalls ließ die Mutter, eine gut versorgte und auf Familienehre bedachte Witwe aus zwei Ehen, Hölderlin gegen seinen hartnäckigen Widerstand in einer Kutsche nach Tübingen bringen, wo er mehr als sieben Monate einer wohlmeinenden, aber im besten Fall seine Situation nicht weiter verschlechternden Behandlung ausgesetzt war, die im Mai 1807 mit dem Verdikt der “Unheilbarkeit” endete.

Mit welchen Begriffen die heutige Medizin und Psychotherapie Hölderlins Krankheit beschrieben hätte, lässt sich aufgrund der spärlich überlieferten Dokumente nicht ausmachen, so dass wir keinen Anhaltspunkt haben, um uns seinen Geisteszustand vorzustellen (deshalb auch schreibe ich unspezifisch vom “Wahnsinn” Hölderlins und zitiere dabei seine Zeitgenossen). Der nun schon Siebenunddreißigjährige wurde der Familie des Schreiners Ernst Zimmer zur bezahlten Pflege und Logis anvertraut und sollte im ersten Stock eines turmähnlichen Teils ihres

Hauses am Neckar die letzten sechsunddreißig Jahre seines Lebens verbringen. Schon lange hatten die Zimmers Hölderlins Dichtung bewundert und kümmerten sich so mit Respekt und nie endender Geduld um ihren Schutzbefohlenen. Der verbrachte einen Teil jeden Tages damit, viele Seiten Papier mit seiner noch schwungvollen Schrift zu füllen, und daneben verfasste er Briefe an seine Mutter bis zu ihrem Tod im Februar 1827.

Um die fünfzig Gedichte und etwas weniger Briefe sind uns – in offenbar eher zufälliger Auswahl – erhalten geblieben. Wie sie zu lesen seien und wofür sie wohl stehen könnten, war von Anfang bis heute eine offene und stets faszierende Frage, die meist unabhängig von der Auslegung seiner großen Dichtung diskutiert wurde. Für die exaltiert romantischen Zeitgenossen wie Bettina von Arnim galt Hölderlins Wahnsinn als die letztgültige Bestätigung seines Genies: “Mir sind seine Sprüche wie Orakelsprüche, die er als der Priester des Gottes im Wahnsinn ausruft, und gewiss ist alles Weltleben ihm gegenüber wahnsinnig; denn es begreift ihn nicht.” In den sich selbst für so “progressiv” haltenden sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts fanden linke Literaturwissenschaftler Gefallen an der These des französischen Polizeioffiziers Pierre Bertaux, dass die vermeintliche Krankheit des Revolutionärs und Jakobiners Hölderlin Maske einer langfristigen Verstellung in der für ihn gefährlichen Welt der Restauration gewesen sei. Ebenfalls in den sechziger Jahren veröffentlichte der Genfer Germanist Bernard Böschenstein einen Aufsatz, der zum erstenmal mit der Prämisse brach, dass Gedichte eines Wahnsinnigen nur entweder als Zeichen von Genialität oder als Symptome einer Krankheit aufgefasst werden könnten. Wie kein anderer Leser zuvor ließ sich Böschenstein auf den besonderen Ton der späten Gedichte von Hölderlin ein und betonte zugleich, dass es uns wohl nie gelingen werde, den Geisteszustand nachzuvollziehen, aus dem sie entstanden waren. Und gerade darin mag eine Voraussetzung der Schönheit liegen, die wir in ihnen entdecken können.

Anders als die berühmten lyrischen Texte aus seiner ersten Lebenshälfte sind Hölderlins späte Gedichte gereimt. Das heißt, dass zur Wiederholung von Silben- und Akzent-Folgen, wie sie in Vers- und Strophenform eingeschrieben sind, nun auch Wiederholungen des Klangs der Wörter kamen. Die ineinander verfugten Wiederholungen von Rhythmus und Klang aber verstärken einander und bedingen so, zumal angesichts kurzer (also sich schnell wiederholender) Verse, den Eindruck einer Sprache, die sich selbst hervorbringt, scheinbar unanhängig von einer Person, welche ihr Bedeutung und Stimme gibt. Unter den zwischen 1807 und 1843 entstandenen, nicht wirklich datierbaren Gedichten von Friedrich Hölderlin hat mich wegen diesem besonderen Effekt von Rhythmus und Reim – und durchaus nicht gegen ihn – schon lange ein Text mit dem Titel “**Der Spaziergang**” beeindruckt:

Ihr Wälder schön an der Seite,
Am grünen Abhang gemahlt,
Wo ich umher mich leite,
Durch süße Ruhe bezahlt
Für jeden Stachel im Herzen,
Wenn dunkel mir ist der Sinn,
Den Kunst und Sinnen hat Schmerzen
Gekostet von Anbeginn.
Ihr lieblichen Bilder im Thale,
Zum Beispiel Gärten und Baum,
Und dann der Steg der schmale,
Der Bach zu sehen kaum,
Wie schön aus heiterer Ferne
Glänzt Einem das herrliche Bild
Der Landschaft, die ich gerne
Besuch’ in Witterung mild.
Die Gottheit freundlich geleitet
Und erstlich mit Blau,
Hernach mit Wolken bereitet,
Gebildet wölbig und grau,
Mit sengenden Blizen und Rollen
Des Donners, mit Reiz des Gefilds,
Mit Schönheit, die gequollen
Vom Quell ursprünglichen Bilds.

Aus welchem Zustand des Bewusstseins diese Verse gekommen sind und an wen sie sich wenden wollten, werden wir nie wissen – und damit fehlen glücklicherweise die beiden Grundvoraussetzungen für jene Übung, die man im Gymnasium oder an der Universität “Interpretation” nennt. Stattdessen müssen – und dürfen – wir uns auf die Beschreibung eigener Reaktionen beschränken, ohne zu fragen, wer zu uns spricht.

In ein Verhältnis großer Distanz fühlen wir uns vor allem versetzt. Wenn man in dem Gedicht Landschaft erlebt, so sieht man sie aus “heiterer Ferne,” nicht nur aus Distanz also, sondern aus einer Distanz, die als “heitere” mit sich selbst einverstanden ist und sich nicht aufheben will. Andererseits steht diese Landschaft dem “heiter fernen” Betrachter als ein “gemahltes,” “liebliches,” “herrliches Bild” gleichsam objektiv gegenüber, als ein wirkliches, die Welt still legendes Bild – nicht bloß als eine Landschaft, die “wie ein Bild” aussieht. Die heitere Ferne aber ist Voraussetzung und Folge einer “süßen Ruhe,” die “Einen gerne” in der Landschaft sein lässt, während die Ruhe ihrerseits als “Bezahlung,” als Ausgleich für ein Trauma erfahren wird, als Ausgleich für einen “Stachel im Herzen,” für “Schmerzen,” welche “Kunst und Sinnen” in

Hölderlins ersten Leben "gekostet" haben. Dieses Leben allerdings ist hier nicht Vergangenheit, sondern über das Präsens-Tempus des Textes zeitgleich mit der "süßen Ruhe" und der "heiteren Ferne."

Keine Handlung, keinen Willen und schon gar kein Bestreben gibt es im Bild einer Landschaft, das mit seiner "süßen Ruhe" für "Schmerzen" von früher bezahlt." So wie die in regelmäßige Verse geformte und in Reime gefasste Sprache sich selbst hervorzubringen scheint, wird der Spaziergänger von einer "Gottheit freundlich" durch die Landschaft "geleitet" und kann deshalb sich auch selbst "umher leiten." Nicht einmal die "sengenden Blize" und das "Rollen des Donners" bringen das "reizende," "milde," "blaue" Bild der Landschaft in Bewegung oder gar in Unordnung. Dies ist eine Welt ohne Spannungen, eine Welt ohne Vergangenheit und ohne Zukunft, eine Welt in die einzige Zeitdimension ihrer eigenen Gegenwart gefasst. Und nur aus einem anderen Bild auch, dem "ursprünglichen Bild," soll sie als Substanz "gequollen" sein, so wie sich das Wasser einer Quelle immer selbst hervorbringen und zu bewegen scheint, ohne Grund oder Auslöser.

Es ist, als sollten diese einfachen Verse eine Wirkung erfüllen, die sie in der zweiten Hälfte von Friedrich Hölderlins Leben gewiss nicht haben konnten; es ist, als wollten sie — zu spät — für einen Dichter Ruhe stiften, der an seinem Streben nach absoluter Sprache und an den Spannungen seiner Zeit zerbrochen war. Denn bis zu seinem Tod blieb Hölderlin unruhig und agitiert, ballte seine Hände nervös in die Hemdsärmel und wurde von Wutanfällen überkommen. Auf den wenigen Porträtzeichnungen der Tübinger Zeit wirkt er erschöpft und ausgemergelt. Doch zugleich gab es Dimensionen der Regelmäßigkeit in seiner Existenz. Er stand meist um drei Uhr morgens auf, wanderte dann im Hausgang oder im "Zwinger" auf und ab, einem Landstreifen zwischen Stadtmauer und Neckarufer, sang, begleitete sich auf dem Kavier und spielte Flöte, führte Selbstgespräche, rezitierte aus seinen eigenen Gedichten oder aus dem Roman "Hyperion" und ging zwischen sieben und acht Uhr schlafen.

Besucher aus der in jenen Jahren wachsenden Gemeinde von Hölderlin-Lesern behandelte er mit grotesken Gesten der Distanzierung, die an die Distanz zur Landschaft in seinem Gedicht erinnern. Er wandte sich ohne Unterschied an sie alle mit Anredeformen wie "Herr Baron," "Euer Durchlaucht," "Eure Majestät" und sogar "Eure Heiligkeit," während er sich der bloßen Nennung seines eigenen Namens widersetzte: "Ich, mein Herr, bin nicht mehr von demselben Namen, ich heiße nun Killalusimeno." Für seine Gäste schnell hingeschriebene Gedichte signierte er oft als "Scardanelli" und datierte sie auf Tage der fernen Zukunft. Auch in den Briefen an die Mutter schien Hölderlin in höchst förmlichen Worten von seiner Höflichkeit Abstand zu nehmen: "Verehrungswürdige Mutter! Ich habe die Ehre, Ihnen zu bezeugen, dass ich über den von Ihnen empfangenen Brief recht erfreut seyn musste. Ihre vortrefflichen Äußerungen sind mir sehr wohltätig, und die Dankbarkeit, die ich Ihnen schuldig bin, kommt hinzu zu der Bewunderung Ihrer vortrefflichen Gesinnungen."

So als hätte sich Hölderlin in einer stillgestellten und nur manchmal maschinenhaft bewegten Welt zu leben verordnet, wirken seine Texte, in einer Welt, wo die "schwarze Sonne der Ehemaligkeit aufgegangen war," wie Peter Sloterdijk kürzlich schrieb, in einer Welt vor allem, die fern von seinen Ausbrüchen war und ihnen doch gleichsam Raum ließ. Vielleicht gehört dieser "süßen Ruhe" und Regelmäßigkeit ein neuer Zauber in der anderen Welt unserer Gegenwart, die nicht mehr nur eine Welt der vielfachen Normen, Deutungen und Optionen ist, sondern auch eine Welt, wo alles früher Unmögliche und alles früher Notwendige zum nur mehr Möglichen wird. Den frühen Beginn unserer modernen Welt aus Komplexität hatte Hölderlin mit der ekstatischen Sprache seiner Oden und Hymnen zu fassen gesucht — und daran war er in klassischer Größe gescheitert. Im späten Moment der Welt-Entgrenzung hingegen klingen die der einfache Rhythmus und die vorsichtige Ferne seiner Gedichte aus den Jahren des Wahnsinns wie ein Trost. Wer sagt, dass schöne Gedichte komplex sein müssen?

Abbau Ost?

Während die Öffentlichkeit über den „Unrechtsstaat“ DDR diskutiert, vertritt die Linkspartei Wirtschaftsideen, die mit dem Markt unvereinbar sind. Und die SPD hilft ihnen auf dem Weg zurück zur Planwirtschaft.

07.11.2014, von HEIKE GÖBEL



© DPA

In Kölleda werden Motoren für Daimler produziert. Wirtschaftlich geht es Thüringen vergleichsweise gut – doch das könnte sich bald ändern

Wie hält es die Linke mit der Marktwirtschaft? Haben die Erben der SED, die die DDR mit ihrem totalitären Sozialismus in den Zusammenbruch gewirtschaftet hat, genug gelernt, um ihnen 25 Jahre nach dem Fall der Mauer die Führung eines Bundeslandes anzuvertrauen? Denn darum geht es. Die DDR ist weniger an fehlender Meinungs- und Reisefreiheit gescheitert als am fehlenden ökonomischen Erfolg der staatlichen Kollektive. Sie war pleite. Deswegen lohnt es, sich nicht nur mit der sehr berechtigten Frage zu beschäftigen, ob die Linke mittlerweile begriffen hat und eingesteht, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Genauso wichtig ist der Blick auf ihre Ideen für die deutsche Wirtschaftsordnung.



Autorin: Heike Göbel, Jahrgang 1959, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik, zuständig für „Die Ordnung der Wirtschaft“. Folgen:

Die Linke hat ihren Frieden mit dem Marktsystem längst nicht gemacht. Das Parteiprogramm lässt diesbezüglich nichts zu deuten übrig. Für Marktwirtschaftler ist es ein Dokument des Schreckens. Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall liest es sich über weite Strecken wie eine Eloge an die alten VEB, die Volkseigenen Betriebe, an denen die DDR gescheitert ist.

„Strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft wollen wir in demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und kapitalistisches Eigentum überwinden“, fordert die Linke. Belegschaften müssten realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen bekommen, in wichtigen Fragen soll abgestimmt werden. Die Grundversorgung der Menschen mit Energie, Wasser, Mobilität, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur, Sport und sozialer Infrastruktur „darf nicht kapitalistischem Profitstreben“ überlassen werden, sondern müsse öffentlich organisiert und garantiert werden. Auch Banken gehören für sie in die öffentliche Hand, ebenso „große Naturreichtümer“.

Jedes private Renditestreben ist der Partei suspekt

Das Programm zeigt, dass diese deutsche Linkspartei eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung will. Sie denkt nach wie vor nicht vom freien selbstverantwortlichen Individuum her, sondern in Kollektiven. Daran ändert der großzügige Gebrauch des Wörtchens „demokratisch“ nichts, mit dem sie den Umbau des Wirtschaftssystems durchsetzen will. Für Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, ist demokratische Entscheidungsfindung der Belegschaften aber kein Erfolgsrezept, sondern der Weg in organisierte Verantwortungslosigkeit. Eine erfolgreiche Wirtschaft braucht private und haftende Eigentümer, die Gewinn erzielen wollen. Der Linken ist jedes private Renditestreben suspekt, sie hält wenig vom Leistungsprinzip und viel von staatlicher Rundumversorgung.

Die Wähler im heute relativ wirtschaftsstarken Thüringen stört das offensichtlich nicht. Sie haben Zutrauen zur Linken, sonst hätten sie diese nicht mit 28 Prozent so stark gemacht, dass ihr Spitzenkandidat Bodo Ramelow erster linker Ministerpräsident werden könnte – mit Hilfe der schwachen SPD und der Grünen käme er auf eine Stimme Mehrheit. Um die Sozialdemokraten von der ungeliebten CDU wegzulocken, musste Ramelow lediglich in einer Protokollnotiz zugestehen, dass „die DDR in der Konsequenz“ ein Unrechtsstaat war. An den mit der Marktwirtschaft unvereinbaren Wirtschaftsideen der Linken stößt sich die SPD hingegen nicht.

Westdeutsches Marktsystems hat Transferleistungen erst ermöglicht

Thüringen sei nicht der Bund, beschwichtigt die SPD-Spitze. Nach so vielen Jahren müsse diese Normalisierung möglich sein. Auf Landesebene gebe es viele Gemeinsamkeiten. Das ist nicht zu bestreiten. Weite Teile des kleinteiligen Thüringer Wahlprogramms der Linken könnten von der SPD stammen, es zielt auf (personelle) Stärkung des Staates und mehr sozialen Schutz. Unklar bleibt, wo das Geld herkommt, ohne in Schulden auszuweichen.

Aus der Wirtschaft ist dazu wenig zu hören. Die Unternehmer wollen es sich mit niemandem verscherzen. Über Subventionen, Genehmigungsprozeduren, Infrastrukturentscheidungen und Vergaberecht nehmen Landesregierungen mehr Einfluss auf die Unternehmen und das Wirtschaftsklima, als es den Anschein hat. Mehr privates Kapital für den derzeit lahmen Aufbau Ost wird eine latent wirtschaftsfeindliche Koalition kaum anlocken.

Gewiss: An dem für das Funktionieren einer Marktwirtschaft wesentlichen Rechtsrahmen – Steuersätzen, Eigentumsschutz, Arbeits- und Sozialrecht – kann ein einzelner linker Ministerpräsident nicht viel verändern. Aber ist das wirklich ein Trost, und ist es die richtige Perspektive? Diese Sichtweise verharmlost, dass hier eine politische Kraft gestärkt wird, die die Marktwirtschaft ersetzen will durch eine Ordnung mit weniger Freiheit. Eine Ordnung, in der der staatliche Plan ein gutes Stück wiederauflebt, (unrentable) Arbeitsplätze schafft und den Wettbewerbsdruck der Globalisierung möglichst bannt.

Dabei hat die Leistungskraft des westdeutschen Marktsystems für die immensen Transfers gesorgt, die den Osten nach dem Mauerfall wirtschaftlich weit vorangebracht und die Härten der Öffnung abgefedert haben – und immer noch abfedern. Diese Linke ist eine Gefahr für Wachstum und Wohlstand. Es ist eine bedrückende Aussicht, dass planwirtschaftliche Ideen 25 Jahre nach Öffnung der Mauer auf so fruchtbaren Boden fallen. Man mag es sich gar nicht ausmalen. Aber dem Aufbau Ost kann auch der Abbau folgen.

Quelle: F.A.Z.

108,61

François Hollande : «Ce n'est pas cher, c'est l'État qui paye»

Publié le 06/11/2014 à 22:55



FIGAROVX/HUMEUR - Christian Combaz a renoncé à compter les Moi-je dans le discours présidentiel. Il se demande si le degré d'exposition personnelle de François Hollande n'explique pas, à lui seul, pourquoi les Français ont envie de lui donner une leçon.

Tout le monde a pu observer dans les casinos, le comportement de ces joueurs qui ne résolvent pas à quitter le tapis ou la machine à sous parce qu'ils sont persuadés que la chance va tourner en leur faveur. L'obstination absurde de celui qui refuse de tenir compte de la réalité s'observe aussi dans l'industrie où certaines entreprises au bord de la faillite sont menées à la ruine la plus complète par un dirigeant persuadé que sa vision est juste et qu'il existe un marché pour son produit, même si personne ne l'achète. Dans tous ces cas on comprend vite que ce qui est en cause, c'est l'orgueil personnel de celui qui décide. Au lieu de se mettre à la portée du client, au lieu de flairer les conjonctions qui permettent de deviner où passe la ligne de chance, le joueur compulsif et narcissique cherche à forcer le sort parce qu'il est persuadé que la réalité doit finir par ressembler à ses fantasmes. Ce n'est pas lui qui a tort, c'est le marché. Sa martingale doit fonctionner. Dans le cas de François Hollande, la formulation est voisine. Il nous l'a dit, en vérité c'est même le principal de ce qu'il nous a dit, «je dois agir en fonction de mes convictions moi mon rôle de président de la république c'est de me mettre dans la situation de faire que au terme de mon mandat je puisse être non pas fier de moi mais d'avoir fait ce que je pense être utile pour mon pays moi je veux pouvoir me regarder dans une glace».

On relèvera la précaution intermédiaire du genre «non pas être fier de moi», qui désigne, au contraire, précisément ce qui lui importe au premier chef. Ce qui frappe une fois de plus, c'est la fréquence indécente du Moi-je. A l'écoute de ses annonces dont certaines semblaient improvisées on était frappé par le nombre invraisemblable des j'ai voulu, j'ai décidé, je veillerai, voilà quel est mon cap, je maintiens les crédits, je veux que la France.

Autre exemple à la volée d'une formulation au narcissisme niais: «quand j'ai engagé les forces françaises je l'ai décidé moi-même, je prends tous les risques pour moi-même en essayant que les Français soient rassurés» . Voilà qui explique en grande partie pourquoi la Nation lui en veut à titre personnel. Il s'expose par orgueil (cf encore: «moi-même qui suis le chef des collectivités locales») . Les gens ne sont plus dupes de ce caractère qui présente toutes les décisions toutes les initiatives comme issues de son cerveau fécond, et tous les efforts, les sacrifices, les concessions, les études préliminaires comme collectifs («je» ne laisse aucun otage sans que «nous»fassions tout pour les libérer). Même lorsqu'il n'est question ni de sa vie privée, ni de son caractère, ni de ses rapports avec les intempéries, il trouve le moyen s'écrier (à propos de la concertation entre l'état et les entrepreneurs), qu'est-ce qu'on va faire s'il n'y a plus personne en face de moi?

Une demi-heure avant, il nous disait, goguenard : « je n'ai pas été élu par tirage au sort ». Il y a des cas où cela vaudrait peut-être mieux.

Au chapitre des annonces burlesques, à une sexagénaire qui déplore de n'avoir pas d'emploi à deux ans de la retraite «vous bénéficierez d'un emploi aidé comme ça quand vous prendrez votre retraite vous serez au travail».

Mais le clou de la soirée aura été ce dialogue consternant entre un modeste diplômé en droit issu de l'immigration, dont le français était clair et remarquable, et un président au langage redondant, approximatif, qui ne termine jamais une phrase sauf pour proférer une pignouferie à l'égard de son interlocuteur. Ce jeune homme qui a décroché un diplôme de capacité en droit déplore que ses efforts ne se soient traduits par aucune embauche. Réponse du président, en sabir dans le texte: «je vais vous faire une proposition on va avoir cet enjeu de la politique du climat on a besoin de faire des diagnostics on va créer des emplois d'avenir sans condition de diplôme». Pas mal, non? Le pauvre garçon regrette que son diplôme ne mène à rien, on lui répond qu'on va aider les non-diplômés.

-Mais ça coute très cher , objecte le journaliste.

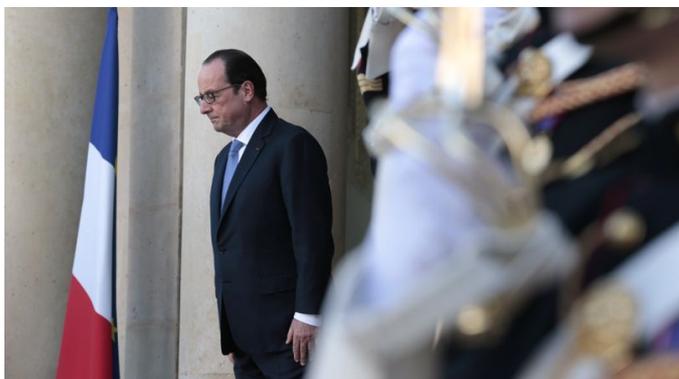
-Non c'est l'état qui paye, répond le président.

Une demi-heure avant, il nous disait, goguenard: «je n'ai pas été élu par tirage au sort».

Il y a des cas où cela vaudrait peut-être mieux.

François Hollande sera-t-il le fossoyeur de la Vème République ?

Publié le 07/11/2014 à 19:30



FIGAROVox/EXTRAITS - Alors que François Hollande a défendu son bilan à mi-mandat jeudi soir, Christian Salmon estime que l'émission a révélé l'essoufflement d'une fonction présidentielle et d'un système politique inadaptés au monde moderne.

*Christian Salmon est écrivain, essayiste et chercheur. Il a notamment étudié la communication politique dans *Storytelling, la machine à fabriquer des histoires et à formater les esprits* (2007) et *La cérémonie cannibale, de la performance politique* (2013). Son dernier livre, *Les Derniers jours de la Vème République*, vient de paraître (Fayard, octobre 2014).*

FigaroVox: Le président a défendu jeudi soir son bilan à mi-mandat sur [TF1](#). Que révèle cette émission du délitement de l'autorité de l'État?

Christian SALMON: Il s'agit moins de juger la prestation du chef de l'État que d'analyser le dispositif même de ce genre d'émission, véritable piège pour les hommes politiques. C'est la scène de l'exhibition de l'homme d'État, le théâtre de la souveraineté perdue. D'où la régie scrupuleuse qui préside à leur mise en scène. Les lois de la «représentation» politique, avec leurs rites et leurs protocoles, laissent la place à une logique de survie médiatique. On n'a pas assez souligné le fait que TF1 a choisi pour réaliser cette émission le réalisateur de «*The Voice*». «*The Voice*» et non pas la Voix de la France. L'écran de TV est un trou noir qui aspire ce qu'il reste du rayonnement du politique. Plus l'homo politicus est visible, plus il disparaît, à son corps défendant, au su et au vu de tous. Il disparaît à la une.

La Ve République s'est « dé-présidentialisée ». Sarkozy a tenté d'y résister, mais son hyper-présence, sa plasticité et sa versatilité ont contribué à banaliser la fonction. François Hollande, par sa gouvernance « normale », a accompagné la perte de l'autorité du chef de l'État.

Votre livre décrit la chute de [François Hollande](#), alors que la Ve République traverse une crise politique grave et que le déclin de la souveraineté étatique «semble inexorable». Comment en sommes-nous arrivés là?

Ce déclin est un phénomène mondial à la croisée de plusieurs révolutions simultanées. La Ve République et la fonction présidentielle chancellent sous les coups de boutoir que lui ont porté la révolution néolibérale, les abandons de souveraineté au profit de l'Union européenne, les lois de décentralisation et la surexposition médiatique des hommes politiques à la faveur de l'apparition des chaînes d'info en continu, d'Internet et des réseaux sociaux. La souveraineté de l'État fuit vers l'Europe, les marchés financiers, les agences de notation, les multinationales, les organismes supranationaux et vers des régions qu'on se propose d'agrandir et de renforcer.

François Hollande a-t-il contribué à cette crise ou n'est-il que sa dernière victime?

«Au fond, comme chef de l'État, deux choses lui avaient manqué: qu'il fût un chef ; qu'il y eût un État», écrivait de Gaulle à propos d'Albert Lebrun. C'est encore plus vrai aujourd'hui. Ces quatre révolutions enchevêtrées sont des tendances lourdes qu'aucun homme politique ne peut contrecarrer seul. L'instauration du quinquennat et l'inversion du calendrier électoral, en synchronisant tous les mandats, ont accentué l'affaiblissement de la fonction présidentielle. Les primaires instaurées par le [PS](#) et adoptées par l'[UMP](#) ont fait le reste...

Deutschland altert noch schneller als gedacht

Bis zum Jahr 2060 wird jeder zweite Deutsche mindestens 51 Jahre alt sein: Laut einer neuen Studie fällt der demographische Wandel hierzulande stärker aus als bisher angenommen. Nicht einmal hohe Zuwanderung könne den Alterungsprozess umkehren.

10.11.2014, von REINER BURGER, KÖLN

Der demographische Wandel wird stärker ausfallen als bisher angenommen. Bis zum Jahr 2060 wird jeder zweite Deutsche mindestens 51 Jahre alt sein. Die Zahl der Erwerbstätigen wird von heute 50 auf dann 36 Millionen zurückgegangen sein. Zudem wird es viel mehr sehr alte Menschen geben: Während es zur Zeit in Deutschland 650.000 Männer und Frauen gibt, die älter als 90 Jahre sind, werden es im Jahr 2060 rund 3,3 Millionen sein.

Das sind die Ergebnisse einer bisher unveröffentlichten neuen Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Eckard Bomsdorf von der Universität zu Köln. Der verstärkte demographische Wandel werde gravierende Auswirkungen haben, wie in der Vergangenheit schon das Beispiel Sachsen gezeigt habe, sagt Bomsdorf. „Dort sind seit 1992 rund 1000 Schulen geschlossen worden, weil der Nachwuchs fehlte. Derartige Entwicklungen wird es in Zukunft vermehrt geben.“

Für die Studie hat Bomsdorf erstmals auf der Basis der Volkszählung von 2011 und der Bevölkerungsstruktur von Ende 2013 die Bevölkerungsvorberechnung bis 2060 vorgenommen. Die Untersuchung hat damit eine bessere Datenbasis als andere Demographiestudien aus den vergangenen 25 Jahren.

Probleme für die Rentenkasse

Dass es schon in den kommenden 20 Jahren zu einer starken Verschiebung in der Altersstruktur kommen werde, liegt nach Bomsdorfs Erkenntnissen vor allem an den „Babyboomern“. Die Jahrgänge zwischen 1950 und 1970 waren geburtenstark, haben aber selbst recht wenige Kinder bekommen. Schon bis 2035 wird dadurch, dass die Generation der Babyboomer aus dem Erwerbsleben ausscheidet, der Umfang der Bevölkerung im Erwerbsalter um fast acht Millionen sinken.

Die Belastungen für die Rentenkasse werden entsprechend steigen, warnt Bomsdorf. Damit das Rentensystem bei zunehmend älterer Bevölkerung leistungsfähig bleibe, sei die Rente mit 67 unabdingbar. „Nur wenn sie konsequent durchgesetzt und nicht durch weitere Eingriffe verwässert wird, kann das Rentenniveau trotz des demographischen Wandels relativ stabil bleiben, ohne dass die Beitragssätze allzu stark steigen müssen.“

Deutschland brauche Zuwanderung, sagt Bomsdorf. Der Demograph hat ausgerechnet, dass die Bevölkerungszahl im Land bis 2060 ohne jede Zuwanderung unter 59 Millionen sinken würde. Allerdings könne auch die aktuell hohe Zuwanderung das demographische Problem nicht lösen. Es sei nicht mehr möglich, den Alterungsprozess der Bevölkerung zu verhindern. Nur die Geschwindigkeit dieser Entwicklung könne noch beeinflusst werden, in erster Linie durch qualifizierte Zuwanderung. „Wanderungen sind auch aus einem anderen Grund kein Allheilmittel: Es hilft niemandem, Entwicklungs- und Schwellenländer zu schwächen.“

108,65

Un think-tank américain préconise la fin du régime présidentiel en France

Publié le 10/11/2014 à 13:51



LE SCAN POLITIQUE -Selon cet institut influent à Washington, la concentration des pouvoirs à l'Élysée empêche la formation de coalitions de partis modérés qui pourraient mettre en oeuvre les réformes structurelles nécessaires.

«**Des réformes économiques sont nécessaires en France, mais une refonte du système politique est également indispensable**». Une refonte qui impliquerait de mettre fin au système semi-présidentiel et à la trop grande concentration du pouvoir à l'Élysée, [selon le très sérieux Peterson Institute](#). Cette étude, repérée par *les Échos* et réalisée par ce think-tank influent de Washington, estime que l'échéance de l'élection présidentielle paralyse la vie politique nationale. Et selon le rapport, la faible popularité de l'actuel président dans les sondages (15% en septembre dernier) traduit la désuétude de la Ve république.

«Le centre gauche et le centre droit ne s'allieront jamais pour passer ces réformes de bon sens, car chacun veut détruire les chances de l'autre de gagner la prochaine élection présidentielle», relève l'auteur [Jacob Funk Kirkegaard](#). Un phénomène qui aurait été accentué par le passage du septennat au quinquennat en 2002, et qui favoriserait par ailleurs la prospérité des partis extrémistes de gauche et de droite.

Le Pen en tête au premier tour de 2017, selon l'auteur

Sans compter que le système français apparaît incongru au regard des autres systèmes politiques européens, souvent construits sur un modèle où les parlementaire élisent le président, ajoute l'auteur. À défaut de fermer définitivement les grilles du palais présidentiel, le think-tank préconise de retirer au président sa capacité de nomination du premier ministre et le commandement des armées, ce qui en ferait une figure symbolique proche de ce que l'on trouve, par exemple, en Italie.

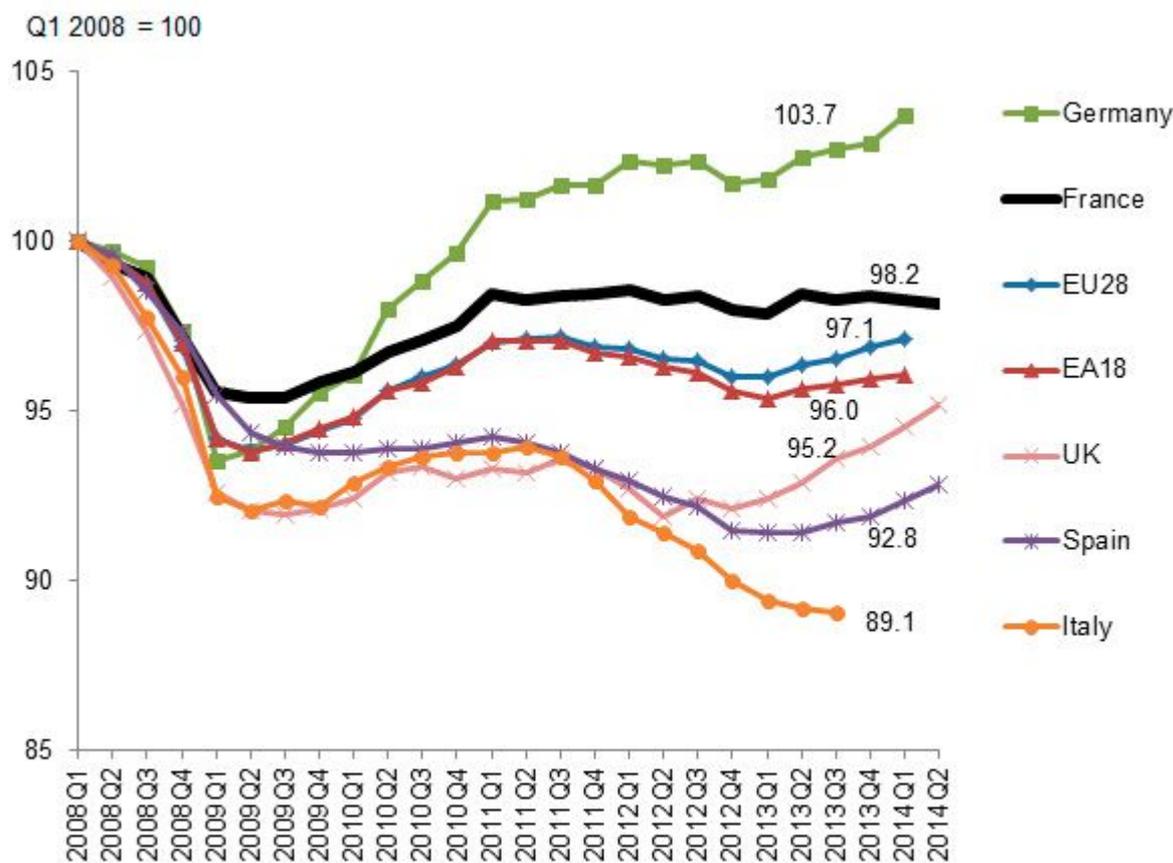
Jacob Funk Kirkegaard envisage avec pessimisme l'échéance de 2017 et estime que le système d'élection à deux tours tend à miner systématiquement la légitimité du vainqueur. Il prédit l'arrivée de [Marine Le Pen](#) en tête au premier tour et sa défaite au second. Mais selon lui, le vainqueur verra son mandat handicapé dès le départ par la stature de première opposante ainsi acquise par la présidente du FN, cette dernière n'ayant probablement pas de place dans le nouveau dispositif de gouvernement sorti des urnes.

Why France Needs Political Reform

by **Jacob Funk Kirkegaard** | October 29th, 2014 | 09:19 am

Despite recent unflattering jokes, France is not an economic basket case. Blessed with numerous competitive high value-added industries, [France is also visited by more foreign tourists](#) than any other country in the world. It has also performed far better than the euro area periphery and the islands off the coast of the Continent on the metrics that really matter—real GDP per capita—since the last cyclical peak in early 2008.

Figure 1 Real GDP per capita, Q1 2008 to latest available

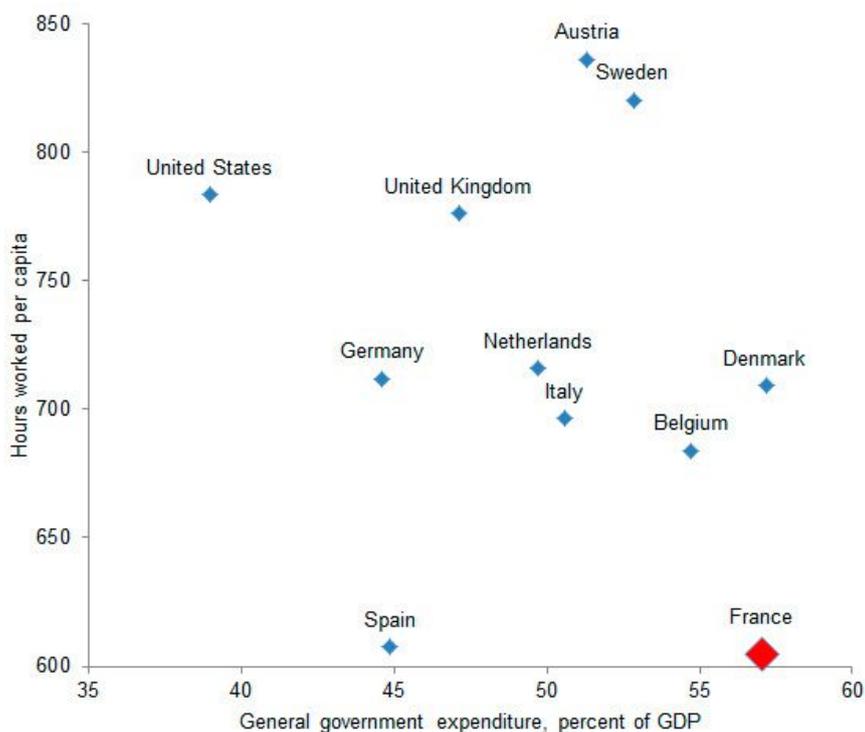


Source: Eurostat

Figure 1 shows how French real GDP per capita, though stagnant since 2011 and not yet fully recovered to precrisis levels has nonetheless remained above Italy (Europe's true large country disaster), Spain, the United Kingdom (for all of Chancellor George Osborne's crowing), and the European average.

Yet France faces plenty of important [economic issues that must be addressed](#). Figure 2 illustrates the toxic French combination of an excessive public sector and sclerotic labor markets.

Figure 2 Size of government and labor utilization, 2013



Source: Organization for Economic Cooperation and Development

At 57 percent of GDP, the French public sector is larger than anywhere, bar Scandinavia. Yet the French work less on average than any other advanced economy to finance their government (hours worked per capita is the broadest metric available for labor utilization in an economy and takes into consideration inactivity rates, retirement ages, work-sharing from part-time work, and average full-time hours worked). Remarkably, at just 605 hours worked annually per capita in 2013, the labor input of the average French citizen was lower than the 608 hours recorded in Spain—a country with more than 25 percent unemployment at that time!

France’s love of leisure is often cited as the reason for this behavior. Yet France has no more legislated and paid vacation and holidays than most other European countries—[about 30 a year \[pdf\]](#)—and the political system has not responded more than elsewhere in Europe to citizens’ demands for leisure. It is also sometimes heard that the French can afford to work less because of their productivity. True, French GDP per hours worked is high, but this assertion overlooks the fact that the figure is an average and many low-productivity workers are inactive in France. If the country managed to improve labor input and employ more young people, older workers, and lower skilled people, average recorded productivity would decline. Ultimately, labor utilization in France is poor because the French labor market is poorly regulated and biased in favor of prime aged “labor market insiders.” If this system is not changed, France cannot restore economic growth.

Cut the Presidency Down to Normal European Ceremonial Size

More than economic structural reform, however, France needs to overhaul its political system. Just as the abysmal approval ratings of the US Congress are an indictment of the legitimacy of America’s political system, a presidential approval rating as low as 15 percent—[President Francois Hollande in September 2014](#)—is a powerful public censure of France’s political structure, too.

France’s semi-presidential political system stands out in Europe, where all other EU members have variations of parliamentary systems, and where the head of government is chosen by a majority of parliamentarians,¹ leaving the head of state as president/monarch as a mostly ceremonial figure. The French directly elect their president, who wields considerable political power. The French president chooses the prime minister, though the candidate must command majority support in parliament. Only parliament can dismiss a

prime minister who does not resign voluntarily. The president can dissolve parliament and call new elections, and is the commander-in-chief of France's armed forces and its nuclear deterrent. All in all, the president generally dominates French politics, and winning the office is the ultimate prize in the country's political process.

In large heterogeneous countries like the United States, it probably makes sense to elect a powerful executive president to function as a single unifying figure for the nation. But although Charles de Gaulle in 1962 asked "How can you govern a country which has 246 varieties of cheese?", it is highly questionable if French heterogeneity warrants such a semi-presidential system.

The straitjacket of the presidency prevents France from establishing a stable grand parliamentary coalition of the kind that governs most other European countries today. The mainstream center-right and center-left in France will never come together to pass commonsense economic reforms, as each will always try to undermine the others' chance of winning the next presidential election. Cutting the French president's term from seven to five years in 2002 and aligning it with the elected term of the parliament has ironically amplified this penchant for political sabotage, because the next election is always primarily about the winning presidency. Having *cohabitation* between a president and parliament of different political persuasions does not change this destructive political dynamic.

France's leadership is thus uniquely ill-equipped to deal politically with the region-wide challenge presented by new populist movements encompassing elements of both the far right and far left. The right-wing *Front National* (FN) in France is a classical welfare-chauvinist European populist party, which on a nationalist (right-wing) platform opposes immigration, globalization, and the European Union, while promising to maintain traditional (left-wing) welfare policies and government protection for the people. In other European parliamentary systems, these types of parties can be politically tamed through majoritarian centrist grand coalitions, typically reducing their influence to specific policy areas (usually immigration policy). In France, however, such maneuvers are not politically possible, and the FN's political challenge is unmet by the ever feuding mainstream parties.

The two-round presidential election system will help undermine the standing of future French presidents. The 2017 presidential election seems already to have become a race for second place. Though Marine Le Pen of the FN is likely to win the first round, she is still unlikely to become president in the second round. But the winner would command a negative political mandate of "not being Marine Le Pen," a leader without a popular mandate to lead or enact the change France needs.

France must change its system, preferably reducing the status of its presidency to the largely ceremonial level seen in other European republics. At the least, it should abolish articles 8, 12, and 15 of Title II of the French Constitution, removing the president's right to name the prime minister, call new elections, and serve as commander-in-chief.

The challenges of today demand that the era of regularly electing a new king and regularly tossing him out again should be over in France.

End Two-round Voting for Parliament

France's two-round election system for president and parliament is even more detrimental.² The system was attractive following the frequent parliamentary fragmentation and instability of the earlier Third Republic (1870–1940) and the Fourth Republic (1946–58). But today the system helps perpetuate bizarre political movements,³ especially on the French left, as voters (ideally) vote with their hearts in the first round and with their minds in the second. Two rounds of parliamentary elections produces an electoral process and outcome akin to what happens in the United States as a result of gerrymandering and the two-round system of primary and actual elections. Just like redrawing districts creates "safe seats" for partisan ideologues in the House of

Representatives, split first-round votes and often strategically distributed withdrawals in the second round of parliamentary elections ensure that districts are tailored for political utopias.⁴ This is especially a problem on the French left, as various leftist parties and factions, by agreeing to not stand in the second round against each other, help perpetuate ideological fragmentation electorally, as leftist tea party types on the fringe are virtually guaranteed to win seats in parliament without having to appeal to the median voter. Just as a primary election victory in a safe district ensures a candidates' election-day victory in the United States and incentivizes candidates to appeal to more uncompromising party activists, merely coming in first among a host of leftist candidates in the first round is frequently enough to secure a seat in France. Looney leftist candidates in France can often secure 15 to 20 percent of the vote in the first round, which may be enough to come in top among leftist candidates and—in left-leaning districts—win in the second round, as others on the left fail to qualify or drop out. The leading leftist candidate then faces one opponent from the right.

The Socialists have thus never been compelled to modernize and appeal to the median voter, depriving France of the sort of large, relatively homogenous and modern center-left party that exists in other European countries. Hollande may be an excessively consensus-seeking former Socialist party chair and hence a poor president, but he presides over a leftist coalition in France whose ideological dispersion is cultivated by a dysfunctional parliamentary election system.

It is, as Prime Minister Valls recently noted, time for France to “finish with the old left.”⁵

Setting a high minimum voter threshold, perhaps similar to the German 5 percent of votes, for any party to win, would help avoid fragmentation and a proliferation of parties. Without reform, France seems unlikely to return to the pinnacles of Europe.

Notes

¹. Strictly speaking, a positive majority is not always required, but at least a prime minister cannot lose an official vote of confidence in the government.

². Each of France's 577 election districts elects one representative to parliament. A candidate can be elected in the first round, if he/she receives an absolute majority of votes cast and more than a quarter of all voters went to the polls. If no representative is elected in the first round, the two top candidates automatically proceed to the second round, as may any candidate who has received more than 12.5 percent of all registered votes (e.g. low turnout in the first round greatly reduces the likelihood that more than two candidates proceed to the second round, where the candidate with the most votes is elected).

³. The 2012 presidential candidates representing outfits like the Left Front (Front de Gauche), New Anti-Capitalist Party (Nouveau Parti Anticapitaliste), and Workers' Struggle (Lutte Ouvrière) received about 13 percent of the vote in the first round.

⁴. Most of these exist on the French left, though the same logic exists on the French right, which however historically has been more politically disciplined and relatively less fragmented.

⁵. In French “Il faut en finir avec la gauche passéiste.” [See interview with Valls.](#)

Le buzz des Etats-Unis :

La France doit supprimer l'Élysée, selon un rapport de Washington

LUCIE ROBEQUAIN / CORRESPONDANTE À NEW YORK | LE 10/11 À 05:47



Le très sérieux Peterson Institute suggère que la France abandonne son système présidentiel.

La France se porterait mieux sans président, affirme un rapport du très sérieux Peterson Institute - l'un des think tanks les plus prestigieux de Washington. Il recommande que la France abandonne son système présidentiel et promeuve un chef du gouvernement élu à la majorité parlementaire, comme le font de nombreux pays en Europe. «*Des réformes économiques sont nécessaires en France, mais une refonte du système politique est également indispensable*», estime le Peterson Institute. Le fait que François Hollande affiche un **record d'impopularité** (15% en septembre) montre à quel point le système politique français est obsolète, ajoute le rapport.

La puissance du président empêche la France de former de grandes coalitions parlementaires, seules à même d'imposer de vraies réformes. «*Le centre gauche et le centre droit ne s'allieront jamais pour passer ces réformes de bon sens, car chacun veut détruire les chances de l'autre de gagner la prochaine élection présidentielle*», défendent les auteurs du rapport. A défaut de supprimer l'Élysée, les Français devraient au moins retirer au président le droit de nommer le Premier ministre et de commander les armées, concluent-ils.

Stellung des Staatspräsidenten

Gemäß der Theorie des Semipräsidentalismus, die im Wesentlichen vom französischen Politologen Maurice Duverger entwickelt wurde, prägen drei wichtige Faktoren die Stellung des französischen Staatspräsidenten:

- Er wird direkt vom Volk gewählt (seit 1962)
- Er verfügt über beträchtliche *politische Kompetenzen*:
 - Er hat das Recht zur Auflösung der Nationalversammlung.
 - Er ernennt den Premierminister und führt den Vorsitz im Ministerrat,
 - Er fertigt die Gesetze vor ihrem Inkrafttreten aus und kann weitere Beratungen über bereits verabschiedete Gesetze erzwingen sowie Volksentscheide durchführen lassen.
 - Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte.
 - Er hat das Begnadigungsrecht inne.
 - In der französischen Verfassungswirklichkeit seit Beginn der Fünften Republik 1958 gibt es die *Domaine réservé* (zu dt. einen *reservierten Bereich*), der dem Präsidenten die Verantwortung für Außenpolitik und Streitkräfte zuweist. So kann er etwa bei Gipfeltreffen das Land allein vertreten.^[3]
- Ihm gegenüber steht der Premierminister, der zwar durch ihn ernannt wird, aber dem Parlament verantwortlich ist.

Zunächst war die Amtszeit auf sieben Jahre festgesetzt. Unter Jacques Chirac wurde sie im Jahre 2000 auf fünf Jahre gekürzt. Durch diese Maßnahme soll die Wahrscheinlichkeit verringert werden, dass der Präsident und der vom Parlament getragene Ministerpräsident unterschiedlichen politischen Lagern angehören (sog. Cohabitation). Außerdem wurde die ursprüngliche Amtszeit von sieben Jahren aus Gründen der mangelnden demokratischen Kontrolle (Abwahlmöglichkeit nur wegen Hochverrats) kritisiert. Mehr als zwei direkt aufeinanderfolgende Amtszeiten sind ausgeschlossen.

Der französische Staatspräsident muss keine Rechenschaft über sein Budget ablegen. Zudem kann das Parlament ihn nur wegen Hochverrats und Verhaltens, das „offensichtlich unvereinbar mit seiner Amtsausübung“ ist, abwählen.^[4]

Die starke Stellung des Präsidenten hat sich um 1958 entwickelt. Davor, zwischen 1876 und 1958, betrug die durchschnittliche Regierungsdauer acht Monate; das Land hatte nach 1789 16 Verfassungen.^[5] Im Algerienkrieg schließlich begann das Militär, „ohne Rückkopplung“ mit der Politik zu agieren.^[6]

Die Verfassung der Fünften Republik mit ihren geringeren Rechten für Parlament und Premierminister wurde vom damaligen Oppositionspolitiker François Mitterrand (1916-1996) als „permanenter Staatsstreich“ (*Le Coup d'État permanent*) kritisiert.^[7]

Arbeit statt Sozialhilfe

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigt: Sozial-Ansprüche an andere Länder sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen erworben werden. Ein Kommentar.

11.11.2014, von **SVEN ASTHEIMER**



© PICTURE-ALLIANCE  Auch der Europäische Gerichtshof hat die klagende Rumänin abgewiesen - Deutschland braucht ihr kein Hartz-IV zu zahlen

Deutschland darf Zuwanderern staatliche Leistungen wie Hartz IV verweigern, auch wenn sie aus Rumänien oder anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kommen. **Mit diesem Urteil** hat der Europäische Gerichtshof nicht nur die gängige Praxis hierzulande bestätigt, sondern auch eine klare Botschaft in die 28 Mitgliedsstaaten gesendet: Ansprüche auf Sozialleistungen in einem anderen Land sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen erworben werden.



Autor: Sven Astheimer, Jahrgang 1972, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Beruf und Chance“. Folgen:

Wer als Arbeitnehmer von der Freizügigkeit Gebrauch macht, der muss sich im Gastland zumindest ernsthaft darum bemühen, seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten. Der Ermessensspielraum der Jobcenter hat dabei weiterhin Bestand. Die Solidargemeinschaft muss nicht einspringen, wenn es um Leute geht wie die Klägerin aus Rumänien, die noch nie gearbeitet hat und das auf absehbare Zeit auch nicht vorhat.

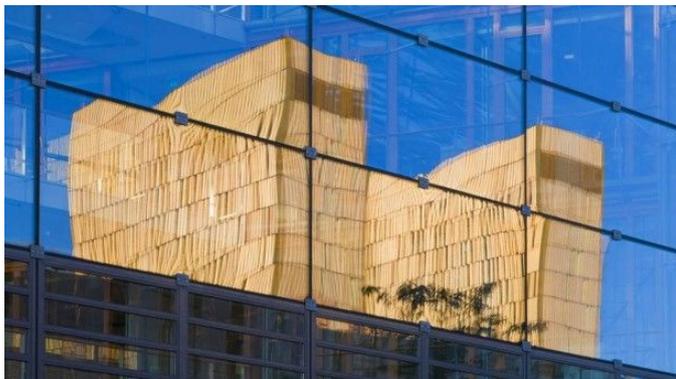
Man kann sich an dem Wort „Sozialtourismus“ durchaus reiben. Tatsache ist aber, dass das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU gewaltig ist. In Deutschland bezieht eine dreiköpfige Familie im Monat durchschnittlich fast 1800 Euro aus dem Hartz-IV-System. Für viele Menschen gerade aus den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa ist das ein enormer Wanderungsanreiz.

Mit dem Vorrang für Arbeit haben die Luxemburger Richter nun noch einmal unterstrichen, dass Integration und soziale Teilhabe in hohem Maß über den Arbeitsmarkt funktionieren. Nicht zu vergessen: Beim allergrößten Teil der EU-Zuwanderer in Deutschland gelingt dies bislang auch.

Deutschland darf arbeitslosen Rumänen Hartz IV verwehren

Deutschland darf arbeitslosen Zuwanderern aus EU-Ländern pauschal Hartz-IV-Leistungen verweigern. Das hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entschieden.

11.11.2014



© PICTURE-ALLIANCE  Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg (Türme in der Spiegelung) hat entschieden - gegen die gängige Praxis deutscher Sozialrichter.

Deutschland darf arbeitslosen Zuwanderern aus EU-Ländern pauschal Hartz-IV-Leistungen verwehren. Das hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entschieden (Az: C-333/13).

Das Urteil war hierzulande mit viel Spannung erwartet worden. [Denn in der Bundesrepublik haben sich Sozialrichter in den vergangenen Jahren](#) in Hunderten von Urteilen über den ausdrücklichen Wortlaut des deutschen Gesetzes hinweggesetzt, das in ungewöhnlicher Klarheit Hartz IV für all jene Ausländer ausschließt, die sich lediglich zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten. Die Richter verwiesen dabei stets auf Europarecht.

Gut 4 Millionen Menschen kriegen Hartz IV

Konkret hat der EuGH in dem Fall um eine Frau aus Rumänien entschieden, die mit ihrem kleinen Sohn seit mehreren Jahren bei ihrer Schwester in Leipzig lebt und dort keiner Arbeit nachgeht. Das Urteil des EuGH ist eine sogenannte Vorabentscheidung, um die das höchste europäische Gericht gebeten worden war, bevor vor einem deutschen Gericht ein endgültiges Urteil fällt.

Der Gerichtshof wies ausdrücklich darauf hin, dass kein Aufnahmestaat von EU-Zuwanderern nach EU-Recht verpflichtet sei, während der ersten drei Monate des Aufenthalts Sozialhilfe zu gewähren. Bei einer Aufenthaltsdauer von mehr als drei Monaten, aber weniger als fünf Jahren, mache das EU-Recht das Aufenthaltsrecht davon abhängig, dass nicht erwerbstätige Personen über ausreichende eigene Existenzmittel verfügen.

Hartz IV bekamen in Deutschland im Oktober 4,314 Millionen erwerbsfähige Menschen. zu ihnen zählen neben Arbeitslosen auch berufstätige Aufstocker und Menschen, die Kinder bis zum dritten Lebensjahr versorgen oder Angehörige pflegen.

Grundsätzlich gilt: Wer bedürftig ist, bekommt Hartz IV. Komplizierter ist die Sachlage für EU-Ausländer, die in Deutschland Hartz IV beantragen. Wer als EU-Bürger schon lange in Deutschland gewohnt und gearbeitet hat, unterscheidet sich nach dem Jobverlust kaum von einem Bürger mit deutschem Pass.

Anders ist dies bei Ausländern, die nach Deutschland einreisen: In den ersten drei Monaten erhalten sie kein Hartz IV, anschließend wird geprüft, ob sie zum Zweck der Arbeitssuche ins Land gekommen sind. Hat der Einreisende eine Arbeit in Deutschland gefunden und verliert sie wieder, kann er Hartz IV beziehen.

108,74

La justice européenne se prononce contre le « tourisme social »

Le Monde.fr | 11.11.2014 à 11h11 • Mis à jour le 11.11.2014 à 11h14 | Par [Cécile Ducourtieux](#) (Bruxelles, bureau européen)

La décision a le mérite d'être claire. Mardi 11 novembre, la Cour de justice de l'Union européenne a publié un arrêt établissant un lien direct entre droit de séjour et droit à bénéficier des prestations sociales dans un pays. Autrement dit : un ressortissant d'un pays de l'Union ne respectant pas toutes les conditions ouvrant à un droit de séjour dans un autre pays européen n'est pas fondé à y bénéficier des prestations sociales. **Cet arrêt peut donc être lu comme un véritable veto au « tourisme social ».**

La Cour de Luxembourg avait été saisie en 2013 par un tribunal allemand – le tribunal social de Leipzig – à propos d'un litige opposant deux ressortissants roumains (M^{me} Elisabeta Dano et son fils, Florin) au Jobcenter Leipzig, qui refusait de leur octroyer certaines prestations de l'assurance de base, à savoir, précise l'arrêt, « *pour M^{me} Dano, la prestation de subsistance (existenzsichernde Regelleistung) et, pour son fils, l'allocation sociale (Sozialgeld), ainsi que la participation aux frais d'hébergement et de chauffage, prévues par la législation allemande* ».

« Egalité de traitement »

Se référant à la directive 2004/38 relative au droit des citoyens de l'Union de circuler et de séjourner librement sur le territoire des Etats membres, la Cour établit plusieurs choses. D'abord que M^{me} Dano séjourne en Allemagne depuis plus de trois mois et moins de cinq ans, donc qu'elle doit disposer d'un permis de séjour dans son pays hôte. De plus, comme « *elle ne cherchait pas de travail au moment des faits* », qu'elle n'avait pas les moyens de subvenir seule à ses besoins et à ceux de sa famille, elle ne pouvait pas prétendre « *à une égalité de traitement avec les ressortissants de l'Etat membre d'accueil* ». L'un des objectifs de la directive 2004/38 est en effet, rappelle la Cour, d'« *éviter que les citoyens de l'Union ressortissant d'autres Etats membres deviennent une charge déraisonnable pour le système d'assistance sociale de l'Etat membre d'accueil* ».

Cette directive fondamentale, posant le principe de la libre circulation et du libre séjour dans l'Union, avait prévu des garde-fous pour que les citoyens les plus pauvres de l'Union ne viennent pas profiter en trop grand nombre des systèmes sociaux des pays européens les plus riches. L'arrêt de mardi précise donc, pour la première fois sans aucune ambiguïté, dans quels cas les organismes de prestation sociale d'un pays pourront refuser leur aide à un citoyen d'un autre pays de l'Union.

Cécile Ducourtieux (Bruxelles, bureau européen)

Correspondante à Bruxelles

Vertrauensfrage

Klassischen Gleichgewichtstheorien des Parlamentarismus gelten Vertrauensfragen, Misstrauensvotum und Parlamentsauflösung als komplementäre Instrumente, die gemeinsam Machtbalance und Stabilität im Regierungssystem bewirken: ein Instrumentarium zur Bewältigung von Krisen zwischen Parlament und Regierung, das Mehrheitsbildung sichern soll. Formal gesehen verfügt auch der Bundeskanzler mit der Vertrauensfrage nach Art. 68 GG über ein Mittel zur Stabilisierung seiner Position oder zur Initiierung von Neuwahlen. Eine Vertrauensfrage kann mit bestimmten Entscheidungen, speziell mit einer Gesetzesvorlage (Art. 81 GG), verbunden werden. Findet sie nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, kann der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestages vorschlagen. Die Auflösungsbefugnis erlischt, wenn der Bundestag im Gegenzug einen anderen Kanzler wählt.

Im parlamentarischen Regierungssystem des Grundgesetzes besaß Art. 68 bisher kaum verfassungspolitische und praktische Bedeutung. Stabilität und Machtbalance werden nicht durch formale Normen, sondern durch politische Koordinationsprozesse zwischen Kabinett und Mehrheitsfraktion(en) hergestellt. Funktioniert diese ständige politische Abstimmung wie im Normalfall, entfällt jeglicher Anlass dafür, fortbestehendes Vertrauen förmlich feststellen zu lassen; funktioniert sie nicht und beginnt die Mehrheit zu zerfallen, kann auch die Vertrauensfrage diesen Zerfallsprozess nicht aufhalten. Bundeskanzler Schmidt, der zu diesem Mittel in der Absicht Zuflucht nahm, um Koalition und eigene Partei zu disziplinieren, erfuhr am 5.2.1982 zwar nach außen eine glänzende Bestätigung, seine Koalition bröckelte aber weiter, bis eine neue Mehrheit ihm am 1.10.1982 das Misstrauen aussprach und gleichzeitig Kohl zum Kanzler wählte. Eine allgemein gestellte Vertrauensfrage stabilisiert nicht mehr. Sie macht heutzutage eher Erosionsprozesse sichtbar und beschleunigt sie.

Disziplinierend und stabilisierend vermag ein Antrag nach Art. 68 GG offensichtlich noch in Verbindung mit einer konkreten Vorlage zu wirken. Erstmals in der Geschichte der BRD griff Bundeskanzler Schröder am 16.11.2001 zu diesem Mittel, um eine eigene Mehrheit für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu erzwingen. Erklärte Dissidenten waren auf diese Weise gezwungen, in einer hochsensiblen Materie zwischen ihrer Position im Einzelfall und der Handlungsfähigkeit der Koalition abzuwägen. Im positiven Ergebnis zeigte sich die Funktionslogik des Systems: Trotz abweichender Positionen in der Sache blieben bei der Mehrheit Vertrauen (und Regierungsfähigkeit) intakt, während die Opposition trotz Zustimmung in der Sache der Regierung das Vertrauen verweigerte.

Art. 68 dient in der Praxis vor allem dazu, über eine Parlamentsauflösung Neuwahlen herbeizuführen, um die Legitimität der Regierung zu erneuern. In diese Richtung zielte bereits der Antrag einer nicht koalitionswilligen Parlamentsmehrheit an den nach Aufkündigung der Koalition durch die Liberalen zum Minderheitskanzler gewordenen Erhard (1966), die Vertrauensfrage zu stellen. Erhard folgte dem nicht. Aber schon die Annahme dieser Aufforderung im Bundestag kam praktisch einem Misstrauensvotum gleich. Den im Amte klebenden Kanzler zwang schließlich die eigene Fraktion zum Rücktritt. Eine neue handlungsfähige Mehrheit wurde dann parlamentarisch, nicht durch Neuwahlen gebildet (Große Koalition 1966-1969). Neuwahlen über Art. 68 GG können erreicht werden, wenn der Kanzler in Absprache mit der Mehrheit die Vertrauensfrage mit dem Ziel stellt, ein negatives Votum zu erhalten, z.B. durch Abstimmungsabstinenz der Kabinettsmitglieder oder der "eigenen Abgeordneten". Diesen Weg beschritten Brandt (22.9.1972) und Kohl (13.12.1982), um zu einer neuen sicheren Mehrheit bzw. zur direkt-demokratischen Legitimierung eines Regierungswechsels zu kommen. Die Vertrauensfrage besitzt damit nicht mehr ihre klassische Funktion. Sie ist zum Äquivalent für das im GG bisher nicht vorgesehene Selbstaufhebungsrecht des Bundestages geworden. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts handelt es sich um eine letzte, an enge Voraussetzungen gebundene Möglichkeit.

Wunderbare Illusion

Es ist nicht Sinn der europäischen Freizügigkeit, in anderen Mitgliedstaaten Sozialleistungen zu kassieren. Das hat der Europäische Gerichtshof klargestellt. Wer den Begriff der Solidarität dauerhaft überstrapaziert, riskiert das Scheitern der Union. Ein Kommentar.

11.11.2014, von REINHARD MÜLLER



© THOMAS KOEHLER/PHOTOTHEK.NET Wer hier mit anpackt und sich integrieren will, der ist willkommen.

Leider muss auch Selbstverständliches immer wieder betont werden: Jedes Gemeinwesen bricht zusammen, wenn die Lasten dauerhaft ungleich verteilt sind. Es ist nicht Sinn der europäischen Freizügigkeit, in anderen Mitgliedstaaten Sozialleistungen zu kassieren. Jetzt musste der Europäische Gerichtshof klarstellen, was deutsche Sozialrichter – höflich gesagt – vergessen haben. So ist nämlich Europa nicht gemeint; Europa, diese wunderbare Illusion eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die durch eine EU-Binnen-Hartz-IV-Wanderung und die große Zahl bedauernswerter Flüchtlinge aus Krisengebieten nachhaltig beschädigt werden kann.

Dabei darf nicht über den Einzelnen der Stab gebrochen werden, der hier auf ein besseres Leben hofft. Die Welle der Hilfsbereitschaft der Bürger und das Geschick vieler überlasteter Kommunen sind beeindruckend und anrührend. Es wird geholfen, Unionsbürgern aus Südeuropa genauso wie Asylbewerbern aus Afrika. Und Deutschland kann gewiss noch mehr tun. Aber Hilfe an Ort und Stelle ersetzt keine langfristige Politik.

Europäische Asylpolitik muss sich ändern

Wenn sich an der verkorksten und im Ergebnis mitunter menschenverachtenden europäischen Asylpolitik nichts ändert, wenn Deutschland zugleich weiterhin für alle offen und immer großzügiger sein will, dann ist die jetzt beschworene Willkommenskultur in Gefahr. Das kann in Abschottung umschlagen. Tatsächlich gibt es kein Land und keinen Staatenverbund, der allen Einwanderern offensteht und dem gleichgültig ist, wer kommt und wer bleibt. So muss es künftig neben der selbstverständlichen Gewährung von Asyl für politisch Verfolgte und dem Schutz von Kriegsflüchtlingen darum gehen, möglichst schnell die Bedingungen für eine geordnete Rückkehr zu schaffen – aber auch die Einwanderung als Chance zu sehen: Wer hier mit anpackt und sich integrieren will, der ist willkommen.

In der Europäischen Union sind im Grunde alle Staatsangehörigen sämtlicher Mitgliedstaaten schon pro forma willkommen, ja Teil von uns. Aber der Sozialmissbrauch zeigt, dass die EU – wie auch in der Währungspolitik – der tatsächlichen Entwicklung vorauseilt. **Wer den Begriff der Solidarität dauerhaft überstrapaziert, riskiert das Scheitern der Union.** Verantwortlich für den Fortgang der europäischen Erfolgsgeschichte sind in jedem Fall, auch daran erinnert der Europäische Gerichtshof, die Staaten.

Geldpolitik für Junkies

Die Notenpressen surren fleißig weiter in Europa. Paris und Rom verbummeln Reformen, weil EZB-Chef Draghi Geld zum Nulltarif bietet. Dabei werden die Warnungen immer lauter. Ein Kommentar.

12.11.2014, von PHILIP PLICKERT



© REUTERS  Bleibt seiner Linie treu: der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi

Eine alte Geldpolitik-Weisheit lautet: Es ist unmöglich, mit einem Faden zu schieben. Sosehr die Zentralbank die Leitzinsen senkt und frisches Geld in die Märkte leitet: Sie kann die Banken nicht zwingen, Kredite an die Unternehmen zu vergeben. Diese Erfahrung macht die Europäische Zentralbank gerade.

Sie schafft es trotz ihrer lockeren Geldpolitik nicht, die Kreditvergabe im Euroraum zu erhöhen. Aber statt die Grenzen der Geldpolitik zu akzeptieren, donnert sie mit neuen Geldkanonen. Dabei besteht die Gefahr, dass sie zur Getriebenen der Finanzmärkte wird, die nach billigem Geld gieren wie Junkies nach der nächsten Spritze.

Die letzte Eskalationsstufe

Auf 0,05 Prozent hat sie den Leitzins schon gesenkt. Seit kurzem kauft die Notenbank nun Pfandbriefe, demnächst nimmt sie den Banken auch Kreditpakete ab. EZB-Präsident Mario Draghi will auf diese Weise die Bilanz in Richtung drei Billionen Euro aufstocken. Weil das mit den bisherigen Maßnahmen kaum gelingen dürfte, erwartet der Markt, dass nächstes Jahr über massenhaften Ankauf von Staatsanleihen eine „Quantitative Lockerung“ eingeleitet wird. Dies dürfte zu heftigen Diskussionen über die Unabhängigkeit der EZB und das Verbot der Staatsfinanzierung mit der Notenpresse führen.

Es wäre die letzte Eskalationsstufe der europäischen Geldpolitik. Der Internationale Währungsfonds und die Industrieländerorganisation OECD fordern die Eurozentralbanker unverblümt dazu auf. Die Banken fiebern den Staatsanleihekäufen regelrecht entgegen. Nicht gerne gehört werden die Mahnungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, die vor den großen Risiken einer anhaltend ultraexpansiven Geldpolitik warnt. Die hellsichtigen Argumente der BIZ-Fachleute gegen übermäßige Geldschöpfung wurden auch vor Ausbruch der Finanzkrise ignoriert.

Euroraum steckt in der Krise

Wenn die Geldpolitik nicht mehr wirkt, müsse man eben die Dosis erhöhen, sagen die Befürworter. Das erfordere die schwache Konjunktur. Am Freitag wird das EU-Statistikamt wohl deprimierende Zahlen zum dritten Quartal melden. Der Euroraum steckt tief in der Krise. Frankreichs Wirtschaft ist blutleer, Präsident Hollande erscheint gelähmt. Italien findet nicht aus der Rezession; im neuen Weltbank-Index zur Standortqualität hat es sich im Vorjahresvergleich sogar verschlechtert.

Ministerpräsident Renzi sind nur wenige substantielle Reformfortschritte gelungen. Sollten diese Schwergewichte der Währungsunion wanken, könnte die ganze Euro-Rettungskonstruktion fallen. Etwas besser entwickelt sich Spanien, das am Arbeitsmarkt und Sozialsystemen unpopuläre Reformen durchgeführt hat. Die Eurozone als Ganzes stagniert indessen, auch weil Deutschland als Konjunkturmotor ausfällt. Als Vorbild für Reformen taugt Deutschland derzeit ebenfalls nicht.

Trotz des Bilanz- und Stresstests bleiben Zweifel an der Eigenkapitalausstattung der europäischen Banken. Angesichts der Berge fauler Kredite gibt es in Italien, Griechenland und Zypern faktische Zombie-Banken, die nur durch das billige Zentralbankgeld am Leben erhalten werden. Die Arbeitslosigkeit ist erschreckend hoch, die Staatsverschuldung liegt im Euro-Durchschnitt über 90 Prozent. Alles zusammen ist ein Giftcocktail. Das schwächere Wachstum der Schwellenländer belastet zudem Europas Export.

Druck auf die EZB steigt

Die von der EZB vorausgesagten Erholungsanzeichen sind allenfalls mit der Lupe zu sehen. Deshalb werden die Zentralbank-Ökonomen Anfang Dezember wohl ihre Prognosen für Wachstum und Inflation weiter nach unten korrigieren. Damit steigt der Druck auf die EZB, noch mehr Gas zu geben, um die Konjunktur zu beleben und die niedrige Inflation anzuhoben, wobei diese vor allem durch die gesunkenen Energiepreise gedrückt wurde.

Draghis Ankündigung einer Bilanzausweitung auf drei Billionen Euro hat die Phantasie der Finanzanalysten neu angeheizt. Viele werten dies als explizites Bilanzziel, auch wenn die Bundesbank es anders interpretiert. Auf drei Billionen Euro wird die EZB ihre Bilanz vermutlich nur durch den Kauf von Staatsanleihen aufblähen können.

Was bringt die Bilanzausweitung?

Ohne Zweifel löste ein solches Kaufprogramm an den Börsen Kurssteigerungen aus und bescherte der angeschlagenen Finanzwelt satte Gewinne, doch ob es die Realwirtschaft beflügelte, ist höchst zweifelhaft. Draghi hat selbst erklärt, warum ein Anleihekaufprogramm nach dem Vorbild der amerikanischen Notenbank Fed in Europa kaum günstigen realwirtschaftlichen Effekt hätte: Im Euroraum finanzieren sich die meisten kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht durch Anleihen, sondern über Bankkredite.

Ein umfangreicher Anleihekauf der EZB würde daher nur Verzerrungen und Kursblasen erzeugen - neben den rechtlichen Problemen. Reformunwillige oder -unfähige Regierungen könnten ihre Neuverschuldung noch günstiger finanzieren. Das wäre kontraproduktiv. Auf die Dauer kann billiges Zentralbankgeld kein Wachstum erzeugen. Das gelingt nur mit einem vernünftigen Mix aus Reformen und Investitionen. Draghi erwähnt in seinen Reden immer die Notwendigkeit von Strukturreformen. Er selbst ist es, der den Reformdruck mindert, indem er billiges Geld als weiße Salbe verteilt.

108,79

Les aides sociales conditionnées à la recherche d'emploi pour les immigrés européens

Publiée le 12/11/2014 à 07:05

VIDÉO - La Cour de justice de l'UE a statué mardi que les États membres de l'Union n'étaient pas tenus d'octroyer des prestations sociales à des citoyens d'autres pays européens ne se rendant sur leur territoire que dans le but de bénéficier de l'aide financière.

Cette décision risque de faire couler beaucoup d'encre. Une Roumaine a été interdite de séjour en Allemagne sous prétexte qu'elle ne cherchait pas de travail. Elle a porté plainte contre l'Agence de l'emploi et a saisi la justice. Contre toute attente, la Cour européenne a décidé que [les États-membres de l'UE ne sont pas tenus d'octroyer des prestations sociales à des citoyens d'autres pays européens ne se rendant sur leur territoire que dans le but de bénéficier de l'aide financière](#). Même si elle laisse à chaque État de décider de l'octroi ou pas de ces prestations. «L'une des conditions pour un permis de séjour est que les personnes économiquement inactives aient des ressources propres suffisantes», a jugé la justice européenne. Une décision d'autant plus surprenante que le principe de libre circulation a toujours été jugé supérieur. Pour pouvoir rentrer dans un autre État-membre de l'Union européenne, un immigré devra désormais soit subvenir à ses propres besoins, soit chercher activement un travail.

Cette annonce a été saluée par David Cameron, qui la juge de «bon sens». Le premier ministre britannique avait annoncé, début octobre, [qu'il souhaitait limiter l'immigration en provenance des autres pays de l'Union européenne](#), au mépris de ce principe de libre circulation des personnes, provoquant le [courroux de la chancelière allemande Angela Merkel](#) et des milieux d'affaires britanniques. [Les immigrés européens ont apporté une contribution nette de 25 milliards d'euros en dix ans au fisc britannique](#), selon une étude universitaire.

Même son de cloche du côté de la Commission européenne. «La Commission européenne a toujours estimé que le principe de libre circulation signifie le droit de se déplacer, a réagi une porte-parole de Bruxelles. Ce n'est pas le droit d'avoir accès librement aux prestations sociales d'un pays membre, et la décision de la cour a confirmé ceci». La réaction est tout autre du côté des associations: France Terre d'Asile dénonce une «stigmatisation des étrangers».

Les accusations portant sur un abus du principe de libre circulation entre États membres de l'Union européenne, ainsi détourné en «tourisme social», ont favorisé une poussée des formations europhobes, qui ont fait campagne pour une limitation de l'immigration.

108,80

Jean-Luc Mélenchon accuse François Lenglet de faire le jeu du Front national



LE SCAN TÉLÉ - Le coprésident du Front de gauche s'en est pris aux médias et plus particulièrement au journaliste de RTL et France 2.

Invité ce matin de Jean-Michel Apathie, Jean-Luc Mélenchon a, une nouvelle fois, montré qu'il ne mâchait pas ses mots. Quelques minutes après la chronique de François Lenglet sur l'interdiction par la Cour de justice européenne du «tourisme social», à savoir l'immigration dans le but de toucher des aides sociales, le cofondateur du Parti de gauche s'en est vivement pris au journaliste alors qu'il n'était plus présent dans le studio de RTL.

«Le système médiatique tout entier tourne autour de Madame Le Pen et favorise ses entreprises», a déclaré Jean-Luc Mélenchon à propos de ce sujet et du Front National avant de prendre pour cible François Lenglet. «Nous l'avons vu il y a un instant, Monsieur Lenglet dire tranquillement que les électeurs étaient enfin entendus par la Cour de justice comme si c'était le sujet. Est-ce qu'on a entendu Monsieur Lenglet parler du roi des fraudeurs et organisateurs de la fraude fiscale qu'est Monsieur Juncker, le président de la Commission?», a poursuivi l'eurodéputé.

«C'est ça qu'il faudrait dire ce matin mais on ne le dira pas, c'est ainsi, notre période roule à l'abîme avec l'appui, actif et militant d'un certain nombre de gens dont ce serait pourtant le devoir de faire la lumière sur les faits eux-mêmes et non pas sur leurs fantasmes. Je suis actif, je défends mes idées. Je suis un démocrate, je reconnais quand elles ne sont pas majoritaires. Et puis que voulez-vous que je lutte contre vous? Je ne peux pas, je ne suis pas là tous les jours, tous les matins, comme vous l'êtes vous-même les uns et les autres à rabâcher toutes choses», a conclu Jean-Luc Mélenchon.

Des accusations qui ne sont pas restées sans réponse de la part d'Yves Calvi. Témoin de la scène, le présentateur de la matinale de RTL a pris la défense de son confrère. «Jean-Luc Mélenchon, de Jean-Claude Junker et du Luxembourg nous parlons aussi évidemment sur RTL, et notamment François Lenglet. Comme vous n'êtes pas encore rédacteur en chef de cette matinale, vous continuerez d'être invité régulièrement et de vous exprimer librement comme vous venez de le faire à l'instant», a lancé le journaliste visiblement agacé par le coprésident du Front de gauche qui lui a alors répondu, avec ironie: «Merci, vous êtes trop bon, Monsieur Calvi. Je voudrais saluer votre bonté mais vous admettez qu'on puisse vous critiquer, critiquer un point de vue».

«Vous venez de le faire. Je vous fais juste remarquer que François ne pouvait pas vous répondre puisque vous étiez interviewé par Jean-Michel Apathie et que nous traitons tous les sujets d'actualité. Vous resterez régulièrement notre invité, merci d'être venu ce matin» a conclu Yves Calvi avant de lancer le bulletin météorologique.

108,81

La Cour de justice européenne interdit le tourisme social

REPLAY - Mardi 11 novembre, la Cour de justice européenne a rendu un arrêt interdisant le "tourisme social" en Europe, à savoir l'immigration dans le but de toucher des aides sociales.

PAR **FRANÇOIS LENGLET** PUBLIÉ LE 12/11/2014 À 09:17 MIS À JOUR LE 12/11/2014 À 10:23

Partager

La Cour de justice de l'UE a statué mardi 11 novembre que les États membres de l'Union n'étaient **pas tenus d'octroyer des prestations sociales** à des citoyens d'autres États membres ne se rendant sur leur territoire que dans le but de bénéficier de l'aide sociale.

Une remise en cause de la libre-circulation

Cette décision fait suite à la demande d'une Roumaine en Allemagne. Elle ne cherchait pas de travail, et demandait le bénéfice des aides sociales. Cela lui a été refusé par Pôle Emploi. La plaignante avait saisi la Cour de justice, qui a conforté la décision de Pôle Emploi, avec un texte qui dit que "l'une des conditions pour un permis de séjour est que les personnes inactives aient des ressources propres suffisantes".

C'est une remise en cause de la libre-circulation, qui était le fondement de l'Union européenne. Cela va évidemment intervenir dans de nombreux conflits de ce genre en Allemagne, destination privilégiée des immigrants venant des nouveaux membres orientaux de l'UE.

En réalité, des restrictions dans la circulation commencent à poindre. La Belgique a ainsi fait des expulsions d'Européens (des Français notamment), au motif qu'ils étaient une charge pour l'État providence belge. Le Royaume-Uni venait de décider qu'il fallait désormais un an de résidence sur le territoire avant de bénéficier de l'aide sociale. Hors de l'UE, des pays comme le Danemark pratiquent cette préférence nationale depuis longtemps.

La Constitution interdit pour l'instant de différencier les droits sociaux des étrangers et des Français

François Lenglet

Dans les trois grands pays de l'UE (France, Allemagne, Royaume-Uni), une bonne partie de la classe politique était en train de basculer. En Angleterre, sous pression de la formation europhobe Ukip. En France, sous la pression du FN de Marine Le Pen, qui a été la première à mettre en avant ce thème. Depuis, certaines personnalités de l'UMP, comme François Fillon, s'y sont mises aussi.

Mais en France, la Constitution interdit pour l'instant de différencier les droits sociaux des étrangers et des Français. Une décision du Conseil constitutionnel, du début des années 1990, attribue aux étrangers en situation régulière (quels qu'ils soient) les mêmes droits que les Français. Nous vivons sous l'empire de cette décision.

Le message aux gouvernants entendu

La décision des juges de la Cour de justice est une décision de temps de crise et de difficultés budgétaires pour tous les États. Avec cette crise qui s'éternise, le climat politique a considérablement changé dans les États-membres. Les sociétés demandent de la protection et le retour des frontières. Si l'Europe était à construire aujourd'hui, ce serait beaucoup plus difficile que dans les années 80 ou 90.

Ce nouveau climat politique, qui s'exprime sur les scènes politiques nationales, s'est exprimé vigoureusement lors des dernières élections européennes, où les peuples ont massivement voté contre l'Europe. Cette décision de la cour du Luxembourg est la preuve que le message adressé par les électeurs européens à leurs gouvernants est en train d'être entendu par les gouvernants.

ECJ: Welfare benefits can be denied

EU citizens who migrate to another EU country without the intention of finding work there can be denied welfare benefits, the European Court of Justice ruled on Tuesday. A clever decision that takes the heat out of the debate over "benefit tourism", some commentators write. Others warn that even after this ruling populists will find new targets for their attacks.

Süddeutsche Zeitung - Germany

Benefits ruling shows limits of solidarity

The decision of principle by the European Court of Justice is correct and will ease the situation in cities with many immigrants, the left-liberal daily Süddeutsche Zeitung writes: "The European Court of Justice has ruled on an extreme case: that of a young Romanian woman who came to Germany, never worked and never looked for a job and then applied for welfare benefits without success. This is not typical of immigrants from the EU, but an extreme, isolated case. However **it is well suited for determining how far European solidarity should go.** The EU judges have now made their decision: Germany is not obliged to pay benefits in this case. And that is the right decision. ... Germany and the European citizens from the East benefit mutually from immigration. However that 'mutually' does not apply in a number of German cities where the former state of legal uncertainty has only exacerbated problems and been a source of discontent. The judgement will help to calm this situation." (12/11/2014)

[» to the homepage \(Süddeutsche Zeitung\)](#)

Il Sole 24 Ore - Italy

Cameron still at mercy of Eurosceptics

The ECJ's ruling won't end the debate about "poverty migration" in the UK because David Cameron remains at the mercy of the Eurosceptics, the liberal business daily Il Sole 24 Ore comments: "Yesterday's ruling by the European Court of Justice bolsters the government in London but the lack of political orientation in the Tory's campaign has been profound ever since they opted for a referendum on EU membership. This means that the relations with Brussels, which in turn are determined by the poll results of the [Eurosceptic] Ukip party, will dominate political life in England until the elections in May." (12/11/2014)

[» to the homepage \(Il Sole 24 Ore\)](#)

The Times - United Kingdom

Don't use benefit tourism to fish for votes

"Benefit tourism" does not pose a problem for the UK, the conservative daily The Times points out, and warns against populist debates: "The Migration Advisory Committee has shown that migrants, who as a group are younger and healthier than the British-born, pay 30 per cent more in taxes than they draw in services. ... However, the British public do not believe these numbers. It is right to be tough on eligibility for benefits. It is hard to explain why someone with no work history in this country should be kept by the taxpayer. In addition to tough legal remedy, politicians need to take on some difficult arguments and ensure they do not inflame a problem by pretending it is larger than it really is." (11/11/2014)

[» to the homepage \(The Times\)](#)

EU should open job market to asylum seekers

The EU should open its labor market to refugees from outside Europe as a consequence of the ruling by the European Court of Justice, the left-liberal daily Der Standard argues: "Because on the whole labor migration within the EU has a positive impact. Numerous studies show that it boosts growth and therefore creates more jobs. That gives individuals better chances and fosters cohesion in Europe. And immigrants who work tend to be accepted far more readily by the local population. For that reason the spirit of the ECJ ruling should also be reflected in Europe's refugee policy. If asylum seekers had access to the labor market they would benefit just as much as the rest of the population. Because the flood of refugees to Europe can't be stopped. But migrants should neither be compelled nor encouraged to do nothing." (12/11/2014)

Hartz-IV-Anspruch für Ausländer weiter offen

Europas höchstes Gericht hat gerade in einem mit Spannung erwarteten Urteil gegen eine Rumänin entschieden, die Hartz IV einklagen wollte.

Nun zeigt sich: Die Bundesregierung hat sich wohl zu früh gefreut.

13.11.2014, von JOACHIM JAHN, BERLIN

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu „HartzIV“ für Ausländer betrifft lediglich einen Sonderfall. Das sagte der Konstanzer Europarechtler Daniel Thym der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die Erleichterung der Bundesregierung darüber, dass die **Europarichter am Dienstag den Ausschluss einer arbeitslosen Rumänin** und ihres Sohnes von Leistungen des Leipziger Jobcenters gebilligt hatten, dürfte sich damit als verfrüht erweisen. Denn in ihrem Fall hatte das Luxemburger Gericht festgestellt: „Nichts deutet darauf hin, dass sie sich um Arbeit bemüht hätte.“ In der Regel berufen sich erwerbslose EU-Bürger vor den deutschen Behörden jedoch darauf, dass sie vergeblich eine Stelle suchten.

„Es ist relativ eindeutig, dass das aktuelle Urteil solche Fälle nicht umfasst“, erläutert Thym. Das Europarecht bezeichne nämlich – im Gegensatz zum deutschen Sozialrecht – als „nicht Erwerbstätige“ lediglich Menschen, die nicht einmal Arbeit suchen. Für diese habe der EuGH nun tatsächlich klargestellt, dass Deutschland sie vom Bezug der Grundsicherung (Arbeitslosengeld II) ausschließen dürfe. Denn diese hätten nicht einmal ein Aufenthaltsrecht, wenn sie nicht selbst ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten.

All das hat nach Auskunft des Hochschullehrers aber nichts mit all jenen Einwanderern zu tun, die sich beim Jobcenter melden und nach eigenen Angaben eine Arbeit suchen – auch wenn sie mangels Sprachkenntnissen und Berufsausbildung oft ohnehin nicht zu vermitteln sind. Was dann gelte, hätten die Europarichter in einem Fall aus Nürnberg („Vatsouras“) vor fünf Jahren noch offengelassen, statt eine entsprechende EU-Richtlinie auf ihre Vereinbarkeit mit den europäischen Grundfreiheiten zu prüfen.

Demnächst kämen sie jedoch um eine Antwort nicht mehr herum, so Thym, weil ihnen das Bundessozialgericht im vergangenen Dezember einen solchen Rechtsstreit vorgelegt habe. Dort ging es um eine aus Bosnien stammende Familie mit schwedischer Staatsbürgerschaft, die in Berlin „HartzIV“ beantragt hat. Im Fall einer rumänischen Familie hatte das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen kurz zuvor entschieden, der Ausschluss von Leistungen im Sozialgesetzbuch II verstoße gegen Europarecht; das Landessozialgericht Niedersachsen urteilte kurz danach gegenteilig.

Der Juraprofessor weist allerdings auf eine Gesetzesänderung hin, die der Bundestag vergangene Woche im Kampf gegen Armutsmigration beschlossen hat. Das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche wird demnach auf sechs Monate beschränkt, sofern keine konkrete Aussicht auf Erfolg besteht.

Wenn der Bundesrat zustimmt, wäre das Problem nach Thym's Ansicht entschärft. Dass dies zulässig sei, ergebe sich aus anderen EuGH-Urteilen der vergangenen 30 Jahre. Die Politik müsse aber durch eine Öffnungsklausel sicherstellen, dass ein Antragsteller für Sozialleistungen im Einzelfall seine Erfolgsaussichten bei der Stellensuche belegen kann.

Vermüllte Hinterhöfe und überfüllte Häuser

Nichts ändert das freilich an den Ansprüchen von EU-Ausländern mit geringen Einkünften darauf, dass das Jobcenter ihnen den – womöglich überwiegenden – Teil des Existenzminimums bezahlt. Das gilt etwa für bloß geringfügig Beschäftigte mit Teilzeitjob und kargem Lohn. Solche „Aufstocker-Leistungen“ bekommt zudem, wer hierzulande nur kurz erwerbstätig war und dann seinen Job verliert. Auch das Anmelden eines Gewerbes reicht aus, um einen Rechtsanspruch auf Unterstützung zu bekommen. Dann zahlen die Behörden außerdem Kindergeld und gegebenenfalls auch noch einen Unterhaltsvorschuss. Gerade bei kinderreichen Familien bedeutet dies einen erheblichen Wohlstandszuwachs gegenüber der Situation in den Heimatländern.

So haben sich nach Angaben der Bezirksverwaltung allein im Berliner Stadtteil Neukölln 3500 Bulgaren und Rumänen auf diese Weise „selbständig“ gemacht – etwa als Entrümppler, Abschleppunternehmer oder Flugzettelverteiler. Der Neuköllner Bildungsstadträtin Franziska Giffey (SPD) zufolge gibt es allein in ihrem Zuständigkeitsbereich rund 30 Häuser, die überwiegend von Roma bewohnt werden. Dort funktionieren die Heizung teilweise nicht, es gebe Ratten und anderes Ungeziefer; die Hinterhöfe seien „vermüllt“. Auf Matratzen kampierten dann etwa 200 Leute in einem Gebäude, das nur für 60 Leute vorgesehen sei.

108,85

WIRTSCHAFT

ALLAN MELTZER

13/11 14:07

Top-Ökonom will Euro-Zone in zwei Teile spalten

Viele Experten wollen Europas Probleme mit mehr Geld aus der Notenpresse lösen. Der US-Zentralbank-Kritiker Allan Meltzer hält das für nutzlos. Rettung verspreche allein die Idee der zwei Währungen.

Kritik aus Amerika ist man in der Euro-Zone inzwischen gewohnt. Meist kommt sie von Ökonomen, die meinen, [Europa müsse sich wieder stärker verschulden](#) und die Notenpresse noch deutlich schneller rotieren lassen, um der wirtschaftlichen Malaise zu entgehen.

So gesehen sollte der alte Kontinent auf ein besseres Zeugnis hoffen, wenn Allan Meltzer auftritt: Der renommierte Ökonom aus Pittsburgh sieht keine übertriebene Sparwut in Europa, und der Strategie, Probleme durch eine immer lockerere Geldpolitik zu lösen, steht er seit Jahr und Tag kritisch gegenüber.

Doch wer glaubt, dass der Geldpolitik-Experte die europäische Gemeinschaftswährung deshalb weniger skeptisch sieht als seine amerikanischen Kollegen, sieht sich getäuscht. "Das derzeitige System der Währungsunion wird auf Dauer nicht funktionieren", sagte Allan Meltzer in Frankfurt bei einem Auftritt in kleinem Kreis.

Und statt noch mehr billiges Geld fordert er von den Europäern eine weitaus radikalere Lösung: Die Währungsunion soll in zwei Teile gespalten werden. Die Länder mit mehr Wirtschaftskraft sollen sich zu einem "harten Euro" zusammenfinden, der Rest um Frankreich und Italien künftig mit "weichen Euro" bezahlen.

Dieser Vorschlag entspringt Meltzers eigenem Blick auf die Lage in Europa. Das eigentliche Problem sei nicht die von Deutschland eingeforderte und von vielen anderen inzwischen scharf kritisierte Sparpolitik. Und auch nicht die Kreditklemme in Südeuropa, [die der Europäischen Zentralbank \(EZB\) derzeit so viel Kopfzerbrechen bereitet](#).

"Das Hauptproblem sind die relativen Preise", sagte der 86-Jährige. Die Krisenländer haben nach seiner Auffassung vor allem deshalb Schwierigkeiten, weil es für Unternehmen zu teuer ist, dort zu produzieren – weil etwa die Arbeitskosten über Jahre deutlich stärker gestiegen sind als die Produktivität.

Italiens Lira war schon immer weich

Derzeit gewinnen die meisten betroffenen Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit nur sehr schleichend zurück, und das auf einem schmerzhaften Weg: In weiten Teilen Südeuropas sinken die Preise, was zwar auch ein Stück weit die Kosten für die Unternehmen im Zaum hält, andererseits aber die Wirtschaft lähmt. Das wiederum drohe radikalen, europakritischen Parteien nur noch mehr Wähler in die Arme zu treiben, warnte Meltzer.

[Euro / US-Dollar](#)Zur Detailseite



Aus seiner Sicht gibt es nur einen vernünftigen Ausweg: Die schwächeren Euro-Staaten brauchen eine gesonderte Währung – damit diese gegenüber dem "harten Euro" an Wert verlieren kann. "Auf diese Weise hat Europa seit 1945 immer wieder seine Probleme gelöst", sagte Meltzer mit Blick auf diverse Abwertungsrunden, die etwa die italienische Lira mitmachte.

Wenn die eigene Währung an Wert verliert, bekommen das zwar die Konsumenten zu spüren, weil alle importierten Waren teurer werden. Umgekehrt werden aber die eigenen Exporte billiger – wodurch auch eine relativ unproduktive Wirtschaft international wieder wettbewerbsfähig werden kann.

Tatsächlich sehen viele Ökonomen ein Kernproblem der Euro-Zone darin, dass es keine Wechselkurse mehr gibt, die die unterschiedliche Wirtschaftskraft der einzelnen Länder ausgleichen könnten.

Idee der geteilten Euro-Zone hat viele Fans

Zwar könne auch der "weiche Euro" nicht alle Probleme über Nacht beseitigen, sagte Meltzer. "Die nötigen Reformen werden immer noch schmerzhaft sein – aber weniger schmerzhaft als jetzt." Und die Spaltung Europas müsste aus seiner Sicht nicht von Dauer sein:

Wenn sich die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen den starken und den schwachen Ländern erst einmal wieder zurechtgerückt hätten, könnte es zur Wiedervereinigung der Euro-Zone kommen.

Die Idee, die Euro-Zone in zwei oder mehr Teile aufzuspalten, wurde in den vergangenen Jahren auch von anderen Ökonomen vertreten. Meist wird das Konzept unter den Schlagworten "Nord-Euro" und "Süd-Euro" diskutiert. Allerdings würden sich in diesem Fall teilweise ähnliche Probleme stellen wie bei der Rückkehr zu nationalen Währungen.

So räumt etwa auch Meltzer ein, dass in seinem Szenario auch die Banken im Norden Staatshilfe bräuchten, weil sie die Abschreibungen auf all ihre Forderungen in "weichen Euro" kaum allein verkraften würden.

Ist Mario Draghis "Bazooka" wirkungslos?

Fest steht für den langjährigen Kritiker der amerikanischen Notenbank Fed eines: Die EZB, auf die Politiker und Finanzmarktakteure vor allem setzen, werde die Probleme der Währungsunion nicht lösen können.

Einen moderaten Kauf von Staatsanleihen, der in Deutschland bereits für große Empörung sorgen dürfte, hält Meltzer zwar für unschädlich – so schnell würden aus seiner Sicht keine Blasen bei den Vermögenswerten entstehen und erst recht keine Inflation der Verbraucherpreise.

Doch Mario Draghis viel gepriesene Bazooka würde Europa aus seiner Sicht eben nur noch einmal ein bisschen mehr Zeit kaufen. "Die große Frage ist, wie die EZB und die EU ohne grundlegende Veränderungen überleben sollen."

Waiting for Draghi Doesn't Count as a Strategy

By Moritz Kraemer

13 novembre 2014

[The Wall Street Journal Europe](#)

(Copyright (c) 2014, Dow Jones & Company, Inc.)

The eurozone crisis is entering a new and worrying phase. As the recent swings in bond markets demonstrated, concerns are growing about disinflation and the risk of a triple-dip recession, as well as the appetite of policy makers to address the fundamental causes of the crisis.

We are emerging from a period of relative tranquility, during which markets have been soothed by the Outright Monetary Transactions (OMT) program, under which the [European Central Bank](#) (ECB) indicated it would be ready to purchase sovereign debt in the secondary market. ECB President [Mario Draghi](#)'s 2012 pledge to "do what it takes" to preserve the union also has had a calming effect. But the eurozone's tentative recovery has lost momentum. Growth in the core countries including Germany, largely consistent until now, is weakening. Despite improvements in current-account and budget balances, overall public and private debt levels remain very high.

An unintended consequence of the OMT program has been to foster a degree of complacency among policy makers. With long-term government-bond yields declining to historic lows, some governments have deferred necessary, but politically unpopular, supply-side reforms aimed at enhancing their economies' long-term growth potential. Absent strong political leadership in favor of liberalization, after more than half a decade of crisis management reform fatigue appears to have set in among the public.

Complicating matters is the fast and sustained rise of Germany's anti-euro Alternative für Deutschland party, or AfD, which could lead to a reorientation of Germany's official response to the eurozone economic crisis. Chancellor [Angela Merkel](#)'s Christian Democratic Union may attempt to regain voters lost to the populist AfD by toughening the government's position to demand greater fiscal discipline from other euro members. This would reduce room for multilateral compromises, should they become necessary to support confidence in weaker sovereigns.

A central impediment to a more robust recovery is the large overhang of debt. Leaving Greece to one side, the origins of the crisis in Europe weren't public profligacy and burgeoning budget deficits, but excessive private-sector borrowing from external sources.

Some of this leverage has been unwound, but many economies still have a long way to go. The combined public and private debt of Portugal, for example, amounted in mid-2014 to 400% of gross domestic product, almost unchanged from the peak in late 2012 but twice the ratio when Portugal joined the euro in 1999. Only after public and private debts are back to normal levels will national savings rates moderate and demand and growth return. Until then, deleveraging will continue to stunt growth, despite ultralow interest rates and official efforts to reverse contracting credit.

Low inflation, let alone deflation, makes deleveraging more difficult. It could lead to an even higher savings rate, as private and public entities redouble their efforts to deleverage before deflation increases the real value of their debts. The resulting reduction in consumption and investment could bear down on prices, raising the risk of a vicious disinflationary cycle.

Help for Europe's woes won't come from the sources many assume. Net exports are unlikely to be sufficient to lift the eurozone economy toward higher growth. The monetary union is a fairly closed economy. Some internal rebalancing between the more externally indebted

countries and the creditor countries at the core could support growth on the periphery, but do little for the overall eurozone economy. Higher German consumption of imports from Spain, for example, will not on their own change overall growth and employment. Nor would a fiscal stimulus from Berlin have the effect most commentators hope for. Our simulations suggest that should the [German government](#) expand spending by 1% of German GDP in both 2015 and 2016, it might raise GDP in Italy, Spain and France by between 0.1% and 0.2% per year.

That leaves monetary policy, which again is likely to disappoint. The ECB has been expanding its monetary accommodation since June in its attempt to bring headline consumer price inflation back to close to 2%, and already has announced a new program to purchase securitized loans. Investors now are speculating about the odds of a program to buy sovereign debt directly.

But expansionary monetary (or fiscal) policies alone cannot generate lasting growth. Only productive investment that leads to higher employment and higher productivity can achieve this. The reforms that would accomplish this, such as more liberal labor laws or tax reforms, are firmly the responsibility of national parliaments, not a central bank.

How governments react to the current volatility and economic slowdown will determine the eurozone's future direction. Leaders can succumb to complacency and political expediency, or they can pursue a reform agenda that will lift the potential growth rate of their economies over the longer term and finally crack the crisis. Waiting for Berlin or Mr. Draghi isn't a solution.

Mr. Kraemer is the chief sovereign ratings officer at [Standard & Poor's](#) Ratings Services.

La Ve République a beau avoir résisté à de nombreux chocs, les appels à une VIe République se multiplient. L'analyse de Charlotte Chaffanjon.

Par CHARLOTTE CHAFFANJON

France Inter : Ce matin, vous avez trouvé ce qui met quasiment tout le monde d'accord, il faut rénover les institutions !

Charlotte Chaffanjon : Oui. Vous pensez sans doute : "Au secours, le retour d'un vieux serpent de mer !" C'est vrai qu'il y a eu tellement de commissions, de comités de réflexion, de livres écrits sur le sujet... Mais c'est comme ça : l'idée n'a jamais été autant à la mode. La liste des dirigeants qui en font leur cheval de bataille s'allonge sans cesse. Leur slogan pourrait être : "Face à la crise, une seule solution, rénover les institutions !"

Il y a les tauliers de la bande : Jean-Luc Mélenchon, qui plaide pour une VIe République depuis plus de vingt ans. Arnaud Montebourg, qui en parle depuis plus de dix ans. En octobre, les anciens ministres Aurélie Filippetti et Benoît Hamon ont livré leur plaidoyer. Maintenant, voilà le président de l'Assemblée nationale Claude Bartolone qui s'y met. Lui aussi, il veut une VIe République. *Le Monde* nous apprend qu'il met en place une mission pour l'avenir des institutions... Tout un programme !

On dirait que ça n'intéresse qu'à gauche cette histoire ?

À droite, ils ne vont pas aussi loin, il reste une droite gaulliste très forte, respectueuse des institutions de la Ve, de sa Constitution. Mais ça n'a jamais empêché les présidents de droite de la réviser : Jacques Chirac ou Nicolas Sarkozy l'avaient fait. Et aujourd'hui des personnalités comme Bruno Le Maire ou Xavier Bertrand réclament une réflexion sur le sujet, que ce soit sur la durée du mandat du président ou sur le nombre de parlementaires. **Au centre, François Bayrou, dont vous pouvez lire l'interview dans *Le Point*, estime aussi qu'on est dans une impasse institutionnelle et qu'il faut une refondation en profondeur de la Ve République.**

Pourtant, la Ve est un régime assez stable...

Oui, cette Ve République a 56 ans - je vous invite à lire, toujours dans *Le Point*, l'interview du président du Conseil constitutionnel Jean-Louis Debré à ce sujet. Elle a survécu à des crises politiques en série, et aujourd'hui, alors que l'actualité politique est rythmée par de petits couacs et de gros scandales, le président dispose toujours, quoi qu'on en dise, d'une vraie majorité. Mais les tenants de la VIe ne sont jamais à bout d'arguments. J'ai posé la question de la stabilité à Mélenchon d'un côté, à Bayrou de l'autre. Les deux rétorquent qu'il s'agit d'une stabilité de façade. Le premier pense que la Constitution ne garantit que le pouvoir du chef de l'État, le second pense au contraire que le système est bloqué parce que le président n'a plus les moyens d'agir.

C'est un peu difficile avec tout ça d'imaginer à quoi ressemblerait la VIe République...

Oui, parce que chacun réfléchit dans son coin et que, surtout, personne ne veut la même chose. Entre Mélenchon qui veut un régime parlementaire, avec un président faible et un chef de gouvernement qui décide, et Bartolone qui veut un régime présidentiel où on supprimerait carrément le poste de Premier ministre, je vous laisse imaginer le gouffre...

Non, mais surtout, c'est vraiment ça, le problème aujourd'hui ?

Bien sûr que non, mais ce que cela traduit est intéressant : le sentiment que tout a été essayé, et que ça ne marche pas, que le système est à bout de souffle. Un sentiment renforcé bien sûr par l'absence de résultats de la politique de François Hollande. Il avait promis qu'en termes de croissance et surtout d'emploi tout irait mieux à mi-mandat. Nous y sommes, et ce n'est pas terrible. Mais le fait est que le président, c'est lui, et qu'avec notre système actuel, c'est lui qui décide. Or, François Hollande n'a pas du tout l'intention de provoquer un bouleversement institutionnel maintenant. Il faut donc soit attendre qu'il soit forcé de dissoudre, et que de nouvelles élections amènent au pouvoir une majorité favorable à ces changements, soit attendre 2017. Bref, la Ve a encore quelques jours devant elle...

108,90

« **Tourisme social** », une expression pas si anodine

Le Monde.fr | 13.11.2014 à 17h53 • Mis à jour le 13.11.2014 à 23h22 | Par Les Décodeurs

Un coup d'arrêt au « tourisme **social** » en **Europe** : c'est ainsi qu'a été salué à droite et à l'extrême droite l'arrêt de la Cour de **justice** de l'**Union européenne** (CJUE), mardi 11 novembre, restreignant l'octroi des prestations sociales aux ressortissants européens « **économiquement inactifs** ».

Cette décision de justice, qui ne fait que **conforter** des règles déjà existantes au sein de l'Union européenne, a remis sur le devant de la scène cette expression de « tourisme social », dont la réalité et la formulation sont pour le moins discutables.

■ Une notion liée aux débats sur l'élargissement

L'expression « tourisme social », ou « tourisme aux allocations sociales », est apparue à la fin des années 1990 dans les discours des eurosceptiques, qui craignaient, après la chute du bloc soviétique, un afflux massif d'immigrés uniquement attirés par les prestations sociales des pays occidentaux.

En 2004, au moment de l'élargissement à dix Etats d'Europe de l'Est, cette expression (« *benefit tourism* » ou « *welfare tourism* ») a été popularisée, notamment en **Suède** – proche des pays baltes et dotée d'un généreux Etat providence – et en Grande-**Bretagne**, où plusieurs prestations sociales sont versées sans obligation de cotisation.

■ Un marqueur des discours antieuropéens

Agitée par les partis d'extrême droite et antieuropéens, la notion de « tourisme social » a, sans surprise, connu un regain de popularité en 2013, avant l'ouverture du marché du travail européen à la **Bulgarie** et à la **Roumanie**, puis lors des élections européennes de juin 2014.

En avril 2013, quatre ministres (britannique, allemand, autrichien et néerlandais) ont alerté la présidence de l'UE par lettre contre « *l'abus systématique du droit à la libre circulation par des immigrés provenant des autres pays de l'Union européenne* ». Plus récemment, le premier ministre britannique, David Cameron, a appelé à **durcir** les règles d'immigration en Europe.

■ Un « fantasme » contredit par la réalité

Si les discours se multiplient, aucune réalité ne vient **étayer** cette notion de « tourisme social ». « *C'est surtout un concept créé de toutes pièces par les courants d'extrême droite et repris en boucle par les commentateurs politiques* », réagit l'organisation non gouvernementale **France** terre d'asile.

Selon un **rapport** réalisé en 2013 pour la Commission européenne, les immigrés intraeuropéens viennent principalement pour **travailler**. Les immigrés européens inactifs ne représentent que 0,7 à 1 % de la **population** totale de l'UE.

L'étude souligne que les ressortissants d'autres pays membres ont un taux d'**emploi** supérieur à la moyenne, et perçoivent moins d'allocations que les nationaux. Par ailleurs, un **récent rapport de l'OCDE** note qu'au sein de l'Europe, les migrants contribuent plus en **impôts** et cotisations sociales qu'ils ne coûtent en prestations.

« *L'emploi du terme de "tourisme social" est scandaleux* », juge ainsi **l'eurodéputée EELV Karima Delli**, qui appelle à « *sortir des fantasmes* ».

■ Des risques de confusion avec le tourisme à vocation sociale

Mais une chose est sûre, dans toutes ces polémiques, c'est bien d'immigration que l'on parle, et non de « tourisme » au sens de déplacement de loisirs. Il serait cynique de comparer les immigrés roms à des vacanciers.

De fait, à l'origine, le « tourisme social » recouvre une tout autre réalité : celle des centres de vacances et des aides aux salariés les plus modestes, comme le rappelle l'Union nationale des associations de tourisme (UNAT), choquée par la « *maladresse médiatique* » du terme employé :

« Le “tourisme social” en France est le fruit de combats d'hommes et de femmes, d'engagements d'institutions, de collectivités, de syndicats, de comités d'entreprise, d'associations et de multiples organisations qui, par leurs actions, promeuvent le droit et l'accès aux vacances pour tous. »

108,92 **Wo die Linke ist, sind Israelfeinde nicht weit** Von [Richard Herzinger](#) Korrespondent für Politik und Gesellschaft

Zwei Israelgegner haben Gregor Gysi bis auf die Toilette verfolgt. Der Vorfall hat das krude Verhältnis der Partei zum jüdischen Staat offengelegt. Die Linke verleugnet dabei ihre eigene Geschichte.

Was auf den ersten Blick wie eine Polit-Posse aussieht, wirft in Wahrheit ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Wesenskern der Partei Die Linke. Von zwei antisraelischen Aktivisten in den Fraktionsräumen der Linken im Bundestag bedrängt, musste sich Linken-Fraktionschef Gregor Gysi vor einigen Tagen [auf die Toilette](#) flüchten.

Ins Haus eingeladen worden waren die Publizisten Max Blumenthal und David Sheen von den Linken-Abgeordneten Inge Höger, Annette Groth und Heike Hänsel. Gysi hatte zuvor eine Veranstaltung mit den beiden radikalen "Israelkritikern" abgesagt, die – angeblich hinter seinem Rücken – von Höger im Namen der Linksfraktion in der Berliner Volksbühne angemeldet worden war. Deswegen wollten Blumenthal und Sheen ihn nun in aggressiver Manier zur Rede zu stellen.

In dieser grotesken Szene kulminierte ein weiterer vergeblicher Versuch der Linken-Spitze, sich die ärgsten [Israel-Hasser](#) zumindest so weit vom Hals zu halten, dass sie das offizielle Image der Partei nicht allzu sehr beschädigen. Wimmelt es doch innerhalb der Linken und in ihrem ideologischen Dunstkreis von [aggressiven "Antizionisten"](#), die – wie Blumenthal und Sheen – Israel mit Nazideutschland, aber auch mit der Terrortruppe IS gleichsetzen, sich dabei aber nicht scheuen, mit islamistischen Antisemiten gemeinsame Sache zu machen.

So waren Höger und Groth an Bord des türkischen Schiffes "Mavi Marmara", das im Mai 2010 die israelische Seeblockade Gazas durchbrechen wollte – unter dem Vorwand "humanitärer Hilfe". Tatsächlich war die von der "Mavi Marmara" angeführte "Hilfsflotille" jedoch eine von einer islamistischen türkischen islamistischen Organisation gesteuerte – und von der türkischen Regierung mindestens geduldet – Provokation.

Die Provokateure wurden mit Beifall empfangen

Groth und Höger wurden nach ihrer Rückkehr in der Linksfraktion keineswegs zur Rede gestellt, sondern sogar mit Beifall empfangen. Öffentliche Kritik an immer neuen israelfeindlichen Ausfällen aus den Reihen der Partei führte jedoch dazu, dass sich die Linken-Führung zu einer Klarstellung genötigt sah. Auf ihren Druck wurde das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels ausdrücklich in das Ende 2011 verabschiedete neue Parteiprogramm aufgenommen. Womit die Linkspartei freilich indirekt zugab, dass sich diese Selbstverständlichkeit, die zum demokratischen Minimalkonsens der Bundesrepublik zählt, bei ihr keineswegs von selbst versteht.

Die heftigen "antizionistischen", zum Antisemitismus hin weit offenen Ressentiments, die innerhalb der Partei wabern, ließen sich durch diese Festschreibung jedoch nicht übertünchen. Zu einer propalästinensischen Demonstration in Nordrhein-Westfalen, auf der im vergangenen Sommer antisemitische Hassparolen wie "Hamas, Hamas, Juden ins Gas" skandiert wurden, hatte auch die Linksjugend aufgerufen. Konsequenzen hatte das für die Verantwortlichen keine. Statt dessen spielte die Parteiführung diese empörenden Vorfälle mit dem Hinweis herunter, Linke hätten mit solchen Exzessen nichts zu tun gehabt.

Einigen der führenden Köpfe der Linken, darunter Gregor Gysi, mag man abnehmen, dass ihnen die wütende Israelfeindschaft in den eigenen Reihen peinlich, wenn nicht gar zuwider ist. Manche von ihnen, wie [Bodo Ramelow](#), Petra Pau und Stefan Liebich, wollen sogar als dezidierte, wenn auch kritische Freunde Israels gelten.

Doch einen klaren Trennungsstrich gegenüber dem "antizionistischen" Sumpf zu ziehen, sind sie weder willens noch in der Lage – würde dies doch den Bruch mit einem erheblichen Teil der Parteibasis wie ihrer Wählerschaft bedeuten. Statt dessen bestreiten auch diese "gemäßigten" Israelkritiker stereotyp, in ihrer Partei gebe es Antisemitismus, und schon gar werde er in ihr geduldet.

Israelfreunde firmieren nur als Feigenblatt

Dabei müsste doch dem begriffsstutzigsten Beobachter antisemitischer Obsessionen inzwischen aufgefallen sein, dass sich diese heute fast durchgängig mit dem ansehnlicheren Etikett des "Antizionismus" und der "Israelkritik" versieht. Indem sie aber jeden Vorwurf zurückweisen, derartiges geschehe auch innerhalb ihrer eigenen Reihen, fungieren die vermeintlich israelfreundlichen Kräfte in der Linken letztlich nur als Feigenblätter, die von dem wahren Ausmaß des parteiinternen Antisemitismusproblems ablenken.

Und auch, wenn die Linken-Führung in ihren offiziellen Verlautbarungen den Anschein zu vermeiden versucht, sie stehe auf der Seite von Kräften wie den militanten Palästinensern, die Israel vernichten wollen und den Mord an jüdischen Zivilisten propagieren und organisieren, so lässt sie doch nie einen Zweifel daran, wem sie die Hauptschuld an der Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt gibt.

So erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Linken-Bundestagsfraktion, Wolfgang Gehrcke, während des Gaza-Kriegs im Sommer: "In Gaza herrscht Krieg. Gaza ist von der Außenwelt abgeschnitten, wird belagert und massiv mit Bomben und Raketen angegriffen. Stündlich sterben Menschen oder werden verletzt, Wohnhäuser und Infrastruktur werden zerstört. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu und sein Kabinett tragen die Hauptverantwortung für die militärische Zuspitzung einer maßlosen Reaktion auf Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen auf Israel."

Der Raketenbeschuss Israels durch die Hamas sowie andere Formen palästinensischen Terrors gegen israelische Zivilisten, die den jüdischen Staat zur Selbstverteidigung zwingen, werden in solchen Stellungnahmen der Linken nur nebenbei, gleichsam der Vollständigkeit halber erwähnt, um sich aus dem Verdacht einseitiger Parteinahme gegen Israel besser herausreden zu können.

Israelfeindschaft ist struktureller Natur

Die Führung der Linkspartei beugt mit diesen Formulierungen dem Eindruck vor, sie sei gegenüber den Gewalttaten der Feinde Israels gänzlich blind, sendet an den aggressiv "antizionistischen" Flügel jedoch zugleich das Signal, er sei in dieser Partei weiterhin gut aufgehoben. Was zeigt, dass das Problem, das die Linkspartei mit dem jüdischen Staat hat, nicht nur eines von extremen Randgruppen in ihren Reihen ist. Es ist vielmehr grundlegender, struktureller Natur.

Das Israelproblem der Linkspartei ist vor allem ein Erbe ihrer SED-Vergangenheit, von der sie sich zwar in Teilen distanzieren, der sie aber keinesfalls in Gänze abschwören will. Was immer sie an der DDR zu kritisieren bereit ist – von dem Mythos des grundlegend "antifaschistischen" Charakters des SED-Staats will sie nicht lassen.

Zu diesem vermeintlichen "Antifaschismus" passt es freilich schlecht, dass die DDR dem Staat, der den Juden nach der Shoa Schutz und Zuflucht garantierte, nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch mit äußerster Feindseligkeit gegenübertrat. Der US-Historiker Jeffrey Herf, der das Ausmaß der Beteiligung der DDR an dem "unerklärten Krieg", den die Sowjetunion und ihre Satelliten spätestens seit 1967 gegen Israel führten, untersucht hat, kommt in einem jüngst veröffentlichten Aufsatz zu dem Ergebnis, dass der SED-Staat darin eine "besonders enthusiastische" Schlüsselrolle gespielt hat.

Die Unterstützung von besonders israelfeindlichen arabischen Regimes wie dem von Hafez Assad in Syrien und Saddam Hussein im Irak sowie verschiedener palästinensischer Terrororganisationen durch die DDR beschränkte sich nicht auf diplomatische, propagandistische sowie logistische Hilfestellung sondern umfasste militärische Ausrüstung und Ausbildung ebenso wie den Aufbau von Geheimdiensten.

Das zweite Mal im 20. Jahrhundert habe damit, so Herfs Resümee, eine deutsche Regierung eine Politik verfolgt, "die in beträchtlichem Ausmaß Tod, Schaden und Leid über Juden brachte." Zwar ist das Ergebnis dieser Politik nicht annähernd mit dem Holocaust vergleichbar, doch dass sie nach der Erfahrung dieses beispiellosen Menschheitsverbrechens betrieben wurde, macht sie umso ungeheurerlicher.

Die DDR-Führung macht den Zionismus zu einer Art Rassismus

Die DDR-Führung störte es dabei nicht im geringsten, dass zahlreiche arabische Führer, die Israel auslöschen wollten, nie einen Hehl aus ihrer Bewunderung für Hitler und die nationalsozialistische Judenvernichtung machten. Ideologisch zurechtgebogen wurde der Krieg gegen den jüdischen Staat von den Sowjets und ihren eifrigen Ostberliner Satrapen, indem man den Zionismus kurzerhand zu einer Spielart des "Rassismus" und "Faschismus" erklärte.

In der aktuellen deutschen Diskussion über den Charakter des SED-Staats spielt dieser noch wenig beleuchtete Teil der DDR-Geschichte kaum eine Rolle. Würde sich die Linkspartei ernsthaft mit ihm auseinandersetzen, könnte sie die Legende von der hehren antifaschistischen Grundgesinnung der DDR nicht mehr aufrechterhalten – und damit ihr Selbstverständnis, in der Kontinuität dieses vermeintlich ehrenwerten Vermächnisses der linken Diktatur zu stehen. Da ist es einfacher, Israel weiterhin gewohnheitsmäßig auf die Anklagebank zu setzen und den jüdischen Staat mit moralischen Belehrungen über wahre Friedfertigkeit zu malträtieren.

Auch eine weitere, für sie identitätsstiftende Legende hält die Linkspartei verbissen aufrecht. Sie besagt, dass der Antisemitismus ausschließlich eine Erscheinungsform rechter Ideologie sei. Ein überzeugter Linker, der sich ja schließlich für die Emanzipation aller Menschen einsetze, könne demnach per definitionem gar kein Antisemit sein. Mit diesem "Argument", nach dem nicht sein kann, was nicht sein darf, immunisiert sich die Linkspartei gegen jeden Vorwurf von außen, ihre Partei sei ein Sammelbecken für linksgedrehte Judenfeinde.

Tatsächlich aber kam der Antisemitismus schon immer keineswegs nur von rechts. Die erste rassenantisemitische Organisation in Deutschland – die "Antisemitenliga" - gründete 1879 ein Radikaldemokrat der äußersten Linken, der Publizist Wilhelm Marr. Der französische Frühsozialist Pierre-Joseph Proudhon hatte schon Jahre zuvor die physische Ausrottung der Juden propagiert. Derartiges lag Karl Marx, in dessen Briefen es von antisemitischen Sottisen wimmelt, zwar fern.

Doch in seiner Abhandlung "Zur Judenfrage" setzte er 1843 das Judentum mit dem Kapital gleich und schlussfolgerte, mit der Aufhebung der Kapitalherrschaft werde auch das Judentum aufhören zu existieren. Oder, wie es Marx in der orakelhaften Sprache seiner "Dialektik" ausdrückt: "Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum."

Die Sowjetunion kämpfte ebenfalls gegen Israel

Die Assoziation von Judentum und Kapital machte auch die Linke stets anfällig für antisemitische Klischees, wenn auch viel seltener in einem rassenbiologischen Sinne, als dies bei der extremen Rechten der Fall war. Nach der Gründung des Sowjetstaats kam noch der Verdacht hinzu, die Juden fungierten als wurzellose Agenten des internationalen Klassenfeinds, denen es an Loyalität gegenüber dem sozialistischen Vaterland und der in ihm angeblich herrschenden proletarischen Klasse fehle. Die letzte von Stalin geplante Säuberung sollte sich gegen die Juden wegen ihres vermeintlich zersetzenden "Kosmopolitismus" richten.

Hatte die Sowjetunion der Gründung des Staates Israel dabei zunächst noch positiv gegenübergestanden, weil sie in ihm ein tendenziell sozialistisches und "antikolonialistisches" Gebilde und daher einen potenziellen Verbündeten sah, so änderte sich dies rasch in dem Maße, wie sich Israel dem Westen und seinem Demokratiemodell zuwandte und der aufkommende arabische Nationalismus als lukrativer Alliierte im Kampf gegen den "US-Imperialismus" erschien.

Als dessen Speersitze im Nahen Osten wurde nunmehr Israel bekämpft, und diese Feinderklärung zog in den 50er- und 60er-Jahren in sozialistischen Ländern wie der Tschechoslowakei und Polen offen antisemitische Kampagnen nach sich.

Indem die Linkspartei sich weigert, sich dieser düsteren Tradition des Antisemitismus von links zu stellen, stellt sie sich weiterhin als fleckenlosen Gralshüter des Antirassismus und als über jede antisemitische Tendenz erhaben dar. Welchen Grad demagogischer Verlogenheit sie dabei erreicht, zeigt ihre Haltung im Ukraine-Konflikt.

Vertreter derselben Partei, die "Antizionisten" mit bedenklicher Nähe zu offenen Antisemiten islamistischer und "globalisierungskritischer" Couleur beherbergt und deckt, spielen sich plötzlich als oberste Warner vor dem Antisemitismus auf, wenn es gilt, die Erfindungen der russischen Propaganda über angebliche jüdenfeindlichen Ausschreitungen in der Ukraine zu verbreiten. Dabei steht die Linkspartei mit ihrer Nibelungentreue zu Putins Russland in Wahrheit ihrerseits in einer Front mit nahezu der gesamten extremen Rechten Europas, einschließlich der NPD.

Eigentlich muss man den Antizionisten dankbar sein

Die groteske Toilettenaffäre in der Linksfraktion erinnerte daher zur rechten Zeit daran, dass sich da der Bock zum Gärtner ernannt hat. Man kann den hartgesottenen Antizionisten deshalb eigentlich nur dankbar sein, dass sie den Schwindel, Gysi und seine Kollegen von der Parteispitze könnten die jüdenfeindlichen Affekte im eigenen Laden unter dem Deckel halten, einmal mehr haben auffliegen lassen.

Gysi will es aber auch dieses Mal mit einer fadenscheinigen "Entschuldigung" seiner israelhasserischen Fraktionskolleginnen bewenden lassen und aus ihrem Gebaren "keine Staatsaffäre" machen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihrem Antisemitismusproblem, geschweige denn der Ausschluss notorischer Israelfeinde, ist von der Linkspartei auch weiterhin nicht zu erwarten. Die Thüringer Sozialdemokraten und Grünen sollten sich indessen schämen, dass sie sich in eine Koalition unter Führung dieser unappetitlichen Gruppierung begeben wollen.

Comment l'Hexagone est devenu l'homme malade du monde développé.

Par [NICOLAS BAVEREZ](#) 13 novembre 2014

La France, un risque majeur pour elle-même

Avec le bon sens de la ménagère souabe dont elle aime à s'inspirer, Angela Merkel a résumé le problème fondamental de l'Europe en ces termes : "L'Europe, c'est 7 % de la population mondiale, 25 % de la production mondiale et 50 % des transferts sociaux mondiaux."

Le calcul appliqué à la seule France explique comment notre pays est devenu l'homme malade du monde développé. La France compte 66 millions d'habitants, soit environ 1 % de la population mondiale. Son produit national s'élève à 2 750 milliards de dollars de PIB, soit 3,7 % du PIB de la planète (75 000 milliards de dollars). Son État-providence redistribue 670 milliards d'euros, soit 15 % des 4 500 milliards de dépenses sociales mondiales.

La France, c'est donc 1 % de la population, 3,7 % de la production et 15 % des transferts sociaux mondiaux. Et cette situation est insoutenable.

Démographiquement, parce que l'augmentation de la population (0,5 % par an) est désormais plus rapide que la croissance (0,3 %), provoquant une chute de la richesse par habitant - désormais inférieure de 6 % à la moyenne des pays développés. Économiquement, parce que la stagnation de l'activité comme le recul de l'investissement et de l'emploi découlent de la progression des transferts sociaux de 3 % par an. Socialement, parce que la spirale du sous-développement va de pair avec l'installation d'un chômage structurel, l'enracinement de l'exclusion et le blocage de la mobilité. Financièrement, parce que l'envolée des dépenses sociales constitue la première source des déficits et de la dette publique, qui dépassera 100 % du PIB à la fin de 2015. Politiquement, parce que la situation de dépendance de trois quarts des Français vis-à-vis des revenus sociaux transforme les citoyens en assistés, entrave l'adaptation du modèle économique et mine la République en la réduisant à une coalition hétéroclite de corporations et de clientèles. Stratégiquement, parce que la sanctuarisation des dépenses sociales cannibalise l'État régalien, notamment la politique de défense et de sécurité intérieure, tout en aliénant la souveraineté de la nation entre les mains des marchés financiers et de nos partenaires européens.

L'État-providence français s'est ainsi transformé en une énorme bulle spéculative, déconnectée de l'évolution de la population et de l'activité économique. La redistribution est en passe de réaliser l'euthanasie de la production et de l'emploi marchands sur le territoire national, tout en provoquant l'exil massif des talents et des cerveaux, des entrepreneurs et des fortunes, des investissements et des centres de décision. La France a perdu la maîtrise de son destin pour devenir un risque majeur pour elle-même comme pour la zone euro.

Le rapprochement de la population, de la production et des transferts sociaux donne la pleine mesure de la tragique expérience de politique économique conduite par François Hollande depuis 2012, qui constitue la faute la plus impardonnable depuis la stratégie de déflation poursuivie par Pierre Laval en 1935. En 2012, François Hollande a hérité d'un pays en situation critique ; en moins de deux ans, il l'a placé en coma dépassé avec un pronostic vital lourdement engagé.

Le soutien à la démographie et la politique familiale ont été démantelés, notamment à travers le plafonnement du quotient familial, la suppression de fait des emplois familiaux, la mise sous condition de ressources des allocations. Les effets de ce ciblage sans précédent des familles seront longs à se dessiner, mais il ne peut que briser le dynamisme fragile de la démographie française. Le choc fiscal et social ainsi que l'emballlement de lois et de normes meurtrières pour les entreprises - de la loi Florange à la loi Hamon en passant par le compte pénibilité pour les retraites - ont cassé l'appareil de production et coupé la France des marchés mondiaux comme des investissements internationaux, en chute de plus de 70 %. Les dépenses sociales, loin de connaître un ralentissement, ont été relancées par la revalorisation des aides sociales alors que l'inflation est nulle (RSA, rentrée scolaire...), le retour à la retraite à 60 ans pour la moitié d'une classe d'âge (3,5 milliards d'euros par an), le projet de tiers payant généralisé dans la santé (de 1,5 à 2 milliards d'euros). De cette débâcle émergent a contrario les axes du redressement national. 1/ La vitalité de la démographie française est un atout majeur qu'il faut conforter. D'abord, en rétablissant le caractère universel de la politique familiale, en érigeant la famille en acteur économique et en la plaçant au cœur des politiques de la santé ou de l'éducation. Ensuite, en réformant drastiquement un système éducatif qui s'est coupé de la transmission du savoir et qui absorbe 6,1 % du PIB pour rejeter chaque année 181 000 jeunes - soit un sur cinq - qui ne savent ni lire, ni écrire, ni compter. 2/ Comme en 1945, une priorité absolue doit être donnée à la production et à l'emploi, à travers le relèvement du taux de marge des entreprises, la sortie des 35 heures et la flexibilité du marché du travail, la réhabilitation du risque et de l'innovation via la déconstitutionnalisation du mortifère principe de précaution. 3/ Conformément à la maxime de Pierre Mendès France, qui appelait au basculement des dépenses publiques improductives vers les usages productifs, les 100 milliards de baisses de dépenses publiques à réaliser en cinq ans doivent porter avant tout sur les transferts sociaux. En ces temps de doute et d'incertitude, le redressement de la France passe par le rassemblement et la mobilisation des Français autour d'objectifs clairs : une population de 80 millions de citoyens responsables et bien formés en 2050 ; le relèvement de la production entre 4 et 4,5 % du total mondial, condition première pour assurer la survie de la solidarité ; une reconfiguration de l'État-providence, qui doit être recentré sur la lutte contre les fléaux sociaux contemporains tandis que les transferts sociaux doivent être plafonnés à 30 % du PIB, contre plus de 33 % aujourd'hui.

Die Angst vor Islamisten

Nur weil sich nun Hooligans und Rechtsradikale gegen Salafisten organisiert haben, darf nicht jede Kritik am Islam als islamophob zurückgewiesen werden.

16.11.2014, von PHILIP EPELSHEIM

Die „Hooligans gegen Salafisten“ haben wieder demonstriert. Drei Wochen nach den Krawallen mit fast fünfzig verletzten Polizisten in Köln waren die Hooligans dieses Mal in Hannover. Das Motto der Demonstration lautete „Europa gegen den Terror des Islamismus“. Es kamen weniger als in Köln, aber immerhin noch rund dreitausend. Die befürchtete Randalie blieb aus.



Autor: Philip Eppelsheim, Jahrgang 1981, Redakteur in der Politik der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

Die Hooligans behaupten, ein „kompletter Querschnitt der Gesellschaft“ zu sein und für Europa zu stehen. Das ist natürlich Quatsch. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von Schlägern und Rechtsextremen. Dennoch steht das Hooligan-Netzwerk für eine weitverbreitete Angst: die Angst vor Salafisten, vor islamischen Terroristen, vor Anschlägen. Je nachdem, welcher Umfrage man glaubt, haben zwischen einem Viertel und der Hälfte der Deutschen diese Ängste. Mehr noch, sie fühlen sich vom Islam bedroht.

Das hat viele Gründe. 2011 beispielsweise erschoss ein Salafist am Frankfurter Flughafen zwei amerikanische Soldaten und verletzte zwei weitere schwer. Bei Auseinandersetzungen in Bonn stach ein Salafist auf zwei Polizisten ein. Und ein anderer Salafist soll geplant haben, eine Bombe im Bonner Hauptbahnhof zu zünden. Das Ziel: möglichst viele Menschen töten. In den vergangenen Monaten sind zudem immer mehr junge Männer, die in Deutschland aufgewachsen sind, als islamische Terroristen in den Krieg nach Syrien oder in den Irak gezogen.

Was „Dschihad-Rückkehrer“ anrichten können, hat ein Attentäter in Brüssel gezeigt. Er ermordete vier Menschen im Jüdischen Museum. Wozu radikalisierte Männer fähig sind, die gar nicht erst ausreisen dürfen, machten zwei Attentate in Kanada deutlich. Alle Attentäter wie auch die Horden des „Islamischen Staats“ beriefen sich bei ihren Untaten auf den Islam.

Nikolaus Schneider, der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, sagte vor kurzem, dass im Islam die rasche Verbreitung mit Feuer und Schwert von Anfang an mit Kriegen zusammenhing. Das habe offensichtlich Ansatzpunkte im Koran. Schneider forderte: „Darüber haben wir zu debattieren.“ Diese Forderung ist richtig. Falsch ist es, wenn nun, nur weil sich Hooligans und Rechtsextreme gegen Salafisten organisiert haben, jede Kritik, alle Ängste und Bedenken im Zusammenhang mit dem Islam als islamophob beiseite gewischt werden.

From Clichy to cliché

Six years on, the banlieues are still a world apart

Oct 15th 2011 | PARIS | [From the print edition](#)

IN THE autumn of 2005 car-burning and riots in the *banlieues*, the public-housing projects that ring French cities, prompted the declaration of a state of emergency. Since then, as much as €35 billion (\$48 billion) has been spent blowing up grim 1960s tower blocks and replacing them with lower-rise housing, with landscaped paths and trees. New plate-glass office blocks have sprung up in low-rent business centres. Has this improved the lot of mainly Muslim people in the *banlieues*?

Gilles Kepel, an Arab specialist, and a team of researchers, spent a year in two, north-east of Paris: Clichy-sous-Bois, where the 2005 riots began, ruled by the left; and Montfermeil, ruled by the right. They hung out in schools, housing projects, fast-food joints, mosques and sports halls, interviewing 100 locals. Their conclusions, in a report for the Institut Montaigne, are striking. The *banlieues* are becoming “more isolated”, and marked by an “intensification of Muslim identity” in reaction to unkept promises of integration.

The report notes a tendency for Muslim children to opt out of school meals because of a lack of *halal* food. The researchers say leaving to buy a kebab impedes “socialisation” in the schools. People also express “very strong” hostility to marriage with non-Muslims. Almost all regularly attend mosques. The study links the growing grip of Islam to the state's failure to promote integration. New back-office jobs in the Seine-Saint-Denis department require skills that are in short supply among Clichy school-leavers. A sense of isolation prevails. It takes longer to go by public transport from central Paris to Clichy, 15km (9 miles) away, than to Lille, 220km to the north. “Islam,” argues Mr Kepel, “is acting as a substitute for the role that isn't being played by the republic.”

The report has prompted indignation. The French school system has not given up, insists Luc Chatel, the education minister. Laurent Mucchielli, a French specialist on *banlieues*, said the report, from a liberal think-tank financed by business, played into the hands of the right. There is a fine line between pointing out subtly how Islam is ordering life in the *banlieues* and whipping up crude fears of Eurabia.

The French are prickly about such empirical studies, and not only because they may be exploited by the far-right—Marine Le Pen of the National Front rails against the “occupation” of the streets by Muslims during Friday prayers. But cultural explanations of immigrant behaviour also collide with belief in the integration model. This assumes that all newcomers adapt to France, not the other way round. By law, no ethnic statistics can be collected, so nobody can talk about ethnic factors. Last year Hugues Lagrange, a sociologist, reported that black youths with origins in Africa's Sahel (eg from Mali and Mauritania) were more likely to be involved in crime than those from other parts of Africa, including the Maghreb. He suggested family patterns, including polygamy and absent fathers, were a factor. He was accused of stigmatising black Africans.

Not everything in the *banlieues* works against integration. More minorities are getting involved in local politics. Turkish entrepreneurs are doing well. In a surprising twist in Clichy, says Mr Kepel, a drive-in McDonald's restaurant has thrived despite refusing to produce *halal* food, whereas local *halal* rivals, such as Beurger King (a play on *keur*, meaning French-Arab), have closed down. An emblem of American cultural imperialism, McDonald's in Clichy serves up to 2,000 clients a day, employs over 50 staff, often recruited from among the local jobless, and promotes social mobility in a way that most French institutions struggle to match.

European Immigration Rules; A court ruling on benefits could open a healthier debate.

13 novembre 2014

It's not every day that these columns congratulate the **European Court of Justice**, so enjoy the moment. The **court** on Tuesday ruled that Germany can exclude nonworking migrants from its jobseekers allowances. The decision is a contribution to a better **debate on immigration** in the **European Union**.

The **ruling** concerned Leipzig's **benefits** administrators' decision to deny Romanian Elisabeta Dano's application for the allowance because she had never looked for work in Germany and her sparse educational background suggested she'd be unlikely to find a job if she did hunt. Ms. Dano and her young son still receive €317 (\$395) per month in other **benefits**, but the **court** confirmed that Germany is allowed to draw a line at **benefits** that **EU rules** allow to be restricted to legal residents. Technically, the **court's** basis for its **ruling** was an EU directive that ties legal residency status for intra-Europe migrants in part to employment.

The **ruling could** help save one of the biggest things the EU gets right, the free movement of people, from running aground on its unsustainable welfare states. Although EU law requires member states to offer some forms of welfare to all comers, free movement was never intended to offer carte blanche to so-called **benefits** tourists seeking the best handouts.

Immigration restrictionists wildly overstate the number of those alleged roving sponges—recent research suggests new arrivals are net contributors to the public purse in Britain, for instance—but **benefits** tourism understandably breeds resentment from taxpayers. Tuesday's **ruling** helps neutralize it by reminding leaders that existing **EU rules** allow governments to deny some **benefits** to immigrants who aren't working. The next step would be to allow states to reduce social **benefits** even for newly arrived immigrants who have jobs, although that would require a change to **EU rules**.

None of this will solve Europe's, and especially Britain's, deeper political problem with migration, which increasingly sounds more like a fear of cultural changes than concern about fiscal burdens. It's still up to politicians to remind voters that the free flow of labor is good for economies. But at least the **court** has lowered one political barrier to a better **immigration debate**, for any leaders who have the wit to seize the opportunity.

Im Körper der Macht

Wäre in Frankreich wirklich alles gut, wenn das System nur bessere Leute casten würde? **Tatsächlich ist das quasimonarchische System schon der Fehler, wie das neue Buch eines ehemaligen Sarkozy-Beraters beweist.**

18.11.2014, von NILS MINKMAR



© AFP  An die Macht des Palastes glauben sie alle, auch François Hollande, hier bei einer Pressekonferenz im Élysée-Palast

Eine der erstaunlichen Konstanten im Trubel der französischen Misere, der Skandale und der endlosen Krise ist die nahezu kindliche Vorstellung von der Macht des Palastes. Alles schaukelt, schwindet und verwandelt sich in der globalisierten, digitalisierten Zeit - aber dass die Welt aus dem Élyséepalast regiert wird, dass die Schicksale der Franzosen genau dort geregelt und entschieden werden, dass den hier tätigen Mächtigen eigentlich alles möglich ist und auch zusteht: an dieser symbolischen Geographie konnte noch kein Skandal rütteln, im Gegenteil. Im Abrechnungsbuch von Valérie Trierweiler, der Frau aus einfachen Verhältnissen, die mit ihrem Traummann in den Palast zog, bevor er sie unsanft hinauswarf, findet sich eine Episode von mädchenhafter Aufrichtigkeit: Ihre Mitarbeiterinnen aus dem Büro der Première Dame organisieren eine Ehrung für engagierte und begabte Mädchen aus sozialen Brennpunkten. Als Preis soll es Taschen einer angesagten Designerin geben. Um die Kosten der ganzen Sache im Griff zu behalten, schlägt eine Mitarbeiterin vor, ähnlich aussehende, aber eben nicht ganz so teure Taschen zu besorgen. Das regt Trierweiler auf, und zwar gerade, weil sie selbst aus ärmlichen Verhältnissen stammt: „Wir sind im Élyséepalast, hier werden Originale verschenkt!“ Im Märchen kommt ja auch nicht McKinsey.



Autor: Nils Minkmar, Jahrgang 1966, Europakorrespondent für das Feuilleton.

So funktioniert die Republik nach wie vor. Das verdeutlicht auch der Skandal, der das Land in der letzten Woche beschäftigte. Was mag man in anderen Ländern tun, um den ungeliebten, omnipräsenten politischen Konkurrenten endgültig aus dem Feld zu schlagen? Deutsche Politprofis würden womöglich in Partei und Fraktion einen Putsch anzuzetteln versuchen, in den Vereinigten Staaten würde man ihm die Geldgeber abspenstig machen - in Frankreich aber verabredet man ein Mittagessen, ein Mittagessen mit dem Generalsekretär des Palastes. Ende Juni traf sich der ehemalige Premierminister François Fillon zum Mittagessen mit dem Generalsekretär des Palastes und verlangte dort, jedenfalls nach Darstellung des Generalsekretärs, dass die Justiz den Druck auf seinen Rivalen, den ehemaligen Präsidenten Sarkozy, erhöhe - und wenige Tage später wurde Sarkozy tatsächlich zu einer mehrstündigen und ziemlich harschen Vernehmung abgeholt. Obwohl Fillon einer anderen politischen Partei angehört als die Machthaber im Élysée, hätte sein Plan effektiv, lautlos und wie immer funktioniert, wenn nicht der Generalsekretär vor Journalisten geplaudert hätte, halb um anzugeben, halb um den Bruderkrieg der Rechten zu schildern, nur um sich dann zu wundern, dass die Bürger den Eindruck haben, von einer Clique regiert zu werden, denen Parteien ebenso egal sind wie die Gewaltenteilung.

Wie in einem Zustand der Hörigkeit

Wie der Palast in seinem Inneren funktioniert, welche Zwänge in ihm herrschen, aber was man mit den dortigen Mitteln auch bewegen kann, wie sich die Welt verändert, wenn man dort einzieht und was das mit den Menschen macht, davon erzählt nun ein Buch, ein Erlebnisbericht mit dem schönen Titel „Comédie française“ (Fayard). Der Autor Georges-Marc Bénéamou, Jahrgang 1957, wurde in den achtziger Jahren als Gründer des linksliberalen Magazins „Globe“ und engagierter Publizist bekannt. Der damalige Präsident François Mitterrand wurde auf ihn aufmerksam und lud ihn in den Palast ein. Bénéamou wurde zum regelmäßigen Besucher und Biographen des kranken alten Mannes, verhedderte sich auf der Suche nach der historischen Wahrheit Mitterrands in der Vichy-Zeit und hatte zunehmend private Probleme. Aus diesen Besuchen im Palast am Ende einer Ära wurden ein Buch und ein preisgekrönter Film von Robert Guédiguian, „Letzte Tage im Elysee“, mit dem 2005 die Berlinale eröffnet wurde. Bénéamou arbeitete später als Sachbuchautor und gehörte zu jenen Vertretern der linksliberalen Intelligenz, die Nicolas Sarkozy auf seinem ungestümen Weg in den Élyséepalast begleiteten. Mit großer literarischer Fertigkeit gelingt es ihm,

noch mal das damals allgegenwärtige Gefühl des Aufbruchs zu beschwören: Was war, nach den stillen Jahren unter Chirac und der Morbidität der späten Mitterrandjahre, deren bester Zeuge Bénomou ist, nun nicht alles möglich?

Das Land sollte moderner werden, offener, schneller und schlanker. Die Wirtschaft und die Verwaltung sollten reformiert werden. Und rasant sind auch die ersten Tage des Conseiller spécial, zuständig für Medien und Kultur: Darum bekommt er von der Palastverwaltung nicht nur ein Mobiltelefon, sondern gleich zwei, ebenso nicht bloß einen, sondern gleich zwei Fahrer, einen für Termine tagsüber und „einen für die Nächte!“. Und mit dieser Ernennung wird er zu einem der begehrtesten Männer der Republik: Die tollsten Einladungen mit den besten Plätzen stapeln sich in seinem Sekretariat, berühmte Menschen flippen aus, wenn sie ihn sehen, betteln um einen Termin, Reiche bieten ihm ihr Ferienhaus an. Und er hat echte Macht: Parlamentsfraktion, Regierungspartei und selbst die Minister sind bloß Statisten der Politik, alle Fäden laufen im Palast zusammen. Ein Berater, der ja selbst kein Mandat von den Wählern hat, spricht stets das letzte Wort. Beziehungsweise das vorletzte, denn dann kommt er.

Bénomou beschreibt in beklemmenden Szenen, wie ganze Gruppen von Ministern, Mitarbeitern und anderen erwachsenen Männern und Frauen wie in einem Zustand der Hörigkeit den Worten Sarkozys lauschen. Sie spitzen die Ohren nach einem Unterton, achten auf Gesten und Zuckungen, die darüber Auskunft geben könnten, wie die eigene Gunst derzeit steht. Der Körper des Präsidenten ist ihnen, was der Dax-Ticker für Anleger ist: eine rasche Folge an Hinweisen, die recht gedeutet werden wollen.

Die übersehene persönliche Konsequenz

Bénomou beschreibt eine Beratungsmechanik und Entscheidungsfindung, die einer modernen Gesellschaft eigentlich unwürdig ist. Die Runde und ihr Chef, sie kennen nur ein Ziel, nämlich den Chef zufriedenzustellen. Und der hat vor allem ein Thema, und das ist er selbst. Wie er wurde, was er ist, wie er so dasteht, warum die sich irren, die ihn kritisieren, während die richtigliegen, die ihm anhängen. Von seinen persönlichen Interessen und Meinungen unabhängige Sachfragen, politische Ziele oder Themen, die auf Anregung anderer aufkommen, all das gibt es in den entscheidenden Runden gar nicht. Sarko ist zufrieden, wenn er allgemein gut da steht und politisch nichts zu befürchten hat. Risikovermeidung wird das zentrale Stichwort aller, und das funktioniert nun einmal am besten, wenn man sich mit den bestehenden Verhältnissen, der hohen Verwaltung und den unsichtbaren Kraftlinien der Republik gutstellt.

So beantwortet das Buch eine auch für die aktuelle politische Lage in Frankreich wichtige Frage: Warum wurde politisch so wenig aus der damals mit solch enormem Schwung begonnenen Amtszeit Sarkozys? An einer Schwäche der Exekutive lag es nicht, dem Leser wird klar, dass der Élyséepalast in Frankreich nahezu alles kann, vermutlich wird dort auch das Wetter irgendwie gesteuert. Doch Sarko wollte keine Reformen. Er hätte ungünstige Demonstrationen und eine anhaltend schlechte Presse nicht ertragen. Stattdessen hielt er sich an einen anderen schattenhaften Berater, den schwer nach Rechts tendierenden Philippe Buisson. Der empfahl Sarko, den Staat schön stark und autoritär erscheinen zu lassen und auf die Themen zu setzen, die sonst der Front National abdeckt. Er riet, die Franzosen voneinander abzugrenzen - Ausländer gegen Inländer, Fleißige gegen Faule, Kriminelle gegen Anständige und so weiter, außerdem die Angst zu schüren, um Sicherheit versprechen zu können. Darauf, dass diese politische Tendenzentscheidung Sarkozys, die eben auch eine Absage an einen Kurs der wirtschaftlichen Reformen war, auch für ihn, den Vertreter eines linksliberalen Kurses der Öffnung, eine persönliche Konsequenz haben könnte, kommt Bénomou interessanterweise erst, als es zu spät ist.

Die Republik und der Zauber des Palastes

Jemand verbreitet Gerüchte, man unterstellt ihm Dinge, bald bemerkt er ungünstige Blicke, Betonungen und Grimassen, wenn er mit dem Präsidenten zusammen ist, und dann ist es irgendwann zu spät. „Du musst den Palast verlassen“, eröffnet ihm der damalige Generalsekretär Claude Guéant. Man bietet ihm einen Trostposten an, aber die Berufung zieht sich hin, gerät zur öffentlichen Demütigung. Doch er braucht das Geld, kann nicht einfach so gehen. Schließlich tut sich der Boden unter ihm auf, er rutscht in eine tiefe Krise, denn er kann es nicht verwinden, in der Gunst des mächtigen Mannes gefallen zu sein, versagt zu haben, nicht mehr dazuzugehören. Weder unter Rechten noch unter Linken findet er mehr Anschluss, er wird ein einsamer Mann in Paris.

Immerhin hat er ein wichtiges und berührendes Buch geschrieben. Die Republik, in deren Gründungsmythos der Sturm auf ein Gefängnis und die Öffnung der Paläste von außen erzählt wird, will vom Zauber des Palastes nicht ablassen. Wenn sich zeigt, dass das heute so nicht mehr funktioniert, wird die Schuld nicht bei dieser überkommenen, romantischen Monarchie gesucht, sondern beim jeweiligen Personal. Nicht dass die Macht besser verteilt werden muss, etwa unter den Verfassungsorganen, nicht, dass sie transparenter und dialogischer funktionieren muss, ist die Lehre, die viele in Paris aus der Dauerkrise ziehen, sondern dass nur der oder die Richtige gecastet werden muss, damit die Fotos vom Palast wieder glamourös erstrahlen. Man kann nur hoffen, dass beim nächsten Gruppenbild nicht eine gewisse blonde Dame in der Mitte stehen soll.

108,100

Geplatzter Dialog: Warum über Homosexuelle nicht in Moscheen diskutiert werden darf

Von [Hasnain Kazim](#) und Marius Münstermann

In einer Berliner Moschee sollte ein Dialog über Homophobie zwischen Muslimen und Homosexuellen stattfinden. Ein mutiger Schritt in Richtung Toleranz - der von Teilen der türkischen Presse mit einem Aufschrei quittiert wurde. Ein Lehrstück über Toleranz.

Berlin/Istanbul - Manchmal zeigt sich erst dann, wie wichtig ein Dialog ist, wenn er nicht stattfindet. So zu beobachten in Berlin-Neukölln, die Geschichte geht kurz gefasst so: Der Vorsitzende einer muslimischen Gemeinde und einige Vertreter von Schwulen- und Lesbenverbänden wollten sich in einer Moschee treffen, um über das Thema Islam und Homophobie zu diskutieren. So weit, so mutig. Doch aus dem Dialog wurde nichts, vorerst zumindest. Es hagelte Protest, der Vorsitzende sagte das Treffen ab.

Ender Çetin, er steht der Sehitlik-Gemeinde in Neukölln vor, sagte am Montagmittag: "Der Grundgedanke war, eine Begegnung zu schaffen." Neben ihm stand Daniel Worat, Vorstand im Bundesverband schwuler Führungskräfte (Völklinger Kreis). Seit' an Seit' auf einem Teppich in der Moschee. Nur redeten sie heute noch nicht über Glauben und Liebe, sondern erklärten, was da gerade passiert war.

Was war passiert? Am 24. November sollte das Treffen in der Moschee stattfinden, der Wunsch wurde von den Verbänden an Çetin herangetragen. Die türkische Presse bekam Wind davon, bei ihr entstand der falsche Eindruck, Çetin habe in seine Moschee eingeladen. Die Zeitung "Yeni Akit" berichtete von einem geplanten Besuch "abnormaler Homosexueller", "Sözcü" schrieb, die Regierungspartei AKP habe selbst die Anweisung gegeben, die Gruppe nicht in die Moschee zu lassen. "Takvim" nannte die "Einladung" von Homosexuellen in ein Gotteshaus einen "Skandal".

"Islamophobie in der schwulen Community"

Ender Çetin sah sich nun genötigt zu betonen, dass von einer Einladung keine Rede sein könne. Zugleich betonte er, dass es bereits in der Vergangenheit zwei Besuche von LGBTI-Gruppen in der Moschee gegeben habe. "Unsere Moschee steht allen offen", sagte Çetin, legte dann aber seine Einstellung offen: "[Homosexualität](#) ist eine Sünde", um schließlich wieder abzumildern, indem er sagte, die Diskriminierung von Homosexuellen könne kein wahrer Muslim hinnehmen. Wie er diesen Zwiespalt überwinden will? Der geplante Dialog könne dabei helfen, Antworten zu finden.

Es hätte niemanden gewundert, wäre Daniel Worat bei dem Wort "Sünde" nach draußen gegangen. Der Vorstand im Völklinger Kreis ist derjenige, der den Anstoß zu der Begegnung mit der muslimischen Gemeinde gegeben hatte. Worat aber blieb. Und er sagte: "Natürlich tut es mir im Herzen weh, wenn ich höre, dass das Ausleben meiner Sexualität eine Sünde sei. Trotzdem kann ich relaxt bleiben. Es bringt doch nichts, jetzt zu sagen: Wussten wir doch, dass die [Muslime](#) alle homophob sind."

Worat sieht den Dialog wie Çetin als Möglichkeit zur Annäherung. "Ich muss an dieser Stelle daran erinnern, dass teilweise auch in der lesbisch-schwulen Community Islamophobie vorhanden ist. Es geht also darum, gegenseitige Vorurteile abzubauen." Ein Treffen von Schwulen und Lesben mit Muslimen in der Moschee wäre "ein Highlight" gewesen, so Worat.

Wenn sich da alle so einig sind: Wieso der Rückzieher? Ender Çetin sagt, auch in seiner Gemeinde gebe es Kritik an dem Dialog. Das Medienecho aus der Türkei aber habe ihn überrascht.

"Unsere Gemeinde ist der Zeit voraus"

Dabei ist die Verbindung seiner Gemeinde zur Türkei eng. Sie ist Mitglied in der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib), die dem Präsidium für Religiöse Angelegenheiten der Türkei untersteht. Wegen dieser Bindung an die Türkei wurde Ditib in der Vergangenheit unter anderem als "langer Arm Erdogans" kritisiert.

Und die Situation von Schwulen und Lesben in der Türkei ist mit der in Deutschland kaum vergleichbar. Zwar ist gleichgeschlechtlicher Sex in der Türkei, anders als in vielen anderen Ländern mit mehrheitlich islamischer Bevölkerung, nicht strafbar. Homosexualität aber ist in weiten Teilen der Gesellschaft nicht akzeptiert und gilt als Krankheit oder psychische Störung. Schwule und Lesben werden häufig von ihren Familien ausgeschlossen und müssen ihre sexuelle Identität in der Öffentlichkeit verbergen.

Das war einmal anders: Vor allem in den Achtziger- und Neunzigerjahren entstanden viele Cafés, Bars und Clubs, die sich gezielt an ein homosexuelles Publikum richteten. Die liberalen Zeiten fanden aber ein Ende, als Mitte der Neunziger der konservativ-islamische [Necmettin Erbakan](#) zum Premierminister gewählt wurde. Seither und unter der ebenfalls islamisch orientierten AKP, die seit 2002 regiert, sei es nicht besser geworden, beklagen Schwulenverbände in der Türkei.

Und wie steht es um die Toleranz von Muslimen gegenüber Schwulen und Lesben in Deutschland? "Der angedachte Dialog ist keine Selbstverständlichkeit", sagt der Theologe Ender Çetin. Aber er ist überzeugt: "Unsere Gemeinde ist der Zeit voraus. Dass wir über das Thema Homophobie sprechen, ist ganz neu. Aber es ist jetzt da, und wir müssen weiter reden."

Çetin und alle Beteiligten fürchten nun aber, dass die Veranstaltung durch Provokationen gestört werden könnte. Sie wollen sich nun an einem neutralen Ort treffen, der Dialog soll wie geplant am 24. November beginnen.

108,102

Europäische Zentralbank: Warum Anleihekäufe nicht zu Inflation führen

Eine Kolumne von Wolfgang Münchau

Heizt die Geldpolitik von EZB-Chef Draghi die Inflation an? Diese Angst treibt viele Deutsche um. Doch ihre Sorge beruht auf einem Missverständnis, das teilweise bewusst geschürt wird.

Man liest immer wieder, dass die [Europäische Zentralbank](#) (EZB) mit dem Kauf von Anleihen ihre Geldmenge ausweite. Das ist absolut falsch. Die Debatte basiert zu einem großen Teil auf Missverständnissen und zum Teil auf bewusster Irreführung. Ich möchte heute versuchen, die Geschichte etwas aufzudröseln.

Es gibt zwei Dinge, die man unbedingt auseinanderhalten muss:

- Das eine ist die **Geldmenge**. Das ist das Geld, das der Wirtschaft zur Verfügung steht. Dazu gehören Bargeld, das Geld auf Girokonten sowie Sparguthaben, außer denen, die langfristig festgelegt sind.
- Etwas völlig anderes ist die **Geldbasis**. Die Geldbasis enthält zwei Komponenten. Die eine ist das Bargeld. Es ist kein sehr großer Teil und spielt bei Anleihekäufen keine Rolle. Volkswirtschaftlich gesehen ist Bargeld nichts anderes als Peanuts. Die zweite Komponente sind die Bankreserven. Auf die kommt es an.

Ich gehe noch weiter: Die Reserven des Bankensystems sind der einzig ausschlaggebende Posten. Wenn Sie 2000 Euro in ihr Sparkonto stecken und die Bank davon 1000 Euro an einen Kreditkunden verleiht, dann wandern die restlichen 1000 Euro auf ein Konto, das die Bank bei der Zentralbank unterhält. Die Bank darf dieses Konto niemals überziehen. Im Gegenteil, sie muss immer ein Guthaben darauf haben, das eine bestimmte Untergrenze nicht unterschreiten darf. Das nennt man eine Mindestreserve. Heutzutage haben die meisten europäischen Banken deutlich mehr Geld auf diesem Zentralbankkonto, als sie eigentlich müssten.

Diese Bankreserven sind der Hauptbestandteil der Geldbasis, aber sie sind nicht Teil der Geldmenge. Schließlich stecken die Guthaben bei der Zentralbank fest und stehen nicht für Verbrauch oder Investitionen zur Verfügung.

So, was passiert jetzt, wenn die EZB italienische Anleihen von einer italienischen Bank kauft? Die italienische Bank schickt der EZB die Anleihen und erhält dafür eine Überweisung auf ihr Konto bei der EZB. Die Geldbasis wächst. Die Geldmenge bleibt aber zunächst einmal unverändert.

Wenn Sie sich jetzt die Anleihekäufe der englischen oder der japanischen Zentralbank anschauen, dann ist genau das passiert, was ich gerade beschrieben habe. In beiden Fällen wurde die Geldbasis massiv erhöht. Die Geldmenge bewegte sich nicht.

Warum kaufen Zentralbanken die Wertpapiere dann überhaupt? Sie hoffen auf indirekte Effekte, die am Ende einer langen Kette vielleicht doch auf die Geldmenge wirken.

Zum Beispiel könnte die Bank das Geld, das ihr jetzt zur Verfügung steht, von ihrem Konto bei der Zentralbank abheben und als zusätzlichen Kredit vergeben. Das könnte eventuell einen positiven Kreislauf auslösen: Die Bank leiht das Geld einem Unternehmen. Das Unternehmen investiert in Maschinen. Der Maschinenproduzent investiert in neue Technologie. Beide stellen Mitarbeiter ein. Die wirtschaftliche Gesamtnachfrage wächst und damit auch die Nachfrage nach Krediten. Und dann wächst auch die Geldmenge wieder.

Nur leider hat das [in Japan zwei Jahrzehnte lang nicht funktioniert](#). Und bei uns bislang auch nicht. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- In Italien zum Beispiel ist die Wirtschaft seit 15 Jahren effektiv nicht mehr gewachsen. In einer **stagnierenden Wirtschaft** zahlen sich viele Investitionen nicht aus. Die Banken werden vorsichtiger.
- Ein weiterer Grund liegt in den **steigenden Auflagen**. Nach den Krisen der letzten Jahre verlangen wir von den Banken mehr Eigenkapital. Nicht alle Banken bekommen Kapital zu guten Konditionen. Es ist dann einfacher für sie, die Kredite zu reduzieren. Je weniger Kredite sie vergeben, desto weniger Kapital brauchen sie. Die Banken sanieren sich auf Kosten der Gesamtwirtschaft.
- Es gibt noch einen weiteren indirekten Effekt. Zu den Verkäufern der Anleihen gehören auch Ausländer, die dann ihre Euro in andere Währungen umtauschen. Dadurch sinkt der **Wechselkurs des Euro**. Und das hilft den Exporteuren im Euroraum. Viele Analysten sehen in dem Wechselkurs den wichtigsten Kanal, durch den Anleihekäufe der Zentralbank die Wirtschaft beflügeln.

Ich bin da eher skeptisch. Ich glaube nicht, dass die Anleihekäufe übermäßig viel ausrichten werden - weder Gutes noch Schlechtes.

Was Sie sich auf jeden Fall merken sollten ist: Mit den Anleihekäufen erhöht die EZB nicht die Geldmenge, sondern nur die Geldbasis. Eine höhere Geldmenge könnte zu höherer Inflation in der Zukunft führen. Mit einer höheren Geldbasis bekommen Sie das nicht hin, selbst wenn Sie es wollten.

Und nehmen Sie sich in Acht vor den Angstmachern, die den Unterschied zwischen Geldbasis und Geldmenge entweder nicht kennen oder ihn bewusst verschleiern.

Il y a deux façons d'étudier le monde des fonctionnaires. L'officielle et l'autre... consistant à ajouter les salariés payés par les services publics.



Marylise Lebranchu, ministre de la Décentralisation et de la Fonction publique. © Bertrand

Guay / AFP

Par JEAN NOUAILHAC

Officiellement, la France salarie **5,5 millions de fonctionnaires** : 2,44 dans la fonction publique d'État, 1,91 dans la territoriale et 1,15 dans l'hospitalière, derniers chiffres connus de l'Insee à la date du 31 décembre 2012, chiffres confirmés par le "rapport annuel sur l'état de la fonction publique" dans son édition 2014 qui vient de paraître (cf. [Le Point.fr](http://www.lepoint.fr) du 5/11/2014). C'est évidemment beaucoup trop comme chacun le sait, à part les extrémistes de gauche et de droite qui aimeraient "nationaliser" la France entière, mais au moins avons-nous des chiffres précis. Sauf que ces chiffres ne tiennent pas compte des faux fonctionnaires, des ersatz de fonctionnaires, des simili-fonctionnaires, des nombreux régiments de salariés qui sont payés avec de l'argent public et qui sont, au bas mot, **1,5 million à dépendre des contribuables**.

Ils n'ont pas le statut de la fonction publique mais bénéficient souvent des mêmes avantages et parfois de quelques autres en plus, en particulier de régimes spéciaux en or massif. Ils travaillent à la **SNCF, la RATP, La Poste, à la Banque de France, Airbus, Areva ou à France Télévision**. Ces fonctionnaires déguisés ne changeraient de position pour rien au monde, car ils échappent aux inconvénients de la fonction publique, comme l'obligation d'accepter des mutations antipathiques. Ces superprivilégiés, non-fonctionnaires, mais payés par des fonds publics, sont un peu moins de 700 000, selon ce fameux "rapport annuel", ce qui, ajouté à nos 5,5 millions, fait déjà un total (provisoire) de 6,2 millions.

"Projet articulé à l'action publique"

Car ce n'est pas tout. Il existe une seconde catégorie de sous-fonctionnaires dans le système qui sont également rémunérés par des fonds publics et qui représentent une armée de **700 000 à 1 million de citoyens** : ceux qui sont employés par des "organismes privés à financement public dominant", selon la formule du rapport, et qui travaillent dans l'enseignement privé, la santé, la protection sociale, essentiellement dans des associations dépendant directement de l'État ou des collectivités locales. La plupart du temps, il s'agit d'"organismes privés chargés d'une mission de service public", comme il y en a beaucoup parmi les **associations subventionnées**, souvent à fonds perdu, par nos collectivités locales si dépensières.

Quelques élèves de l'ENA de la promotion Willy Brandt (2009) vont éclairer un peu notre lanterne : pendant leurs études, ils ont été quatre à avoir pondu une longue note sur le monde associatif en France, ayant découvert pendant leur enquête **que les associations "dont le projet est articulé à l'action publique"** - comme ces choses-là sont dites avec l'élégance administrative qui convient - représentent 15 % de la totalité des associations qui sont de l'ordre de 1 million, mais 83 % de leur budget cumulé et la quasi-totalité de leurs emplois salariés. Les chiffres de nos jeunes énarques datant des années 2007-2008, on peut imaginer, vu les dérives constatées dans les collectivités locales, à quel point la situation a dû s'aggraver depuis lors...

Près d'un salarié sur trois !

Que font tous ces braves Français employés dans **ces associations** ? Ils travaillent dans le sanitaire, le social, le médico-social, dans des associations éducatives ou de consommateurs, régionales ou locales. Ils sont salariés de caisses des écoles, d'offices publics d'HLM, de "sociétés d'économie mixte" ou de "groupements d'intérêt public", ces deux derniers s'étant multipliés autour de nos collectivités locales, qui les appellent d'ailleurs leurs "satellites". **Entre 700 000 et 1 million d'emplois supplémentaires viennent ainsi s'ajouter à nos 6,2 millions**. Ils ne sont recensés dans aucune étude et, à notre connaissance, aucun "rapport" ne les analyse. Bien que persuadés que le vrai chiffre tourne autour du million et plutôt plus que moins, nous allons rester dans le bas de la fourchette et retenir le chiffre de 800 000, ce qui nous conduit à un total général de 7 millions de salariés, vrais et faux fonctionnaires, tous payés par des fonds publics, c'est-à-dire par les contribuables.

Si l'on veut bien considérer, toujours d'après l'Insee, que la France compte un total de 23,8 millions de salariés - chiffres au 31 décembre 2013 -, ces 7 millions de vrais et faux fonctionnaires représentent 29,4 % du total, près d'un salarié sur trois ! La plupart de nos concitoyens pensent que les fonctionnaires pèsent 20 % du monde salarial, 1 employé sur 5, ce qui est déjà énorme en soi. Quand on recherche la vérité en se débarrassant des oeillères officielles, on comprend mieux pourquoi ce chiffre de 20 % est répété à satiété. 1 sur 5, c'est trop, mais c'est tellement moins que 1 sur 3 !

Immigration

What have the immigrants ever done for us?

Rather a lot, according to a new piece of research

Nov 8th 2014 | [From the print edition](#)

PESKY immigrants. They move to Britain, taking jobs, scrounging welfare benefits, straining health services, overrunning local schools and occupying state-subsidised housing. That, at least, is the story recounted by politicians from the UK Independence Party (UKIP) and, increasingly, by members of the Conservative Party. A new study by two economists tells a very different tale.

Concern about the economic impact of immigration has centred on two areas: the effect foreigners have on native workers' wages and employment; and the extent to which immigrants, in particular those from countries within the European Union who are free to move around at will, take from a system to which they have contributed little. Research by Christian Dustmann of University College London and Tommaso Frattini of the University of Milan focuses on the second.

By calculating European immigrants' share of the cost of government spending and their contribution to government revenues, the scholars estimate that between 1995 and 2011 the migrants made a positive contribution of more than £4 billion (\$6.4 billion) to Britain, compared with an overall negative contribution of £591 billion for native Britons. Between 2001 and 2011, the net fiscal contribution of recent arrivals from the eastern European countries that have joined the EU since 2004 has amounted to almost £5 billion. Even during the worst years of the financial crisis, in 2007-11, they made a net contribution of almost £2 billion to British public finances. Migrants from other European countries chipped in £8.6 billion.

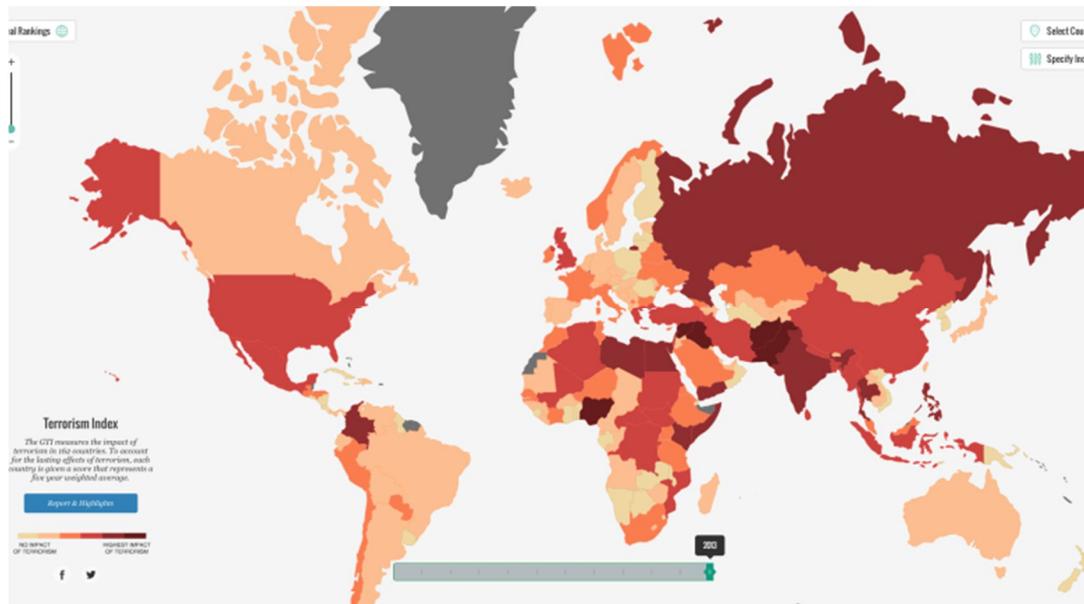
The authors point out that the cost of some government services—in particular “pure public goods” such as defence spending—remains the same no matter what the population, so the overall cost of providing them to immigrants is zero. Calculate the amount per person, and the price for Britons goes down as the number of immigrants rises, since the cost is shared between a larger number of individuals.

Immigrants' overall positive contribution is explained in part by the fact that they are less likely than natives to claim benefits or to live in social housing. Between 1998 and 2011 as many as 37% of natives were receiving some kind of state benefit or tax credit; European immigrants were nearly eight percentage points less likely to collect them. Those from Europe were also three percentage points less likely to live in social housing than Britons.

Mr Dustmann and Mr Frattini acknowledge that the benefits of immigration may be related to the fact that migrants tend to be young. But, they point out, it is likely that many recent migrants will return home, to enjoy their less productive later years—when they may cost the state more in terms of health care, for instance. They also argue that the youth of many recent arrivals means that they are at the beginning of their careers—and may be underemployed because of a lack of language skills, for example—so have not yet reached their full economic potential. The contributions of those who stay in Britain may well increase. It is a new form of foreign direct investment.

Islamisten verüben 66 Prozent aller Bluttaten

Seit 2001 hat die Zahl der jährlichen Terroropfer um 44 Prozent auf 18.000 Menschen zugenommen. Beim Terrorismus-Index wurde auch die Anzahl der weltweit agierenden Islamisten zusammengestellt.



Der Terrorismus-Index zeigt, wo auf der Erde die Terrorgefahr am höchsten ist. Je dunkler die Farbe, umso schlimmer ist die Lage

Foto: <http://www.visionofhumanity.org/>

Wäre es nach den militärischen und politischen Strategen gegangen, dann hätten die Anschläge des 11. September 2001 den Höhepunkt des weltweiten Terrors und seiner Opferzahlen gebildet. Die Regierungen, vor allem die USA, waren danach angetreten, die Welt friedlicher zu machen, Demokratie zu bringen, die Despoten zu stürzen.

Doch nicht erst die erschütternden Nachrichten des Jahres 2014 lassen Zweifel am Erfolg dieser Strategie aufkommen. Die Statistik zeigt, dass sie längst gescheitert ist. Vielmehr ist die Zahl der Terroranschläge schon 2013 in die Höhe geschneilt. Im jenem Jahr habe es fast 10.000 solcher Gewaltakte gegeben und damit 44 Prozent mehr als im Vorjahr, heißt es in einer neuen Studie des in London ansässigen Instituts für Wirtschaft und Frieden. Demnach kamen 2013 bei Terrorattacken fast 18.000 Menschen ums Leben.

Im Jahr 2000 verzeichnete man noch rund 3300 Opfer, 2012 bereits mehr als 11.000. Wie die Zahl für das Jahr 2014 ausfallen wird, lässt sich nur mutmaßen. In Anbetracht des Vormarsches der Terror-Miliz Islamischer Staat im Irak und Syrien dürfte sie noch einmal stark ansteigen, vermutet der Direktor des Instituts, Steve Killelea: "Wir beobachten eine bedeutende und verstörende Zunahme des weltweiten Terrorismus in den vergangenen zwei Jahren." Aktuelle Zahlen habe er nicht, aber: "Mein Instinkt sagt mir, dass sie noch schlimmer ausfallen werden."

Islamisten für 66 Prozent aller Bluttaten verantwortlich

Im sogenannten globalen Terrorismus-Index sind es vier islamistische Gruppen, die für 66 Prozent der Bluttaten verantwortlich gemacht werden: der Islamische Staat, die nigerianische Boko Haram, das Terrornetzwerk al-Qaida und die Taliban in Afghanistan und Pakistan.

Dem Bericht zufolge dürfte die Zahl der Taliban zwischen 36.000 und 60.000, die des IS bei rund 20.000 liegen. Die Anhängerschaft al-Qaidas wird auf bis zu 19.000 und Boko Harams auf rund 9000 geschätzt. Doch mit der genauen Bezifferung tun sich die Experten schwer. Zu viel ist in den betroffenen Ländern in Bewegung.

Besonders von Terrorismus ist der Irak betroffen. Dort starben 2013 bei 2492 Anschlägen mehr als 6300 Menschen. Die meisten Gewaltakte in dem Land gingen auf das Konto der IS-Miliz. Nach dem Bericht ereigneten sich mehr als 80 Prozent der tödlichen Terroranschläge im Irak, in Afghanistan, Pakistan, Nigeria und Syrien.

Bundeswehr bleibt mit 840 Soldaten in Afghanistan

Die Bundeswehr soll auch nach dem Ende ihres Kampfeinsatzes mit bis zu 850 Soldaten in Afghanistan bleiben. Das sieht der Mandatsentwurf für die neue Ausbildungs- und Unterstützungsmission "Resolute Support" (Entschlossene Unterstützung) ab dem 1. Januar 2015 vor, auf den sich die Staatssekretäre der zuständigen Ressorts verständigt haben. An diesem Mittwoch will das Kabinett ihn beschließen, dann muss im Dezember noch der Bundestag zustimmen.

Die Obergrenze für die Truppenstärke liegt etwas höher als die bisher vorgesehenen 600 bis 800 Soldaten. Derzeit sind noch 1520 deutsche Soldaten am Hindukusch. Auch in der afghanischen Hauptstadt Kabul gab es gestern wieder einen Anschlag auf einen ausländischen Konvoi. Dabei starben zwei afghanische Sicherheitsleute.

Jüngstes namentlich bekanntes Opfer des internationalen Terrors war der Amerikaner Peter Kassig. Der Entwicklungshelfer aus den USA wurde nach Angaben des IS enthauptet. Es ist nicht der erste Fall dieser Art. Im Gegensatz zu Bürgern anderer Staaten ist eine Geiselnahme für US-Bürger oder Briten fast ein Todesurteil. Denn die USA und Großbritannien weigern sich bisher, Verhandlungen mit den Entführern aufzunehmen. Andere Staaten, auch Deutschland, tun dies, ohne die Praxis öffentlich zu machen.

US-Präsident Barack Obama sieht sich aber nun genötigt, die amerikanische Vorgehensweise überprüfen zu lassen. Das Nachrichtenportal "The Daily Beast" veröffentlichte ein Schreiben des Pentagon, aus dem hervorgeht, dass sich die Überprüfung auf verschiedene Bereiche stützen soll: den Einsatz der betroffenen Familien, Geheimdienstmaterial sowie diplomatische Bemühungen. Das Schreiben ist dem Portal zufolge auf Dienstag vergangener Woche datiert. Kurz danach war das Video, das den Mord an Peter Kassig zeigen soll, aufgetaucht.

Übler als ein politischer Skandal

Hollandes Generalsekretär Jean-Pierre Jouyet füttert die Enthüllungsjournalisten. Damit wurde er in der eigenen Partei vom Hoffnungsträger mit weißer Weste zum Verräter.

18.11.2014, von JÜRIG ALTWEGG



© AFP  Premierminister Valls und Generalsekretär Jouyet (l.) in der vergangenen Woche vor dem Elysée-Palast

Als François Hollande nach erfolgter Wahl einen **besseren Quellenschutz** versprach, begründete er dessen Notwendigkeit auch mit Selbstschutz: **Die Indiskretionen, kommentierte er, kämen bekanntlich oft von ganz oben.** Der Staatspräsident ist ein Witzbold, aber diese Aussage ist verbürgt - und selbstironisch gemeint. Als Parteipräsident der Sozialisten war Hollande eine ergiebige Quelle. Vor einem Monat berichtete das rechtslastige Magazin „Valeurs actuelles“, das sich als „Stimme Sarkozys“ profiliert hat, dass **die beiden bekanntesten Rechercheure des „Monde“ regelmäßig im Elysée-Palast zu Gast seien.**



Autor: Jörg Altwegg, Jahrgang 1951, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf.

Die Opposition behauptet schon lange, dass die von Fabrice Lhomme und Gérard Davet losgetretenen Skandale rund um Sarkozy eine **orchestrierte Aktion** seien. Davet und Lhomme, die beide unter Polizeischutz stehen, begründen ihre monatlichen Besuche mit einem Buch, das sie über Hollandes Amtszeit schreiben würden. Vorerst aber haben sie ein Buch „**Sarko s'est tué**“ (der ironisch-mehrdeutige Titel heißt in etwa: Sarko hat sich umgebracht) veröffentlicht, in dem sie viele Primeurs auftischen, die nie in ihrer Zeitung standen. Den größten Wirbel haben ihre Ausführungen über François Fillon ausgelöst. Fillon war Sarkozys Premierminister. 2017 will er selbst Präsident werden. Und um Sarkozys Rückkehr zu verunmöglichen, sei er im Elysée vorstellig geworden mit der Bitte, man möge doch die polizeilichen Untersuchungen gegen den früheren Präsidenten beschleunigen und verschärfen. Bei Hollande waltet Jean-Pierre Jouyet als Generalsekretär der Machtzentrale: eine Schlüsselstelle.

Jouyet war sein Mitschüler in der Kaderschmiede ENA und ist sein Freund geblieben. Obwohl er politisch rechts steht. Und **Fillon als Minister gedient hat.** Logisch, dass man sich zum Geschäftsessen trifft. **Jouyet stritt zunächst alles ab.** Fillon, der in der eigenen Partei vom Hoffnungsträger mit weißer Weste zum Verräter wurde, spricht von einer Verschwörung und reichte Klage gegen seinen Ex-Minister ein. Darauf kam Jouyet mit einer neuen Version an die Öffentlichkeit. **Die Journalisten wiederum waren auch nicht zimperlich mit ihrer Quelle: Jouyet selbst habe ihm alles erzählt - und das Gespräch hätten sie mitgeschnitten.** Wovon der redselige Generalsekretär nichts gemerkt haben will. Fillon verlangt die Herausgabe der Bänder vor Gericht. Es wird sich diese Woche dazu äußern.

Der „Canard enchaîné“ wiederum publizierte die Entschuldigung Jouyets per SMS an Fillon, auch seine Frau, die Erbin der Champagner-Dynastie Taittinger, habe mit ihm geschimpft. (Hollande ist weniger streng.) **Die Episode ist übler als ein politischer Skandal: Sie illustriert die Inzucht der französischen Eliten und die Unfähigkeit der Machthaber, das Land zu regieren: Nicht einmal ihr eigenes Jekami-Kabinetten haben sie im Griff. Entlarvend ist die Affäre für das Rollenverständnis der Medien. Ihre Quellen scheinen sie vor allem dann schützen zu wollen, wenn diese nicht besonders verlässlich sind. Ansonsten betreiben sie Verlautbarungsjournalismus der billigeren Sorte und verkaufen ihn als Enthüllungsjournalismus.**

Twenty-five years on

The fall of the Berlin Wall closed the question of communism. But it reopened the question of Germany

Nov 8th 2014 | BERLIN |



SINCE 1789 pieces of the Bastille have been sought-after decorations on mantelpieces in France. Two centuries later, bits of the Berlin Wall have travelled all around the globe. It is “the only monument that exists on all continents,” except possibly Antarctica, says Axel Klausmeier, the boss of a Berlin foundation for its remembrance. That says a lot about what Germans call their “peaceful revolution”, which climaxed with the breaching of the wall on November 9th 1989. This weekend Germans will mark its 25th anniversary with a celebratory bash.

As the first successful liberal revolution in German history, 1989 ranks in importance with 1789, says Rainer Eppelmann, head of a foundation studying the East German dictatorship. Even better, unlike that French revolution 200 years earlier, the German one was non-violent. Because the Berlin Wall divided not just a city but also a country, a continent and the world, its fall implied a global promise of liberty. In geopolitics the “end of history” seemed possible, though it later gave way to a “clash of civilisations”, as duelling book titles put it in the 1990s.

German expectations were highest. “Now what belongs together will grow together,” predicted Willy Brandt, a former chancellor and mayor of divided Berlin, the day after the wall fell. Contemplating the environmental and economic dereliction of 45 years of communist rule, Helmut Kohl, then chancellor, envisaged “blooming landscapes” in the east.

A generation on, Germans still debate whether they have grown together and to what extent the east has bloomed. In terms of motorways and other infrastructure, the east sparkles today. In certain social indicators, such as women’s participation in the workforce or the enrolment of toddlers in crèches, it even leads the west. But overall, according to polls, eastern Germans are still less content than westerners.



After years of net migration from east to west (which only recently abated), parts of the east are depopulated, especially in rural areas. Eastern Germany's GDP per head is still only 67% of that in western Germany. Its productivity is 76% of the western figure and the number of patents filed just 29%. Its unemployment rate is 9.7% to the west's 5.9%. Apart from a few industrial clusters, the east has hardly any large companies (see [article](#)).

Yet a closer look reveals that the differences within eastern and western Germany are now greater than those between them. Saxony in the east, especially around Dresden and Leipzig, is comparable to Bavaria and Baden-Württemberg, two vibrant regions in western Germany. Parts of Lower Saxony and Westphalia, in the west, are as downtrodden as Brandenburg or Mecklenburg, in the east.

The striations thus no longer run neatly along the former border between the two Germanies, but between various distinct regions. The remaining east-west divide is no more pronounced than the socio-economic fault lines that cross Belgium, Italy or Spain. When Helmut Schmidt, another former chancellor, described eastern Germany in 2005 as "*mezzogiorno* without the mafia", he was actually describing European normality. This is why the "solidarity pact", a package of German subsidies for the east due to expire in 2019, will probably be replaced by aid to struggling regions on whichever side of the former wall they happen to be.

This must count as success, argues Karl-Heinz Paqué, a former finance minister of the eastern region of Saxony-Anhalt: "The results are better than commonly understood, but worse than expected in the early 1990s." The Koreans should be so lucky, if they ever get their chance.

Less clear are the pan-European implications of the wall's fall. Unification, which followed less than a year later, raised anew the old "German question" in European history: Would a united Germany dominate the continent? At the time, Britain and France feared it would. Today, in the fifth year of the euro crisis, many in the southern euro zone subject to austerity feel it already does.

Others, notably America, want Germany to do more. "Germany is no Switzerland, although some Germans would like to pretend that it were," says Robert Zoellick, a former American diplomat who helped negotiate reunification. The Germans themselves are as divided as anyone. Most, according to polls, still cling to the post-war era's radical pacifism and diplomatic restraint. But the elite has grasped that Germany should accept more responsibility. History did not end in 1989. As the crisis in Ukraine shows, today's Europe needs Germany to lead.

108,110

Le Point - Publié le 18/11/2014 à 08:12 - Modifié le 18/11/2014 à 11:23

Pour l'historien Christophe Prochasson, la transcendance des partis est difficile.

La France a toujours vécu la politique sur le mode de la guerre civile.



Le président Raymond Poincaré et Georges Clemenceau - son meilleur ennemi - à Colmar le 10 décembre 1918

Propos recueillis par FRANÇOIS GUILLAUME-LORRAIN

Le Point : À quels moments notre vie politique s'est-elle essayée à des alliances qui transcendent les partis ?

Christophe Prochasson : Dès qu'il s'est agi de défendre une république en danger. Cela fut le cas avec l'affaire Boulanger, qui faisait planer une menace autoritaire. Mais un deuxième moment plus marqué a été l'affaire Dreyfus. Il s'est formé un Bloc des gauches qui a rassemblé des hommes allant du centre à l'extrême gauche (imaginez de Pierre Laurent à François Bayrou) pour défendre Dreyfus, mais surtout la république, contre les nationalistes. À l'été 1899, pour la première fois...

Eine Frau verschwindet

Die Geschichte dieses Films hat ein reales Vorbild: jene der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig, die es mit kriminellen Clans aufnahm und in den Freitod ging. In „Das Ende der Geduld“ setzt Martina Gedeck ihr ein Denkmal.

19.11.2014, von **URSULA SCHEER**



© OLIVER VACCARO  Eine einsame Figur: Corinna Kleist (Martina Gedeck) hilft vielen. Dass sie selbst Hilfe braucht, ahnt niemand.

Der Film, der Deutschlands bekanntester Jugendrichterin Kirsten Heisig ein Denkmal setzt, beginnt mit einem Rätsel. Da bejubelt die Berliner Richterin, die hier Corinna Kleist heißt und von einer Martina Gedeck in Bestform verkörpert wird, bei der Fußball-WM 2010 auf der Fanmeile ein Tor der deutschen Nationalmannschaft. Am Ball sind Spieler, die gelungene Integration verkörpern, das Leben ist ein Fest, Corinna Kleist hat gerade ihr titelgebendes Buch „Das Ende der Geduld“ fertiggestellt, in dem sie, wie ihr reales Vorbild, den Kampf um schnellere, effektivere Strafverfolgung krimineller Jugendlicher beschreibt: die Entwicklung ihres „Neuköllner Modells“. Doch statt zu feiern, steht sie einfach auf und geht, und keiner weiß warum. Nur rückblickend wissen alle, dass dieses Verschwinden eines für immer war, weil die Frau, die hinter Passanten aus dem Bild verschwindet, sich in einem Waldstück das Leben nehmen wird.



Autor: Ursula Scheer, Freie Autorin im Feuilleton. Folgen:

Warum nur? Das ist eine der Fragen, die in den Augen ihres Kollegen Wachowiak (Jörg Hartmann) steht. Andere folgen: War es wirklich Selbstmord? Und: Auf welchem Weg war sie? Wir folgen seinem Blick zurück auf eine Frau, die er nicht begreift, bis an den Punkt zwei Jahre zuvor, der im Film den Anfang von allem markiert. Im Gerichtssaal - wir sehen Corinna Kleist von schräg unten gefilmt aus der Perspektive ihrer „Kunden“ - verurteilt sie eine alkoholsüchtige Intensivtäterin, die gerade noch unter das Jugendstrafrecht fällt. Minuten nach dem Richterspruch stürzt sich die junge Frau aus einem Fenster in den Tod, Corinna Kleist fährt sich mit den Händen über das Gesicht, nimmt eine Auszeit, joggt am Heiligensee, keucht, kehrt zurück in den Dienst, nach Neukölln, dieses Mal.

Fiktionalisierung als Akt der Pietät

Dort macht sie ihrem Vorgesetzten klar: Sie will nicht mehr in einem „Reparaturbetrieb“ arbeiten. Justiz müsse präventiv wirken, durch rasche Verhandlungen verhindern, dass Jugendliche die Folgen ihrer Taten zu spät merken und völlig abrutschen. Deshalb nur wolle sie weiter als Jugendrichterin arbeiten und es auch mit den libanesischen Clans im Kiez aufnehmen, deren Kinder erst die Schule schwänzen, dann klauen, die Lehrerin krankenhaushausreif schlagen, Kokain dealen, vergewaltigen. Wir begleiten Corinna Kleist auf ihrem Weg durch Gerichtssäle, Büros, Sitzungszimmer, auf die Polizeiwache, wo sie sich Mitstreiter sucht, zu den Müttern, in die Schule, vor die Fernsehkameras und hören ihr Credo: „Ich will etwas tun, bevor die Kinder kaputt sind.“ Indem sie das Gesetz durchsetzt. Härte zeigt, gerade Migranten aus einer patriarchal und hierarchisch strukturierten Kultur gegenüber, statt darauf zu setzen, dass wachse sich schon alles irgendwie aus.

Martina Gedeck versucht keine Sekunde, Kirsten Heisig darzustellen, ihren Gang, ihre Stimme oder ihre Gestik zu imitieren. Corinna Kleist ist eine eigenständige Figur, die gerade mit dieser Distanz Respekt für die tatsächliche Richterin bekundet. Die Fiktionalisierung ist ein Akt der Pietät, und Martina Gedeck gelingt mit ihrem nuancenreichen Spiel das Paradox, ihre Figur rätselhafter zu machen, je mehr wir über sie

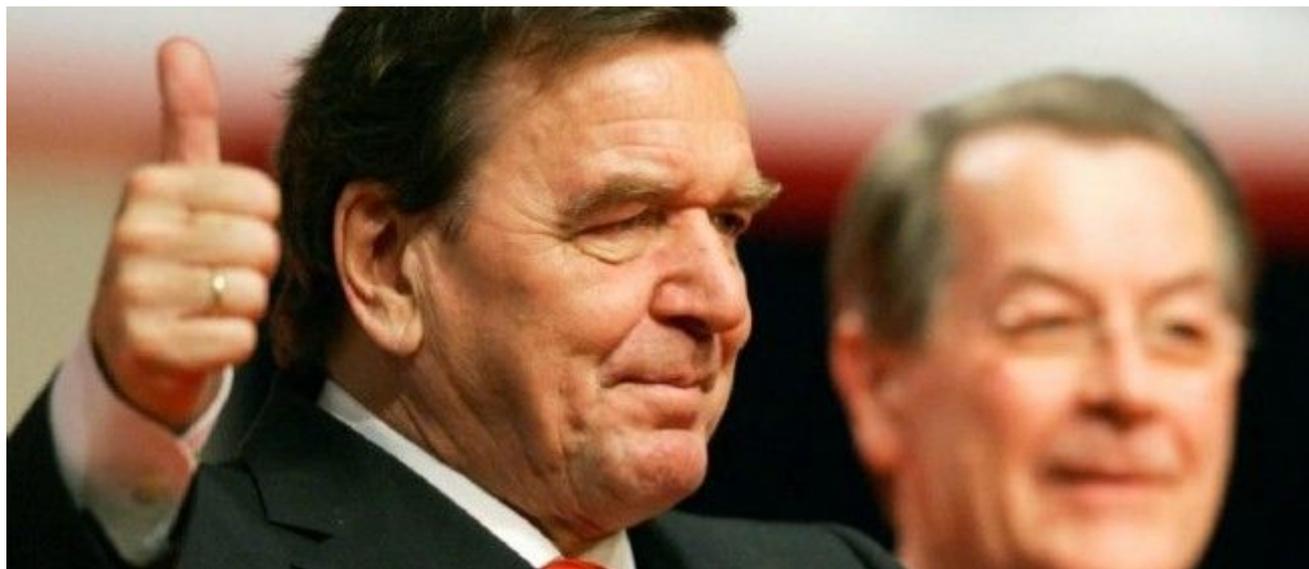
erfahren. Was kann man schon über einen Menschen sagen, von dem wir nur die professionelle Persona sehen. Nur kurz durch Türöffnungen hindurch beobachtete (und exzellent von Jana Marsik gefilmte) emotionale Momente und der wiederkehrende Griff zum Tablettenbriefchen gewähren einen Blick hinter die Kulissen.

Sie selbst wird unscharf

Dass Corinna Kleist Mutter ist, erfahren wir in einem Nebensatz. Die Information wirkt erratisch und überflüssig, denn das Privatleben der Richterin ist in dieser Inszenierung von Christian Wagner schlicht inexistent. Weil sich das Drehbuch (Stefan Dähnert) an Kirsten Heisigs Sachbuch anlehnt. Aber auch, weil es eine bewusste Entscheidung gewesen sein muss, die in der Neuköllner Zeit der Richterin gescheiterte Ehe außen vor zu lassen. Das schafft dramaturgische Probleme, weil es das selbstgestellte Rätsel des Freitods wie in einem luftleeren Raum stellt. Es räumt aber auch die Bühne frei für das Drama, um das es eigentlich geht: Tag für Tag mit Jugendgewalt fertig zu werden.

Das stellt „Das Ende der Geduld“ schonungslos dar. Ja, es gibt eine junge türkischstämmige Polizistin (Sesede Terziyan), die als Sympathieträgerin im Einsatz ist, es gibt den liebenswerten Jungen Rafiq (Mohamed Issa), den vor der Verrohung zu retten, Corinna Kleist zum Herzensanliegen wird, aber Multikultikitsch gibt es in diesem dichten Drama nicht, das den Figuren auf den Leib rückt. „Distanz kann ich nicht“, sagt die Richterin. Wie könnte sie auch, die ist spätestens weg, als bei der Verhandlung die Wunden eines dreizehnjährigen Vergewaltigungsopfers zu Protokoll gegeben werden. Der Täter sitzt daneben, fühlt sich sicher, Jugendstrafrecht eben, sein Clan deckt ihn. Er solle sich die Bilder anschauen, herrscht Corinna Kleist ihn an und richtet den Projektor auf ihn. Er weicht zurück, wie mit Dreck beworfen. Sie wird ihn noch drankriegen. Aber sie selbst wird unscharf im Bild. Irgendwo quietscht es. War sie auf dem richtigen Weg? Die Frage bleibt offen, viele andere auch. Mehr kann man von einem solchen Biopic nicht verlangen.

Une politique de relance par l'offre est indispensable. Mais, avant de produire ses effets, elle déprimera à court terme l'activité. C'est le prix à payer...



Gerhard Schröder

a mené une douloureuse politique de l'offre en Allemagne entre 2002 et 2005. © DDP/JOCHEN LUEBKE GERMANY OUT

Par PATRICK ARTUS

L'Allemagne, dans la première moitié des années 2000, et l'Espagne, depuis 2009, ont mené des politiques de soutien de l'offre de biens et de services.

La France et l'Italie doivent mener ce type de politiques compte tenu de la situation de leur économie. Quand on met en place des politiques de l'offre dans un pays, il faut assumer et expliquer à l'opinion que la demande est initialement déprimée et que la croissance est initialement ralentie ; il faut savoir que le temps nécessaire pour que les politiques de l'offre donnent des résultats est très long (trois à cinq ans).

On peut appeler de manière générique politique de l'offre une politique de réduction des coûts de production, de redressement de la rentabilité des entreprises, de soutien à l'accumulation de capital. On a vu une telle politique en Allemagne, dans la première moitié des années 2000. Le coût salarial unitaire recule en Allemagne de 2003 à 2007 ; la rentabilité se redresse à partir de 2002 ; la fiscalité est réformée, avec la baisse des cotisations sociales des entreprises et des impôts sur les profits des entreprises, la hausse de la TVA.

On a vu une politique de l'offre aussi en Espagne, depuis 2009. Le coût salarial unitaire a fortement reculé depuis 2008, la rentabilité des entreprises espagnoles s'est considérablement redressée, les cotisations sociales et impôts directs des entreprises ont été réduits. Des politiques de l'offre vont devoir être mises en place en France et en Italie avec le recul de la rentabilité des entreprises dans ces deux pays et en particulier la chute des marges bénéficiaires de l'industrie.

L'exemple allemand

Le pacte de responsabilité (baisse à terme de 40 milliards d'euros des impôts des entreprises) décidé en France va évidemment dans ce sens. La baisse de l'impôt sur les sociétés et de la taxe professionnelle en Italie, aussi. Nous voulons rappeler que les gouvernements peuvent être mis en position difficile quand ils décident de mettre en place des politiques de l'offre.

En effet, les politiques de l'offre dépriment initialement l'activité. Dans la plupart des cas, les gouvernements mettent en place une hausse de la taxation de la consommation ou une baisse des dépenses publiques pour financer la baisse des impôts des entreprises ainsi qu'un freinage des salaires pour restaurer la rentabilité. Il doit aussi apparaître un redressement de la productivité, ce qui correspond à des pertes d'emploi, pour améliorer la rentabilité.

Initialement, les politiques de l'offre réduisent donc la demande intérieure. Cela s'est bien observé en Allemagne au début des années 2000. En Espagne, la crise immobilière a, bien sûr, conduit à un effondrement de la demande intérieure qu'on ne peut pas attribuer aux politiques de l'offre. En 2005, en Allemagne, la demande intérieure est 4 % plus basse qu'en 2001. Le cas allemand est instructif pour la France et pour l'Italie. De 2002 à 2006, il y a donc eu en Allemagne faiblesse de la demande intérieure et de l'activité, alors même que l'environnement international était favorable et soutenait les exportations de l'Allemagne, alors même que l'Allemagne a laissé croître ses déficits publics. Les exportations de l'Allemagne progressant de 5 à 10 % par an de 2002 à 2006, l'Allemagne passe d'un excédent budgétaire de 1 point de PIB en 2000 à un déficit de plus de 4 points en 2003.

La France et l'Italie vont devoir mener des politiques semblables à celles menées en Allemagne de 2001 à 2006, mais dans un environnement de faiblesse du commerce mondial et de leurs exportations, et de réduction de leurs déficits publics. La faiblesse de l'activité risque donc d'être pire en France et en Italie dans le futur que celle qui a été observée en Allemagne de 2001 à 2005.

L'importance de la transparence et du courage des gouvernements

Il reste à expliquer pourquoi, si les pays souffrent d'une déficience de l'offre, la perte de la demande due aux politiques de l'offre affecte négativement l'activité. D'une part, si la production est réduite par les problèmes d'offre, elle n'est pas entièrement insensible à la demande. D'autre part, les problèmes d'offre sont plus graves dans certains secteurs (industrie, construction) que dans d'autres (services).

La seconde difficulté majeure est que les politiques de l'offre ne produisent les effets favorables attendus qu'après une longue période. Avant de voir un redressement de l'accumulation de capital, de l'emploi, des exportations, de la croissance, il a fallu entre quatre et cinq années en Allemagne et au moins quatre

années en Espagne. Cela se comprend : il faut d'abord qu'il y ait redressement de la profitabilité, puis de l'investissement des entreprises, puis capacité à produire davantage, puis gains de parts de marché.

Cela souligne l'importance de la transparence et du courage des gouvernements. La France et l'Italie doivent mettre en place des politiques de l'offre et sont en train de le faire. D'abord, il faut que les deux gouvernements expliquent de manière transparente à l'opinion ce qui va se passer : dans un premier temps, une perte d'activité, d'autant plus que l'environnement international n'est pas favorable, puis une période longue (quatre ans ?) avant que les effets favorables sur l'investissement, la capacité de production, l'emploi, la croissance n'apparaissent. Surtout, il ne faut pas laisser croire aux opinions que les résultats seront rapides. Il faut se rappeler le profil du chômage en Allemagne dans les années 2000, en Espagne dans la période récente. Le taux de chômage passe en Allemagne de 7,5 % en 2001 à plus de 11 % en 2005.

Il faut ensuite que les deux gouvernements soient courageux. Les opinions publiques peuvent réagir négativement à l'absence de résultats rapides des politiques de l'offre. Aujourd'hui, en France, on entend de plus en plus demander l'abandon de ces politiques. Il faut surtout que les gouvernements ne reculent pas en cédant aux demandes de stimulation de la demande, sauf s'il s'agit de composantes de la demande favorables à la croissance de long terme (investissements publics utiles, éducation et formation).

108,115

L'immigration, obsession du débat politique britannique



Le parti europhobe Ukip, dont l'élection d'un second député est annoncée, impose son agenda aux partis traditionnels.

Pas de doute possible sur son vote. Sur la façade de sa maison, Stefan Quick a accroché des pancartes [Ukip](#) et un drapeau de la croix de saint Georges barré de la mention «England». «Je ne suis pas raciste, précise d'emblée ce père de famille sans emploi. Mais les immigrés arrivent et se servent dans le pot auquel nous avons contribué pendant des années. On est un petit pays, une nation souveraine, nos ressources doivent profiter en priorité aux Britanniques.»

Cet ancien électeur travailliste votera donc ce jeudi pour Mark Reckless, ex-député conservateur qui a démissionné pour se représenter au Parlement sous les couleurs du parti europhobe et anti-immigration Ukip (United Kingdom Independence Party) à Rochester (Kent), à une cinquantaine de kilomètres à l'est de Londres. Le transfuge est grand favori, avec 12 à 15 points d'avance dans les sondages. S'il l'emporte, il sera le second élu Ukip à Westminster, après l'élection triomphale d'un autre ancien du Parti conservateur, Douglas Carswell, début octobre.

L'immigration au cœur du débat

À la veille du scrutin, Mark Reckless a lancé un pavé dans la marre en annonçant que les immigrés européens présents en Grande-Bretagne devraient repartir dans leur pays d'origine en cas de retrait du pays de l'Union européenne. Au café italien voisin de sa permanence de campagne, dans la rue principale de Rochester, il tente de rassurer. «Nous n'avons pas de problème avec les Français de Londres qui apportent une contribution positive, tempère-t-il. Le problème, ce sont les Européens de l'Est et du Sud, qui font pression à la baisse sur les salaires et obstacle à l'emploi des Britanniques.» La charmante petite ville médiévale fondée par les envahisseurs romains, saxons puis normands, avec son château fort, ses antiquaires et salons de thé, ne croule pourtant pas sous le poids de l'immigration. La proportion de résidents nés à l'étranger y est de 9,3 %, trois points sous la moyenne nationale. Le taux de chômage y est inférieur à 3 %. À Clacton-on-Sea, où a été élu Douglas Carswell, les immigrés forment à peine plus de 4 % de la population locale.

Le ministre de la Défense, Michael Fallon, décrit des villes anglaises «assiégées» par l'immigration. «Ne reste-t-il personne en Grande-Bretagne capable de faire un sandwich?», se désespérait en une le tabloïd *Daily Mail*, quand l'industriel Greencore, fournisseur de Marks & Spencer, est allé recruter trois cents employés en Hongrie.

Le sujet a évincé les questions économiques pour s'imposer au cœur du débat pour des législatives de mai 2015. «Cela reflète le sentiment d'une identité britannique menacée, peu importe que vos voisins soient immigrés ou non. C'est le sujet qui revient le plus dans les porte-à-porte électoraux. Aucun politique ne peut être assez inconscient pour l'ignorer», prévient Alp Mehmet, de l'association Migration Watch, qui milite pour une réduction drastique des arrivées. L'échec de [David Cameron](#) à honorer sa promesse de diviser par 2,5 le solde migratoire durant son mandat a fait le lit de l'Ukip. Alors qu'il s'était engagé à le ramener sous la barre des 100.000 personnes par an, le chiffre s'est accru à 243.000 l'an dernier. La moitié provient de l'Union européenne, un flux sur lequel le gouvernement n'a aucun contrôle du fait du principe de liberté de mouvement au sein de l'UE.

Surenchère de tous les partis

Pendant ce temps, l'Ukip a sensiblement redéfini son message. La sortie de la Grande-Bretagne de l'Union n'est plus une fin en soi, mais le seul moyen de «reprendre le contrôle» des frontières. Cameron s'est engouffré dans la brèche pour tenter de contrecarrer les succès électoraux du parti de Nigel Farage, qui menace ses chances de réélection. «L'élection d'un député Ukip a déjà fait changer radicalement le discours de David Cameron sur le sujet, je n'ose imaginer ce que pourrait produire l'élection d'un second», se délecte Mark Reckless.

«Pour l'Ukip, quitter l'Europe et fermer nos frontières est la réponse à tous les problèmes», déplore Naushabah Khan, candidate travailliste à Rochester, fille d'immigrés pakistanais et kenyan. Embarrassée, la gauche a beau jeu de stigmatiser la «surenchère entre les Tories et l'Ukip», cela ne l'empêche pas d'y participer. Le Labour vient d'annoncer son projet de priver les immigrés européens d'allocations chômage pendant deux ans après leur arrivée pour mettre fin au «tourisme social».

L'obsession politique et médiatique ne laisse guère de place à la réflexion. «On assiste à un très vif débat anecdotique. Si on regarde les chiffres, il est clair que l'immigration européenne apporte une contribution fiscale supérieure à celle des Britanniques de souche», souligne Christian Dustmann, professeur à l'University College London. Dans une étude récente, il montre que les migrants européens ont rapporté quelque 25 milliards d'euros net au budget britannique entre 2001 et 2011. Économistes, chefs d'entreprise et quelques rares politiques s'alarment des conséquences économiques d'une fermeture des frontières. Mais «aucun leader politique n'a le courage de dire que l'immigration profite au Royaume-Uni», regrette Atul Hatwal, de l'association Migration Matters.

So viel Nazi-Ideologie steckt im Islamismus

Morallosigkeit im Namen einer höheren Moral: Es gibt einen direkten Traditionstransfer vom Gedankengut der deutschen Nationalsozialisten hin zu Strömungen des islamischen Fundamentalismus.

Von [Clemens Wergin](#) Korrespondent in Washington



Foto: picture alliance/abaca Die martialische Inszenierung ist ein wichtiger Teil der Wirkung des IS

Man sollte vorsichtig sein mit Nazi-Vergleichen. Sie werden oft als billige Waffe im politischen und ideologischen Kampf eingesetzt und tragen selten dazu bei, komplizierte Sachverhalte zu erhellen. Aber angesichts der jegliche Zivilisationsnormen sprengenden Verbrechen der IS-Terroristen im Irak und in Syrien kann man gar nicht anders, als Parallelen zum dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte zu ziehen. Hier einige der offensichtlichsten Ähnlichkeiten.

Erstens: Die Ideologie. Wie der Nazismus ist der Islamismus, aus dem al-Qaida, al-Nusra, IS und andere islamische Terrorgruppen ihren Ideenvorrat beziehen, eine zutiefst antiwestliche Ideologie. Ihr Hauptfeind ist der Liberalismus, also die Kombination aus Individualismus, Demokratie, Freiheit und freier Marktwirtschaft, die maßgeblichen Grundpfeiler westlicher Gesellschaften. Und wie den Nazis gelten auch den Islamisten Amerikaner und Juden als die Verkörperung dieser verhassten Werte, die deshalb bekämpft werden müssen.

Wie Jeffrey Herf in seinem Buch "Nazi Propaganda for the Arab World" nachgewiesen hat, gibt es einen direkten Traditionstransfer der deutschen Nazi-Ideologie hin zum islamischen Fundamentalismus. Sowohl die schiitisch-islamistische Hisbollah als auch die sunnitisch-islamistische Hamas beziehen sich in ihren Gründungsdokumenten auf die aus dem russischen Kaiserreich stammende antisemitische Geschichtsfälschung "Die Protokolle der Weisen von Zion", die auch bei den deutschen Nazis hoch im Kurs stand.

In seiner Entstehungsgeschichte kann der Islamismus durchaus als islamische Ausprägung des "indigenen" europäischen Faschismus gesehen werden. In den 1920er-Jahren marschierten etwa die "Grünhemden" durch Kairo und imitierten damit den Marsch auf Rom von Mussolinis Schwarzhemden.

Schlimmste europäische Traditionen

Man sollte zwar nicht den Fehler machen, Muslimbrüder, Islamismus und IS in eins zu setzen. Seit den ägyptischen Anfängen haben sich die Muslimbrüder in sehr unterschiedliche Richtungen bewegt und zum Teil der Gewalt abgeschworen und sich auch auf den politischen Prozess eingelassen.

Aber das antiwestliche Denken gehört weiter zum Kern dieser Bewegung. Und mit dem extremistischen Weg, den die IS-Fraktion eingeschlagen hat, spannt sich der Bogen wieder zurück zu den schlimmsten europäischen Traditionen, aus denen die Islamisten-Bewegung einst ihre Inspiration geschöpft hatte.

Zweitens: Die Gewalt und ihre Rechtfertigung. Ein Merkmal des islamischen Terrorismus ist es, dass er sich von jeglichen moralischen oder zivilisatorischen Fesseln befreit sieht. Das war bei den Terroristen von al-Qaida schon so, die das Töten von Zivilisten als Kern ihrer Mission ansahen und nichts von der im Gewohnheits- und Völkerrecht üblichen Unterscheidung in (unschuldige) Zivilisten und feindliche Kämpfer hielten. IS hat diese höhnische Aufkündigung zivilisatorischer Grundstandards nun noch auf eine neue Ebene gehoben.

Alle Mitglieder westlicher Gesellschaften sind demnach irgendwie schuldig und gehören bekämpft. Eine Ideologie des "totalen Krieges", die an Hitlers Ausrottungskrieg gegen Juden und osteuropäische Völker erinnert, auch wenn die Terror-Islamisten zum Glück nicht über die Mittel verfügen, um ihre Vernichtungsfantasien in großem Maßstab in die Tat umzusetzen.

Himmlers Posener Rede

Dort, wo sie dazu in der Lage sind, verfallen sie aber in einen Blut- und Machtrausch, der an die massenhaften Gewaltexzesse von Nazi-Einheiten in Osteuropa erinnern, die auch jenseits der fabrikartig organisierten Vernichtungslager begangen wurden. Es handelt sich bei den Tätern oft um Modernisierungsverlierer ihrer Gesellschaften, die eine narzistische Kränkung in hemmungslosen Gewaltausbrüchen ausagieren.

Zwar hat es das in der Menschheitsgeschichte immer wieder gegeben, dass wütende junge Männer sich auf den Schlachtfeldern des Krieges zu grausamsten Gewaltexzessen haben hinreißen lassen. Meistens wurden solche Exzesse jedoch von politischen Führern nicht als die Regel, sondern als unglückliche und unrühmliche Ausnahmen dargestellt.

Das ist bei den hochideologisierten Bewegungen von Nazismus und IS-Islamismus anders. Sie predigen Morallosigkeit im Namen höherer Ziele und einer höheren Moral und brüsten sich ihrer Taten. So wie Heinrich Himmler es in seiner "Posener Rede" vor SS-Gauleitern aus ganz Osteuropa tat, als er sie für ihre "Anständigkeit" lobte.



Foto: picture-alliance / dpa Nazismus und IS-Islamismus - beide predigen Morallosigkeit im Namen höherer Ziele und einer höheren Moral und brüsten sich ihrer Taten. So wie es Heinrich Himmler (im Bild bei einer Ansprache an SS-Männer) 1943 in seiner berühmten "Posener Rede" vor SS-Gauleitern aus ganz Osteuropa tat, als er sie für ihre "Anständigkeit" lobte.

"Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht und ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte."

Verhasste Westler

Zwar beziehen sich Nazis und Islamisten auf gänzlich unterschiedliche Quellen zu ihrer Rechtfertigung, die einen rekurren auf die Rassenlehre, die anderen auf Koran und Prophetenüberlieferungen (Hadithen). Aber wer sich einmal das IS-Propagandamagazin "Dabiq" angesehen hat, etwa die [Rechtfertigung der Islamisten, gefangen genommene Jesiden in die Sexsklaverei zu verkaufen](#), der sieht, dass hier ebenfalls das Geschäft der "Umwertung aller Werte" betrieben wird. Die Auflösung jeglicher überlieferter Zivilisationsnormen zugunsten einer islamischen Version der totalen Machtausübung über Leib und Leben der Unterworfenen. Das Kopfab schneiden ist zum Symbol und zur Triumphgeste dieses Machtanspruches geworden.

Drittens: Rassenlehre und islamischer Essentialismus. Was mit am verstörendsten ist an der Mordlust der IS-Kämpfer, ist nicht allein die Hinrichtungsart, die sie zu ihrem Markenzeichen gemacht haben, sondern auch die Auswahl ihrer westlichen Opfer. Peter Kassig, Alan Henning und David Haines waren selbstlose Helfer, die versuchten, das Leid der mehrheitlich muslimischen syrischen Bevölkerung zu lindern.

Und die Journalisten James Foley oder David Sotloff setzten ihr Leben dafür ein, der Welt über die grausamen Verbrechen des Assad-Regimes zu berichten. Aber für IS war nicht wichtig, was sie taten, sondern was sie sind: verhasste Westler, die sich selbst durch ihre Anteilnahme für die syrischen Leiden und – im Falle von Kassig und Foley – auch durch die Konversion zum Islam nicht von dieser "Ursünde" befreien konnten.

Das erinnert an den rassistischen Antisemitismus, wie er seit 1870 in Deutschland entstanden und von den Nazis dann zu seinem konsequenten Ende geführt worden war. Anders als der "traditionelle" Antisemit glaubte der Nazi nicht mehr, dass der Jude sich durch Konversion zum Christentum von seiner "Schuld" befreien konnte. Selbst wenn die Eltern oder die Großeltern schon konvertiert und assimiliert waren, gab es in den Augen der Nazis nichts, was sie hätte vor dem Todesurteil bewahren können.

Das Individuum zählt nichts

Hier berühren sich also nazistische Rassenlehre und das, was man als "islamischen Essentialismus" von IS bezeichnen kann. Nichts, nicht einmal der Übertritt zum Islam, kann einen Westler offenbar von seiner Einstufung als westlicher Erbfeind befreien. Hoffnung auf Rettung gibt es nur, wenn IS sich durch Lösegeldzahlungen einen größeren Nutzen für seinen eschatologischen Krieg verspricht als durch die abschreckende Wirkung von Enthauptungsvideos.

Nazis wie IS-Terroristen brechen also mit der sowohl im Abendland wie auch im Morgenland tradierten Moralphilosophie, wonach individuelle Taten und nicht die vom Individuum nicht zu beeinflussende eigene Herkunft das Maß sind, wonach eine Person moralisch zu beurteilen sei.

Diese Unterscheidungen mögen spitzfindig sein, schließlich macht es für die Opfer keinen großen Unterschied, warum sie getötet werden. Die ideologische Natur von IS hat aber durchaus politische Implikationen. Seit einigen Tagen kursieren etwa in Washington Vorschläge, ob man in der verfahrenen Lage in Syrien nicht zunächst eine Reihe von lokalen Waffenstillständen anstreben soll, um dann nach einer Abkühlungsphase politische Lösungen zu finden.

Washington-Post-Kolumnist David Ignatius hatte [diese Debatte angestoßen](#), die auf einen Bericht des [hinter den Kulissen wirkenden "Centre for Humanitarian Dialog"](#) in Genf zurückgeht. Es erscheint schwer genug, solch eine Beruhigung der Lage zwischen dem Assad-Regime und den so genannten "moderaten Rebellen" herbeizuführen. Mit den Ideologen von IS und al-Nusra, die keinerlei kleinsten gemeinsamen Nenner mit ihren Feinden anerkennen, dürfte solch ein Plan von vorneherein zum Scheitern verurteilt sein.

Europe

Migrants Blocked From U.K. Spark Tension in France; Thousands Mass in Port City of Calais, Seeking to Slip Across English Channel

By Noémie Bisserbe And Jenny Gross

20 novembre 2014

[The Wall Street Journal Online](#)

CALAIS, France—When a 26-year-old Sudanese man was caught for the seventh time trying to get to the U.K., police sent him back home: a makeshift tent in a squalid camp on the other side of the English Channel.

“I’ll jump in any truck I see passing,” he said.

The man is one of an estimated 2,300 to 2,500 migrants staying in a patch of scrappy forest outside this port city, hoping to cross the 30-mile (48-kilometer) stretch to Britain by jumping on trucks being ferried across.

Their number has more than doubled since May, as conflicts in Africa and the civil war in Syria spur a new influx of migrants to Europe. Many who risk their lives to cross the Mediterranean immediately head north for the U.K. but get stuck in France, where their growing presence fuels cross-Channel tensions as well as a local backlash.

“Calais isn’t France’s problem alone. It is a Franco-British problem, and the U.K. needs to help,” says French Interior Minister Bernard Cazeneuve.

The situation highlights the European Union’s inability to forge an effective, common approach to dealing with migrants, ranging from political refugees to undocumented job seekers.

For the desperate men in Calais, the appeal of crossing the Channel is strong. While France’s economy is stagnant, the U.K. is witnessing relatively rapid growth, meaning jobs are easier to find.

Language is another draw: most of those seeking to get to the U.K., from countries such as Somalia, Eritrea, Ethiopia and Syria, speak at least some English.

The application process for claiming asylum in the U.K. is much shorter as well—about six months compared with two years in France.

According to aid groups and officials in Calais, an estimated 20 to 50 migrants manage to cross to Britain every day. Some 18,000 attempts have been thwarted since April, according to the U.K.

Home Office, which has border police stationed at the French port.

Those caught are usually briefly detained by French police and then released. They can apply for political asylum in France unless authorities can prove that they first entered the EU through another member state. If they entered through Italy for instance, French authorities can send them back to Italian authorities, who will be responsible for processing their application.

Many, though, hang out in and around Calais, waiting for a chance to get into the U.K. The influx is sowing tension among migrants themselves and fueling a far-right backlash in Calais, which is already struggling with spiraling unemployment.

Over the past few weeks the U.K. and France have stepped up cooperation to deal with the crisis. In September, the U.K. committed £12 million (\$19 million) to help install new security fences around the port and pledged to increase joint intelligence work with France to target the organized crime gangs behind people smuggling.

Officials and police in Calais say that is not nearly enough.

“We have been taken hostage,” said Mayor Natacha Bouchart. “I won’t let Britain off the hook.”

Charlie Elphicke, a British member of parliament for Dover, on England's southeast coast, said he repeatedly invited Ms. Bouchart to discuss the issue over tea but never got a response. Ms. Bouchart said she never got his messages.

Calais police union representative Gilles Debove said the U.K.'s efforts benefited the U.K. "They're just buying their own security," he said. "But nothing has changed. People in Calais are frightened, the police are overwhelmed, and migrants are out in the cold."

Additional French police have been sent to Calais, but the rising number of migrants has left authorities helpless. Dozen of Sudanese and Eritreans were injured in August after violent altercations at a food-distribution center. Last month, police fired tear gas to end repeated clashes among hundreds of migrants as they stormed trucks bound for Britain.

In recent weeks, a Sudanese man died after trying to jump from a bridge onto the top of a truck; two Eritreans were killed crossing a major highway near Calais.

Drivers, who have to pay hefty fines if border police find illegal migrants in their trucks, are growing increasingly nervous, and organizing militias to fend them off.

"This is going to end badly," warned David Sagnard, who heads the road transport federation in the Nord-Pas-de-Calais region.

To defuse tensions, the French government said it would shorten the application process for asylum seekers, and open a day center to provide migrants with basic care. The announcement angered English officials who fear it will transform Calais into a comfy way station for migrants.

As winter sets in, the man from Darfur, wrapped up in a red, worn-out jacket, says living in the camp has become unbearable. The rain has left much of the camp coated in mud. The cold seeps in through the edges of the tent making it difficult to sleep. He is desperate to leave. He has tried to hide in the axle of a truck, sneaked into another's tanker, and jumped into the back of a vehicle slowing down for security checks at the port.

"I'll just keep trying," he said.

Ihr Weg ins Arbeitsleben ist immer noch steinig

Deutschland wird durch Zuwanderung jünger: eine gute Nachricht für unsere alternde Gesellschaft und für Unternehmen, denen es an Fachkräften mangelt. Das Bildungssystem stellt das vor weitere Herausforderungen.

20.11.2014, von **DIETRICH CREUTZBURG**

Deutschlands Jugend wird internationaler - ein Drittel der hier lebenden Menschen unter 15 Jahren hat mittlerweile einen Migrationshintergrund. Von 10,6 Millionen Kindern und Jugendlichen sind gut 3,5 Millionen zugewandert oder haben ausländische Wurzeln. Ihr Anteil an der Altersgruppe hat sich damit innerhalb von weniger als zehn Jahren um 4 Prozentpunkte erhöht. Das zeigen aktuelle Auswertungen des Statistischen Bundesamts.



Autor: Dietrich Creutzburg, Jahrgang 1969. Wirtschaftskorrespondent in Berlin. Folgen:

Im Hinblick auf die Alterung der Gesellschaft und den drohenden Fachkräftemangel sind die Daten einerseits ermutigend. Sie zeigen, dass Deutschland durch die Zuwanderung jünger wird. Im Durchschnitt sind die Einwohner mit ausländischen Wurzeln 35 Jahre alt und damit zehn Jahre jünger als die übrige Bevölkerung. Doch zugleich wachsen die Herausforderungen für das Bildungssystem.

Denn im Durchschnitt tun sich Jugendliche mit ausländischen Wurzeln in Schule und Berufsausbildung bisher schwerer als Altersgenossen deutscher Herkunft. Wie eine weitere Auswertung des Statistischen Bundesamts zeigt, haben von den Erwachsenen mit Migrationshintergrund 15 Prozent keinen Schulabschluss; selbst unter den hierzulande Geborenen, die also schon im Schulalter in Deutschland lebten, liegt der Anteil der Schulabbrecher bei 5,3 Prozent. Das ist fast doppelt so viel wie in der Gesamtbevölkerung.

Seltener im eigentlichen Wunschberuf

Auch in der beruflichen Ausbildung zeigen sich deutliche Unterschiede. Ungeachtet des befürchteten Bewerber- und Arbeitskräftemangels sind Jugendliche mit ausländischen Wurzeln hier im Nachteil, wie eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) nahelegt. Dafür wurden Jugendliche befragt, die im Frühjahr 2012 Interesse an einer betrieblichen Ausbildung bekundet hatten: Von den Jugendlichen ohne ausländische Wurzeln hatten ein halbes Jahr später 60 Prozent ihr Ziel erreicht, von den Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur 48 Prozent. Umgekehrt war aus dieser Gruppe mit 9 Prozent ein fast doppelt so hoher Anteil ohne Arbeit oder Ausbildung.

Zugleich hat das Bundesinstitut festgestellt, dass Lehrlinge mit Migrationshintergrund „signifikant seltener“ in ihrem Wunschberuf ausgebildet würden. Es verweist zudem auf eine Studie der Bremer Handwerkskammer, wonach Lehrlinge mit ausländischen Wurzeln besonders häufig in Betrieben mit „ungünstigeren Bedingungen“ ausgebildet würden, etwa mit vielen unbezahlten Überstunden.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) bemüht sich, mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund in die Ausbildung zu holen. „Angesichts von 80.000 unbesetzten Ausbildungsplätzen liegt hier ein wichtiges Potential brach“, sagt Vize-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks. Viele Kammern hätten mittlerweile eigens Ansprechpartner oder böten Informationsveranstaltungen für Jugendliche mit ausländischen Wurzeln und deren Eltern an. Je stärker die Familien eingebunden und vom Wert einer Berufsausbildung überzeugt seien, „desto größer sind die Erfolgsaussichten“, sagt Dercks.

Lesermeinungen (4) Wie Sie mitdiskutieren

(132) Was heißt ausländische Wurzeln?

JOERG HAENSEL  (HACKINTOSHI) - 20.11.2014 19:17



Das ist nur eine phrase für die gutgläubigen. Fakt ist, daß ausländer oder auch zuwanderer, die in dschland leben kaum der deutschen sprache mächtig sind. Somit für qualifizierte arbeit nicht zu gebrauchen. Das geschwafel von ausbildungsoffensive klingt fast wie in in Grimm's märchen vom rumpestilzchen: stroh zu gold spinnen. Ob das möglich ist, wissen wir bereits. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(112) Migrationshintergrund

Antworten (1) PETER KRUPP  (PETERKRUPP) - 20.11.2014 16:56



Was bedeutet dieses Wort eigentlich? Ich würde bei meinen Freunden aus Norwegen, Finnland, Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Spanien, Frankreich, Guatemala, Argentinien, Tschechien, Slowakei, GB, USA und Island nie von Migrationshintergrund reden. Wie man mit Sprache Tatsachen doch zuleistern kann. Es klingt so schön politisch korrekt und besagt doch genau das Gegenteil. Für mich ist es einer der Top-Kandidaten für das Unwort des Jahrzehnts. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

Antwort (1) neueste Antwort: 20.11.2014 19:44 Uhr

(12) ein Leben ohne Mops ist zwar fast unmöglich, aber ohne schulische Erfolge auf alle Fälle

ANGELA HOPPE 3 (ANGELINA10) - 20.11.2014 16:11



da zur Annahme der Bildungsangebote nicht geprügelt wird, muss das freiwillig geschehen und da sind einige eben freiwilliger als andere. Wenn in Schulen mit hoher Migrantenquote trotz Niveausenkung keine durchgängigen Erfolge gefeiert werden kann, kann das auch nicht an der selektiven Förderung der Lehrer liegen, wo keine deutschen Kinder mangels Masse bevorzugt werden können, sind es vielleicht die Migrantenkinder, die trotz so lausiger Bedingungen, wie Migrantenkinder in Deutschland zu erdulden haben, fleißig, lernbegierig und strebsam sind. [Antworten Verstoß melden](#)

(199) Dokumentation des Scheiterns auf ganzer Linie

Antworten (1) MIGUEL CARLOS 1 (M.CARLOS) - 20.11.2014 15:12

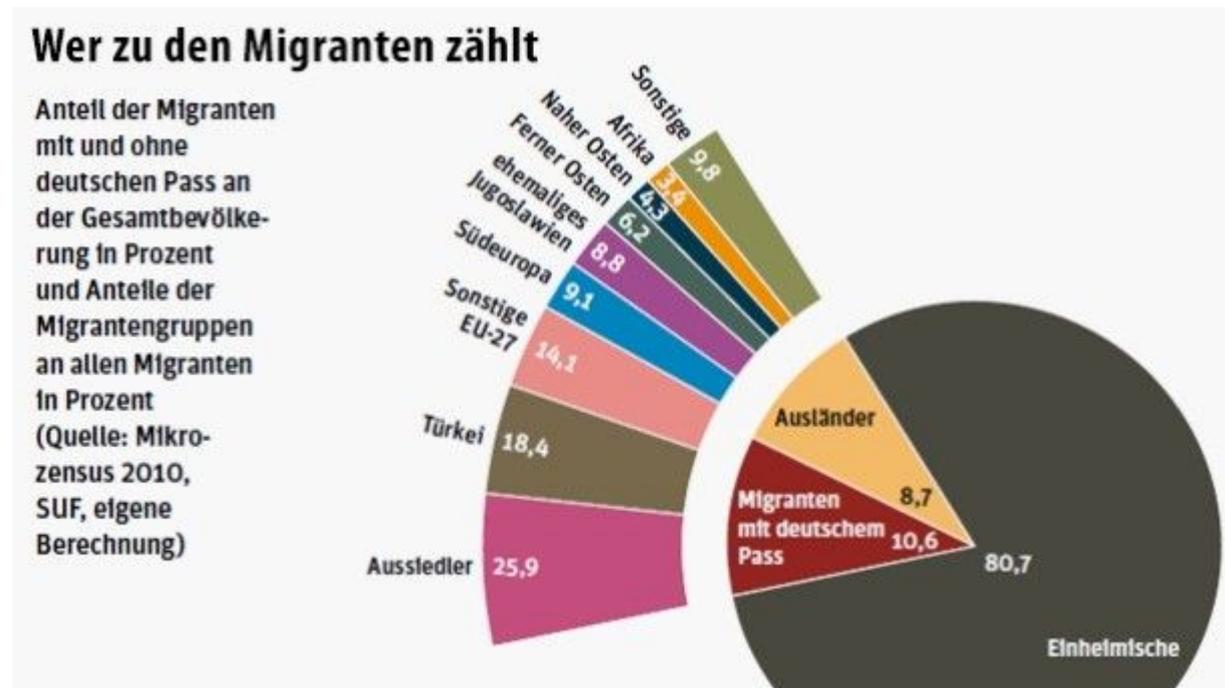


Wenn ich das lese: "Der Arbeitsmarkt könnte von der Zuwanderung junger Menschen mit Migrationshintergrund profitieren." oder "Die Kinder und Jugendlichen müssen nur noch besser ausgebildet werden." oder "Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) bemüht sich, mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund in die Ausbildung zu holen." oder "Je stärker die Familien eingebunden und vom Wert einer Berufsausbildung überzeugt seien, desto größer sind die Erfolgsaussichten." kann man das in zwei Punkten zusammen fassen: 1.) Die Familien- und Einwanderungspolitik der BRD ist auf ganzer Linie gescheitert 2.) Es sind vor allem bildungsferne Schichten eingewandert. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Einer Überalterung der Gesellschaft und einem eventuellen "Fachkräftemangel" begegnet man vor allem mit einer großzügigen Familien- und einer bedarfsgerechten, restriktiven Einwanderungspolitik. [Antworten Verstoß melden](#)

Einwanderer sind besser qualifiziert als Deutsche

Mittlerweile ist der Akademikeranteil unter Einwanderern höher als unter Deutschen. **Ungelöste Integrationsprobleme bestehen hingegen fort - gerade unter Türken.**

03.06.2014, von UTA RASCHE



© F.A.Z.

Migranten, die neu nach Deutschland kommen, sind mittlerweile im Durchschnitt höher gebildet als die einheimische Bevölkerung. **Der Anteil der Akademiker unter den neuen Einwanderern lag in den Jahren 2005 bis 2010 bei etwa 35 Prozent, bei den Einheimischen hingegen nur bei knapp 20 Prozent.** Das ist das Ergebnis einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung über den Stand der Integration von Migranten, die dessen Leiter Rainer Klingholz an diesem Dienstag in Berlin vorgestellt hat. Die Untersuchung mit dem Titel „Neue Potentiale“ ist die Fortführung einer ähnlichen Studie des Instituts aus dem Jahr 2009. Sie hatte unter anderem den zu geringen Bildungsstand der Migranten bemängelt („Ungenutzte Potentiale“).



Autorin: Uta Rasche, Jahrgang 1971, Redakteurin in der Politik der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

Zu Beginn der Arbeitsmigration Mitte der fünfziger Jahre kam ein größerer Teil der Einwanderer ohne Schulabschluss (etwa 20 Prozent), nur mit einem Hauptschulabschluss (etwa 25 Prozent) oder aber mit einer Berufsausbildung (etwa 40 Prozent) nach Deutschland. Das lag daran, dass die Unternehmen damals gezielt ungelernete Kräfte zu niedrigen Löhnen anwarben. **Heute hat sich das Anforderungsprofil geändert, es werden Fachkräfte in Ingenieur- und IT-Berufen gesucht.**

Neue Migrationselite

Die am besten qualifizierten Migranten sind derzeit die Neuzuwanderer aus den von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen südeuropäischen Länder, allen **voran Spanier, aber auch Italiener, Griechen, Portugiesen. Unter ihnen liegt der Anteil der Personen, die mindestens die Hochschulreife besitzen, bei 68 Prozent.** Sie sind Teil einer europäischen „Migrationselite“, die zum Studieren oder mit einem bereits abgeschlossenen Studium nach Deutschland kommt.

Das wirtschaftsstarke Deutschland mit seinem schrumpfenden Fachkräfteangebot ist ein attraktives Ziel für sie. Ähnlich wie Einwanderer aus den übrigen Staaten der Europäischen Union sind sie **mit Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ausgestattet. Ihre Integration verlaufe aufgrund geringer rechtlicher und kultureller Hürden recht reibungslos, wie die Autoren schreiben.**

Türken am schlechtesten integriert

Unter gelungener Integration verstehen die Autoren eine sozioökonomische Lage der Einwanderer, die sich kaum mehr von der der Einheimischen unterscheidet. Für ihren **Index zur Messung von Integration** haben sie neben den **Bildungsabschlüssen unter anderem die Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen, das Einkommen und die Staatsbürgerschaft** betrachtet. Dabei stellt sich heraus, **dass Türken und Türkischstämmige in Deutschland (etwa 2,9 Millionen) - nach den Aussiedlern sind sie**

die zweitgrößte Migrantengruppe (etwa 4,1 Millionen) – am schlechtesten integriert sind. Ihre Erwerbslosenquote liegt bei 16 Prozent (Einheimische sechs Prozent, Durchschnitt aller Migranten zwölf Prozent). Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit 19 Prozent noch höher (Einheimische neun Prozent).

Gekommen um zu bleiben?

Längst nicht alle Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, bleiben auch. Die Grafik zeigt die offiziellen Zuwanderungszahlen von Migranten aus verschiedenen Regionen der Welt seit 1960. Würden all diese Menschen noch heute in Deutschland leben, hätten wir knapp 42 Millionen selbst zugewanderte Personen unter uns. Erfahrungsgemäß kehren aber etwa zwei Drittel der Migranten Deutschland wieder den Rücken, gehen in ihre Heimat zurück oder ziehen weiter. Nur etwa ein Drittel verbleibt, schlägt Wurzeln und gründet häufig eine Familie.



Die Hausfrauenquote ist mit 49 Prozent (Einheimische 17 Prozent) die höchste aller Migranten. 39 Prozent der Türkischstämmigen haben die deutsche Staatsbürgerschaft (Durchschnitt aller Migranten: 55 Prozent), der Anteil der **bikulturellen Ehen unter den Türkischstämmigen liegt mit sechs Prozent weit unter dem Durchschnitt aller Migranten von 24 Prozent.**

Die **Gründe** für die eher schlechte ökonomische Integration dieser Gruppe sehen die Autoren darin, dass sich der **Bildungsrückstand**, den die erste Generation als Gastarbeiter mitbrachte, **an die nachfolgenden Generationen vererbte**. Diese Nachteile spiegeln sich auch in Befragungen nach dem subjektiven Befinden: Zwar fühlt sich die Mehrheit der türkischstämmigen Befragten in Deutschland wohl, doch fühlt sich knapp die Hälfte von ihnen weniger anerkannt in der deutschen Gesellschaft als jemand, der aus Deutschland stammt. Keine anderer Migrantengruppe habe ein so schlechtes Bild von ihrem eigenen Platz in der deutschen Gesellschaft.

Bessere Bildung nötig

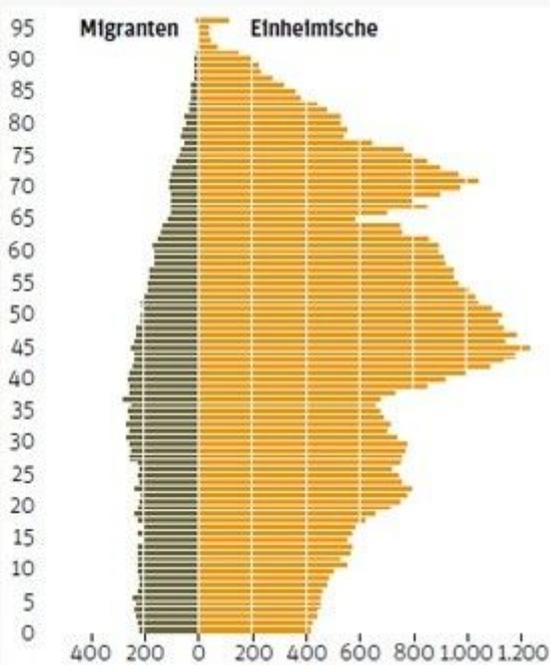
Der Integrationserfolg aller Migrantengruppen ist dabei stark abhängig von der Wirtschaftskraft der Region, in der sie sich niederlassen. Während in Berlin 29 Prozent der Migranten von öffentlichen Leistungen abhängig sind, sind es in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg nur zwischen neun und 14 Prozent.

Die Autoren um Klingholz empfehlen zum Ausgleich des Bildungsrückstands, die **frühkindliche Bildung gerade in der türkischstämmigen Bevölkerung zu verbessern**. Dass Mädchen dieser Einwanderergruppe deutlich häufiger Abitur machten als Jungen zeige, dass hier noch vieles möglich sei. Insgesamt gehörten Frauen und Mädchen aller Einwanderergruppen zu den Bildungs- und damit Integrationsgewinnern. **Die besten Ergebnisse in der Schule erzielen Kinder von Einwanderern aus Fernost.** Obwohl manche Eltern mit niedrigem Qualifikationsniveau nach Deutschland kamen, erreichen die Kinder sogar zu einem Drittel häufiger das Abitur als Einheimische.

Demografischer Obolus

Im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung weisen Migranten eine demografische Besonderheit auf: Sie haben eine sehr junge Altersstruktur mit wenigen älteren Menschen und vergleichsweise vielen Kindern. Die Altersgruppen der jungen erwerbstätigen Bevölkerung zwischen 25 und 45 Jahren sind dabei am stärksten besetzt. Sie könnten bei guter Integration die Auswirkungen des demografischen Wandels in Deutschland abfedern.

Anzahl der Personen mit und ohne Migrationshintergrund in der jeweiligen Altersklasse in 1.000
(Quelle: Mikrozensus 2010, SUF, eigene Berechnung)



Ausgleich für demographischen Wandel?

In Deutschland, so vermuten es die Autoren, sinkt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren bis 2050 um elf Millionen Menschen – vorausgesetzt, es könnten im Saldo jedes Jahr 200.000 Einwanderer aus dem Ausland hinzugewonnen werden. 2012 lag **der Zuwanderungssaldo bei 370.000 Menschen**; 2013 dürfte er nach Schätzung der Autoren – genaue Zahlen gibt es dazu noch nicht – noch höher ausgefallen sein.

Vermutlich werde die Zuwanderung nach dem Ende der Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern wieder geringer ausfallen. **Deutschland müsse daher, so die Empfehlung der Autoren, weiterhin Anstrengungen unternehmen, um qualifizierte Einwanderer auch aus Nicht-EU-Staaten anzuziehen.** Das neue Einwanderungsrecht, nach Einschätzung der Autoren eines der liberalsten der Welt, biete dafür gute Voraussetzungen.

Lesermeinungen (49) Wie Sie mitdiskutieren

[Mehr anzeigen](#)

(8) Bildungsrückstand "vererblich"?

SEBASTIAN NOWAK  (NOWAKSEB) - 08.06.2014 21:03

Die Aussage, dass die Nachfolgegeneration die Bildungsferne ihrer Eltern "geerbt" halte ich für irreführend. M.E. sind eher die archaischen Familienbilder von den Eltern an ihre Kinder weitergegeben worden, indem hier aufgewachsene Männer mehr oder weniger zwangsverheiratet wurden mit einer von der Familie ausgesuchten Frau in der Türkei. Die kam dann per Familienzusammenführung nach Deutschland - ohne Ausbildung und bis 2007 sogar ohne einfachste Sprachkenntnisse. Die "Bildungsferne" ist also in jeder Generation auf´s neue wiederholt worden. [Verstoß melden](#)

(14) Komplette Volksverdummung!

ROBERT REGN (REGN) - 08.06.2014 15:15

die Fixierung auf Akademikeranteile ist komplett irreführend, denn in den meisten Ländern wird vieles, was bei uns in beruflichen Ausbildungen erworben wird, in einem Studium vermittelt. Somit kann es keine Vergleichbarkeit der Akademikerquoten geben! Und wenn wir die Quoten der komplett ungelerten vergleichen (bei uns 2%), dann gehen uns die Augen auf (aus RO/BG 33%) [Verstoß melden](#)

(20) Selbst wenn es so wäre,

Antworten (1) ERIC WIELAND  (SYNONYMUS) - 05.06.2014 10:57

kann darüber kein Jubel ausbrechen. Denn dann würden die Heimatländer dieser Migranten darunter leiden, dass ihnen die Fachkräfte, die sie selbst für ihre Wirtschaftsentwicklung benötigen, abhanden kommen.

Was dazu führt, dass diese Länder notleiden und unterstützt werden müssen.

Von wem? Natürlich wieder einmal von Deutschland! [Verstoß melden](#)

Antwort (1) neueste Antwort: 05.06.2014 12:59 Uhr

(33) Leider behält Thilo Sarrazin mit seinen Aussagen recht.

Antworten (1) THILO SCHMITT  (SCHMITTFAZ) - 04.06.2014 23:55

Das Thema Migration ist auch nach fast 70 Jahren der schwärzesten Periode unserer Landesgeschichte heikel. Viele Menschen trauen sich nicht offen darüber zu sprechen wie sie denken, andere tragen Borniertheit und Vorurteile mit sich herum. Keine Politiker vermag es deutsche Interessen zusammen mit der Notwendigkeit politischen Flüchtlingen Aufnahme zu gewähren und Heimat zu bieten - differenzierend mit den Wunsch von wirtschaftlich motivierten Migranten zu betrachten. Dabei kommt eine stümperhafte NICHT-Politik heraus, die sich der Schönfärberei bedienen muß, um für die Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund akzeptabel zu klingen. Glaubhaft ist die Politik nicht und am wenigsten hilft sie den Kindern von Migranten, die ohne Kenntnisse der deutschen Sprache oder mit mangelhaften Sprachkenntnissen in den Schulen weniger lernen als wünschenswert wäre. [Verstoß melden](#)

Antwort (1) neueste Antwort: 05.06.2014 10:28 Uhr

(25) Knallhartes Kalkül - mehr nicht

REINHOLD WUEST  (STRANGER08) - 04.06.2014 23:00

hre "Migrationselite" können sie geschenkt haben, denn sie ist Ausdruck des Scheiterns der Euro-Zone und der "Südstaaten", das Versagen der sog. Eliten, deren Gier und Zockerei usw. Vielfach, auch im Bundestag, wurde kritisch angemerkt, dass für diese Menschen in Deutschland nichts getan würde, ausser Sprechblasen mit Luft zu füllen. Ja, soll denn Deutschland halb Europa finanzieren? Hier ist die Industriezone und im Süden die Hartz-4-Zone? Dieses EU-Konzept stammt aus Konzernunternehmen. Und das steckt hinter der "Arbeitnehmer-Freizügigkeit". Billige, verzweifelte junge Leute, dazu noch einigermaßen qualifiziert, dass man sie ohne große Kosten einarbeiten kann. [Verstoß melden](#)

108,127

Réformes : Bruxelles accroît sa pression sur la France

Publié le 20/11/2014 à 19:58



Pour obtenir un nouveau délai sur ses déficits, et pour toucher l'argent du plan d'investissements à 300 milliards d'euros de Jean-Claude Juncker, la France va devoir s'engager sur un calendrier précis de réformes structurelles, dont la liste a été adoptée à Bruxelles en juillet 2014.

Les promesses, dit-on, n'engagent que ceux qui veulent bien les entendre. Depuis qu'elle a décommandé fin 2009, en pleine crise financière, son premier rendez-vous avec un déficit public réduit à 3 % du PIB, la France a régulièrement arraché un sursis en s'engageant sur des [réformes](#)... plus tard. L'échéance 2015, troisième raté du genre, confirmera sans doute la règle. Mais cette fois, la Commission et les capitales de l'euro n'entendent plus lâcher la proie pour l'ombre: dans les jours qui viennent, Paris va devoir mettre les actes en accord avec ses promesses.

Coup sur coup, la [Commission Juncker](#) s'apprête à placer Paris devant ses responsabilités. Lundi d'abord, en confirmant la dérive de l'Hexagone loin de la «trajectoire» qui devait ramener le déficit à 3 % en 2015. Pour obtenir que le délai soit repoussé à 2017, voire à 2018, la France va devoir payer le prix: pousser le feu des réformes «suivies d'effet», sous la surveillance de ses pairs et de la Commission.

Le second acte doit venir mercredi à Strasbourg, quand Jean-Claude Juncker lèvera le voile sur son [plan européen de 300 milliards d'investissements](#), clef de voûte du mandat. Peu de choses ont filtré. Mais un principe semble acquis: la manne se distribuera aussi en fonction de l'enthousiasme réformateur de chacune des vingt-huit capitales. «Entre investissements et réformes, le lien va de soi», dit-on à Bruxelles.

Sur le déficit public, les tractations entre Bercy et la Commission vont se poursuivre au finish, jusqu'à la réunion décisive des 28 commissaires, en principe lundi matin. Des fuites calculées font monter la tension. Pourtant, malgré l'accumulation des défits français, l'équipe Juncker n'a aucun appétit pour les sanctions, voire pour l'amende de 0,2 % du PIB (soit 4 milliards d'euros), prévues par les textes européens - mais jamais appliquée.

«Un gros malentendu»

Il s'agit de fixer des paliers de réduction «crédibles», pour le déficit français des trois années à venir. Et surtout de dresser un échéancier «précis, daté et mesurable» des réformes dont l'UE a dressé la liste dès l'été dernier. «Nous perdriions toute crédibilité si nous prolongions pour la troisième fois le délai accordé sans exiger des contreparties très concrètes et précises», écrit le commissaire allemand Günther Oettinger dans *Les Échos*.

Côté français, on reconnaît qu'il s'agit d'une question de crédibilité. «Depuis quinze ans, la France n'a cessé de faire des promesses et de ne pas les tenir», lâchait il y a peu au *Figaro* l'économiste Jean Pisani-Ferry, chargé par l'Élysée d'une réflexion sur les deux ressorts de croissance que sont la réforme et l'investissement.

Ce débat-là va à coup sûr rebondir avec l'annonce du plan Juncker, sous les regards croisés de Berlin et Paris. Les chiffres sont colossaux: 300 milliards d'investissements essentiellement privés sur trois ans, c'est l'équivalent de 0,8 % du PIB de toute l'Union européenne. Il s'agit de rattraper en partie un retard tout aussi formidable: l'investissement des Vingt-Huit a chuté de 20 % depuis le début de la crise en 2008. C'est l'anémie qui explique l'incapacité de l'Europe à embrayer avec l'Asie et l'Amérique du Nord sur le chemin de la croissance. Avec six ans de retard, les Européens s'inspirent de l'Administration Obama et de son American Stimulus and Reinvestment Act (800 milliards de dollars).

Une bonne part de mystère subsiste sur le montage financier. Par traité, l'Europe n'a pas le droit de lancer des emprunts. Jean-Claude Juncker refuse tout recours à la dette publique des États membres. L'Allemagne excédentaire exclut de puiser dans des réserves. La France et beaucoup d'autres s'affichent sans moyens. Quand [Emmanuel Macron](#) laisse entendre que le plan européen ne passera pas la rampe à moins de 60 milliards de fonds publics, l'Allemand Manfred Weber, fidèle d'Angela Merkel et chef de file conservateur au Parlement européen lui répond: «Dans quelle caisse comptez-vous trouver cet argent?»

Faute de pouvoir payer, l'Europe va devoir se vendre et le regard des investisseurs privés se portera d'abord sur les pays qui ont poussé le plus loin les réformes, dit-on en substance à Bruxelles. «Il y a un gros malentendu, constate un proche de Jean-Claude Juncker. Le plan, ce n'est pas un big-bang de l'investissement où les capitaux se partagent l'argent tombé du ciel, selon les habituels quotas nationaux. Mais une panoplie de grands chantiers d'infrastructures, définis à l'échelon européen, en fonction de leur nécessité, de leur rentabilité et surtout de l'intérêt des investisseurs privés.» Entre Européens, la compétition est ouverte. Et, autant qu'à Bruxelles, la partie se jouera donc à la City, à Wall Street ou sur la place de Hongkong.

„Kaiser“ Obama geht auf Konfrontation

VIDEO:

<https://www.facebook.com/video.php?v=10152967942944238&set=vb.63811549237&type=2&theater>

Amerikas Präsident geht gegen den republikanisch beherrschten Kongress auf Konfrontationskurs. Obama will per Erlass mehr als vier Millionen illegalen Immigranten Aufenthalt und Arbeitsrecht gewähren.

20.11.2014, von PATRICK WELTER, WASHINGTON



© AP  Konfrontationskurs statt Kompromissuche: Präsident Barack Obama

Das nennt man wohl modernes Regieren. „Hi alle“, sagt der Präsident in dem kurzen Video auf Facebook, in dem er eine Rede für den heutigen Donnerstagabend ankündigt. Locker sitzt Barack Obama auf dem Schreibtisch im Oval Office, seinem Schreibtisch im Weißen Haus. „Von hier werde ich ankündigen, was ich von mir aus tun kann, um zu beginnen, unser kaputtes Einwanderungssystem in Ordnung zu bringen“, sagt Obama und gestikuliert wild mit seinen Händen. Der amerikanische Präsident wirkt wie ein Fernsehmoderator, der in einer kurzen Einspielung seine Donnerstagabendschau ankündigt. Die Kamera wackelt ein wenig, das vermittelt Spontaneität und Lockerheit. Obama hat kein Jackett an.



Autor: Patrick Welter, Jahrgang 1965, Wirtschaftskorrespondent in Washington. Folgen:

Die gekünstelte Lockerheit des ehemaligen Juraprofessors wirkt unecht. Tatsächlich steht für Obama viel auf dem Spiel. Monatelang hatte er damit gedroht, notfalls selbst zu handeln, wenn Demokraten und Republikaner im Kongress nicht zu einer gemeinsamen Gesetzeslösung in Sachen Immigrationsgesetz finden. Nun löst er diese Zusage ein. Die Details der Rede sind noch nicht bekannt. Aber schon jetzt ist durchgesickert, dass Obama mehr als vier Millionen – von geschätzt elf Millionen – illegalen Immigranten per Erlass ein Aufenthaltsrecht und eine Arbeitserlaubnis verschaffen will. Zugleich will Obama – offenbar wie schon 2012 – noch mehr Kindern, die von ihren Eltern illegal ins Land gebracht wurden, ein Aufenthaltsrecht geben. Für einen Präsidenten, der in seinen ersten sechs Amtsjahren viele tausende Illegale hat abschieben lassen, ist das ein gewaltiger Schritt. Ob das zu Erleichterungen für die Wirtschaft führt, die über einen Fachkräftemangel klagt und mehr Visa für qualifizierte Immigranten fordert, ist unklar.

Obama als Imperator?

Die Republikaner toben. Sie setzen in der Einwanderungspolitik vor allem auf schärfere Grenzkontrollen und haben sich in den vergangenen Jahren einer Reform des Einwanderungsrechts widersetzt. Ihr Hauptkritikpunkt aber ist, dass Obama nun mit Verordnungen regiert, anstatt den schwierigeren Weg zu gehen, im Kongress eine Mehrheit für eine Einwanderungsreform zu suchen. Dabei bestreiten sie, dass Obama die rechtliche Kompetenz habe, die Einwanderungspolitik per Erlass umzugestalten. Obama agiere nun wie ein Imperator, nicht aber wie ein gewählter Präsident, lautet der Vorwurf.

Noch im vergangenen Jahr hatte Obama, der früher als Professor Verfassungsrecht lehrte, das ähnlich gesehen. Ihm fehle die legale Autorität, mit Verordnungen die Einwanderungsbestimmungen zu ändern, erklärte Obama damals: „Ich bin nicht der Kaiser der Vereinigten Staaten. Meine Aufgabe ist es, Gesetze anzuwenden, die beschlossen sind.“

Womöglich hat die Wahlniederlage Anfang November, bei der die Demokraten die Mehrheit im Senat verloren, Obamas Meinung geändert. Mit der angekündigten einseitigen Aktion in Sachen Einwanderungsrecht geht der Präsident zu Beginn seiner beiden letzten Amtsjahre jedenfalls auf Konfrontationskurs, nicht auf Kompromissuche. Einigungen mit dem republikanisch beherrschten Kongress in der Steuer-, Haushalts- oder Freihandelspolitik werden damit erschwert.

Kriminelle Flüchtlinge gefährden Hilfsbereitschaft

Die Deutschen zeigen sich gegenüber Flüchtlingen überwiegend hilfsbereit. Weil eine Minderheit kriminell ist, wachsen aber die Ressentiments gegen alle. Rechtsextreme Agitatoren wittern ihre Chance.

Von Kristian Frigelj, Manuel Bewarder und Miriam Hollstein, Düsseldorf und Berlin



Foto: dpa Bewohner des Flüchtlingsheims im nordrhein-westfälischen Burbach: Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist gefährdet

Die Bewohner im nordrhein-westfälischen Wickede hatten sich zusammengetan, um Flüchtlinge zu unterstützen. Doch mit der Zeit wirkt der Freundeskreis Menschen helfen Menschen zum Teil ratlos. Die Mitglieder hören sich Beschwerden von Bürgern an, wonach einige Flüchtlinge Ärger machen, in Geschäften stehen oder Frauen belästigen. Man mochte es im Freundeskreis zunächst nicht glauben – und war dann schockiert, als man selbst Diebstähle, Bedrohungen und eine ständige große Polizeipräsenz erlebte.

Der Verein hatte Mitte Oktober einen Brief an seine Mitglieder aufgesetzt und die Probleme beschrieben: "An dieser Stelle wird es sehr ernst, die Situation eskaliert oder ist es schon. Die Stimmung gegen die Flüchtlinge ist gewaltig angestiegen", heißt es in dem Schreiben, das der "Welt" vorliegt und in den Behörden im Bundesland kursiert. "Hier geht etwas zu Bruch, was in den nächsten Jahren kaum zu reparieren ist", heißt es in dem Brief des Freundeskreises. Obwohl sich die weitaus überwiegende Zahl der Flüchtlinge an die Gesetze hält: Ähnliche Klagen sind nicht nur aus nordrhein-westfälischen Städten mit Betreuungsunterkünften zu hören.

Die Bevölkerung zeigt sich angesichts der globalen Krisenherde zwar hilfsbereit für die Not von Flüchtlingen. Überall spenden Bürger Kleidung, Hausrat oder bringen bei sich Hilfesuchende unter. Zudem spricht sich in Umfragen trotz der Zahl von fast 200.000 Asylanträgen in diesem Jahr nahezu die Hälfte der Bundesbürger für die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen aus.

ZAHL DER ASYLANTRÄGE SEIT 1995 pro Jahr (Erstanträge)

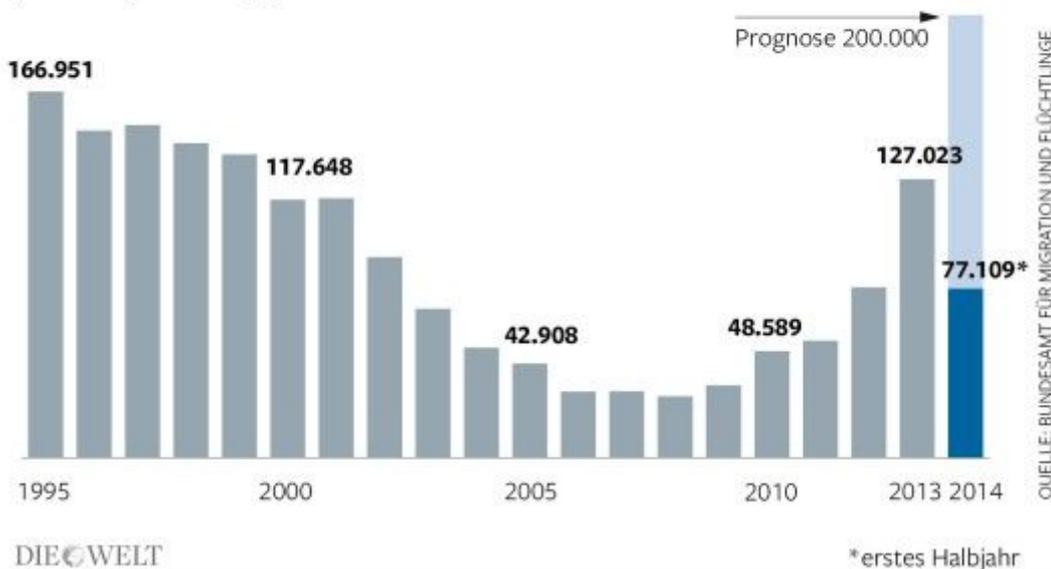


Foto: Infografik Die Welt

Doch längst gibt es in der Politik die Furcht, dass die bisher gelobte Hilfsbereitschaft und Akzeptanz leiden und der Großteil der friedlichen Ankömmlinge in Misskredit geraten könnte. Zumal rechte Gruppierungen versuchen, die Angst weiter zu schüren. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erklärte, angesichts der Situation an manchen Orten mit Erstaufnahmelagern mache er sich Sorgen, "dass wir bereits an die Grenze der Belastungsfähigkeit gelangen". In vielen Orten im Land regt sich im Umfeld von Flüchtlingsheimen der Unmut der Bürger. Anwohner werfen lokalen Politikern Informationsblockaden vor. Viele fühlen sich alleingelassen – und Rechtsextreme sehen die Chance, gegen Ausländer zu hetzen. Das birgt Sprengstoff.

Die Bezirksregierung Arnsberg, die neben Burbach für 16 weitere Einrichtungen in NRW zuständig ist, schickte bereits im März Alarmmeldungen über kriminelle Flüchtlinge ans Landesinnenministerium: "Das inzwischen öffentlich wahrnehmbare Verhalten dieser Minderheit ist geeignet, generelle Vorurteile gegen Asylbewerber zu schüren, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung massiv zu beeinträchtigen und deren Bereitschaft, verfolgte Minderheiten bei uns aufzunehmen zu minimieren", schrieb Regierungspräsident Gerd Bollermann an Innenminister Ralf Jäger (beide SPD).

Wir haben Probleme mit allein reisenden, jüngeren Männern, die aus Staaten kommen, die zusammengebrochen sind

Ralf Jäger (SPD) Nordrhein-Westfalens Innenminister

Neben kriminellen Handlungen fördere "gerade auch das sozial unangepasste, völlig respektlose und häufig provozierende Verhalten dieser Personengruppe" einen zunehmenden Argwohn in den Kommunen. Im Innenausschuss des Landtags gestand dies nun auch Jäger ein: "Wir haben Probleme mit allein reisenden, jüngeren Männern, die aus Staaten kommen, die zusammengebrochen sind." Man müsse die Probleme ehrlich benennen, um sie zu lösen.

Deutlicher Anstieg der Angriffe auf Flüchtlingsheime

Wie die "Welt" erfuhr, versuchen rechte Parteien und Gruppierungen im Land seit März 2013, verstärkt gegen Flüchtlinge Stimmung zu machen, auch um sich bei Europa-, Kommunal- und Bundestagswahl zu profilieren. Nach einer Aufstellung des Innenministeriums haben rechtsextreme Parteien wie die NPD und Die Rechte rund 150 Demonstrationen, Aufzüge und Kundgebungen in diversen Städten durchgeführt, die einen Bezug zu Flüchtlingen oder Asylbewerbern aufwiesen. Sie protestierten unter Überschriften wie "Asylflut und Eurowahn stoppen", "Zuwanderung stoppen – Islamisierung verhindern" und "Es gibt kein Grundrecht auf Asylmissbrauch". Das geht aus einer Antwort des NRW-Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage des Piraten-Landtagsabgeordneten Frank Herrmann hervor.

Deutschlandweit registrieren die Sicherheitsbehörden einen deutlichen Anstieg bei der Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime durch Rechtsextreme. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres waren es bereits 86 Straftaten. Das sind mehr als in den beiden Vorjahren zusammengenommen. Aus der Antwort auf die Kleine Anfrage geht hervor, dass allein in NRW im laufenden Jahr fast 20 rechtsmotivierte Zwischenfälle wegen Volksverhetzung, Sachbeschädigung und versuchter Körperverletzung in Asylbewerberheimen gezählt wurden.

In der Hauptstadt droht die Wut überzukochen

Für Piraten-Parlamentarier Herrmann ist dies auch ein Effekt verfehlter Politik: "Die Bilder von überfüllten Einrichtungen schüren die Ressentiments der Bevölkerung gegen Flüchtlinge und stärken die Rechten. Hier muss die Politik endlich gegensteuern und darf vor allem nicht mehr ständig über angebliche Belastungen reden, die durch Flüchtlinge entstehen", sagt Herrmann. Es sei deshalb auch "falsch, einer großen Gruppe von Verfolgten per Beschluss pauschal den Flüchtlingsstatus abzuerkennen, indem die Herkunftsländer wider besseres Wissen für sicher erklärt werden".

In Berlin droht die Situation mittlerweile zu eskalieren. Rechtsextreme nutzen dort immer häufiger die Wut der Bevölkerung aus, die sich von der Landesregierung nicht informiert und im Stich gelassen fühlt. Im Stadtteil Köpenick mischten sich NPD-Funktionäre kürzlich unter die vielen bürgerlichen Redner und erhielten viel Applaus für ihre hetzerischen Reden.

Der Protest gegen Wohncontainer im Ortsteil Marzahn alarmiert nun auch den Senat. Anwohner verlieren sich immer weniger auf die Demonstrationen, zu denen immer mehr Teilnehmer kommen. Der Verfassungsschutz spricht davon, dass sich die Veranstalter lediglich als Bürgerbewegung tarnten, aber eindeutig zum rechtsextremen und neonazistischen Spektrum gehörten. Für kommenden Samstag werden rund 1000 Teilnehmer erwartet.

Ohne Ältere kollabiert der Arbeitsmarkt im Jahr 2050

Der Eurozone droht die dauerhafte Stagnation, sollte es nicht gelingen, mehr ältere Arbeitnehmer im Job zu halten, warnen Londoner Forscher. 17 Prozent der Arbeitskräfte würden langfristig fehlen.

Von [Nina Trentmann](#), LondonUK-Wirtschaftskorrespondentin

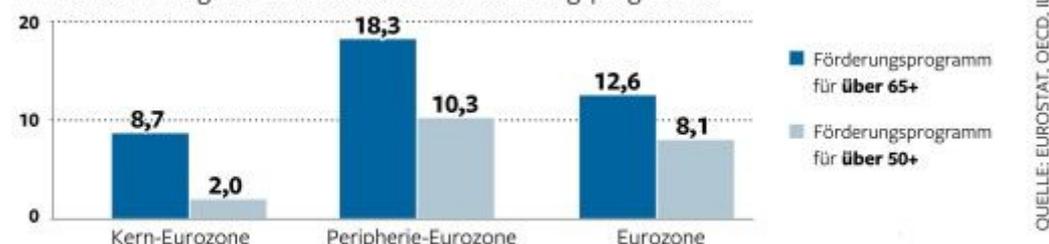
ÄLTERE KÖNNTEN WIRTSCHAFTSWACHSTUM ANKURBELN

Durchschnittliches jährliches Wachstum des BIP 2014 - 2050 in Prozent

	ohne Veränderungen	Förderungsprogramm für über 65+	Förderungsprogramm für über 50+
Eurozone	1,0	1,2	1,3
Kern-Eurozone	1,1	1,2	1,3
Peripherie-Eurozone	0,8	1,1	1,2

BIP - Steigerung pro Person in verschiedenen Szenarien im Jahr 2050

In Prozent im Vergleich zur Situation ohne Förderungsprogramme



DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt Die Studienautoren warnen vor dramatischen Folgen für den Europäischen Arbeitsmarkt, wenn keine Förderprogramme für Ältere aufgelegt werden. In den Altersgruppen über 55 Jahren schlummert laut dem Londoner Think Tank ein enormes wirtschaftliches Kapital

Jahrzehntelange wirtschaftliche Stagnation: Das droht der Eurozone, sollten die Regierungen nicht umgehend Maßnahmen ergreifen, um [die Schrumpfung der arbeitenden Bevölkerung zu verhindern](#).

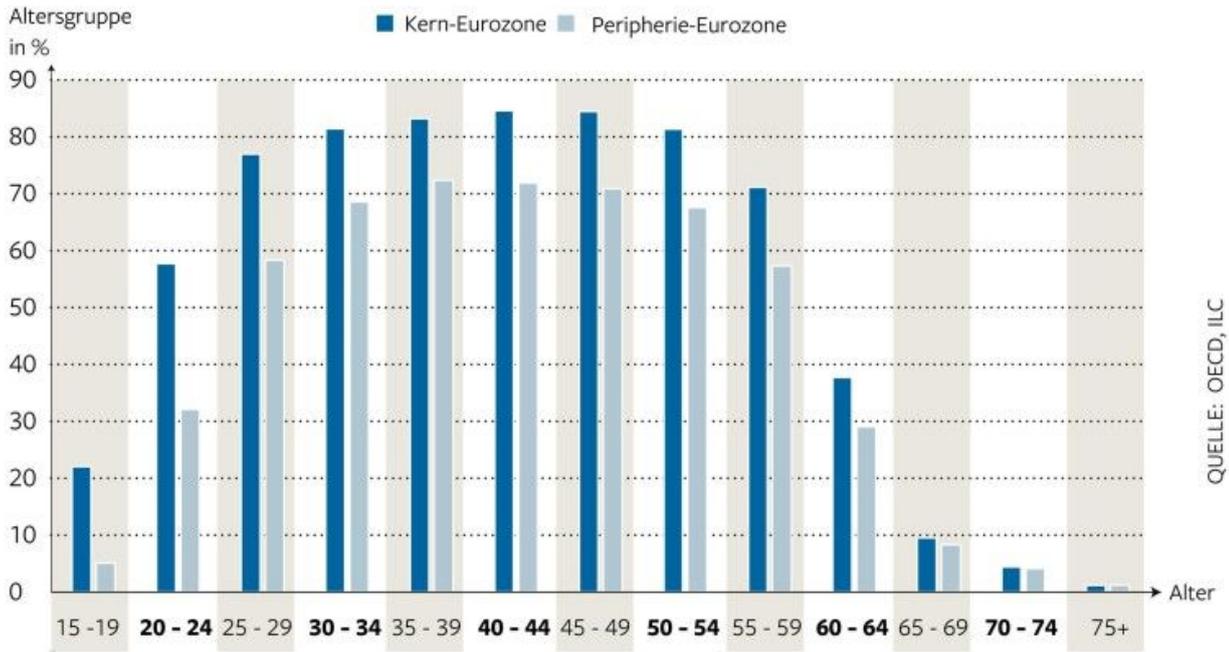
Aufgrund der demografischen Entwicklung werden die Mitgliedsländer der Währungsgemeinschaft innerhalb der kommenden 35 Jahre rund 17 Prozent ihrer Arbeitskräfte verlieren, warnt eine neue Studie des International Longevity Centre (ILC) in London.

Sollte es nicht gelingen, die Zahl der älteren Arbeitnehmer deutlich zu steigern, wird das Wirtschaftswachstum in der Eurozone bis 2050 im Schnitt nur noch ein Prozent pro Jahr betragen, prognostizieren die Wissenschaftler. Spanien, Deutschland, Portugal und Griechenland werden dabei besonders vom Arbeitskräftemangel betroffen sein.

Ohne Ältere droht dramatischer Wandel auf dem Arbeitsmarkt

Es sind dramatische Zahlen, die das ILC in seiner neuen Studie "Auferstanden aus Ruinen – Die Rolle der älteren Arbeitnehmer für den europäischen Aufschwung" präsentiert. Demzufolge wird die Zahl der Beschäftigten in der Eurozone von heute rund 140 Millionen auf 117 Millionen im Jahr 2050 zurückgehen.

BESCHÄFTIGUNGSQUOTE NACH ALTERSGRUPPEN



DIE WELT

Foto: Infografik Die

Wie in der Eurozone nimmt die Beschäftigungsquote in den Altersgruppen über 50 Jahren dramatisch ab

Einige Länder werden stärker unter dem demografischen Wandel leiden als andere: "In Spanien werden 33 Prozent weniger Leute arbeiten als heute", sagt Ben Franklin, einer der Autoren der Studie.

Auch Deutschlands Arbeitsbevölkerung altert rapide. "Wenn das Land keine Fortschritte macht und es nicht gelingt, [ältere Arbeitnehmer im Job zu halten](#), wird Deutschland im Jahr 2050 rund 28 Prozent weniger Arbeitskräfte haben als heute", sagt Franklin.

In zehn Jahren neun Prozent weniger deutsche Arbeitskräfte

Es sei wichtig, dass die Regierungen der Eurozone umgehend Maßnahmen ergreifen. Die Folgen der demografischen Entwicklung werden Franklin zufolge bereits in zehn Jahren deutlich zu spüren sein.

Arbeitsmarkt

In diesem Alter gehen die Europäer in Rente

"Die Zahl der Arbeitskräfte in Spanien wird um über zehn Prozent sinken", sagt Franklin, "in Deutschland wird sie um etwa neun Prozent zurück gehen." Das bleibe nicht ohne Folgen für die Wirtschaftsleistung in der Eurozone. Sie legt den Forschern zufolge in den kommenden Jahren nur noch marginal zu, um ein Prozent pro Jahr, sollten keine weitreichenden Reformen am Arbeitsmarkt durchgeführt werden.

Die Heraufsetzung des Rentenalters allein sei dabei keine Lösung, argumentiert Franklin. "Die negative Haltung gegenüber älteren Arbeitskräften ist nach wie vor ein riesiges Hindernis für ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt", sagt er. "Viele Euro-Länder werden weiter vor sich hin stottern, wenn hier nicht grundlegende Reformen angegangen werden", so Franklin.

Großbritannien hinkt bei der Produktivität hinterher

Das in der Studie nicht berücksichtigte Vereinigte Königreich dagegen sei nicht so sehr von der demografischen Entwicklung bedroht. Die arbeitsfähige Bevölkerung in Großbritannien soll den Prognosen zufolge in den kommenden 40 Jahren wachsen.

Dennoch müsse Großbritannien mehr investieren, um die Arbeitsfähigkeit der Über-50-Jährigen zu sichern: "Andernfalls wird es viele Leute geben, die aus Angst vor Verarmung arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können, weil sie zu krank sind oder nicht die Fähigkeiten mitbringen, die von den Firmen gebraucht werden", sagt Franklin.

Gleichzeitig muss auch die Produktivität in Großbritannien deutlich steigen. Aktuelle Zahlen des nationalen Statistikamtes zeigen, dass die Produktivität im Vereinigten Königreich pro gearbeitete Stunde im Schnitt um 21 Prozent niedriger ist als in den anderen G-7-Ländern Deutschland, Frankreich, USA, Italien, Japan und Kanada.

Abschlagsfreie Frührente kommt Deutschland teuer zu stehen

Die Regierung von Premier David Cameron erhöht das Renteneintrittsalter schrittweise, es soll zunächst auf 67 Jahre, später auf 70 Jahre angehoben werden.

Ganz anders sieht es in Deutschland aus, die Große Koalition führte in diesem Jahr die abschlagsfreie Frührente mit 63 Jahren ein. Diese erfreut sich offensichtlich großer Beliebtheit: Wie die "Rheinische Post" berichtet, haben bis Ende Oktober 163.000 Beschäftigte einen entsprechenden Antrag abgegeben, rund 110.000 Anträge seien schon bearbeitet worden.

Die hohe Nachfrage macht die Rente mit 63 deutlich teurer als ursprünglich angenommen. Der Zeitung zufolge waren für dieses Jahr 0,9 Milliarden Euro eingeplant worden, benötigt werden aber 1,5 Milliarden Euro.

ARBEITSMARKT

In diesem Alter gehen die Europäer in Rente

108,135

Le PS demande la démission d'un commissaire européen qui a critiqué la France

Publiée 21/11/2014 à 10:53



LE SCAN POLITIQUE - Le commissaire européen allemand à l'Economie numérique Günther Oettinger a durement attaqué la France, la qualifiant de «pays déficitaire récidiviste» et appelant Bruxelles à le traiter avec «rigueur».

Jean-Christophe Cambadélis n'a pas supporté les mots du commissaire européen allemand. Le patron du Parti socialiste appelle à sa démission et estime que la Commission européenne doit le sanctionner. [Dans un communiqué](#), le député de Paris parle d'un «dérapage incontrôlé».

La veille, l'Allemand Günther Oettinger, commissaire européen à l'Economie numérique, avait eu des mots très durs à l'encontre de la France. Dans [une tribune publiée par Les Echos](#), ce responsable considère que la Commission européenne «doit traiter la France en tant que pays déficitaire récidiviste». D'après lui, la Commission perdrait «toute crédibilité» si elle prolongeait «pour la troisième fois le délai accordé» à Paris pour ramener son déficit public dans les clous «sans exiger des contreparties très concrètes et précises».

Bruxelles fait pression sur la France

La réponse du patron socialiste est fulgurante. «Monsieur Oettinger s'est lancé dans une diatribe hors de propos contre la France alors que la Commission a accepté son budget en déclarant que la France est un 'pays déficitaire récidiviste'», réplique Jean-Christophe Cambadélis. Et il lui reproche d'être «muet sur les déficits excessifs de l'Allemagne, sa croissance atone et la déflation qui vient en Europe». Il y voit une «agression [qui] outrepassse ses prérogatives et surtout la nécessaire réserve d'un commissaire» et appelle à une sanction contre lui.

De fait, la France s'est engagée successivement à ramener son déficit à 3% du produit intérieur brut (PIB), le maximum prévu dans les traités européens. Reportant depuis 2013 l'échéance année après année. Et la Commission européenne doit rendre la semaine prochaine ses avis sur les budgets des Etats membres de l'union. Pour le moment, Bruxelles demande [des réformes structurelles à la France](#), comme de ramener à l'équilibre le système des retraites, réduire les dépenses en matière de sécurité sociale et rendre moins rigide le marché du travail.

Erdogan nennt Gleichberechtigung „unnatürlich“

Der türkische Staatspräsident kritisiert in einer Rede in Istanbul Feministen. Eine völlige Gleichstellung von Mann und Frau sei gegen die Natur. Gewalt gegen Frauen aber verstoße gegen die Regeln des Islam.

24.11.2014



© REUTERS  Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan mit seiner Ehefrau Ermine nach seinem Wahlsieg im August 2014

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hält eine völlige Gleichberechtigung von Mann und Frau für unmöglich. Der Islam habe der Frau die Rolle als Mutter zugewiesen, sagte Erdogan am Montag bei einer Veranstaltung des Frauenverbandes Kadem in Istanbul. Er betonte, Frauen brauchten Gerechtigkeit. Eine völlige Gleichstellung von Mann und Frau sei jedoch „gegen die Natur“.

Als Beispiel für seine Ansicht zur Gleichstellung verwies Erdogan auf das Arbeitsleben. „Frauen können nicht jede Arbeit versehen, die von Männern gemacht wird, so wie das in der Vergangenheit unter kommunistischen Regimes geschehen ist“, sagte der Staatspräsident. So könnten schwangere oder stillende Frauen nicht unter denselben Bedingungen arbeiten wie Männer.

Erdogan betonte, nach der Lehre des Islam liege das Paradies unter den Füßen der Frauen. Er selbst habe seiner Mutter deshalb die Fußsohlen geküsst. Mütter seien etwas ganz Besonderes, aber das werde nicht von allen anerkannt. „Das können sie den Feministen nicht erklären, die lehnen die Mutterschaft ab“, sagte er. Ihm selbst genügten jene, die das Besondere an der Mutterschaft verstünden. Die Priorität der Frau solle die „Mutterschaft“ sein, das entspreche der richtigen islamischen Lebensweise, erklärte Erdogan.

Gewalt gegen Frauen sei nicht hinnehmbar und verstoße gegen die Regeln des Islam als „Friedensreligion“, sagte Erdogan. Der Islam lehne Gewalt ab. Laut einer Untersuchung des Frauenverbandes Kamer nimmt die Gewalt deutlich zu. Demnach sind in diesem Jahr bereits 260 Frauen in der Türkei getötet worden; im ganzen vergangenen Jahr waren es 214.

Erdogans Ansichten über die Rolle der Frau sind in der Türkei umstritten. In seiner Zeit als Ministerpräsident und Chef der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP hatte er mit der Aussage für Diskussionen gesorgt, jede Frau solle mindestens drei Kinder haben. Erdogan ist seit August Staatspräsident der Türkei.

108,137

La France championne du monde des prestations sociales

Publiée le 25/11/2014 à 06:01



Elles représentent près de 32% du PIB de l'Hexagone, contre 22% en moyenne pour l'OCDE.

Les **dépenses sociales** sont en baisse en **Grèce** ou au **Canada**, mais restent toutefois élevées dans la plupart des pays de l'**OCDE** avec en moyenne 22% du PIB, la France étant la plus généreuse (près de 32%), selon de nouvelles données rendues publiques lundi soir. Ces dernières années, les dépenses allouées aux allocations **chômage**, maladie ou autres aides sociales ont connu des baisses importantes au Canada, en Allemagne, Islande, Irlande ou encore au Royaume-Uni, indique l'Organisation de coopération et de développement économique (OCDE).

La Grèce enregistre la baisse la plus rapide (-2 points), après avoir taillé drastiquement dans les salaires des **fonctionnaires**, de **médecins**, des pensions retraite, détaille Maxime Ladaïque, statisticien à la division des politiques sociales de l'OCDE. Toutefois, dans la majorité des pays, les niveaux restent historiquement élevés. Quatre pays consacrent plus de 30% de leur PIB aux dépenses sociales: la **France**, la **Finlande**, la **Belgique** et le **Danemark**. En Italie, en Autriche, en Suède, en Espagne et en Allemagne, elles représentent plus d'un quart du PIB.

A l'opposé, Turquie, Corée, Chili et Mexique dépensent moins de 15% de leur PIB pour les prestations sociales. Les trois derniers pays sont actuellement un niveau similaire à ceux des pays européens dans les années 1960. Comparé au niveau de 2007 d'avant-crise, le ratio dépenses sociales/ PIB a augmenté de 4 points en Belgique, Danemark en Irlande et au Japon. Il est en baisse au Luxembourg, en Espagne et en Finlande.

Dans le détail, les pays consacrent en moyenne davantage de dépenses aux prestations en espèces (12,3% du PIB) qu'aux services sociaux et de **santé** (8,6% du PIB). Mais dans les pays scandinaves, au Canada, aux Pays-Bas, en Nouvelle-Zélande et au Royaume-Uni, un meilleur équilibre entre les prestations en espèces et les prestations en nature est fait, remarque l'OCDE.

Ainsi les dépenses liées aux personnes âgées, aux **maisons de retraite**, aux personnes handicapées ou encore aux crèches sont importantes en Suède (7,5% du PIB) et au Danemark (7%), contre 3% en France ou 1% en Italie et en Pologne. Les pays scandinaves «sont très développés» et comptabilisent de nombreuses institutions pour accueillir les personnes âgées ou les enfants en bas âge, explique l'expert.

Les prestations en espèces ciblées sur la population dans la vie active représentent 4,4 % du PIB en moyenne dans les pays de l'OCDE: près de la moitié (1,8%) au titre des prestations invalidité/accidents du travail, 1,3 % pour les prestations familiales, 1 % du PIB pour les indemnités de chômage, et le reste pour des transferts sociaux.

La santé (coût des hôpitaux, médecins, médicaments) est un poste de plus en plus important pour les dépenses publiques, passé de 4% du PIB en 1980 à 6% en 2012. Cette augmentation s'explique entre autres par le coût de la technologie et une proportion de personnes âgées plus importante.

Les retraites pèsent aussi plus lourd pour les comptes publics. Depuis 1980, les dépenses pour les pensions par rapport au PIB ont augmenté de 2 points en moyenne dans les pays de l'OCDE. En France, elles **représentent près d'un tiers** des dépenses sociales.

Autre élément mis en lumière par l'OCDE: l'utilisation de prestations sous conditions de ressources est beaucoup plus répandue dans les pays anglophones et non européens que dans les pays d'Europe continentale. En Australie, plus de 40% des aides sociales vont par exemple aux 20% de la population la moins riche. Ce pourcentage tombe à environ 17% en France où les bénéficiaires d'aides sont beaucoup moins ciblés.

108,138

Günther Oettinger, cet Allemand qui veut mettre la France au pas



FIGAROVOX/CHRONIQUE - Chaque semaine, Serge Federbusch décrypte l'actualité politique pour FigaroVox. Il revient ce lundi sur les déclarations fracassantes du commissaire européen à l'économie numérique, Günther Oettinger.

Ancien élève de l'Ecole nationale d'administration, Serge Federbusch est magistrat administratif. Il a travaillé pour le ministère des Finances, le Quai d'Orsay et la Ville de Paris. Président du Parti des libertés, ancien élu du Xe arrondissement de Paris, Serge Federbusch anime Delanopolis, site d'information satirique consacré à la vie politique dans la capitale. «Français, prêts pour votre prochaine révolution?» est publié chez Ixelles éditions (271p., 17,90€).

Français, retenez bien son nom: Günther Oettinger, commissaire européen nommé à Bruxelles par la grâce d'Angela Merkel, en a assez de notre peuple de cigales et veut nous ramener fissa à une discipline de fourmi.

Dans une tribune publiée dans plusieurs journaux européens, il a appelé à traiter avec rigueur la France, incorrigible récidiviste du déficit. «La Commission perdrait toute crédibilité si elle prolongeait pour la troisième fois le délai accordé à Paris pour ramener son déficit public dans les clous sans exiger des contreparties très concrètes et précises», écrit en substance Oettinger.

Entendre un Allemand nous menacer de la schlague pour nous remettre au travail, au pain sec et à l'eau résonne fâcheusement d'un passé funeste.

Cambadélis, l'homme qui a appris la gestion financière vertueuse à la MNEF, n'a pas tardé à répliquer et même à réclamer des sanctions contre ce sauvage teuton: «(ces propos sont une) agression qui outrepassse ses prérogatives et surtout la nécessaire réserve d'un commissaire».

A-t-il demandé à son camarade Moscovici de profiter de sa proximité géographique pour bâillonner l'odieux individu? L'ancien ministre socialiste a-t-il au moins tenté de convertir son nouveau collègue de Bruxelles aux délices de la dilapidation des fonds publics dont il a pu longtemps savourer les privilèges?

Sans que les médias ne s'en émeuvent pour le moment, la dégradation des relations franco-allemandes va en s'accroissant. On pourrait presque croire qu'Angela Merkel a décidé de faire décrocher le cataplasme qui tient lieu de pouvoir à Paris. Après tout, une manoeuvre à la grecque ou à l'italienne, mettant Hollande au pied du mur de la dette et l'acculant à la dissolution afin de permettre aux électeurs français d'en finir, pourrait avoir un certain sens vu de Berlin.

Ce durcissement allemand a eu des effets immédiats puisque Mario Draghi ne peut désormais évoquer l'hypothèse de l'émission par la Banque centrale européenne de monnaie de singe sans aussitôt, pour se dédouaner, réclamer à Paris des sévères mesures d'assainissement.

Bien sûr, la façon dont Oettinger s'exprime est une souffrance pour tout Français un tant soit peu patriote. Entendre un Allemand nous menacer de la schlague pour nous remettre au travail, au pain sec et à l'eau résonne fâcheusement d'un passé funeste. Mais, plus qu'à ce gauleiter en puissance, ce super-préfet dont les intonations

font penser à un régime germanique peu recommandable, c'est à ceux qui nous ont mis dans cette humiliante situation qu'il faut en vouloir.

Jospin et ses sbires, lesquels sont pour certains encore aux commandes, ont en effet négocié comme des amateurs les conditions de mise en place de l'Euroland en 2002. On l'a oublié mais l'Allemagne y est entrée avec un taux de change du mark déprécié ce qui a favorisé ses entreprises au détriment de leurs concurrentes d'Europe du Sud. Elle a également et massivement délocalisé sa production industrielle chez ses voisins d'Europe centrale qui ne pâtissaient pas d'un euro surévalué.

Voilà pourquoi le gouvernement français danse aujourd'hui une valse de pantins sur une musique allemande. Après le fifre, on entend désormais la grosse caisse. Faute de prendre à bras le corps les dérives de son Etat providence, le gouvernement français en est réduit à affronter son homologue allemand avec de mauvais arguments.

Soyons juste, elle a aussi entrepris les réformes indispensables pour ramener le coût du travail peu qualifié à un niveau compatible avec la compétition économique internationale.

La France n'a rien fait de tout cela, bien au contraire. L'inculture économique et la forfanterie de sa classe dirigeante l'ont conduite à négliger le rôle du taux de change. Et, pour panser les plaies de cette politique inadaptée, la France a augmenté les aides et transferts sociaux qui ont plombé ses comptes publics. Le tout aboutit à un endettement aux mains de non-résidents qui limite chaque mois un peu plus notre liberté. Désormais, le peu de croissance économique qui nous reste tient entièrement à celle de la dette.

Voilà pourquoi le gouvernement français danse aujourd'hui une valse de pantins sur une musique allemande. Après le fifre, on entend désormais la grosse caisse. Faute de prendre à bras le corps les dérives de son Etat providence, le gouvernement français en est réduit à affronter son homologue allemand avec de mauvais arguments, plaidant le laxisme et affaiblissant sa position.

Il est probable que cette année encore Paris obtienne de la Commission européenne, qui aura peur d'une crise qui finirait par emporter sa propre bureaucratie, le droit de différer à nouveau les réformes. Cependant, les Allemands ne pourront indéfiniment prendre le risque d'une politique qui, par la faiblesse des taux d'intérêt et la dépréciation concomitante de l'euro enfin advenue, érode leur épargne. La fourmi germanique n'est pas prêteuse et encore moins masochiste. Et elle a peu d'enfants pour l'aider dans ses vieux jours.

Les socialistes français, après avoir pendant des décennies joué les bons petits soldats de l'ordre européen, ont réveillé le grand méchant prussien. Leur entreprise de déstabilisation ne connaît pas de frontières et la France apaisée entrevoit l'ombre d'un casque à pointe.

Zu viel Schleier

An einer Essener Grundschule wollte eine Mutter ihr Kind im Vollschieier abholen. Besonders die muslimischen Eltern empörten sich. Nun darf die Frau das Schulgelände nicht mehr im Niqab betreten.

25.11.2014, von REINER BURGER



© PICTURE-ALLIANCE  Kleider machen Leute

Die Vielfalt der modernen Einwanderungsgesellschaft ist den Lehrerinnen und Lehrern der Bodelschwingh-Grundschule im Essener Stadtteil Altendorf aus eigener Anschauung bestens vertraut. Fast alle ihre 245 Schüler haben einen Migrationshintergrund; Integration ist hier eine Daueraufgabe. Nun stellte sich den Pädagogen die bisher größte Herausforderung. Nach den Sommerferien wurde ein Junge eingeschult, dessen Mutter einen Vollschieier (Niqab) trägt. Das habe umgehend heftige Reaktionen hervorgerufen, heißt es an der Schule. Unter den Schülern seien auch traumatisierte Flüchtlingskinder. Sie verbänden verschleierte oder maskierte Personen mit schrecklichen Kriegserinnerungen.

Empört und verstört hätten auch einige Eltern reagiert. Muslimische Mütter, die lediglich ein Kopftuch tragen, hätten damit gedroht, ihre Kinder wegen der Frau im Vollschieier von der Schule zu nehmen. Also lud die Rektorin der Bodelschwingh-Schule die Niqab-Trägerin, ihren Mann, Mitglieder der Schulkonferenz und die Klassenlehrerin zu einem runden Tisch. Doch die Frau bestand darauf, dass zu ihrem Recht auf freie Religionsausübung auch das Recht gehöre, ihr Kind nach dem Unterricht wie bisher im Niqab abzuholen. Die Rektorin verbot ihr schließlich, das Schulgelände mit Vollschieier zu betreten.

Die Bezirksregierung Düsseldorf scheint die Entscheidung zu billigen. Jedenfalls teilte eine Sprecherin mit, der Fall sei der übergeordneten Behörde „bekannt“. „Leitlinien in Form einer Handreichung bezüglich des Umgangs mit verschleierten Personen an die Schulen“ gebe es nicht, die Schulen würden aber jeweils einzelfallbezogen beraten. **Das im nordrhein-westfälischen Schulgesetz verankerte Gebot, wonach in Schulen keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche äußere Bekundungen abgegeben werden dürfen, beziehe sich nur auf Lehrkräfte.**

Schüler hätten dagegen das Recht, sich nach religiösen Vorschriften zu kleiden. Sollte aber ein vollverschleiertes Mädchen zum Unterricht erscheinen, könnten die Lehrer einschreiten. Schließlich werde durch die Gesichtsverhüllung „eine unerlässlich offene Kommunikation, die den Unterricht und den Erziehungsprozess in der Schule bestimmt, unterbunden“, und das laufe dann dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag zuwider.

Das übersehene Gründungsdokument der Terrorherrschaft

Der „Islamische Staat“ kommt keineswegs aus dem Nichts. Schon vor acht Jahren legte er in einem Manifest seine Ziele und Methoden offen. Mit großer Präzision wird hier versucht, die Terrorherrschaft aus der islamischen Tradition abzuleiten.

25.11.2014, von JOSEPH CROITORU



© AFP  Aus einem Propaganda-Video des IS vom 8. Juni: Diese Dschihadisten sollen in der Nähe von Tikrit kämpfen.

Die islamistischen Terroristen im Irak riefen ihren Staat schon im Oktober 2006 aus und begründeten dies kurz darauf in einer programmatischen Schrift, die bis heute kaum analysiert wurde. Das Grundsatzdokument ist ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis des „Islamischen Staats“. Bei der Suche nach der Genese der dramatischen Entwicklungen im Irak mag es abwegig erscheinen, ausgerechnet Betrachtungen des früheren amerikanischen Präsidenten George W. Bush wieder ins Gedächtnis zu rufen. Doch muss es einen Grund dafür geben, dass seit der Ausrufung des IS-Kalifats im Zweistromland seine Rede vom 5. September 2006 in der Blogosphäre eine Renaissance erlebt.

Bush warnte damals eindringlich davor, was geschehen würde, sollte es den Dschihadisten gelingen, die Amerikaner aus dem Irak zu vertreiben. Die sunnitischen Terroristen würden, so der Präsident, ihren Plan, ein totalitäres islamisches Imperium zu errichten, in die Tat umsetzen. Ihr herbeigesehntes Kalifat würde sich von Europa (gemeint war wohl Spanien) über Nordafrika und Nahost bis nach Südostasien erstrecken.

Kaum jemand beachtete das Grundsatzdokument

Dieses Szenario wirkte damals mächtig übertrieben. Doch kam den radikalen Islamisten im Irak die Prognose des Erzfeindes mehr als gelegen. Die Terrororganisation „Al Qaida im Irak“, die mit einer Reihe anderer Dschihadisten-Organisationen unter dem Etikett „Schura-Rat der Mudschahedin im Irak“ Mitte Oktober 2006 den „Islamischen Staat Irak“ (ISI) ausrief, nahm Bushs Voraussage in ihr Anfang 2007 veröffentlichtes Staatsgründungsmanifest mit auf – und kommentierte sie mit der süffisanten Bemerkung, wie recht doch der ansonsten als „Lügner“ bekannte amerikanische Regierungschef mit seiner Prophezeiung gehabt habe.

Die neunzigseitige Schrift des ISI trägt den Titel „Benachrichtigung der Gläubigen über die Geburt des Islamischen Staates“. Obgleich sie das wichtigste Grundsatzdokument des ISI darstellt, hat sich selbst in Fachkreisen bislang kaum einer die Mühe gemacht, sie zu analysieren. Eine Ausnahme ist der Leipziger Islamwissenschaftler Christoph Günther, dessen 2013 vorgelegte Dissertation „Ein zweiter Staat im Zweistromland? Genese und Ideologie des ‚Islamischen Staates Irak‘“ mittlerweile als Buch erschienen ist (Ergon Verlag 2014). Die Studie greift zentrale Aspekte dieses Dokuments heraus, die im Übrigen zum Teil auch schon in der Mitte Oktober 2006 von einem Vertreter des ISI-Informationsministeriums in einem Video anonym verlesen und von Günther nur angerissenen Gründungserklärung des „Islamischen Staats Irak“ eine Rolle spielten.

„Befehlshaber“ leitet sich von „Befehl“ ab

Diese Staatsproklamation gibt Einblicke in die Rechtfertigungsstrategien des ISI in seiner Entstehungsphase. Als Begründung für die Ausrufung ihres Staates führen die Mudschahedin an, dass die Sunniten im Gegensatz zu den Kurden im Norden und den Schiiten im Süden des Iraks noch immer nicht über ein eigenes Staatswesen verfügten und nach wie vor unter Fremdherrschaft lebten. Für ihr Staatsgebiet beanspruchten die Gotteskrieger bereits damals die sechs irakischen Provinzen Bagdad, Anbar, Diyala, Kirkuk, Salah al Din und Ninive sowie Teile zwei weiterer (Babil und Wasit), was in etwa dem Raum entspricht, der von ihnen heute – mittlerweile sollen es neun Provinzen sein – kontrolliert wird.

Auf die politische Rechtfertigung der Staatsausrufung folgte die religiöse. Dabei berief man sich auf einen Spruch des Propheten Mohammed aus den Hadith-Sammlungen, der besagt, dass Muslime von einem Muslim regiert werden müssen: Befänden sich auch nur drei muslimische Personen auf fremdem Boden, seien sie verpflichtet, einen zu ernennen, dessen Befehlen sie folgten – von „Befehl“ (amr) leitet sich im Arabischen der Begriff Emir (Befehlshaber, arabisch: amir) ab. Mit der Bezeichnung „Amir al muminin“ (Anführer der Gläubigen), die schon zur Zeit der ersten vier „rechtgeleiteten“ Kalifen in Gebrauch war, schmückte sich denn auch der im April 2010 bei einem Raketenangriff nahe Takrit getötete ISI-Chef Abu Omar al Baghdadi – so wie dies heute auch sein Nachfolger, der „Kalif“ und Anführer des IS, Abu Bakr al Baghdadi, tut.

Die Schaffung von Frieden und Sicherheit

Mit dem Rückgriff auf den Hadith gaben sich die Mudschahedin des ISI traditionstreu. Das hinderte sie aber nicht daran, was selbst in Dschihadistenkreisen revolutionär war, von der eigenen Lage eine direkte Linie zu der des islamischen Propheten am Beginn seiner Herrschaft in Medina zu ziehen – mit dem selbstbewussten Kommentar, dass man bereits über ein größeres Gebiet herrsche als seinerzeit der Stifter des Islam. Auch standen sie auf dem Standpunkt, dass „ihr Staat“ größere Anerkennung verdiene als die „international breit anerkannte palästinensische Regierung“, zumal diese ein kleineres Territorium kontrolliere und bei weitem nicht im Besitz so schlagkräftiger Waffen sei. Zudem werde der ISI auch nicht am Gängelband geführt wie die von den Zionisten unterdrückten Palästinenser. Der Versuch, den Nahost-Konflikt zu instrumentalisieren, trug die Handschrift von Al Qaida. Damit und auch mit dem Bild von den Juden als den erbittertsten Feinden des Propheten hoffte man, Sympathisanten zu gewinnen.

Als ihre wichtigsten Ziele nannten die Gründer des ISI die Vertreibung sämtlicher „Invasoren“ und „Aggressoren“ aus dem Irak und die Schaffung von Frieden und Sicherheit sowie die buchstabengetreue Anwendung der Scharia und eine damit einhergehende gerechte Verteilung der Ressourcen des Landes unter den Gläubigen. An die irakisch-sunnitischen Stammesführer richteten sie einen eindringlichen Appell, dem „Anführer der Gläubigen“ Abu Omar al Baghdadi die Treue zu schwören. Auch wurden Sunniten in der ganzen Welt dazu aufgerufen, sich „beginnend mit Worten und endend mit Blut“ für den „Islamischen Staat Irak“ einzusetzen.

Heil nur durch absoluten Gehorsam

Die nur anderthalb Monate später, im Januar 2007, veröffentlichte programmatische Schrift „Benachrichtigung der Gläubigen über die Geburt des Islamischen Staates“ – herausgegeben vom „Ministerium für religionsgesetzliche Angelegenheiten“ – präsentiert sich in ihrem Untertitel als „Studie“. Sie teilt sich in vier Abschnitte: „Die Bedeutung des (islamischen) Staates und warum die Umma ihn braucht“, „Die Existenzberechtigung des Islamischen Staates Irak“, „Was man uns vorwirft und was wir antworten“ und „Die Pflicht, den Islamischen Staat zu unterstützen“.

Das Dokument zeugt davon, wie sehr sich der ISI im sunnitischen Rechtskonsens zu positionieren suchte. Unter Berufung auf Koranverse und Stellungnahmen berühmter mittelalterlicher sunnitische Rechtsgelehrter wurde die Notwendigkeit des Aufbaus eines islamischen Gemeinwesens nach dem Vorbild jener geoffenbarten

Ordnung propagiert, wie sie der Prophet und später seine Nachfolger (Kalifen) etabliert hatten. Nur so – und unter der Bedingung der uneingeschränkten Anwendung der Scharia – ist nach den angeführten sunnitischen Quellen die Voraussetzung für das Heil der Muslime geschaffen, die allerdings zu absolutem Gehorsam verpflichtet sind.

Der Stärkste wird der Erste sein

Bei der Art der Wahl ihres Staatsoberhauptes (Imam), bei der man sich ebenfalls an die Vorschriften der Rechtsautoritäten hielt, präsentierten sich die ISI-Dschihadisten, wie Christoph Günther hervorhebt, als konsensorientiert. Die Ernennung des Herrschers sei durch die „Leute des LöSENS und Bindens“ erfolgt – eine traditionell dazu bestimmte Elite. Im Falle des ISI rekrutierten sie sich aus der „Allianz der Wohlduftenden“, deren Gründung im Juni 2006 bekanntgegeben worden war und aus einem Zusammenschluss des „Schura-Rat der Mudschahedin“ und den, wie es hieß, „guten sunnitischen Stämmen“ bestand, die dem ISI Treue geschworen hätten.

Vollständige Transparenz konnte der damals noch im Untergrund agierende ISI freilich nicht vorweisen. So bezog man sich, auch um möglicher Kritik vorzubeugen, auf ein weiteres im sunnitischen Gelehrtenkonsens verankertes Verfahren zur Einsetzung des islamischen Herrschers, nämlich die „Usurpation durch Unterwerfung mit dem Schwert“, welches in Krisenzeiten oder im Streitfall dem waffenstärksten Aspiranten den Rechtsanspruch auf das Amt des Imams einräumt.

Das Territorium des ISI ist groß

Vor dem Hintergrund der Krise im Irak wie auch sonst in der islamischen Welt halten die Autoren des Manifests diese Option im Fall des ISI für angemessen, zumal gegenwärtig die muslimische Umma ohne Führung und etliche islamische Gebiete unter der Kontrolle fremder Invasoren seien. Das programmatische Beharren auf dem Recht, den Führungsanspruch „mit dem Schwert“ durchzusetzen, ist nicht nur ein Beleg dafür, wie schon der ISI es verstand, sein Herrschaftssystem als konsenskonform erscheinen zu lassen. Es vermag auch teilweise die Gewaltexzesse zu erklären.

Arroganz der Macht spricht auch aus dem dritten Abschnitt „Was man uns vorwirft und was wir antworten“, wo die Verfasser sich anschicken, möglichen Einwänden hinsichtlich der Legitimität ihres Staates zu begegnen – etwa dem, dass der ISI über ein klar umrissenes Territorium nicht verfüge. Für die Autoren lässt sich die Frage der Gebietskontrolle nur im Kontext des asymmetrischen Kriegs, wie er im Irak stattfindet, diskutieren: Dass die Feinde der Mudschahedin ihre beanspruchten Gebiete nicht wirklich zu kontrollieren vermöchten, bewiesen schon die vielen tödlichen Schläge, die ihnen von den Gotteskriegerern versetzt würden – sogar in Bagdads Grüner Zone, die die irakische Regierung der „Abtrünnigen“ (Schiiten) glaube mit amerikanischen Truppen sichern zu können. Und da die sunnitischen Quellen an keiner Stelle vorschrieben, wie groß das Territorium sein müsse, auf dem ein „Islamischer Staat“ ausgerufen werden dürfe, gilt aus Sicht des ISI, dass dieses überall dort ist, wo seine Kämpfer sich öffentlich mit ihren Waffen präsentieren.

Ein spätes Erwachen

Auch wenn in der Schrift darlegt wurde, dass die Organisation aus Sicherheitsgründen noch im Untergrund agieren müsse – Abu Omar al Baghdadi meldete sich nur mit Audiobotschaften –, stellte man sich auch der erwartbaren Kritik, dass al Baghdadi den meisten als Person unbekannt bleibe und man dem „Anführer der Gläubigen“ deshalb auch nicht die Treue schwören könne. Es genüge, so die Antwort, dass ihn wichtige Entscheidungsträger persönlich kennen und ihm stellvertretend den Treueeid leisteten.

Tatsächlich meldete sich mit einer solchen Beanstandung, wie Christoph Günther vermerkt, im April 2007 der Kuweiter Hamid Abdallah al Ali zu Wort, ein Al Qaida ideologisch nahestehender salafistischer Rechtsgelehrter. Er zweifelte die Rechtmäßigkeit des „Islamischen Staates Irak“ mit dem Argument an, dass

der Islam einen Treueeid gegenüber einem unbekanntem, unsichtbaren Imam nicht kenne. Dieser zentrale Vorwurf wurde von den Mudschahedin erst sieben Jahre später entkräftet: Wohl auch deshalb ließ sich Abu Bakr al Baghdadi, der bis dahin ebenso wie sein Vorgänger physisch nicht in Erscheinung getreten war, nur wenige Tage nach der Gründung seines „Kalifats“ Anfang Juli erstmals filmen (dazu Christoph Günthers Aufsatz „Obey the emerging caliphate“, in: „Orient“, 4/2014). Nicht zuletzt diesem Rechtfertigungszwang scheint die Bildpropaganda der Dschihadisten geschuldet zu sein, in der in den vergangenen Monaten auffällig oft Treueschwur-Zeremonien zelebriert werden. Offenbar sollen die letzten Zweifel an der Existenz des „Islamischen Staates“ ausgeräumt werden, der jetzt in der Tat expandiert.

Das Erwachen kommt freilich spät, auch in der arabischen Welt. Wenn die jordanische Königin Rania, wie vor einigen Tagen geschehen, auf einer Medienkonferenz in Abu Dhabi mit schrillen Worten die arabische Welt zum Kampf gegen das „Narrativ“ der Gotteskrieger aufzurütteln sucht, so darf nicht vergessen werden, dass dem Staatsgründungsmanifest des ISI gerade von jordanischem Boden aus zu seinem Weltruhm verholfen worden war: durch den palästinensisch-jordanischen Gelehrten Abu Muhammad al Maqdisi, der die Schrift gleich auf seine Internetseite „tawhed.ws“ gestellt hatte. Dort ist sie auch heute noch zu lesen. Scheich al Maqdisi wurde erst im Juni in Jordanien aus der Haft entlassen – und versucht sich nun als „Kritiker“ des „Islamischen Staates“ in Szene zu setzen.

108,145

Économie : trois bonnes nouvelles pour la France et les Français

Publiée le 26/11/2014 à 13:17



INFOGRAPHIES - La baisse de l'euro, la chute des cours du pétrole et des taux d'emprunt historiquement bas sont autant de bonnes nouvelles pour les ménages, les entreprises et l'État. Voici trois graphiques pour le constater.

L'essence coûte moins cher pour les Français, l'euro est moins élevé pour les entreprises françaises qui exportent et l'État emprunte à des taux historiquement bas. Des bonnes nouvelles qui sont de nature à redonner un peu de baume au cœur des Français. [Le moral des ménages n'a jamais été aussi élevé depuis mars dernier. Et le climat des affaires a rebondi, atteignant son plus haut niveau depuis juin.](#) Ces évolutions ne doivent pas nous faire oublier que [la situation économique de la France reste fragile.](#) Les chiffres du chômage publiés jeudi soir nous le rappelleront...

Il n'empêche, à court terme, l'euro, l'essence et les taux d'emprunt bas constituent des bonnes nouvelles indéniables. Mais à plus long terme, des risques pourraient apparaître. Explications.

• **Baisse de l'euro**

L'euro à 1,245 dollar. Du jamais vu depuis deux ans et demi. Depuis le début de l'année, la monnaie européenne a perdu un peu plus de 9%. Un niveau inattendu quand on pense que l'euro évoluait autour de 1,38 dollar, il y a à peine sept mois. Les entreprises, qui pourront désormais exporter moins cher peuvent s'en réjouir. Au final, si l'euro se maintenait là, voire s'il reculerait encore, c'est toute l'économie française qui serait gagnante. [Selon une récente étude du Trésor, une baisse durable de l'euro entre 0,1 et 0,2 dollar rapporterait 0,5 point de plus au PIB français.](#) Ce qui, en ces temps moroses, n'est pas négligeable.

• **Chute du pétrole**

Le pétrole à moins de 80 dollars. Du jamais-vu depuis plus de quatre ans. La chute des cours du pétrole étaient d'autant moins attendue qu'ils s'étaient installés dans un «tunnel» compris entre 100 et 120 dollars. En moins de six mois, le Brent a perdu 30%. [Une bonne nouvelle pour les consommateurs français qui achètent leur essence moins cher.](#) Mais si la tendance baissière se creusait encore, des risques déflationnistes seraient à craindre. Puisque la France - l'Europe aussi - est déjà dans une situation d'inflation très faible.

Selon les calculs de Barclays, une baisse du baril de 10 % provoque un recul des prix à la consommation de 0,1%. L'effet du prix du pétrole devrait l'emporter sur celui de la hausse du dollar face à l'euro. Autrement dit, le risque de déflation en Europe va s'accroître. Si elle est positive à court terme, pour les Français, la baisse du pétrole l'est donc moins à long terme pour l'économie européenne et donc française.

Ce jeudi, l'Opec tient une réunion ministérielle. Alors que des pays comme la Russie, le Venezuela ou l'Iran espèrent que l'organisation des pays exportateurs de pétrole annoncent une baisse de la production pour faire remonter les cours, les marchés s'attendent à un statu quo. Ce qui devrait prolonger le recul du pétrole et [continuer de coûter jusqu'à 80 milliards de dollars par an à la Russie.](#)

• **Des taux d'emprunt historiquement bas**

Le taux des obligations françaises sur 10 ans sous les 1%. Historique! Et comme pour l'euro et le pétrole, la chute est impressionnante. Il y a sept mois, il évoluait autour de 2%, ce qui était déjà un taux historiquement bas. [Une bonne nouvelle pour le gouvernement qui voit le coût de sa dette s'alléger.](#)

Comme pour le pétrole, cette bonne nouvelle pourrait ne pas durer longtemps. D'ici le second semestre 2015, la Banque centrale américaine devrait mettre fin à sa politique monétaire accommodante, si l'on en croit les récentes déclarations d'un responsable de la Fed. Les taux d'intérêt des emprunts américains remontreraient et ceux de la France avec, alourdissant ainsi la facture de sa dette.



FIGAROVOX/ANALYSE - Pour Guylain Chevrier, les déclarations récentes du président turc Recep Tayyip Erdogan, selon lequel «l'Islam a défini une place pour les femmes : la maternité», mettent en lumière l'incompatibilité de certains courants islamistes avec la modernité.

Guylain Chevrier, membre de la mission laïcité du Haut Conseil à l'Intégration (2010-2013), formateur en travail social et chargé d'enseignement à l'université, docteur en histoire.

Le président islamo-conservateur turc Recep Tayyip Erdogan (Parti islamiste l'AKP), a affirmé lundi sans détour que les femmes ne pouvaient pas être naturellement égales aux hommes. «Notre religion (l'islam) a défini une place pour les femmes (dans la société): la maternité», a lancé le chef d'Etat, à Istanbul, devant un parterre très largement féminin réuni pour un sommet sur «la justice et les femmes». «Certaines personnes peuvent le comprendre, d'autres non. Vous ne pouvez pas expliquer ça aux féministes parce qu'elles n'acceptent pas l'idée-même de la maternité», a-t-il poursuivi. Il a assuré qu'hommes et femmes ne pouvaient pas être traités de la même façon «parce que c'est contre la nature humaine». «Leur caractère, leurs habitudes et leur physique sont différents (...) Vous ne pouvez pas mettre sur un même pied une femme qui allaite son enfant et un homme», a-t-il argumenté. «Vous ne pouvez pas demander à une femme de faire tous les types de travaux qu'un homme fait, comme c'était le cas dans les régimes communistes», a aussi estimé le président turc.

Ces déclarations d'Erdogan mettent en pièce l'idée d'une Turquie comme modèle ayant su allier islam et démocratie, pour justifier d'être candidate à l'entrée dans l'Union européenne.

Le Président se sent d'autant plus légitime qu'il appuie ses déclarations sur des phrases qui se trouvent explicitement exprimé dans le Coran. La femme n'y est désignée que comme croyante, épouse et mère, avec l'affirmation de la prééminence de l'homme sur elle (Sourate 2 versets 228) ; Le témoignage d'une femme vaut la moitié de celui d'un homme, (Sourate 2 verset 282) ; la femme perçoit la moitié de la part dévolue à l'homme lors d'un héritage, (Sourate 4, versets 12) ; l'homme a droit à la polygamie (Sourate 4, versets 3) et à répudier sa femme, (Sourate 2, versets 226 à 233) ; «Les hommes sont supérieurs aux femmes à cause des qualités par lesquelles Dieu a élevé ceux-là au-dessus de celles-ci ...» (Sourate 4, versets 38 et suivants).

Ces déclarations d'Erdogan mettent en pièce l'idée d'une Turquie comme modèle ayant su allier islam et démocratie, pour justifier d'être candidate à l'entrée dans l'Union européenne.

Les déclarations de M. Erdogan auront eu l'intérêt de lever une hypocrisie en cours dans notre pays et qui voudrait que, de dire de l'islam que cette religion serait dans ses références discriminatoire pour les femmes, soit pure islamophobie.

Les déclarations de M. Erdogan auront eu un autre intérêt: lever une hypocrisie en cours. Il reste un long chemin pour qu'un véritable débat sur le fond sans tabou, puisse avoir lieu sur une nécessaire modernisation de cette religion, prenant en compte les évolutions qui ont fondé la condition de l'homme moderne et particulièrement de la femme. Il en va aussi de la protection de la liberté des musulmans eux-mêmes, qui n'entendent pas se voir imposer par une logique communautaire leur façon de penser et de vivre.

Dschihadismus **Arbeitslose und Straftäter ziehen in den heiligen Krieg**

Polizei und Verfassungsschutz haben die Erkenntnisse über Dschihadisten aus Deutschland statistisch ausgewertet. Es scheint, als ob der Dschihad zu einem erheblichen Teil Leute anzieht, die keinen festen Platz in der deutschen Gesellschaft finden.

27.11.2014, von **NIKOLAS BUSSE**



© PICTURE-ALLIANCE  Propagandavideos sind für die Rekrutierung des IS weniger wichtig als angenommen

Über die Leute, die von Deutschland aus in den Dschihad ziehen, weiß man durch die Schilderung von Einzelfällen manches. Systematische Studien gab es bisher aber nicht, weshalb sich trotz der Brisanz des Problems viele wichtige Fragen nur oberflächlich beurteilen ließen: Zieht es Junge oder Alte auf die Schlachtfelder in Syrien und im Irak, mehr Männer oder mehr Frauen? Was führt zur Radikalisierung? Was haben die selbsternannten Gotteskrieger in ihrem Vorleben gemacht?



Autor: Nikolas Busse, Jahrgang 1969, stellvertretender verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Folgen:

Die Antworten darauf haben große Bedeutung für die Arbeit der Sicherheitsbehörden wie auch anderer Einrichtungen, die sich mit Islamismus und Gewalt befassen.

Polizei und Verfassungsschutz haben sich über das sogenannte „Gemeinsame Terrorabwehrzentrum“ jetzt die Mühe gemacht, die vorhandenen Erkenntnisse über Dschihadisten aus Deutschland statistisch auszuwerten. Herausgekommen ist eine 18 Seiten starke Analyse, die bisher unveröffentlicht ist, aber dieser Zeitung vorliegt.



Artikel.Text

© PICTURE-ALLIANCE/DPA, DEUTSCHE WELLE  Faszination und Verführung der Gotteskrieger

Sie enthält keine großen Überraschungen, sondern einen ernüchternden Schluss: Die Biographien der Dschihadisten seien so vielfältig, dass auch hier gelte, was ganz allgemein bei der Beschäftigung mit islamistischer Radikalisierung festzustellen sei: „Es gibt kein typisches Profil.“

Ein paar Verallgemeinerungen lassen sich der Studie trotzdem entnehmen. Ausgewertet wurden Daten über 378 Personen, die bis Ende Juni 2014 „aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind“, wie es in der Analyse heißt.

Mehr zum Thema

- Islamisten in Deutschland: De Maizière plant Ausweiszug von maximal 18 Monaten
- „Islamischer Staat“: Rechtfertigung der Terrorherrschaft

Davon waren 89 Prozent Männer und 11 Prozent Frauen. Obwohl es weibliche Kämpferinnen (oder Kämpfergemahlinnen) gibt, ist der Dschihad also überwiegend ein männliches Phänomen.

Interessant sind die Erkenntnisse zur Altersstruktur. Die landläufigen Vorstellungen von jungen Hitzköpfen wird von der Statistik auf den ersten Blick bestätigt: Die meisten der Dschihadisten (nämlich 125 von 322) waren zum Zeitpunkt ihrer Ausreise 21 bis 25 Jahre alt. Das ist ein Alter, in dem auch aus anderen kulturellen Zusammenhängen ein Hang zum Rebellentum bekannt ist.

Ausgereist sind aber auch 56 Personen im Alter von 15 bis 20 Jahren, also halbe Kinder, und 37 Personen im Alter von 31 bis 35 Jahren, in dem sonst die Verbürgerlichung weit fortgeschritten ist. Einer ist sogar 1950 geboren.

Ein Blick auf den Familienstand der Erfassten bestätigt den Eindruck, dass hier nicht nur ungebundene Abenteuerer in den Krieg ziehen. Die Hälfte der Ausgereisten war verheiratet; 104 von ihnen haben Kinder.

Die Daten zur Herkunft zeigen, dass es für die Radikalisierung kaum eine Rolle zu spielen scheint, ob jemand lange in Deutschland gelebt hat. 61 Prozent der Ausgereisten wurden in Deutschland geboren, es folgen 31 andere Länder. Die nächstgrößere Gruppe ist die der in Syrien Geborenen (8 Prozent), bei der sich religiöse mit nationalen Motiven mischen dürften. Danach kommen gebürtige Türken (6), Libanesen (3) und Russen (3).

Wie lange sich jemand in der säkularen und pazifistischen deutschen Mehrheitsgesellschaft bewegt hat, scheint also nicht von größerem Belang zu sein. Das lässt Zweifel an der immer wieder geäußerten These aufkommen, der Dschihad-Tourismus sei vor allem Ausdruck mangelnder Integration.

Ein ähnlicher Befund ergibt sich bei der Staatsangehörigkeit: 37 Prozent haben nur die deutsche, 24 Prozent die deutsche und eine andere (die meisten davon sind Deutschmarokkaner). 14 Prozent der Ausgereisten sind türkische Staatsangehörige, 5 Prozent Syrer und 4 Prozent Russen.

In der öffentlichen Debatte ist immer wieder auf das Phänomen der Konvertiten hingewiesen worden, denen eine besondere Empfänglichkeit für Radikalität nachgesagt wird. Sie sind mit 14 Prozent der Ausgereisten eine signifikante Größe, wenn auch immer noch eine kleine Minderheit.

Frauen scheinen hier besonders anfällig zu sein, denn ihr Anteil an den Konvertiten ist doppelt so hoch wie ihr Gesamtanteil an den Ausgereisten.

Was man sonst vom Vorleben der Dschihadisten weiß, deutet auf Probleme beim gesellschaftlichen Aufstieg hin. Die Daten zur Bildung liegen noch etwa im Mittel der Gesamtbevölkerung. So haben von den 116 Ausgereisten, die einen Schulabschluss haben, 31 eine Realschule und 41 ein Gymnasium absolviert; 46 begannen eine Ausbildung, 43 studierten, 8 hatten einen Hochschulabschluss.

Aber 82 Personen (21 Prozent) waren vor ihrer Ausreise arbeitslos, und nur von 46 Personen (12 Prozent) ist bekannt, dass sie einem Beruf nachgegangen sind. „Die bekannten beruflichen Tätigkeiten sind ganz überwiegend dem gering-qualifizierten Sektor und damit dem Niedriglohnbereich zuzuordnen“, heißt es in der Studie.

Hinzu kommt eine bemerkenswerte Neigung zur Straffälligkeit: 249 Ausgereiste haben Straftaten begangen, darunter am häufigsten Gewaltdelikte, gefolgt von Eigentums- und Drogendelikten. Nach der Radikalisierung ändert sich die Art der Kriminalität deutlich: Dann dominiert die sogenannte „politisch motivierte Kriminalität“ vor Gewalt- und Eigentumsdelikten. Es scheint, als ob der Dschihad zu einem erheblichen Teil Leute anzieht, die keinen legalen Platz in der deutschen Gesellschaft finden.

Die Selbstradikalisierung über das Internet, die der „Islamische Staat“ mit seinen aufwendigen Videos zu befeuern versucht, scheint in der Wirklichkeit eine überraschend geringe Rolle zu spielen. Nur bei 18 Prozent der Ausgereisten führte offenbar Propaganda aus dem Internet zur Radikalisierung, auch wenn die Studie den berechtigten Hinweis enthält, dass Quantität und Qualität von Internetnutzung schwer zu erfassen seien.

Mit Abstand am wichtigsten war der Kontakt zu Freunden (30 Prozent der Ausgereisten), vor Kontakten zu salafistischen Moscheen (23 Prozent). Die Bedeutung dieser beiden Faktoren nahm im Verlauf der Radikalisierung zu, ebenso wie die von Koran-Verteilungen.

Arbeitslose und Straftäter ziehen in den heiligen Krieg

Polizei und Verfassungsschutz haben die Erkenntnisse über Dschihadisten aus Deutschland statistisch ausgewertet. Es scheint, als ob der Dschihad zu einem erheblichen Teil Leute anzieht, die keinen festen Platz in der deutschen Gesellschaft finden.

27.11.2014, von NIKOLAS BUSSE



© PICTURE-ALLIANCE  Propagandavideos sind für die Rekrutierung des IS weniger wichtig als angenommen

Über die Leute, die von Deutschland aus in den Dschihad ziehen, weiß man durch die Schilderung von Einzelfällen manches. Systematische Studien gab es bisher aber nicht, weshalb sich trotz der Brisanz des Problems viele wichtige Fragen nur oberflächlich beurteilen ließen: Zieht es Junge oder Alte auf die Schlachtfelder in Syrien und im Irak, mehr Männer oder mehr Frauen? Was führt zur Radikalisierung? Was haben die selbsternannten Gotteskrieger in ihrem Vorleben gemacht?



Autor: Nikolas Busse, Jahrgang 1969, stellvertretender verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Folgen:

Die Antworten darauf haben große Bedeutung für die Arbeit der Sicherheitsbehörden wie auch anderer Einrichtungen, die sich mit Islamismus und Gewalt befassen.

Polizei und Verfassungsschutz haben sich über das sogenannte „Gemeinsame Terrorabwehrzentrum“ jetzt die Mühe gemacht, die vorhandenen Erkenntnisse über Dschihadisten aus Deutschland statistisch auszuwerten. Herausgekommen ist eine 18 Seiten starke Analyse, die bisher unveröffentlicht ist, aber dieser Zeitung vorliegt.

Sie enthält keine großen Überraschungen, sondern einen ernüchternden Schluss: Die Biographien der Dschihadisten seien so vielfältig, dass auch hier gelte, was ganz allgemein bei der Beschäftigung mit islamistischer Radikalisierung festzustellen sei: „Es gibt kein typisches Profil.“

Ein paar Verallgemeinerungen lassen sich der Studie trotzdem entnehmen. Ausgewertet wurden Daten über 378 Personen, die bis Ende Juni 2014 „aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind“, wie es in der Analyse heißt.

Davon waren 89 Prozent Männer und 11 Prozent Frauen. Obwohl es weibliche Kämpferinnen (oder Kämpfergemahlinnen) gibt, ist der Dschihad also überwiegend ein männliches Phänomen.

Interessant sind die Erkenntnisse zur Altersstruktur. Die landläufigen Vorstellungen von jungen Hitzköpfen wird von der Statistik auf den ersten Blick bestätigt: Die meisten der Dschihadisten (nämlich 125 von 322) waren zum Zeitpunkt ihrer Ausreise 21 bis 25 Jahre alt. Das ist ein Alter, in dem auch aus anderen kulturellen Zusammenhängen ein Hang zum Rebellentum bekannt ist.

Ausgereist sind aber auch 56 Personen im Alter von 15 bis 20 Jahren, also halbe Kinder, und 37 Personen im Alter von 31 bis 35 Jahren, in dem sonst die Verbürgerlichung weit fortgeschritten ist. Einer ist sogar 1950 geboren.

Ein Blick auf den Familienstand der Erfassten bestätigt den Eindruck, dass hier nicht nur ungebundene Abenteurer in den Krieg ziehen. Die Hälfte der Ausgereisten war verheiratet; 104 von ihnen haben Kinder.

Die Daten zur Herkunft zeigen, dass es für die Radikalisierung kaum eine Rolle zu spielen scheint, ob jemand lange in Deutschland gelebt hat. 61 Prozent der Ausgereisten wurden in Deutschland geboren, es folgen 31 andere Länder. Die nächstgrößere Gruppe ist die der in Syrien Geborenen (8 Prozent), bei der sich religiöse mit nationalen Motiven mischen dürften. Danach kommen gebürtige Türken (6), Libanesen (3) und Russen (3).

Wie lange sich jemand in der säkularen und pazifistischen deutschen Mehrheitsgesellschaft bewegt hat, scheint also nicht von größerem Belang zu sein. Das lässt Zweifel an der immer wieder geäußerten These aufkommen, der Dschihad-Tourismus sei vor allem Ausdruck mangelnder Integration.

Ein ähnlicher Befund ergibt sich bei der Staatsangehörigkeit: 37 Prozent haben nur die deutsche, 24 Prozent die deutsche und eine andere (die meisten davon sind Deutschmarokkaner). 14 Prozent der Ausgereisten sind türkische Staatsangehörige, 5 Prozent Syrer und 4 Prozent Russen.

In der öffentlichen Debatte ist immer wieder auf das Phänomen der Konvertiten hingewiesen worden, denen eine besondere Empfänglichkeit für Radikalität nachgesagt wird. Sie sind mit 14 Prozent der Ausgereisten eine signifikante Größe, wenn auch immer noch eine kleine Minderheit.

Frauen scheinen hier besonders anfällig zu sein, denn ihr Anteil an den Konvertiten ist doppelt so hoch wie ihr Gesamtanteil an den Ausgereisten.

Was man sonst vom Vorleben der Dschihadisten weiß, deutet auf Probleme beim gesellschaftlichen Aufstieg hin. Die Daten zur Bildung liegen noch etwa im Mittel der Gesamtbevölkerung. So haben von den 116 Ausgereisten, die einen Schulabschluss haben, 31 eine Realschule und 41 ein Gymnasium absolviert; 46 begannen eine Ausbildung, 43 studierten, 8 hatten einen Hochschulabschluss.

Aber 82 Personen (21 Prozent) waren vor ihrer Ausreise arbeitslos, und nur von 46 Personen (12 Prozent) ist bekannt, dass sie einem Beruf nachgegangen sind. „Die bekannten beruflichen

Tätigkeiten sind ganz überwiegend dem gering-qualifizierten Sektor und damit dem Niedriglohnbereich zuzuordnen“, heißt es in der Studie.

Hinzu kommt eine bemerkenswerte Neigung zur Straffälligkeit: 249 Ausgereiste haben Straftaten begangen, darunter am häufigsten Gewaltdelikte, gefolgt von Eigentums- und Drogendelikten. Nach der Radikalisierung ändert sich die Art der Kriminalität deutlich: Dann dominiert die sogenannte „politisch motivierte Kriminalität“ vor Gewalt- und Eigentumsdelikten. Es scheint, als ob der Dschihad zu einem erheblichen Teil Leute anzieht, die keinen legalen Platz in der deutschen Gesellschaft finden.

Die Selbstradikalisierung über das Internet, die der „Islamische Staat“ mit seinen aufwendigen Videos zu befeuern versucht, scheint in der Wirklichkeit eine überraschend geringe Rolle zu spielen. Nur bei 18 Prozent der Ausgereisten führte offenbar Propaganda aus dem Internet zur Radikalisierung, auch wenn die Studie den berechtigten Hinweis enthält, dass Quantität und Qualität von Internetnutzung schwer zu erfassen seien.

Mit Abstand am wichtigsten war der Kontakt zu Freunden (30 Prozent der Ausgereisten), vor Kontakten zu salafistischen Moscheen (23 Prozent). Die Bedeutung dieser beiden Faktoren nahm im Verlauf der Radikalisierung zu, ebenso wie die von Koran-Verteilungen.

108,153

Les prestations sociales représentent le tiers du PIB français

Le Monde.fr | 25.11.2014 à 16h34 • Mis à jour le 27.11.2014 à 10h03 | Par [Samuel Laurent](#)

L'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) a publié, lundi 24 novembre, [une série de chiffres sur les prestations sociales](#), qui montrent que la [France](#) a une position particulière.

Les prestations sociales, au sens de l'OCDE, regroupent retraites, assurance santé, assurance chômage, allocations universelles pour les plus pauvres type RSA, allocations pour les handicapés, aides à la petite enfance, allocations familiales... Autant de [services](#) qu'on résume souvent sous le nom d'Etat-providence.

31,68 % Notre pays se classe en tête par l'ampleur de [ses](#) dépenses sociales : elles représentent 31,88 % du PIB en 2014, soit plus que la [Finlande](#), la [Belgique](#) ou le [Danemark](#). C'est légèrement moins qu'en 2013 (31,95 %), mais dix points de plus que la moyenne de l'OCDE, qui est à 22 %. Part des dépenses sociales dans le PIB

en 2014 et 2007

Dépenses sociales en 2014
Dépenses sociales en 2007
France Finlande Belgique Danemark Italie Autriche Suède Espagne Allemagne Portugal Hollande Grèce Slovaquie Luxembourg Japon Hongrie Norvège Royaume-Uni Moyenne OCDE Irlande Nouvelle-Zélande Pologne Rep. tchèque Suisse États-Unis Australie Slovaquie Canada Islande Estonie Israël Turquie Corée du Sud Chili Mexique 0 % 5 % 10 % 15 % 20 % 25 % 30 % OCDE

Hongrie

- Dépenses sociales en 2014 : 22,13 %
- Dépenses sociales en 2007 : 22,90 %

Alors que les discours demandant la diminution de ces dépenses ont été légion, la France consacre une plus grande part de son PIB aux dépenses sociales en 2014 qu'en 2007 (28,53 %). Une hausse qui s'explique essentiellement par le poids croissant des retraites et le chômage en hausse.

Santé et retraites pèsent lourd

L'étude de l'OCDE pointe cependant des particularités françaises intéressantes. Notamment la part importante des pensions de retraite dans les dépenses sociales. Ainsi, sur 31 % du PIB consacrés aux dépenses sociales en 2012, les pensions représentaient 13,8 % du [total](#), contre 8,6 % pour l'assurance santé et 4,7 % pour les « garanties de ressources » (chômage et minima sociaux).

<

Ventilation de la protection sociale

Part du PIB Pensions Garantie de ressources (chômage, RSA) Santé Autres services sociaux France Danemark Belgique Finlande Autriche Italie Suède Espagne Grèce Allemagne Portugal Slovaquie Hollande Japon Royaume-Uni Hongrie Luxembourg Irlande Norvège Moyenne OCDE Nouvelle-Zélande Rép.

Tchèque Pologne Suisse USA Australie Islande Slovaquie Canada Estonie Israël Turquie Chili Corée Mexique
0 % 5 % 10 % 15 % 20 % 25 % 30 % OCDE

Mexique

- Pensions: **1,80 %**
- Garantie de ressources (chômage, RSA): **0,90 %**
- Santé: **2,80 %**
- Autres services sociaux: **2,20 %**

Outre la France, le Portugal, l'Italie et la Grèce ont des niveaux comparables de poids des retraites dans la protection sociale. Notre pays possède un autre record avec le niveau des dépenses de santé dans le PIB, à 8,6 %, soit plus que la Belgique ou l'Allemagne (respectivement 8,4 % et 8 %)

Faible poids des prestations plafonnées

Dernier point de l'étude : la faible importance, en France, des prestations sous conditions de ressources par rapport aux aides universelles. La France figure ainsi bien loin des pays anglo-saxons, avec seulement 9,6 % de dépenses sociales pour des prestations ciblées, quant celles-ci atteignent 25 % au Royaume-Uni et jusqu'à 77 % en Australie.

Part de dépenses sociales sous conditions de ressources

Australie Islande Canada Israël Nouvelle-Zélande Irlande Mexique Japon États-Unis Royaume-Uni Corée Espagne Pays-Bas France Slovaquie Portugal Allemagne Slovaquie Belgique Italie Danemark Finlande Autriche Grèce Pologne Luxembourg Hongrie Suède République tchèque 0 % 20 % 40 % 60 % 80 %

Cet article a fait l'objet d'une chronique dans la matinale de Jean-Jacques Bourdin sur RMC et RMC découverte.

Nur gut gebildete Migranten stützen Sozialkassen

Sind Ausländer ein Fluch oder ein Segen für die Sozialsysteme? Wissenschaftler haben im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung ein positives Ergebnis errechnet. Der Ausblick aber ist teilweise düster.

Von [Dorothea Siems](#) Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik



STEUER-TRANSFER-BILANZ VON AUSLÄNDERKINDERN

Wenn 2012 geborene Ausländerkinder sich entwickeln wie



Je besser Migrantenkinder ausgebildet werden, desto besser ist auch ihre NettozahlerbilanzFoto: Infografik Die Welt

Viele Deutsche argwöhnen, dass Ausländer eine große Belastung für den hiesigen Sozialstaat sind. Ökonomen halten in aller Regel dagegen: Sie sehen in der Zuwanderung eine Möglichkeit, die finanziellen Lasten der Alterung zu verringern. Wie eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung ([ZEW](#)) im Auftrag der [Bertelsmann-Stiftung](#) jetzt zeigt, ist die Antwort auf die Frage, ob Ausländer für den Staatshaushalt von Nutzen sind oder nicht, allerdings sehr viel komplizierter. Insgesamt hat die Zuwanderung nach Deutschland den Sozialkassen deutlich mehr genutzt als geschadet. Die 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass hätten 2012 für einen Überschuss von 22 Milliarden Euro gesorgt, erklärte die Bertelsmann-Stiftung. Jeder Ausländer zahle pro Jahr durchschnittlich 3300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben, als er an staatlichen Leistungen erhalte. Das Plus pro Kopf sei in den vergangenen zehn Jahren um über die Hälfte gestiegen. Dies widerlege die weit verbreitete Einschätzung, dass Zuwanderung die Sozialsysteme belastet.

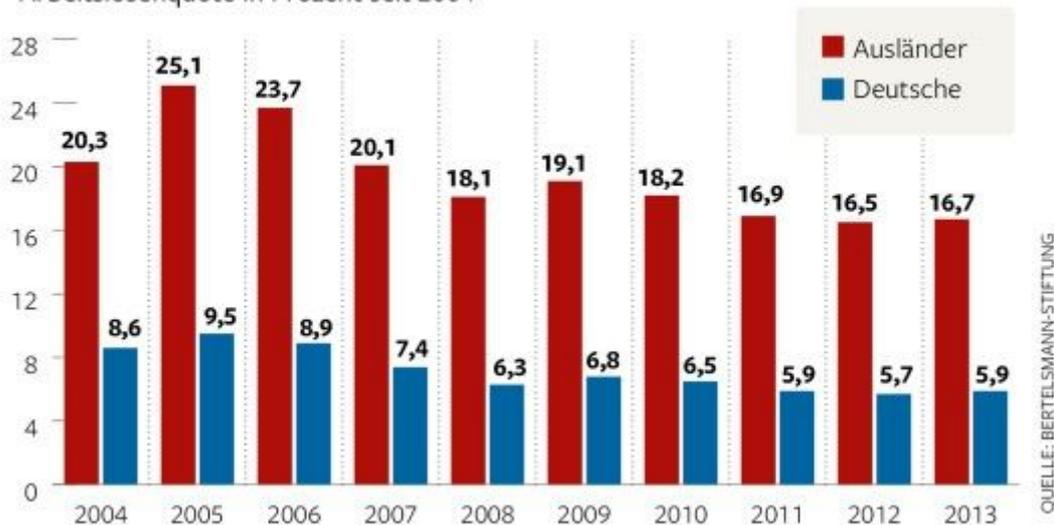
Schaut man sich die Berechnungen im Einzelnen an, wird das Bild jedoch komplizierter. Düster sieht die Kalkulation für Ausländer aus, die 2012 hier geboren wurden. Unter Status-quo-Bedingungen würden sie über den gesamten Lebenszyklus hinweg durchschnittlich gut 44.000 Euro mehr an Transfers erhalten, als sie an Steuern und Sozialbeiträgen zahlen. Im Gegensatz dazu zahlen die im gleichen Jahr geborenen Deutschen fast 112.000 Euro mehr ein, als sie von Vater Staat erhalten.

Altersstruktur der Ausländer ist günstiger als die der Deutschen

Der Hauptgrund für die höchst unterschiedliche Bilanz ist am Arbeitsmarkt zu suchen. Ausländer sind deutlich häufiger ohne Job und somit auf Sozialleistungen angewiesen. Aufgrund des im Durchschnitt niedrigeren Bildungsniveaus verdienen die erwerbstätigen Migranten zudem weniger als die Deutschen und zahlen somit geringere Abgaben und Steuern. Bei den Sozialabgaben, die bei beiden Gruppen den größten Posten ausmachen, beträgt der Rückstand der Ausländer fast 30 Prozent. Bei der Einkommensteuer sind es gar 40 Prozent.

ARBEITSLOSE AUSLÄNDER UND DEUTSCHE

Arbeitslosenquote in Prozent seit 2004



DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt Migranten sind deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche

Aufgrund der geringeren Beitragszahlung bekommen die Migranten allerdings auch gut ein Drittel weniger Rente. Auch im Bildungssektor liegen die Ausgaben für Ausländer aufgrund der geringeren Bildungsbeteiligung um zwölf Prozent unter denen für Deutsche. Umgekehrt sieht es dagegen beim Bezug von Sozialtransfers wie Arbeitslosenhilfe oder Wohngeld aus: Hier erhalten Zuwanderer ohne deutschen Pass im Schnitt gut 80 Prozent mehr als die deutschen Bürger.

Während diese Zahlen zur Generationenbilanz die [Zuwanderungsbefürworter](#) ernüchtern dürften, hält die ZEW-Studie auch völlig entgegengesetzte Botschaften parat. Denn die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung ist viel günstiger als die der deutschen. Vor allem über das Sozialsystem gibt es eine Umverteilung von Jung zu Alt, da die Aktiven höhere Beiträge und Steuern zahlen, während die Senioren Rente, Pflegeleistungen und den Großteil der Gesundheitsleistungen erhalten.

Der Migrantennachwuchs müsste besser ausgebildet werden

Zuwanderung sorgt dafür, dass mehr Aktive bereitstehen, um die wachsende Zahl an Senioren zu alimentieren. Bezieht man diesen Effekt mit ein, dann dreht sich der Beitrag der Ausländer ins Positive. Denn die 6,6 Millionen hier lebenden Zuwanderer ohne deutschen Pass werden laut ZEW-Berechnung pro Kopf bis an ihr Lebensende gut 22.000 Euro mehr an Steuern und Abgaben zahlen, als sie an Transfers erhalten. Ein schönes Plus – allerdings liegt der Betrag bei der deutschen Bevölkerung pro Kopf mit gut 88.000 Euro vier Mal so hoch.

Studienautor Holger Bonin weist allerdings darauf hin, dass der Nettozahlereffekt der Ausländer deutlich höher sein könnte, wenn der Nachwuchs der Migranten besser ausgebildet wird, als dies bei der Generation der früher eingewanderten Gastarbeiter der Fall war. Tatsächlich haben laut ZEW schon rund 40 Prozent der jungen Türken, Italiener, Ex-Jugoslawen oder Griechen eine bessere Schulbildung als ihre Eltern.

Doch es gibt noch einen Wermutstropfen. Die öffentliche Hand finanziert mit den Steuereinnahmen schließlich auch noch allgemeine Staatsausgaben wie Verteidigung, Straßenbau oder Polizei. Stellt man den Ausländern gemäß ihrem Bevölkerungsanteil einen Anteil an diesen Kosten in Rechnung, rutscht ihre fiskalische Bilanz wieder tief ins Minus, resümiert die Studie. Fast 80.000 Euro pro Ausländer beträgt danach die Finanzierungslücke.

Allerdings entfällt bei einer solchen Gesamtbetrachtung auch auf jeden Deutschen ein Defizit. Es ist allerdings mit gut 3000 Euro deutlich kleiner als bei den Migranten. Um die Lücke zu schließen, müsste die Politik früher oder später Steuern anheben oder Leistungen kürzen, stellt ZEW-Forscher Bonin klar.

The screenshot shows the homepage of the German news outlet DIE WELT. The browser's address bar displays 'www.welt.de'. The website's navigation menu includes categories like 'Home', 'Politik', 'Wirtschaft', 'Geld', 'Sport', 'Wissen', 'Panorama', 'Feuilleton', 'ICON', 'Reise', 'Motor', 'Regional', 'Meinung', 'Videos', and 'Markt'. The main article is titled 'Nur gut gebildete Migranten stützen Sozialkassen' (Only well-educated migrants support social security) and is dated 27. Nov. 2014, 15:08. It features a photograph of workers in a BMW factory. A tooltip over the image reads: 'Arbeiter bei BMW. Insgesamt hat die Zuwanderung nach Deutschland den Sozialkassen deutlich mehr genutzt als geschadet' (Workers at BMW. Overall, migration to Germany has benefited social security systems significantly more than it has harmed). Below the image, the article text begins: 'Sind Ausländer ein Fluch oder ein Segen für die Sozialsysteme? Wissenschaftler haben im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung ein positives Ergebnis errechnet. Der Ausblick aber ist teilweise düster. Von Dorothea Siems mehr...'. A secondary article snippet is visible below, titled 'Putins Gelassenheit beim Öl ist nur Fassade' (Putin's calmness about oil is just a facade) with a timestamp of 11:04 and 293 comments. The Windows taskbar at the bottom shows the system clock as 15:14 on 27/11/2014.

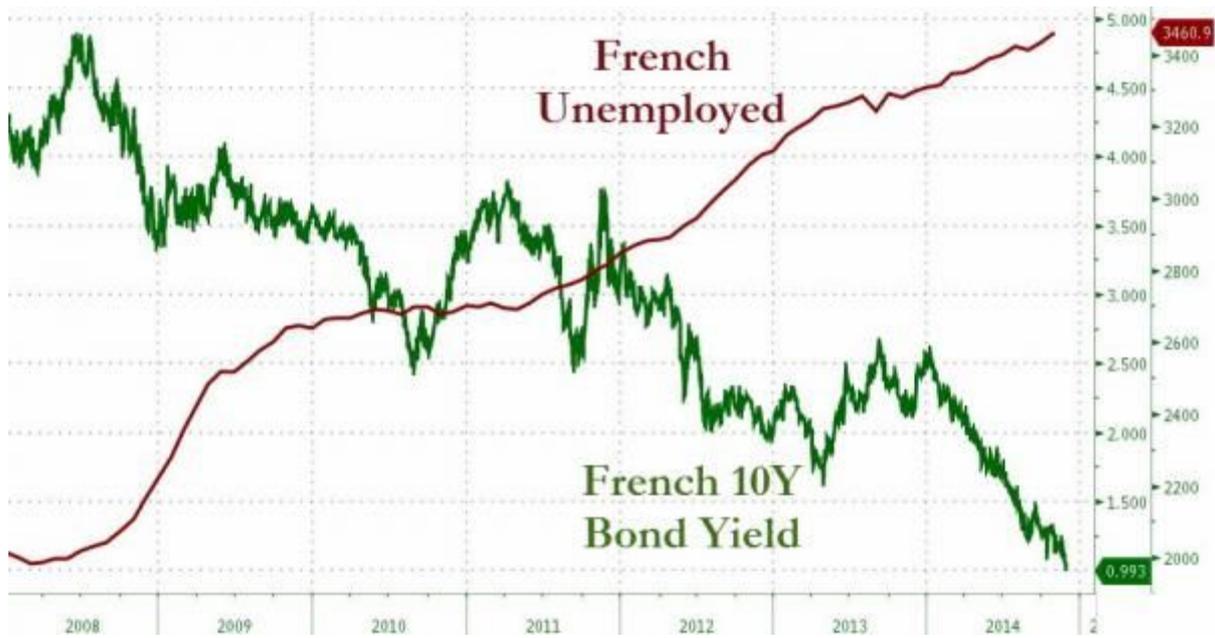
108,158

The Absurdity Of European Sovereign QE In 1 'Tres Stupide' Chart



Submitted by [Tyler Durden](#) on 11/27/2014 14:30 -0500

Because buying bonds and lowering interest rates will do what exactly...



Record high unemployment in France... and record low yields on sovereign bonds (10Y below 1.00% for the first time ever)...

Charts: *Bloomberg*

The Quiet German

The astonishing rise of Angela Merkel, the most powerful woman in the world.

BY [GEORGE PACKER](#)



Herlinde Koelbl has been photographing Merkel since 1991. Koelbl says that Merkel has always been “a bit awkward,” but “you could feel her strength at the beginning.” CREDIT PHOTOGRAPHS BY HERLINDE KOELBL / AGENTUR FOCUS / CONTACT PRESS IMAGES

A summer afternoon at the Reichstag. Soft Berlin light filters down through the great glass dome, past tourists ascending the spiral ramp, and into the main hall of parliament. Half the members’ seats are empty. At the lectern, a short, slightly hunched figure in a fuchsia jacket, black slacks, and a helmet of no-color hair is reading a speech from a binder. Angela Merkel, the Chancellor of the Federal Republic of Germany and the world’s most powerful woman, is making every effort not to be interesting.

“As the federal government, we have been carrying out a threefold policy since the beginning of the Ukraine crisis,” Merkel says, staring at the binder. Her delivery is toneless, as if she were trying to induce her audience into shifting its attention elsewhere. “Besides the first part of this triad, targeted support for Ukraine, is, second, the unceasing effort to find a diplomatic solution for the crisis in the dialogue with Russia.” For years, public speaking was visibly painful to Merkel, her hands a particular source of trouble; eventually, she learned to bring her fingertips together in a diamond shape over her stomach.

The Reichstag was constructed under Kaiser Wilhelm I and Chancellor Otto von Bismarck, in the eighteen-eighties, when a newly unified Germany was making its first rise to preëminence in Europe. Two days before the end of the First World War, with a Bolshevik revolution spreading across the country, a social-democratic politician interrupted his lunch inside the Reichstag, stood at a second-floor balcony, and declared the end of imperial Germany: “Long live the German republic!” The Reichstag was the turbulent seat of parliament through the Weimar era and into the start of Nazi rule, until, on the night of February 27, 1933, a suspicious fire broke out in the session chamber and nearly gutted the building. Germany’s new Chancellor, Adolf Hitler, rushed to the scene with his aide Joseph Goebbels and blamed the fire on the Communists, using the crisis to suspend civil liberties, crush the opposition, and consolidate all power into the Nazi Party. Parliament voted to render itself meaningless, and the Nazis never repaired the damaged building. At the end of the Second World War, the Soviets saw the Reichstag as the symbol of the Third Reich and made it a top target in the Battle for Berlin, laying heavy siege. A photograph of a Red Army soldier raising a Soviet flag amid the neoclassical statuary on the roof became the iconic image of German defeat.

During the Cold War, the Reichstag—its cupola wrecked, its walls bullet-pocked—was an abandoned relic in the no man’s land of central Berlin, just inside the British sector. The Wall, built in 1961, ran a few steps from the back of the building. A minimal renovation in the sixties kept out the elements, but the Reichstag was generally shunned until the Wall came down, in 1989. Then, at midnight on October 3, 1990, President Richard von Weizsäcker stood outside the Reichstag and announced to a crowd of a million people the reunification of Germany, in freedom and peace. Berlin became its capital.

For the next decade, until the Bundestag began convening there officially, the Reichstag was reconstructed in an earnestly debated, self-consciously symbolic manner that said as much about reunified Germany as its ruin had said about the totalitarian years. The magnificent dome, designed by Norman Foster, suggested transparency and openness. The famous words on the colonnaded entrance, “DEM DEUTSCHEN VOLKE” (“To the German People”)—fabricated out of melted-down French cannons from the Napoleonic Wars and affixed during the First World War—were preserved out of a sense of fidelity to history. But, after parliamentary argument, a German-American artist was commissioned to create a courtyard garden in which the more modest phrase “DER BEVÖLKERUNG”—“To the Populace,” without the nationalistic tone of the older motto—was laid out in white letters amid unruly plantings. During the Reichstag’s reconstruction, workers uncovered graffiti, in Cyrillic script, scrawled by Red Army soldiers on second-floor walls. After another debate, some of these were kept on display as historical reminders: soldiers’ names, “Moscow to Berlin 9/5/45,” even “I fuck Hitler in the ass.”

No other country memorializes its conquerors on the walls of its most important official building. Germany’s crimes were unique, and so is its way of reckoning with the history contained in the Reichstag. By integrating the slogans of victorious Russian soldiers into its parliament building, Germany shows that it has learned essential lessons from its past (ones that the Russians themselves missed). By confronting the twentieth century head on, Germans embrace a narrative of liberating themselves from the worst of their history. In Berlin, reminders are all around you. Get on the U-Bahn at Stadtmitte, between the Memorial to the Murdered Jews of Europe and the Topography of Terror Gestapo museum, and glance up at the train’s video news ticker: “80 years ago today PEN Club-Berlin forced into exile.” Like a dedicated analyst, Germany has brought its past to the surface, endlessly discussed it, and accepted it, and this work of many years has freed the patient to lead a successful new life.

At the lectern, Merkel continues addressing parliament, recounting a meeting, in Brussels, of the Group of Seven, which has just expelled its eighth member, Russia, over the war in Ukraine. “We will be very persistent when it comes to enforcing freedom, justice, and self-determination on the European continent,” she says. “Our task is to protect Ukraine on its self-determined way, and to meet old-fashioned thinking about spheres of influence from the nineteenth and twentieth century with answers from the global twenty-first century.” Merkel has reached her rhetorical high point—signalled by a slowing of her monotone and a subtle hand gesture, fingers extended. To the non-German speaker, she could be reading out regulatory guidelines for the national rail system.

The Chancellor finishes to sustained applause and takes a seat behind the lectern, among her cabinet ministers. Merkel has lost weight—bedridden last winter after fracturing her pelvis in a cross-country-skiing accident, she gave up sausage sandwiches for chopped carrots and took off twenty pounds—and her slimmer face, with its sunken eyes and longer jowls, betrays her fatigue. She’s been Chancellor since 2005, having won a third term last September, with no challenger in sight.

After the Chancellor, it’s the turn of the opposition to speak—such as it is. The ruling coalition of Merkel’s Christian Democrats and the Social Democrats has eighty per cent of the seats in the Bundestag. The Greens, who did poorly in last year’s election, have had trouble distinguishing their agenda from Merkel’s, and often lend her support. On this day, the role of opposition is left to Die Linke, the leftist party of mostly former East German politicians, which has just ten per cent of parliament. Sahra Wagenknecht, an orthodox Marxist in a brilliant-red suit, steps behind the lectern and berates Merkel for her economic and foreign policies, which, she says, are bringing Fascism back to Europe. “We must stop abusing a highly dangerous, half-hegemonic position that Germany slid into, in the ruthless old German style,” Wagenknecht declares. She then cites the French historian Emmanuel Todd: “Unknowingly, the Germans are on their way to again take their role as bringers of calamity for the other European peoples, and later for themselves.”

Merkel ignores her. She’s laughing about something with her economics minister, Sigmar Gabriel, and her foreign minister, Frank-Walter Steinmeier, both Social Democrats. While Wagenknecht accuses the government of supporting Fascists in Kiev, Merkel gets

up to chat with her ministers in the back row. She returns to her seat and rummages in an orange-red leather handbag that clashes with her jacket. When she glances up at Wagenknecht, it's with a mixture of boredom and contempt.

The speaker ends her jeremiad, and the only people to clap are the members of Die Linke, isolated in the far-left section of the chamber. One by one, Social Democratic and Green parliamentarians come forward to defend Merkel. "How can you connect us Germans to Fascists?" Katrin Göring-Eckardt, a Green leader, asks, to applause. Another woman from Die Linke throws a quote of Bertolt Brecht at Göring-Eckardt: "Who does not know the truth is simply a fool, yet who knows the truth and calls it a lie is a criminal." Göring-Eckardt is outraged. The vice-president of the Bundestag orders the woman from Die Linke to observe protocol. Merkel keeps ignoring the exchange, at one point turning her back, at another leaving the hall. Later, German news accounts will speak of high drama in the normally drowsy Bundestag, but Merkel's body language tells the story: the drama has been provided by an insignificant minority. Chancellor Merkel has the parliament under control.

The historian Fritz Stern calls the era of reunification "Germany's second chance"—a fresh opportunity to be Europe's preeminent power, after the catastrophic period of aggression that began a century ago. Merkel seems perfectly matched to the demands of this second chance. In a country where passionate rhetoric and macho strutting led to ruin, her analytical detachment and lack of apparent ego are political strengths. On a continent where the fear of Germany is hardly dead, Merkel's air of ordinariness makes a resurgent Germany seem less threatening. "Merkel has a character that suggests she's one of us," Göring-Eckardt told me. Germans call the Chancellor Mutti, or Mommy. The nickname was first applied by Merkel's rivals in the Christian Democratic Union as an insult, and she didn't like it, but after Mutti caught on with the public Merkel embraced it.

While most of Europe stagnates, Germany is an economic juggernaut, with low unemployment and a resilient manufacturing base. The ongoing monetary crisis of the euro zone has turned Germany, Europe's largest creditor nation, into a regional superpower—one of Merkel's biographers calls her "the Chancellor of Europe." While America slides into ever-deeper inequality, Germany retains its middle class and a high level of social solidarity. Angry young protesters fill the public squares of countries around the world, but German crowds gather for outdoor concerts and beery World Cup celebrations. Now almost pacifist after its history of militarism, Germany has stayed out of most of the recent wars that have proved punishing and inconclusive for other Western countries. The latest E.U. elections, in May, saw parties on the far left and the far right grow more popular around the Continent, except in Germany, where the winners were the centrists whose bland faces—evoking economics professors and H.R. managers—smiled on campaign posters, none more ubiquitous than that of Merkel, who wasn't even on the ballot. American politics is so polarized that Congress has virtually stopped functioning; the consensus in Germany is so stable that new laws pour forth from parliament while meaningful debate has almost disappeared.

"The German self-criticism and self-loathing are part of the success story—getting strong by hating yourself," Mariam Lau, a political correspondent for the weekly newspaper *Die Zeit*, told me. "And Merkel had to reeducate herself, too. She's part of the self-reeducation of Germany."

Among German leaders, Merkel is a triple anomaly: a woman (divorced, remarried, no children), a scientist (quantum chemistry), and an Ossi (a product of East Germany). These qualities, though making her an outsider in German politics, also helped to propel her extraordinary rise. Yet some observers, attempting to explain her success, look everywhere but to Merkel herself. "There are some who say what should not be can't really exist—that a woman from East Germany, who doesn't have the typical qualities a politician should have, shouldn't be in this position," Göring-Eckardt, another woman from East Germany, said. "They don't want to say she's just a very good politician." Throughout her career, Merkel has made older and more powerful politicians, almost all of them men, pay a high price for underestimating her.

Merkel was born in Hamburg, West Germany, in 1954. Her father, Horst Kasner, was an official in the Lutheran Church, one of the few institutions that continued operating in both Germanys after the postwar division of the country. Serious and demanding, he moved the family across the frontier just a few weeks after Angela's birth—and against his wife's wishes—to take up ecclesiastical duties in the German Democratic Republic. That year, almost two hundred thousand East Germans fled in the other direction. Kasner's unusual decision led West German Church officials to call him "the red minister." Joachim Gauck, a former East German pastor and dissident, who, in 2012, was elected Germany's largely ceremonial President, once told a colleague that people in the Lutheran Church under Communism knew to stay away from Kasner, a member of the state-controlled Federation of Evangelical Pastors. By most accounts, Kasner's motives were as much careerist as ideological.

Angela, the oldest of three children, was raised on the outskirts of Templin, a cobblestoned town in the pine forests of Brandenburg, north of Berlin. The Kasners lived in the seminary at Waldhof, a complex of around thirty buildings, many from the nineteenth century, belonging to the Lutheran Church. Waldhof was—and remains—home to several hundred physically and mentally disabled people, who learned trades and grew crops. Ulrich Schoeneich, who managed the estate in the eighties and knew the Kasners, described Waldhof under the East Germans as a grim place, with up to sixty men crammed into a single room, and no furniture except cots. Merkel once recalled seeing some residents strapped to benches, but she also said, "To grow up in the neighborhood of handicapped people was an important experience for me. I learned back then to treat them in a very normal way."

Merkel's upbringing in a Communist state was as normal as she could make it. "I never felt that the G.D.R. was my home country," she told the German photographer Herlinde Koelbl, in 1991. "I have a relatively sunny spirit, and I always had the expectation that my path through life would be relatively sunny, no matter what happened. I have never allowed myself to be bitter. I always used the free room that the G.D.R. allowed me. . . . There was no shadow over my childhood. And later I acted in such a way that I would not have

to live in constant conflict with the state.” During her first campaign for Chancellor, in 2005, she described her calculations more bluntly: “I decided that if the system became too terrible, I would have to try to escape. But if it wasn’t too bad then I wouldn’t lead my life in opposition to the system, because I was scared of the damage that would do to me.”

Being the daughter of a Protestant minister from the West carried both privileges and liabilities. The Kasners had two cars: the standard East German Trabant, an underpowered little box that has become the subject of kitschy *Ostalgia*, and a more luxurious Wartburg, their official church car. The family received clothes and food from relatives in Hamburg, as well as money in the form of “Forum checks,” convertible from Deutsche marks and valid in shops in large East Berlin hotels that sold Western consumer items. “They were elite,” Erika Benn, Merkel’s Russian teacher in Templin, said. But the Church retained enough independence from the state that the Kasners lived under constant suspicion, and during Angela’s childhood religious organizations came to be seen as agents of Western intelligence. In 1994, an official report on repression in East Germany concluded, “The country of Martin Luther was de-Christianized by the end of the G.D.R.”

Angela’s mother, Herlind, suffered the most in the family. An English teacher who imparted her passion for learning to Angela, Herlind wrote to the education authorities every year asking for a job, and every year she was told that nothing was available, even though English teachers were in desperately short supply. “She always felt oppressed by her husband,” Schoeneich, the Waldhof manager, told me.

Angela was physically clumsy—she later called herself “a little movement idiot.” At the age of five, she could barely walk downhill without falling. “What a normal person knows automatically I had to first figure out mentally, followed by exhausting exercise,” she has said. According to Benn, as a teen-ager Merkel was never “bitchy” or flirtatious; she was uninterested in clothes, “always colorless,” and “her haircut was impossible—it looked like a pot over her head.” A former schoolmate once labelled her a member of the Club of the Unkissed. (The schoolmate, who became Templin’s police chief, nearly lost his job when the comment was published.) But Merkel was a brilliant, ferociously motivated student. A longtime political associate of Merkel’s traces her drive to those early years in Templin. “She decided, ‘O.K., you don’t fuck me? I will fuck you with my weapons,’ ” the political associate told me. “And those weapons were intelligence and will and power.”

When Angela was in the eighth grade, Benn recruited her for the Russian Club and coached her to compete in East Germany’s Russian-language Olympiad. During skits that the students practiced in the teacher’s tiny parlor, Benn had to exhort her star student to look up and smile while offering another student a glass of water in Russian: “Can’t you be a *little* more friendly?” Merkel won at every level, from schoolwide to countrywide, a feat that she managed three times, to the glory of Frau Benn, a Party member with small-town ambitions. In her tidy apartment in Templin, Benn, who is seventy-six, proudly showed me a victory certificate from 1969. “I have the Lenin bust in the cellar,” she said. Not long before Horst Kasner died, in 2011, he sent a newspaper clipping to a colleague of Benn’s, with a picture of Merkel standing next to Russia’s President, Vladimir Putin. To Benn’s delight, Putin was quoted expressing his admiration for the first world leader with whom he could converse in his mother tongue.

In 1970, an incident exposed the fragile standing of the *bürgerlich* Kasner family. At a local Party meeting, the Russian Club’s latest triumph was announced, and Benn expected praise. Instead, the schools supervisor observed acidly, “When the children of farmers and workers win, *that* will be something.” Benn burst into tears.

Merkel studied physics at Leipzig University and earned a doctorate in quantum chemistry in Berlin. She was allowed to pursue graduate studies, in no small part because she never ran afoul of the ruling party. Ulrich Schoeneich, who became Templin’s mayor after reunification, expressed bitterness to me that Merkel hasn’t been challenged much on her accommodation with the East German system. Schoeneich’s father, Harro, was also a Protestant minister, but, unlike Kasner, he openly dissented from the state. Ulrich Schoeneich refused to join the Free German Youth, the blue-shirted “fighting reserve” of the ruling party which the vast majority of East German teen-agers joined, including Angela Kasner, who participated well into adulthood. “Not just as a dead person in the files but as the officer responsible for agitation and propaganda,” Schoeneich told me, referring to a revelation in a controversial recent biography, “The First Life of Angela M.” He added, “I’m convinced that she could get her doctorate only because she was active in the Free German Youth, even in her postgraduate days. Most people say it was forced, but I demonstrated that you didn’t have to join it.” Merkel herself once admitted that her participation in the Free German Youth was “seventy per cent opportunism.”

Schoeneich wasn’t permitted to finish high school, and he spent much of his early life in the shadow cast by his family’s principled opposition. Angela Kasner had other ideas for her future, and became, at most, a passive opponent of the regime. Evelyn Roll, one of Merkel’s biographers, discovered a Stasi document, dated 1984, that was based on information provided by a friend of Merkel’s. It described Merkel as “very critical toward our state,” and went on, “Since its foundation, she was thrilled by the demands and actions of Solidarity in Poland. Although Angela views the leading role of the Soviet Union as that of a dictatorship which all other socialist countries obey, she is fascinated by the Russian language and the culture of the Soviet Union.”

Rainer Eppelmann, a courageous dissident clergyman under Communism, who got to know Merkel soon after the fall of the Wall, refuses to criticize her. “I don’t judge the ninety-five per cent,” he told me. “Most of them were whisperers. They never said what they thought, what they felt, what they were afraid of. Even today, we’re not completely aware what this did to people.” He added, “In order to be true to your hopes, your ambitions, your beliefs, your dreams, you had to be a hero twenty-four hours a day. And nobody can do this.”

After 1989, when the chance came to participate in democratic politics, these same qualities became useful to Merkel, in a new way. Eppelmann explained, “The whisperer might find it easier to learn in this new life, to wait and see, and not just burst out at once—to think things over before speaking. The whisperer thinks, How can I say this without damaging myself? The whisperer is somebody

who might be compared to a chess player. And I have the impression that she thinks things over more carefully and is always a few moves ahead of her competitor.”

In 1977, at twenty-three, Angela married a physicist, Ulrich Merkel, but the union foundered quickly, and she left him in 1981. She spent the final moribund decade of the G.D.R. as a quantum chemist at the East German Academy of Sciences, a gloomy research facility, across from a Stasi barracks, in southeastern Berlin. She co-authored a paper titled “Vibrational Properties of Surface Hydroxyls: Nonempirical Model Calculations Including Anharmonicities.” She was the only woman in the theoretical-chemistry section—a keen observer of others, intensely curious about the world.

People who have followed her career point to Merkel’s scientific habit of mind as a key to her political success. “She is about the best analyst of any given situation that I could imagine,” a senior official in her government said. “She looks at various vectors, extrapolates, and says, ‘This is where I think it’s going.’ ” Trained to see the invisible world in terms of particles and waves, Merkel learned to approach problems methodically, drawing comparisons, running scenarios, weighing risks, anticipating reactions, and then, even after making a decision, letting it sit for a while before acting. She once told a story from her childhood of standing on a diving board for the full hour of a swimming lesson until, at the bell, she finally jumped.

Scientific detachment and caution under dictatorship can be complementary traits, and in Merkel’s case they were joined by the reticence, tinged with irony, of a woman navigating a man’s world. She once joked to the tabloid *Bild Zeitung*, with double-edged self-deprecation, “The men in the laboratory always had their hands on all the buttons at the same time. I couldn’t keep up with this, because I was thinking. And then things suddenly went ‘poof,’ and the equipment was destroyed.” Throughout her career, Merkel has made a virtue of biding her time and keeping her mouth shut.

“She’s not a woman of strong emotions,” Bernd Ulrich, the deputy editor of *Die Zeit*, said. “Too much emotion disturbs your reason. She watches politics like a scientist.” He called her “a learning machine.” Volker Schlöndorff, the director of “The Tin Drum” and other films, got to know Merkel in the years just after reunification. “Before you contradict her, you would think twice—she has the authority of somebody who knows that she’s right,” he said. “Once she has an opinion, it seems to be founded, whereas I tend to have opinions that I have to revise frequently.”

Every morning, Merkel took the S-Bahn to the Academy of Sciences from her apartment in Prenzlauer Berg, a bohemian neighborhood near the city center. For several stretches, her train ran parallel to the Wall, the rooftops of West Berlin almost in reach. Sometimes she commuted with a colleague, Michael Schindhelm. “You were confronted every day, from the morning on, with the absurdity of this city,” he told me. Schindhelm found Merkel to be the most serious researcher in the theoretical-chemistry section, frustrated by her lack of access to Western publications and scientists. Whenever her colleagues left the building to cheer the motorcade of a high-profile guest from the Communist world on its way from Schönefeld Airport, she stayed behind. “She really wanted to achieve something,” Schindhelm said. “Others just liked sitting in that comfortable niche while the country went down the drain.”

In 1984, Schindhelm and Merkel began sharing an office and, over Turkish coffee that she made, became close. They both had a fairly critical view of the East German state. Schindhelm had spent five years studying in the Soviet Union, and when news of Mikhail Gorbachev’s perestroika policy seeped into East Germany, through West German television, Merkel questioned him about the potential for fundamental change. They both felt that the world on the other side of the Wall was more desirable than their own. (Years later, Schindhelm, who became a theatre and opera director, was revealed to have been coerced by the Stasi into serving as an informer, though he apparently never betrayed anyone.)

One day in 1985, Merkel showed up at the office with the text of a speech by the West German President, Richard von Weizsäcker, given on the fortieth anniversary of the end of the Second World War. Weizsäcker spoke with unprecedented honesty about Germany’s responsibility for the Holocaust and declared the country’s defeat a day of liberation. He expressed a belief that Germans, in facing their past, could redefine their identity and future. In the West, the speech became a landmark on the country’s return to civilization. But in East Germany, where ideology had twisted the history of the Third Reich beyond recognition, the speech was virtually unknown. Merkel had procured a rare copy through her connections in the Church, and she was deeply struck by it.

Being an East German meant retaining faith in the idea of Germany even though many West Germans, who needed it less, had given up on reunification. As East Germany decayed, its citizens had nothing else to hold on to, whereas Westerners had been taught to suppress feelings of nationhood. “People were really lacking identity—there was an enormous vacuum to making sense of your existence,” Schindhelm said. Merkel’s excitement about the speech showed that “she had a very particular passion for Germany as a country, its history and culture.”

The next year, Merkel was granted permission to travel to Hamburg for a cousin’s wedding. After riding the miraculously comfortable trains through West Germany, she returned to East Berlin convinced that the socialist system was doomed. “She came back very impressed, but she came back,” Schindhelm said. “She stayed not out of loyalty to the state but because she had her network there, her family.” Merkel, in her early thirties, was looking forward to 2014—when she would turn sixty, collect her state pension, and be allowed to travel to California.

Merkel’s second life began on the night of November 9, 1989. Instead of joining the delirious throngs pouring through the Wall, which had just been opened, she took her regular Thursday-evening sauna with a friend. Later, she crossed into the West with a crowd at the Bornholmer Strasse checkpoint, but instead of continuing with other Osis to the upscale shopping district of Kurfürstendamm

she returned home, in order to get up for work in the morning. Her actions on that momentous night have been ridiculed as a sign of banality and a lack of feeling. But, in the following months, no East German seized the new freedoms with more fervor than Merkel. Few irreducible principles have been evident in her political career, but one of them is the right to the pursuit of happiness. “There aren’t many feelings that she’s really into, but liberty and freedom are very important,” Göring-Eckardt, the Green leader, said. “And this is, of course, linked to the experience of growing up in a society where newspapers were censored, books were banned, travel was forbidden.”

A month after the Wall fell, Merkel visited the offices of a new political group called Democratic Awakening, which were near her apartment. “Can I help you?” she asked. She was soon put to work setting up the office computers, which had been donated by the West German government. She kept coming back, though at first hardly anyone noticed her. It was the kind of fluid moment when things happen quickly and chance and circumstance can make all the difference. In March, 1990, the leader of Democratic Awakening, Wolfgang Schnur, was exposed as a Stasi informer, and at an emergency board meeting Rainer Eppelmann, the dissident clergyman, was chosen to replace him. Merkel was asked to handle the noisy crowd of journalists outside the door, and she did it with such calm assurance that, after the East German elections that March, Eppelmann suggested Merkel as a spokesman for the country’s first and last democratically elected Prime Minister, Lothar de Maizière.

“She was *fleissig*—the opposite of lazy,” Eppelmann recalled. “She never put herself in the foreground. She understood that she had to do a job here and do it well, but not to be the chief. Lothar de Maizière was the chief.” De Maizière already had a spokesman, so Merkel became the deputy. “The No. 1 press speaker showed off while she did all the work,” Eppelmann said. In this way, she earned de Maizière’s trust, and he brought her with him on visits to foreign capitals. He once described Merkel as looking like “a typical G.D.R. scientist,” wearing “a baggy skirt and Jesus sandals and a cropped haircut.” After one foreign trip, he asked his office manager to take her clothes shopping.

In the early nineties, Volker Schlöndorff began attending monthly dinners with a small group that included Merkel and her partner, Joachim Sauer, another scientist. (They married in 1998.) Some participants were from the East, others from the West; at each meal, the host would narrate his or her upbringing, illuminating what life was like on one side of the divide. Schlöndorff found Merkel to be an earnest but witty conversation partner. One evening, at the extremely modest country house that Merkel and Sauer had built, near Templin, she and Schlöndorff went for a walk through the fields. “We spoke about Germany, what it is going to become,” Schlöndorff recalled. “I was trying irony and sarcasm, which didn’t take with her at all. It was as if she were saying, ‘Come on, be serious, matters not to be joked about.’ ”

Merkel’s decision to enter politics is the central mystery of an opaque life. She rarely speaks publicly about herself and has never explained her decision. It wasn’t a long-term career plan—like most Germans, she didn’t foresee the abrupt collapse of Communism and the opportunities it created. But when the moment came, and Merkel found herself single and childless in her mid-thirties—and laboring in an East German institution with no future—a woman of her ambition must have grasped that politics would be the most dynamic realm of the new Germany. And, as Schlöndorff dryly put it, “With a certain hesitation, she seized the day.”

Reunification really meant annexation of the East by the West, which required giving East Germans top government positions. Merkel’s gender and youth made her an especially appealing option. In October, 1990, she won a seat in the new Bundestag, in Bonn, the first capital of reunified Germany. She got herself introduced to Chancellor Helmut Kohl, and de Maizière suggested that Kohl bring her into his cabinet. To Merkel’s surprise, she was named minister of women and youth—a job, she admitted to a journalist, in which she had no interest. She wasn’t a feminist politician, nor was economic parity for the former East her cause. She had no political agenda at all. According to Karl Feldmeyer, the political correspondent for the *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, what drove Merkel was “her perfect instinct for power, which, for me, is the main characteristic of this politician.”

Kohl, then at his height as a statesman, presented Merkel to foreign dignitaries as a curiosity, belittling her by calling her “*mein Mädchen*”—his girl. She had to be taught how to use a credit card. Cabinet meetings were dominated by Kohl, and though Merkel was always well prepared, she seldom spoke. But inside her ministry Merkel was respected for her efficient absorption of information, and feared for her directness and temper. According to her biographer Evelyn Roll, she acquired the nickname Angie the Snake, and a reputation for accepting little criticism. When, in 1994, Merkel was given the environment portfolio, she quickly fired the ministry’s top civil servant after he suggested that she would need his help running things.

In 1991, Herlinde Koelbl, the photographer, began taking pictures of Merkel and other German politicians for a study called “Traces of Power.” Her idea was to see how life in the public eye changed them in the course of a decade. Most of the men, such as Gerhard Schröder, a Social Democrat who became Chancellor in 1998, and Joschka Fischer, who became his foreign minister, seemed to swell with self-importance. Merkel remained herself, Koelbl told me: “in her body language, a bit awkward.” But, she added, “You could feel her strength at the beginning.” In the first portrait, she has her chin slightly lowered and looks up at the camera—not exactly shy, but watchful. Subsequent pictures display growing confidence. During the sessions, Merkel was always in a hurry, never making small talk. “Schröder and Fischer, they are vain,” Koelbl said. “Merkel is not vain—still. And that helped her, because if you’re vain you are subjective. If you’re not vain, you are more objective.”

Democratic politics was a West German game, and Merkel had to learn how to play it in the methodical way that she had learned how to command her body as a “little movement idiot” of five. She became such an assiduous student that some colleagues from the former East found it unsettling. Petra Pau, a senior member of the Bundestag from Die Linke, once caught Merkel saying “we West Germans.” But what made Merkel a potentially transformative figure in German politics was that, below the surface, she *didn’t* belong. She joined the Christian Democratic Union after Democratic Awakening merged with it, ahead of the 1990 elections; the C.D.U. was more hospitable than the Social Democrats were to liberal-minded East Germans. But the C.D.U. was also a

stodgy patriarchy whose base was in the Catholic south. “She never became mentally a part of the C.D.U., until now,” Feldmeyer, of the *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, said. “She is strange to everything in the Party. It is only a function of her power, nothing else.” Alan Posener, of the conservative newspaper *Die Welt*, told me, “The things that motivate the heartland of the C.D.U. don’t mean a thing to her”—concerns about “working mothers, gay marriage, immigration, divorce.” The same was true of the transatlantic alliance with America, the cornerstone of West German security: Posener said that she studied its details in “the C.D.U. manual.” Michael Naumann, a book publisher and journalist who served as culture minister under Schröder, said, “Her attitude toward the United States is a *learned* attitude.” Dirk Kurbjuweit, a biographer of Merkel and a correspondent for *Der Spiegel*, said, “Merkel really is a friend of freedom, because she suffered under not being free in the G.D.R. But in the other way she’s a learned democrat—not a born democrat, like Americans.”

West German politicians of Merkel’s generation were shaped by the culture wars that followed the upheavals of 1968, which didn’t touch her at all. Over dinner one night in the mid-nineties, Merkel asked Schlöndorff, a former radical, to explain the violence perpetrated by the Baader-Meinhof Group. He told her that young people had needed to break with the authoritarian culture that had never been repudiated in West Germany after the defeat of the Nazis. The more he explained, the less Merkel seemed to sympathize—she wasn’t against authority, just the East German kind. What did kids in the West have to protest about? She didn’t always hide a feeling that West Germans were like spoiled children.

For all the catching up Merkel had to do in her political education, being East German gave her advantages: she had learned self-discipline, strength of will, and silence as essential tools. Feldmeyer said, “The G.D.R. shaped her in such an extreme and strong way as no one who grew up in the Federal Republic can imagine. Everything was a question of survival, and it was impossible to make errors if you wanted to succeed.”

Early in her career, Merkel hired a young C.D.U. worker named Beate Baumann to run her office. Baumann, who remains her most influential adviser, was the perfect No. 2—loyal, discreet to the vanishing point, and, according to some insiders, the only aide who addressed the boss with complete candor. “Baumann could not be a politician, and Merkel didn’t know the West,” Bernd Ulrich, of *Die Zeit*, who knows both women well, told me. “So Baumann was her interpreter for everything that was typically West German.” Fed up with Kohl’s smug bullying, the two women practiced a form of “invisible cruelty”: they played hardball but relished their victories privately, without celebrating in public and making unnecessary enemies. Their style, Ulrich said, is “not ‘House of Cards.’” On one rare occasion, Merkel bared her teeth. In 1996, during negotiations over a nuclear-waste law, Gerhard Schröder, two years away from becoming Chancellor, called her performance as environment minister “pitiful.” In her interview with Herlinde Koelbl that year, Merkel said, “I will put him in the corner, just like he did with me. I still need time, but one day the time will come for this, and I am already looking forward.” It took nine years for her to make good on the promise.

In 1998, amid a recession, Schröder defeated Kohl and became Chancellor. The next summer, Volker Schlöndorff, at a garden party outside his home, in Potsdam, introduced Merkel to a movie producer, half-jokingly calling her “Germany’s first female Chancellor.” Merkel shot Schlöndorff a look, as if he had called her bluff—*How dare you?*—which convinced him that she actually wanted the job. The producer, a C.D.U. member, was incredulous. Schlöndorff said, “These guys whose party had been in power forever could not imagine that a woman could be Chancellor—and from East Germany, no less.”

In November, 1999, the C.D.U. was engulfed by a campaign-finance scandal, with charges of undisclosed cash donations and secret bank accounts. Kohl and his successor as Party chairman, Wolfgang Schäuble, were both implicated, but Kohl was so revered that nobody in the Party dared to criticize him. Merkel, who had risen to secretary-general after the C.D.U.’s electoral defeat, saw opportunity. She telephoned Karl Feldmeyer. “I would like to give some comments to you in your newspaper,” she said.

“Do you know what you want to say?” Feldmeyer asked.

“I’ve written it down.”

Feldmeyer suggested that, instead of doing an interview, she publish an opinion piece. Five minutes later, a fax came through, and Feldmeyer read it with astonishment. Merkel, a relatively new figure in the C.D.U., was calling for the Party to break with its longtime leader. “The Party must learn to walk now and dare to engage in future battles with its political opponents without its old warhorse, as Kohl has often enjoyed calling himself,” Merkel wrote. “We who now have responsibility for the Party, and not so much Helmut Kohl, will decide how to approach the new era.” She published the piece without warning the tainted Schäuble, the Party chairman. In a gesture that mixed Protestant righteousness with ruthlessness, Kohl’s *Mädchen* was cutting herself off from her political father and gambling her career in a naked bid to supplant him. She succeeded. Within a few months, Merkel had been elected Party chairman. Kohl receded into history. “She put the knife in his back—and turned it twice,” Feldmeyer said. That was the moment when many Germans first became aware of Angela Merkel.

Years later, Michael Naumann sat next to Kohl at a dinner, and asked him, “Herr Kohl, what exactly does she want?”

“Power,” Kohl said, tersely. He told another friend that championing young Merkel had been the biggest mistake of his life. “I brought my killer,” Kohl said. “I put the snake on my arm.”

In 2002, Merkel found herself on the verge of losing a Party vote that would determine the C.D.U.’s candidate for Chancellor in elections that fall. She hastily arranged a breakfast with her rival, the Bavarian leader Edmund Stoiber, in his home town. Disciplined enough to control her own ambitions, Merkel told Stoiber that she was withdrawing in his favor. Schlöndorff sent her a note saying, in effect, “Smart move.” By averting a loss that would have damaged her future within the Party, Merkel ended up in a stronger position.

Stoiber lost to Schröder, and Merkel went on to outmaneuver a series of male heavyweights from the West, waiting for them to make a mistake or eat one another up, before getting rid of each with a little shove.

John Kornblum, a former U.S. Ambassador to Germany, who still lives in Berlin, said, “If you cross her, you end up dead. There’s nothing cushy about her. There’s a whole list of alpha males who thought they would get her out of the way, and they’re all now in other walks of life.” On Merkel’s fiftieth birthday, in 2004, a conservative politician named Michael Glos published a tribute:

Careful: unpretentiousness can be a weapon! . . . One of the secrets of the success of Angela Merkel is that she knows how to deal with vain men. She knows you shoot a mountain cock best when it’s courting a hen. Angela Merkel is a patient hunter of courting mountain cocks. With the patience of an angel, she waits for her moment.

German politics was entering a new era. As the country became more “normal,” it no longer needed domineering father figures as leaders. “Merkel was lucky to live in a period when macho was in decline,” Ulrich said. “The men didn’t notice and she did. She didn’t have to fight them—it was an aikido politics.” Ulrich added, “If she knows anything, she knows her macho. She has them for her cereal.” Merkel’s physical haplessness, combined with her emotional opacity, made it hard for her rivals to recognize the threat she posed. “She’s very difficult to know, and that is a reason for her success,” the longtime political associate said. “It seems she is not from this world. Psychologically, she gives everybody the feeling of ‘I will take care of you.’ ”

When Schröder called early elections in 2005, Merkel became the C.D.U.’s candidate for Chancellor. In the politics of macho, Schröder and Fischer—working-class street fighters who loved political argument and expensive wine, with seven ex-wives between them—were preëminent. The two men despised Merkel, and the sentiment was reciprocated. According to Dirk Kurbjuweit, of *Der Spiegel*, Schröder and Fischer sometimes laughed “like boys on the playground” when Merkel gave speeches in the Bundestag. In 2001, after photographs were published of Fischer assaulting a policeman as a young militant in the seventies, Merkel denounced him, saying that he would be unfit for public life until he “atoned”—a comment that many Germans found strident. During the 2005 campaign, Fischer said in private talks that Merkel was incapable of doing the job.

At the time, Schröder’s Social Democrats ruled in a coalition with the Greens, and the public had grown weary of prolonged economic stagnation. Through most of the campaign, the C.D.U. held a large lead, but the Social Democrats closed the gap, and on Election Night the two parties were virtually tied in the popular vote. Alan Posener, of *Die Welt*, saw Merkel that night at Party headquarters—she seemed deflated, flanked by C.D.U. politicians she had once disposed of, who didn’t conceal their glee. Merkel had made two near-fatal mistakes. First, just before the Iraq War—unpopular in Germany, and repudiated by Schröder—she had published an op-ed in the *Washington Post* titled “Schroeder Doesn’t Speak for All Germans,” in which she stopped just short of supporting war. “One more sentence for Bush and against Schröder, and she would not be Chancellor today,” Ulrich said. Second, many of her advisers were free-market proponents who advocated changes to the tax code and to labor policies which went far beyond what German voters would accept. After fifteen years, she still didn’t have a fingertip feel for public opinion.

On Election Night, Merkel, Schröder, Fischer, and other party leaders gathered in a TV studio to discuss the results. Merkel, looking shell-shocked and haggard, was almost mute. Schröder, his hair colored chestnut and combed neatly back, grinned mischievously and effectively declared himself the winner. “I will continue to be Chancellor,” he said. “Do you really believe that my party would take up an offer from Merkel to talk when she says she would like to become Chancellor? I think we should leave the church in the village”—that is, quit dreaming. Many viewers thought he was drunk. As Schröder continued to boast, Merkel slowly came to life, as if amused by the Chancellor’s performance. She seemed to realize that Schröder’s bluster had just saved her the Chancellorship. With a slight smile, she put Schröder in his place. “Plain and simple—you did not win today,” she said. Indeed, the C.D.U. had a very slim lead. “With a little time to think about it, even the Social Democrats will come to accept this as a reality. And I promise we will not turn the democratic rules upside down.”

Two months later, Merkel was sworn in as Germany’s first female Chancellor.

Those who know Merkel say that she is as lively and funny in private as she is publicly soporific—a split in self-presentation that she learned as a young East German. (Through her spokesman, Merkel, who gives few interviews—almost always to German publications, and all anodyne—declined to speak to me.) In off-the-record conversations with German journalists, she replays entire conversations with other world leaders, performing wicked imitations. Among her favorite targets have been Kohl, Putin, King Abdullah of Saudi Arabia, former Pope Benedict XVI, and Al Gore. (“Ah have to *teach* mah people,” she mimics, in a Prussian approximation of central Tennessee.) After one meeting with Nicolas Sarkozy, the French President, during the euro crisis, she told a group of journalists that Sarkozy’s foot had been nervously jiggling the entire time.

Schlöndorff once asked Merkel what she and other leaders discuss during photo ops. The Chancellor described one such moment with Dmitri Medvedev, who briefly interrupted Putin’s fifteen-year reign as Russia’s President. She and Medvedev were posing for the cameras in Sochi when, gesturing toward the Black Sea, she said, in the Russian she had learned from Frau Benn, “President Putin told me that every morning he swims a thousand metres out there. Do you do things like that?” Medvedev replied, “I swim fifteen hundred metres.” To Schlöndorff, the story showed that, “even when she is involved, she is never so totally involved that she could not observe the way people behave and be somehow amused by it.”

“She is a master of listening,” the longtime political associate said. “In a conversation, she speaks twenty per cent, you speak eighty per cent. She gives everybody the feeling ‘I want to hear what you have to say,’ but the truth is that her judgment is made within three minutes, and sometimes she thinks another eighteen minutes are wasted time. She is like a computer—‘Is this possible, what this man proposes?’ She’s able in a very quick time to realize if it’s fantasy.”

Nor is she above embarrassing her minions. Once, in a hotel room in Vienna, in the company of Chancellery aides and foreign-ministry officials, Merkel was telling comical stories of camping trips she'd taken as a student. Her aides fell over themselves laughing, until Merkel cut them short: "I've told you this before." The aides insisted that they'd never heard the stories before, but it didn't matter: Madame Chancellor was calling them sycophants. After last year's elections, she met with the Social Democratic leader, Sigmar Gabriel, who is now her economics minister. Gabriel introduced Merkel to one of his aides, saying, "He's been keeping an eye on me for the past few years. He makes sure I don't do anything stupid in public." Merkel shot back, "And sometimes it's worked."

"Schadenfreude is Merkel's way of having fun," Kurbjuweit said.

Throughout her Chancellorship, Merkel has stayed as close as possible to German public opinion. Posener said that, after nearly losing to Schröder, she told herself, "I'm going to be all things to all people." Critics and supporters alike describe her as a gifted tactician without a larger vision. Kornblum, the former Ambassador, once asked a Merkel adviser about her long-term view. "The Chancellor's long-term view is about two weeks," the adviser replied. The pejorative most often used against her is "opportunist." When I asked Katrin Göring-Eckardt, the Green leader, whether Merkel had any principles, she paused, then said, "She has a strong value of freedom, and everything else is negotiable." (Other Germans added firm support for Israel to the list.)

"People say there's no project, there's no idea," the senior official told me. "It's just a zigzag of smart moves for nine years." But, he added, "She would say that the times are not conducive to great visions." Americans don't like to think of our leaders as having no higher principles. We want at least a suggestion of the "vision thing"—George H. W. Bush's derisive term, for which he was derided. But Germany remains so traumatized by the grand ideologies of its past that a politics of no ideas has a comforting allure.

The most daunting challenge of Merkel's time in office has been the euro-zone crisis, which threatened to bring down economies across southern Europe and jeopardized the integrity of the euro. To Merkel, the crisis confirmed that grand visions can be dangerous. Kohl, who thought in historical terms, had tied Germany to a European currency without a political union that could make it work. "It's now a machine from hell," the senior official said. "She's still trying to repair it."

Merkel's decisions during the crisis reflect the calculations of a politician more mindful of her constituency than of her place in history. When Greek debt was revealed to be at critical levels, she was slow to commit German taxpayers' money to a bailout fund, and in 2011 she blocked a French and American proposal for coordinated European action. Germany had by far the strongest economy in Europe, with a manufacturing base and robust exports that benefitted from the weakening of the euro. Under Schröder, Germany had instituted reforms in labor and welfare policies that made the country more competitive, and Merkel arrived just in time to reap the benefit. Throughout the crisis, Merkel buried herself in the economic details and refused to get out in front of what German voters—who tended to regard the Greeks as spendthrift and lazy—would accept, even if delaying prolonged the ordeal and, at key moments from late 2011 through the summer of 2012, threatened the euro itself. The novelist and journalist Peter Schneider compared her to a driver in foggy weather: "You only see five metres, not one hundred metres, so it's better you are very careful, you don't say too much, you act from step to step. No vision at all."

Karl-Theodor zu Guttenberg, who was Germany's defense minister between 2009 and 2011, said that Merkel took a "Machiavellian" approach to the crisis. She had the stamina to keep her options open as long as possible, and then veiled her decisions behind "the cloud of complexity." Guttenberg said, "This made it easier for her to change her mind several times rather dramatically, but at the time no one noticed at all." In the end, under pressure from other European leaders and President Obama, Merkel endorsed a plan for the European Central Bank to prevent Greek sovereign default by buying bonds—much as the Federal Reserve had done during the U.S. financial crisis. In exchange, the countries of southern Europe submitted to strict budget rules and E.U. oversight of their central banks. Merkel realized that she could not allow the euro-zone crisis to capsize the project of European unity. "If the euro falls, then Europe falls," she declared. The euro was saved, but at the price of ruinous austerity policies and high unemployment. Across much of Europe, Merkel—that Protestant minister's daughter—is resented as a rigid, self-righteous puritan, while support for the E.U. has fallen to historic lows.

Merkel's commitment to a united Europe is not that of an idealist. Rather, it comes from her sense of German interest—a soft form of nationalism that reflects the country's growing confidence and strength. The historic German problem, which Henry Kissinger described as being "too big for Europe, too small for the world," can be overcome only by keeping Europe together. Kurbjuweit said, "She needs Europe because—this is hard to say, but it's true—Europe makes Germany bigger."

Yet Merkel's austerity policies have helped make Europe weaker, and Europe's weakness has begun affecting Germany, whose export-driven economy depends on its neighbors for markets. The German economy has slowed this year, while European growth is anemic. Nevertheless, Germany remains committed to a balanced budget in 2015, its first since 1969, and is standing in the way of a euro-zone monetary policy of stimulating growth by buying up debt. In recent weeks, with global markets falling, a divide has opened between Merkel and other European leaders.

After 2005, Merkel had to mute her free-market thinking at home in order to preserve her political viability. Instead, she exported the ideas to the rest of the Continent, applying them with no apparent regard for macroeconomic conditions, as if the virtues of thrift and discipline constituted the mission of a resurgent Germany in Europe. Merkel is obsessed with demography and economic

competitiveness. She loves reading charts. In September, one of her senior aides showed me a stack of them that the Chancellor had just been examining; they showed the relative performance of different European economies across a variety of indicators. In unit-labor costs, he pointed out, Germany lies well below the euro-zone average. But the population of Germany—the largest of any nation in Europe—is stagnant and aging. “A country like that cannot run up more and more debt,” the senior aide said.

Stefan Reinecke, of the left-wing daily *Die Tageszeitung*, said, “Half an hour into every speech she gives, when everyone has fallen asleep, she says three things. She says Europe has just seven per cent of the world’s people, twenty-five per cent of the economic output, but fifty per cent of the social welfare—and we have to change this.” Merkel frets that Germany has no Silicon Valley. “There’s no German Facebook, no German Amazon,” her senior aide said. “There is this German tendency, which you can see in Berlin: we’re so affluent that we assume we always will be, even though we don’t know where it will come from. Completely complacent.”

It makes Germans acutely uneasy that their country is too strong while Europe is too weak, but Merkel never discusses the problem. Joschka Fischer—who has praised Merkel on other issues—criticizes this silence. “Intellectually, it’s a big, big challenge to transform national strength into European strength,” he said. “And the majority of the political and economic elite in Germany has not a clue about that, including the Chancellor.”

The two world leaders with whom Merkel has her most important and complex relationships are Obama, who has won her reluctant respect, and Putin, who has earned her deep distrust. When the Wall fell, Putin was a K.G.B. major stationed in Dresden. He used his fluent German and a pistol to keep a crowd of East Germans from storming the K.G.B. bureau and looting secret files, which he then destroyed. Twelve years later, a far more conciliatory Putin, by then Russia’s President, addressed the Bundestag “in the language of Goethe, Schiller, and Kant,” declaring that “Russia is a friendly-minded European country” whose “main goal is a stable peace on this continent.” Putin praised democracy and denounced totalitarianism, receiving an ovation from an audience that included Merkel.

After decades of war, destruction, and occupation, German-Russian relations returned to the friendlier dynamic that had prevailed before the twentieth century. German policymakers spoke of a “strategic partnership” and a “rapprochement through economic interlocking.” In 2005, Schröder approved the construction of a gas pipeline that crossed the Baltic Sea into Russia. He and Putin developed a friendship, with Schröder calling Putin a “flawless democrat.” In the past decade, Germany has become one of Russia’s largest trading partners, and Russia now provides Germany with forty per cent of its gas. Two hundred thousand Russian citizens live in Germany, and Russia has extensive connections inside the German business community and in the Social Democratic Party.

As a Russian speaker who hitchhiked through the Soviet republics in her youth, Merkel has a feel for Russia’s aspirations and resentments which Western politicians lack. In her office, there’s a framed portrait of Catherine the Great, the Prussian-born empress who led Russia during a golden age in the eighteenth century. But, as a former East German, Merkel has few illusions about Putin. After Putin’s speech at the Bundestag, Merkel told a colleague, “This is typical K.G.B. talk. Never trust this guy.” Ulrich, of *Die Zeit*, said, “She’s always been skeptical of Putin, but she doesn’t detest him. Detesting would be too much emotion.”

When Putin and Merkel meet, they sometimes speak in German (he’s better in her language than she is in his), and Putin corrects his own interpreter to let Merkel know that nothing is lost on him. Putin’s brand of macho elicits in Merkel a kind of scientific empathy. In 2007, during discussions about energy supplies at the Russian President’s residence in Sochi, Putin summoned his black Lab, Koni, into the room where he and Merkel were seated. As the dog approached and sniffed her, Merkel froze, visibly frightened. She’d been bitten once, in 1995, and her fear of dogs couldn’t have escaped Putin, who sat back and enjoyed the moment, legs spread wide. “I’m sure it will behave itself,” he said. Merkel had the presence of mind to reply, in Russian, “It doesn’t eat journalists, after all.” The German press corps was furious on her behalf—“ready to hit Putin,” according to a reporter who was present. Later, Merkel interpreted Putin’s behavior. “I understand why he has to do this—to prove he’s a man,” she told a group of reporters. “He’s afraid of his own weakness. Russia has nothing, no successful politics or economy. All they have is this.”

In early 2008, when President George W. Bush sought to bring Ukraine and Georgia into NATO, Merkel blocked the move out of concern for Russia’s reaction and because it could cause destabilization along Europe’s eastern edge. Later that year, after Russia invaded two regions of Georgia, Abkhazia and South Ossetia, Merkel changed her position and expressed openness to Georgia’s joining NATO. She remained careful to balance European unity, the alliance with America, German business interests, and continued engagement with Russia. Kaiser Wilhelm I is supposed to have remarked that only Bismarck, who tied Germany to a set of countervailing alliances, could juggle four or five balls. Bismarck’s successor, Leo von Caprivi, complained that he could barely manage two, and in 1890 he ended Germany’s treaty with Russia, helping set the stage for the First World War. When, this past March, Russia annexed Crimea and incited a separatist war in eastern Ukraine, it fell to Merkel to succeed where earlier German leaders had catastrophically failed.

The Russian aggression in Ukraine stunned the history-haunted, rule-upholding Germans. “Putin surprised everyone,” including Merkel, her senior aide told me. “The swiftness, the brutality, the coldheartedness. It’s just so twentieth century—the tanks, the propaganda, the agents provocateurs.”

Suddenly, everyone in Berlin was reading Christopher Clark’s “The Sleepwalkers,” about the origins of the First World War. The moral that many Germans drew was to tread carefully—small fires could quickly turn into conflagrations. During a discussion about the First World War with students at the German Historical Museum, Merkel said, “I am regarded as a permanent delayer sometimes, but I think it is essential and extremely important to take people along and really listen to them in political talks.”

Merkel ruled out military options, yet declared that Russia's actions were unacceptable—territorial integrity was an inviolable part of Europe's postwar order—and required a serious Western response. For the first time in her Chancellorship, she didn't have the public with her. In early polls, a plurality of Germans wanted Merkel to take a middle position between the West and Russia. A substantial minority—especially in the former East—sympathized with Russia's claim that NATO expansion had pushed Putin to act defensively, and that Ukrainian leaders in Kiev were Fascist thugs. Helmut Schmidt, the Social Democratic former Chancellor, expressed some of these views, as did Gerhard Schröder—who had become a paid lobbyist for a company controlled by the Russian state oil-and-gas giant Gazprom, and who celebrated his seventieth birthday with Putin, in St. Petersburg, a month after Russia annexed Crimea. The attitude of Schmidt and Schröder deeply embarrassed the Social Democrats.

A gap opened up between elite and popular opinion: newspapers editorializing for a hard line against Russia were inundated with critical letters. Merkel, true to form, did nothing to try to close the divide. For most Germans, the crisis inspired a combination of indifference and anxiety. Ukraine was talked about, if at all, as a far-off place, barely a part of Europe (not as the victim of huge German crimes in the Second World War). Germans resented having their beautiful sleep disturbed. "The majority want peace and to live a comfortable life," Alexander Rahr, a Russian energy expert who advises the German oil-and-gas company Wintershall, said. "They don't want conflict or a new Cold War. For this, they wish the U.S. would stay away from Europe. If Russia wants Ukraine, which not so many people have sympathy with, let them have it." In a way, Germany's historical guilt—which includes more than twenty million Soviet dead in the Second World War—adds to the country's passivity. A sense of responsibility for the past demands that Germany do nothing in the present. Ulrich, of *Die Zeit*, expressed the point brutally: "We once killed so much—therefore, we can't die today."

Germans and Russians are bound together by such terrible memories that any suggestion of conflict leads straight to the unthinkable. Michael Naumann put the Ukraine crisis in the context of "this enormous emotional nexus between perpetrator and victim," one that leaves Germans perpetually in the weaker position. In 1999, Naumann, at that time the culture minister under Schröder, tried to negotiate the return of five million artifacts taken out of East Germany by the Russians after the Second World War. During the negotiations, he and his Russian counterpart, Nikolai Gubenko, shared their stories. Naumann, who was born in 1941, lost his father a year later, at the Battle of Stalingrad. Gubenko was also born in 1941, and his father was also killed in action. Five months later, Gubenko's mother was hanged by the Germans.

"Checkmate," the Russian told the German. Both men cried.

"There was nothing to negotiate," Naumann recalled. "He said, 'We will not give anything back, as long as I live.'"

Merkel takes a characteristically unsentimental view of Russia. Alexander Lambsdorff, a German member of the European Parliament, said, "She thinks of Russia as a traditional hegemonic power that was subdued for a while and now has reemerged." Ukraine forced Merkel into a juggling act worthy of Bismarck, and she began spending two or three hours daily on the crisis. Publicly, she said little, waiting for Russian misbehavior to bring the German public around. She needed to keep her coalition in the Bundestag on board, including the more pro-Russian Social Democrats. And she had to hold Europe together, which meant staying in close touch with twenty-seven other leaders and understanding each one's constraints: how sanctions on Russia would affect London's financial markets; whether the French would agree to suspend delivery of amphibious assault ships already sold to the Russians; whether Poland and the Baltic states felt assured of NATO's support; the influence of Russian propaganda in Greece; Bulgaria's dependence on Russian gas. For sanctions to bite, Europe had to remain united.

Merkel also needed to keep open her channel to Putin. Even after the E.U. passed its first round of sanctions, in March, it was not German policy to isolate Russia—the two countries are too enmeshed. Merkel is Putin's most important interlocutor in the West; they talk every week, if not more often. "She's talked to Putin more than Obama, Hollande, and Cameron combined have over these past months," the senior official said. "She has a way of talking to him that nobody has. Cameron and Hollande call him to be able to say they're world leaders and had the conversation." Merkel can be tough to the point of unpleasantness, while offering Putin ways out of his own mess. Above all, she tries to understand how he thinks. "With Russia now, when one feels very angry I force myself to talk regardless of my feelings," she said at the German Historical Museum. "And every time I do this I am surprised at how many other views you can have on a matter which I find totally clear. Then I have to deal with those views, and this can also trigger something new." Soon after the annexation of Crimea, Merkel reportedly told Obama that Putin was living "in another world." She set about bringing him back to reality.

A German official told me, "The Chancellor thinks Putin believes that we're decadent, we're gay, we have women with beards"—a reference to Conchita Wurst, an Austrian drag queen who won the 2014 Eurovision song contest. "That it's a strong Russia of real men versus the decadent West that's too pampered, too spoiled, to stand up for their beliefs if it costs them one per cent of their standard of living. That's his wager. We have to prove it's not true." It's true enough that, if Merkel were to make a ringing call to defend Western values against Russian aggression, her domestic support would evaporate. When eight members of a European observer group, including four Germans, were taken hostage by pro-Russian separatists in April—practically a *casus belli*, had they been Americans—the German government simply asked Putin to work for their release. Merkel was playing the game that had been successful for her in German politics: waiting for her adversary to self-destruct.

On at least one phone call, Putin lied to Merkel, something that he hadn't done in the past. In May, after Ukrainian separatists organized a widely denounced referendum, the official Russian statement was more positive than the stance that Merkel believed she and Putin had agreed on in advance. She cancelled their call for the following week—she had been misled, and wanted him to sense her anger. "The Russians were stunned," the senior official said. "How could she cut the link?" Germany was the one country that Russia could not afford to lose. Karl-Georg Wellmann, a member of parliament from Merkel's party, who sits on the foreign-affairs committee, said that, as the crisis deepened and Germans began pulling capital out of Russia, Kremlin officials privately told their

German counterparts that they wanted a way out: “We went too far—what can we do?” In Moscow restaurants, after the third vodka, the Russians would raise the ghosts of 1939: “If we got together, Germany and Russia, we would be the strongest power in the world.”

On June 6th, in Normandy, Merkel and Putin met for the first time since the crisis began, along with Obama, Hollande, Cameron, and Petro Poroshenko, the newly elected President of Ukraine, to commemorate the seventieth anniversary of D Day. News photographs showed Merkel greeting Putin like a disapproving hostess—lips pursed, eyebrows arched—while Putin’s hard features came as close to ingratiation as is physically possible. In the optics of power, she was winning. “This political isolation hurts him,” her senior aide said. “He doesn’t like to be left out.” (Russia had just been suspended from the Group of Eight.) Later, before lunch, Merkel orchestrated a brief conversation between Putin and Poroshenko. On the anniversary of D Day, Germany’s leader was at the center of everything. As Kurbjuweit put it, “That was astonishing, to see all the winners of the Second World War, and to see the loser and the country which was responsible for all this—and *she’s* the leader, everyone wants to talk to her! That is very, very strange. And this is only possible, I think, because it’s Merkel—because she’s so nice and quiet.”

The final ball Merkel has to keep in the air is the American one. Her opinion of Barack Obama has risen as his popularity has declined. In July, 2008, as a Presidential candidate, Obama wanted to speak at the Brandenburg Gate, in Berlin—the historic heart of the city, a location reserved for heads of state and government, not U.S. senators. Merkel rebuffed the request, so instead Obama spoke about European-American unity at the Victory Column, in the Tiergarten, before two hundred thousand delirious fans—a crowd Merkel could never have mustered, let alone mesmerized. “What puts her off about Obama is his high-flying rhetoric,” the senior official said. “She distrusts it, and she’s no good at it. She says, ‘I want to see if he can deliver.’ If you want to sum up her philosophy, it’s ‘under-promise and over-deliver.’”

In Obama’s first years in office, Merkel was frequently and unfavorably compared with him, and the criticism annoyed her. According to *Stern*, her favorite joke ends with Obama walking on water. “She does not really think Obama is a helpful partner,” Torsten Krauel, a senior writer for *Die Welt*, said. “She thinks he is a professor, a loner, unable to build coalitions.” Merkel’s relationship with Bush was much warmer than hers with Obama, the longtime political associate said. A demonstrative man like Bush sparks a response, whereas Obama and Merkel are like “two hit men in the same room. They don’t have to talk—both are quiet, both are killers.” For weeks in 2011 and 2012, amid American criticism of German policy during the euro-zone crisis, there was no contact between Merkel and Obama—she would ask for a conversation, but the phone call from the White House never came. As she got to know Obama better, though, she came to appreciate more the ways in which they were alike—analytical, cautious, dry-humored, remote. Benjamin Rhodes, Obama’s deputy national-security adviser, told me that “the President thinks there’s not another leader he’s worked closer with than her.” He added, “They’re so different publicly, but they’re actually quite similar.” (Ulrich joked, “Obama is Merkel in a better suit.”) During the Ukraine crisis, the two have consulted frequently on the timing of announcements and been careful to keep the American and the European positions close. Obama is the antithesis of the swaggering leaders whom Merkel specializes in eating for breakfast. On a trip to Washington, she met with a number of senators, including the Republicans John McCain, of Arizona, and Jeff Sessions, of Alabama. She found them more preoccupied with the need to display toughness against America’s former Cold War adversary than with events in Ukraine themselves. (McCain called Merkel’s approach “milquetoast.”) To Merkel, Ukraine was a practical problem to be solved. This mirrored Obama’s view.

On the day I spoke with Rhodes, July 17th, the TV in his office, in the White House basement, showed the debris of Malaysia Airlines Flight 17 strewn across a field in eastern Ukraine. The cause of the crash wasn’t yet clear, but Rhodes said, “If it *was* a Russian shoot-down, and Americans and Europeans were on board, that’s going to change everything.” In Germany, the change happened immediately. The sight of separatist fighters looting the belongings of dead passengers who had been shot out of the sky hit Germans more personally than months of ugly fighting among Ukrainians had. A civilian airliner, Dutch victims: “People realized that the sentimental attitude toward Putin and Russia was based on false assumptions,” a German diplomat said. The idea of maintaining equidistance between Russia and the West on Ukraine vanished. Though the crisis was beginning to hurt the German economy, Merkel now had three-quarters of the public behind her. In late July, the E.U. agreed on a sweeping new round of financial and energy sanctions.

Since then, Russian troops and weapons have crossed the border in large numbers, and the war has grown worse. In a speech in Australia last week, Merkel warned that Russian aggression was in danger of spreading, and she called for patience in a long struggle: “Who would’ve thought that twenty-five years after the fall of the Wall . . . something like that can happen right at the heart of Europe?” But, on the day she spoke, the E.U. failed to pass a new round of sanctions against Russia. Guttenberg, the former defense minister, said, “We are content with keeping the status quo, and kicking the can up the road—not down—and it keeps falling back on our feet.”

The close coöperation behind the scenes between Washington and Berlin coincides with a period of public estrangement. Germans told me that anti-Americanism in Germany is more potent now than at any time since the cruise-missile controversy of the early eighties. The proximate cause is the revelation, last fall, based on documents leaked by Edward Snowden to *Der Spiegel*, that the National Security Agency had been recording Merkel’s cell-phone calls for a decade. Merkel, ever impassive, expressed more annoyance than outrage, but with the German public the sense of betrayal was deep. It hasn’t subsided—N.S.A. transgressions came up in almost every conversation I had in Berlin—particularly because Obama, while promising that the eavesdropping had stopped, never publicly apologized. (He conveyed his regret to Merkel privately.) “Tapping her phone is more than impolite,” Rainer Eppelmann, the former East German dissident, said. “It’s something you just don’t do. Friends don’t spy on friends.” (American officials I spoke with, though troubled by the effects of the breach, rolled their eyes over German naïveté and hypocrisy, since the spying goes both ways.)

German officials approached the Americans for a no-spy agreement, and were refused. The U.S. has no such arrangement with any country, including those in the so-called Five Eyes—the English-speaking allies that share virtually all intelligence. German officials

claimed that the U.S. offered membership in the Five Eyes, then withdrew the offer. The Americans denied it. “It was never seriously discussed,” a senior Administration official said. “Five Eyes isn’t just an agreement. It’s an infrastructure developed over sixty years.”

“I tend to believe them,” the German diplomat said. “The Germans didn’t want Five Eyes when we learned about it. We’re not in a position, legally, to join, because our intelligence is so limited in scope.”

In July, officials of the German Federal Intelligence Service, or B.N.D., arrested a bureaucrat in their Munich office on suspicion of spying for the U.S. He had been caught soliciting business from the Russians via Gmail, and, when the Germans asked their American counterparts for information on the man, his account was suddenly shut down. Brought in for questioning, he admitted having passed documents (apparently innocuous) to a C.I.A. agent in Austria for two years, for which he was paid twenty-five thousand euros. The Germans retaliated, in unprecedented fashion, by expelling the C.I.A. station chief in Berlin. Coming soon after the N.S.A. revelations, this second scandal was worse than a crime—it was a blunder. Merkel was beside herself with exasperation. No U.S. official, in Washington or Berlin, seemed to have weighed the intelligence benefits against the potential political costs. The President didn’t know about the spy. “It’s fair to say the President should expect people would take into account political dynamics in making judgments about what we do and don’t do in Germany,” Rhodes said.

The spying scandals have undermined German public support for the NATO alliance just when it’s needed most in the standoff with Russia. Lambsdorff, the E.U. parliamentarian, told me, “When I stand before constituents and say, ‘We need a strong relationship with the U.S.,’ they say, ‘What’s the point? They lie to us.’ ” Germany’s rise to preëminence in Europe has made Merkel a committed transatlanticist, but “that’s useless now,” Lambsdorff said. “It deducts from her capital. Rebuffing Washington is good now in Germany.”

Obama was concerned enough to dispatch his chief of staff, Denis McDonough, to Berlin in late July, to mollify German officials. During a four-hour meeting, they agreed to create a framework for clearer rules about spying and intelligence sharing. But the details remain to be worked out, and barely half the German public now expresses a favorable view of the U.S.—the lowest level in Europe, other than in perpetually hostile Greece.

In a sense, German anti-Americanism is always waiting to be tapped. There’s a left-wing, anti-capitalist strain going back to the sixties, and a right-wing, anti-democratic version that’s even older. In the broad middle, where German politics plays out today, many Germans, especially older ones, once regarded the U.S. as the father of their democracy—a role that sets America up to disappoint. Peter Schneider, the novelist and journalist, expressed the attitude this way: “You have created a model of a savior, and now we find by looking at you that you are not perfect at all—much less, you are actually corrupt, you are terrible businessmen, you have no ideals anymore.” With the Iraq War, Guantánamo, drones, the unmet expectations of the Obama Presidency, and now spying, “you actually have acted against your own promises, and so we feel very deceived.”

Beneath the rise in anti-Americanism and the German sympathy with Russia, something deeper might be at work. During the First World War, Thomas Mann put aside writing “The Magic Mountain” and began composing a strange, passionate series of essays about Germany and the war. They were published in 1918, just before the Armistice, as “Reflections of a Nonpolitical Man.” In it, Mann embraced the German cause in terms of national character and philosophy. He allied himself, as an artist, with Germany—“culture, soul, freedom, art”—against the liberal civilization of France and England that his older brother Heinrich supported, where intellect was always politicized. German tradition was authoritarian, conservative, and “nonpolitical”—closer to the Russian spirit than to the shallow materialism of democratic Europe. The war represented Germany’s age-old rebellion against the West. Imperial Germany refused to accept at gunpoint the universal principles of equality and human rights. Though Mann became a vocal supporter of democratic values in exile during the Nazi years, he never repudiated “Reflections.”

Several people in Berlin suggested that this difficult, forgotten book had something to say about Germany in the age of Merkel. The country’s peaceful reunification and its strength through the euro crisis might be returning Germany to an identity that’s older than the postwar Federal Republic, whose Basic Law was written under heavy American influence. “West Germany was a good country,” Georg Diez, a columnist and author, told me. “It was young, sexy, daring, Western—American. But maybe it was only a skin. Germany is becoming more German, less Western. Germany has discovered its national roots.”

Diez didn’t mean that this was a good thing. He meant that Germany is becoming less democratic, because what Germans fundamentally want is stability, security, economic growth—above all, to be left in peace while someone else watches their money and keeps their country out of wars. They have exactly the Chancellor they want. “Merkel took the politics out of politics,” Diez said.

Merkel, at sixty, is the most successful politician in modern German history. Her popularity floats around seventy-five per cent—unheard of in an era of resentment toward elected leaders. Plainness remains her political signature, with inflections of Protestant virtue and Prussian uprightness. Once, with a group of journalists at a hotel bar in the Middle East, she said, “Can you believe it? Here I am, the Chancellor! What am I doing here? When I was growing up in the G.D.R., we imagined capitalists with long black cloaks and top hats and cigars and big feet, like cartoons. And now here I am, and they have to listen to me!” Of course, there’s something calculated about her public image. “She’s so careful not to show any pretensions—which is a kind of pretension,” the senior official said.

Merkel still lives in central Berlin, in a rent-controlled apartment across a canal from the Pergamon, the great neoclassical antiquities museum. The name on the brass buzzer is her husband's—"PROF. DR. SAUER"—and a solitary policeman stands outside. Dwarfed by her vast office in the massive concrete-and-glass Chancellery, Merkel works at an ordinary writing table just inside the door, preferring it to the thirteen-foot black slab that Schröder installed at the far end of the room. "This woman is neurotically busy," the longtime political associate said. "She sleeps never more than five hours. I can call her at one o'clock at night. She's awake reading bureaucratic papers, not literature."

Merkel entertains guests at the Chancellery with German comfort food—potato soup and stuffed cabbage. When she eats at her favorite Italian restaurant, it's with just a few friends, and she doesn't look up from the conversation to greet her public, who know to leave her alone. When her husband calls the Philharmoniker for tickets (Merkel and Sauer are music lovers, with a passion for Wagner and Webern) and is offered comps, he insists on giving his credit-card number, and the couple take their seats almost unnoticed. A friend of mine once sat next to Merkel at the salon she frequents, off Kurfürstendamm, and they chatted about hair. "Color is the most important thing for a woman," the Chancellor, whose hair style is no longer the object of ridicule, offered.

Earlier this year, President Joachim Gauck made headlines when he called on Germany to take its global responsibilities more seriously, including its role in military affairs. It was the kind of speech that Merkel (who had no comment) would never give, especially after a poll commissioned by the foreign ministry in May showed that sixty per cent of the public was skeptical of greater German involvement in the world. German journalists find Merkel nearly impossible to cover. "We have to look for topics in the pudding," Ulrich Schulte, who reports on the Chancellor for *Die Tageszeitung*, said. The private Merkel they admire and enjoy but are forbidden to quote disappears in public. Any aide or friend who betrays the smallest confidence is cast out. The German media, reflecting the times, are increasingly centrist, preoccupied with "wellness" and other life-style issues. Almost every political reporter I spoke with voted for Merkel, despite the sense that she's making their work irrelevant. There was no reason not to.

Meanwhile, Merkel has neutralized the opposition, in large part by stealing its issues. She has embraced labor unions, lowered the retirement age for certain workers, and increased state payments to mothers and the old. (She told Dirk Kurbjuweit, of *Der Spiegel*, that, as Germany aged, she depended more on elderly voters.) In 2011, the Fukushima nuclear disaster, in Japan, shocked Merkel, and she reversed her position on nuclear power: Germany would phase it out through the next decade, while continuing to lead the world's large industrial economies in solar and wind energy. (A quarter of the country's energy now comes from renewable sources.) Meanwhile, she's tried to rid her party of intolerant ideas—for example, by speaking out for the need to be more welcoming to immigrants. Supporters of the Social Democrats and the Greens have fewer and fewer reasons to vote at all, and turnout has declined. Schneider, a leading member of the generation of '68, said, "This is the genius of Angela Merkel: she has actually made party lines senseless."

This fall, in elections held in three states of the former East Germany, a new right-wing party, Alternative for Germany (AfD), showed strength, capturing as much as ten per cent of the vote. AfD wants Germany to withdraw from the euro zone and opposes Merkel's liberal policies on gay marriage and immigration. In moving her own party to the center, Merkel has created a space in German politics for a populist equivalent to France's Front National and the United Kingdom Independence Party. If the German economy continues to slow, Merkel will find it hard to float unchallenged above party politics as Mutti, the World Cup-winning soccer team's biggest fan.

For now, the most pressing political question in Berlin is whether she'll stand for a fourth term, in 2017. Joschka Fischer described Germany under Merkel as returning to the Biedermeier period, the years between the end of the Napoleonic Wars, in 1815, and the liberal revolutions of 1848, when Central Europe was at peace and the middle class focussed on its growing wealth and decorative style. "She is governing Germany in a period where the sun is shining every day, and that's the dream of every democratically elected politician," Fischer said—but "there is no intellectual debate." I suggested that every Biedermeier has to end. "Yes," he said. "Mostly in a clash."

A political consensus founded on economic success, with a complacent citizenry, a compliant press, and a vastly popular leader who rarely deviates from public opinion—Merkel's Germany is reminiscent of Eisenhower's America. But what Americans today might envy, with our intimations of national decline, makes thoughtful Germans uneasy. Their democracy is not old enough to be given a rest.

"We got democracy from you, as a gift I would say, in the forties and fifties," Kurbjuweit told me. "But I'm not sure if these democratic attitudes are very well established in my country. We Germans always have to practice democracy—we're still on the training program." Kurbjuweit has just published a book called "There Is No Alternative." It's a phrase that Merkel coined for her euro policy, but Kurbjuweit uses it to describe the Chancellor's success in draining all the blood out of German politics. "I don't say democracy will disappear if Merkel is Chancellor for twenty years," he said. "But I think democracy is on the retreat in the world, and there is a problem with democracy in our country. You have to keep the people used to the fact that democracy is a pain in the ass, and that they have to fight, and that everyone is a politician—not only Merkel." ♦

